REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 459 · 22.2.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Unheimliche Freunde (USA-Feldzug)
2. Selbstreflexion und Solidarität. Zum Tode von Pierre Bourdieu - Henning Böke
3. Bodenloser Hass. Irak auf US-Abschusslistenplatz Nummer 1 - Joachim Guilliard
4. Langer Krieg - neues Kriegsziel - Rainer Werning
5. Kriegsgrüße aus Afghanistan. US-Truppen intervenieren im Süden der Philippinen - Rainer Werning
6. Kaiser auf dem Amselfeld. Ex-Kanzlerberater Michael "Arschloch" Steiner neuer Kosovo-Chef - Boris Kanzleiter
7. Troubles im Protektorat. Nachrichten aus Südost - Krisenhaftes Kosovo - Boris Kanzleiter
8. "Das ist halt so in Bayern." Sicherer Polizeikessel für die "Sicherheitskonferenz" in München - Judith Welkmann
9. Smash the NATO. Sicherheitspolitische Tagung offenbart Krise der NATO - Tom Binger
10. Schilys große Hoffnung. Bundestagswahlkampf entscheidet über Wohl und Wehe des rot-grünen Einwanderungsgesetzes - Juliane Schmidt
11. NPD und VS - ein fester Bund fürs Leben - mb.
12. Betonköpfe sind gefordert. Die Metalltarifrunde 2002 hat begonnen - Georg Wißmeier
13. Biometrische Totalerfassung. Erfassung und Auswertung geht weit über die Ziele der "Terrorismusbekämpfung" hinaus - Erika Feyerabend
14. Qu'est-ce que c'est: Biopolitik? - Stefanie Gräfe
15. Die Norm, das Recht und Lionel. Das eigene Leben als Zumutung - Stefanie Gräfe
16. Moderne Mythen um Stammzellen - Erika Feyerabend
17. Die Wehrmacht im Vernichtungskrieg. Zur Neukonzeption der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" - Alexander Neumann
18. Berliner RZ-Verfahren: Verkommen und verlogen von Anfang an - mb., Berlin
19. Kanada weiß zu unterscheiden. Rechtsanwalt Martin Rubbert zum Auslieferungsverfahren gegen Lothar E. - Interview: Volker Eick
20. Ein Vorgehen mit Methode. Interview mit Rechtsanwältin Edith Lunnebach - Interview: m.b., Berlin
21. Lügen haben kurze Beine. Rudolf Schindler entwirft eine Gegengeschichte zum Kronzeugen - mb., Berlin
22. Auf Sand gebaut. Matthias Borgmann über Gottesurteile und diverse Kuriosa im RZ-Verfahren - Matthias Borgmann
23. Parallelwelten. Erkenntnisse im Lichte des Schmücker-Verfahrens - Albrecht Maurer
24. Österreichischer Heimatschutz. Temelin -Volksbegehren lässt die Herzen der "Sudetendeutschen" höher schlagen. - Heribert Schiedel/Thomas Schmi
25. Nationale Wohlfahrt? Die Neue Rechte regiert in Dänemark - Peter Birke
26. Berlusconis Regime festigt sich. Opposition gibt es auch: auf der Straße - Js.
27. Finis Marsch auf Rom führt über Brüssel - Js.
28. "Wir warten noch immer ...". Aufarbeitung von Diktaturverbrechen in Argentinien. Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika - Knut Rauchfuss
29. Der Schleier vor den Augen. Feministische Analysen und die Konstruktion des Fremden im Diskurs um den 11.9. - Anette Dietrich und Andrea Nac
30. Matthias Küntzel und der Islamismus. Der "Krieg gegen den Terror" und das Abdanken linker Politik - Bernhard Schmid
31. Ludger Volmer und der Bellipazifismus. Offener Brief an die rote, grüne und naturfarbene Friedensbewegung - Komitee für Grundrechte und Demokratie
32. Dabei sein ist alles. attac: Politisch nahe der Fernsehkameras - Ingo Stützle/ Boris Kanzleiter
33. Der kurze Frühling des Eurokommunismus. Ein Rückblick, 25 Jahre nach der Konferenz von Madrid - Js.
34. Der Staat als Werkzeug des Sozialismus. Santiago Carrillos Buch "Eurokommunismus und Staat" - Js.

35. Probleme der "Revisionismuskritik" - Js.
36. Sterne sehen Irres Licht. Neue CD aus der Hamburger Schule - DSe
37. "Wir werden einfach immer mehr." Einschätzungen nach den Polizeischüssen von Göteborg - Anna Klara Bratt
38. Kein Platz für Pathos. Interview mit Javier Corcuera, Regisseur des Dokumentarfilms "Der Rücken der Welt" - Interview: Beat Makila
39. Lasst knacken, Genossinnen und Genossen! Wir brauchen noch 8.548 Euro (ak-Spendenaufruf)
40. AUFGEBLÄTTERT
41. KALENDER
42. EDITORIAL
43. Quelldatei bio.htm
44. Quelldatei blick.htm
45. RZ-Prozess: Die Zeiten ändern sich

1. Unheimliche Freunde (USA-Feldzug)

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/freunde.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:freunde

Machen Sie sich keine Sorgen, der Feldzug geht weiter", kündigte der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz an. Das war Anfang Februar auf der Münchener "Sicherheitskonferenz", als George W. Bush gerade die Bekämpfung der "Achse des Bösen", bestehend aus Irak, Iran und Nord-Korea, zur Aufgabe der Zivilisation erklärt hatte.

Was seither folgt, ist vielleicht das tiefste Zerwürfnis innerhalb der NATO seit ihrer Gründung. Die europäischen Mächte, allen voran Frankreich und Deutschland, wettern gegen Washingtons Hang zu Alleingängen. Ganz undiplomatisch kontert die US-Administration: Notfalls würden sie den Irak auch ohne europäische Unterstützung angreifen, kündigt Sicherheitsberater Richard Perle an.

Wo liegen die Dissenspunkte im transatlantischen Zwist? Konkret machen sie sich in der Konfliktregion Naher und Mittlerer Osten fest. Die USA stärken die Politik Ariel Scharons in Israel und setzen auf Konfrontation mit der arabischen Welt. Europa will dagegen Kooperation und stellt sich gegen Scharons Politik der harten Hand gegen die PalästinenserInnen. Dahinter steht der Interessenkonflikt, wer im Nahen und Mittleren Osten mit seinen reichhaltigen Rohstoffquellen wie viel zu sagen hat.

Erinnert sich noch jemand an die Zeit vor den Anschlägen vom 11. September, als angeblich alles anders war? Schon damals hatte sich der Streit der Bündnispartner auf beiden Seiten des Atlantiks stetig verschärft. Nach wenigen Monaten demonstrativer Geschlossenheit im gemeinsamen "Anti-Terror-Kampf" bricht jetzt die Kluft wieder auf. Um ihre Interessen gegenüber den USA zu wahren, fordern europäische Politiker, wie NATO-Generalsekretär George Robertson, nun kräftige Aufrüstung. Während die EU-Staaten bisher rund 140 Milliarden Dollar pro Jahr für Waffen ausgeben, investieren die USA 379 Milliarden. Bush will diese Summe in den nächsten fünf Jahren auf 451 Milliarden steigern.

Steht also ein neuer Rüstungswettlauf an, diesmal zwischen Europa und den USA? Einiges spricht dafür, betrachtet man die eiligen Versuche der EU, eine eigene Truppe auf den Weg zu bringen. Aber trotz Aufrüstung werden die Europäer militärische Juniorpartner ihres unheimlichen Freundes bleiben und eher auf politischer und wirtschaftlicher Ebene versuchen, die eigenen Interessen durchzusetzen. Wer im Windschatten segelt, kann hin und wieder auch eigene Manöver unternehmen.

Gleichzeitig bilden die EU-Länder keinen homogenen Block. Die Briten pflegen transatlantische Sonderbeziehungen. Am deutlichsten distanziert sich die ehemalige Kolonialmacht Frankreich von Washington. Deutschland sucht nach einem Mittelweg. Und Russland steht als Kooperationspartner mittlerweile auch zur Verfügung.

Dem US-Regierungssprecher Ari Fleischer ist wohl zuzustimmen, wenn er die Zukunft so umreißt: "Unterschiedliche Koalitionen werden sich aus unterschiedlichen Nationen zu unterschiedlichen Zwecken bilden." Nach der UNO dürfte auch die NATO als Trägerin militärischer Operationen tendenziell an Bedeutung verlieren und flexiblen Allianzen Platz machen. Und dabei wird es immer öfter knirschen im Gebälk der "internationalen Sicherheitsarchitektur". Für Deutschland heißt dies: Das wichtigste rot-grüne "Reformprojekt", die Wiederherstellung der Kriegsfähigkeit nach innen und außen, wird weiter forciert werden. Diese "historische Leistung" der Schröder/Fischer-Regierung wird in jedem Fall über die Bundestagswahlen hinaus Bestand haben.

Zur neuen Weltunordnung Seite 4-6

2. Selbstreflexion und Solidarität. Zum Tode von Pierre Bourdieu

Autor: Henning Böke · Rubrik: Wissenschaftskritik; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:26

Mit Pierre Bourdieu starb am 23. Januar 2002 nicht nur einer der herausragenden Soziologen des 20. Jahrhunderts, sondern zugleich der wohl prominenteste intellektuelle Wortführer der erstarkenden linken Opposition gegen die "linke" Regierung in Frankreich. Bourdieus Brillanz hat viel zum neuen Selbstbewusstsein der Linken nach dem Pyrrhussieg des Kapitalismus von 1989 beigetragen.

Dabei hatte Bourdieu sich in Zeiten, als Bekenntnisse zum Marxismus in Frankreich weithin Teil intellektueller Imagepflege waren, plakativem Aktionismus stets widersetzt. Ursprünglich wollte er kein "engagierter Intellektueller" wie Sartre sein, der sich durch das Schreiben und Unterzeichnen irgendwelcher Aufrufe und Proklamation großer Allgemeinentwürfe als moralische Instanz profiliert. Seine theoretische Arbeit verweigerte sich, ähnlich wie die des 1984 verstorbenen Michel Foucault, dem Anspruch, die Erkenntnis des Allgemeinen als richtende Instanz über das Allgemeine einzusetzen. Sie war vielmehr bestimmt von einem unnachgiebigen Beharren auf der Analyse von Details; auffällig an Bourdieus Schriften ist der starke Bezug auf Empirie in Tabellen, Schaubildern, Fotos und Auswertungen von Befragungen. Dennoch ist seine Soziologie durchsetzt mit philosophischen Fragestellungen und dem Anspruch, diese materialistisch zu dechiffrieren.

Die Intellektuellen und das Triviale

Durch den Algerienkrieg "entdeckte" Bourdieu in den fünfziger Jahren die Kultur der kabylischen Minderheit des Landes; aus der ethnologischen Methode gewann er dabei Einsichten, die er später auf die Analyse der französischen Gesellschaft anwenden konnte. Zu den Ereignissen des Jahres 1968 steuerte er keine Parolen bei. Vielmehr untersuchte er die politischen Haltungen im studentischen Milieu und kam zu dem Ergebnis, dass radikale Positionen hauptsächlich unter den Studierenden bürgerlicher Herkunft anzutreffen waren, während die aus der ArbeiterInnenschaft stammenden Studierenden eher reformistisch orientiert waren. Unter den Intellektuellen machte Bourdieu sich viele Feinde, weil er ihnen in erster Linie Selbstreflexion abverlangte, indem er von ihnen forderte, die soziale Bedingtheit der eigenen Positionen ebenso zu durchleuchten wie die Haltungen der Durchschnittsbevölkerung - die unter den meisten Linksintellektuellen als verblendet und manipuliert galten.

So fern Bourdieu jede Art von Bekenntnissen und Proklamationen zunächst lag, so eindeutig ist indes, was im Zentrum seines Denkens stand: die Klassenfrage. Sein in den siebziger Jahren entstandenes monumentales Hauptwerk Die feinen Unterschiede (La distinction) war angelegt als eine Replik auf die in der bürgerlichen Soziologie damals vorherrschende Lehrmeinung, wir hätten es in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht mehr mit einer Klassengesellschaft, sondern mit einer Tendenz zur "nivellierten Mittelschichtengesellschaft" zu tun. Dieser damals weiten Kreisen plausibel scheinenden Ideologie begegnet Bourdieu mit einer detaillierten Momentaufnahme, die von der Einsicht ausgeht, dass die Rede von der Mittelschichtengesellschaft einen Widerspruch in sich birgt. Denn von einer Mitte könne man nur reden, wenn es ein Oben und ein Unten gibt, auf das die Mitte sich bezieht.

Bourdieu hat nie Wert darauf gelegt, Marxist zu sein. Ihn interessierte vielmehr die Konkretisierung von Begriffen wie "Kapital" und "Klassen". Man muss sich zunächst grundlegend vergegenwärtigen, was Kapital im Sinne von Marx ist: eine Form der Vergesellschaftung von Arbeit. Zur kapitalistischen Vergesellschaftungsform gehört die Eigentümlichkeit, dass in ihr als Arbeit das - und nur das - gilt, was zur Produktion von auf dem Markt verkäuflichen Waren beiträgt. Deshalb wurden alle Tätigkeiten, deren Ergebnis nicht unmittelbar als Ware auf dem Markt präsent ist, lange Zeit gar nicht als Arbeit wahrgenommen; etwa die überwiegend von Frauen geleistete häusliche Reproduktionsarbeit. Bourdieus Ansatz geht einen Schritt weiter: Zur gesellschaftlichen Reproduktion gehören für ihn unverzichtbar Bereiche wie Bildung, Erziehung und Kultur, die traditionell nicht unmittelbar dem Sektor der Ökonomie, sprich Warenwirtschaft und Kapitalvermehrung, angehören. Dennoch sind sie Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit.

Neben dem ökonomischen Kapital existiert, so zeigt Bourdieu, ein "symbolisches" und ein "kulturelles" Kapital. Dessen TrägerInnen sind in erster Linie die Intellektuellen. Diese sind Teil der herrschenden Klasse, insofern

sie Verhaltensmuster vorgeben und reproduzieren, die für die Gesellschaft richtungweisend sind. Genauer: Die herrschende Klasse umfasst eine dominierende Fraktion, die über ökonomisches Kapital verfügt und eine dominierte Fraktion, die im Besitz kulturellen Kapitals ist. Letztere setzt, ausgestattet mit dem Privileg der öffentlichen Rede, Verhaltensnormen, die sich selbst der Enthobenheit von materieller Not und Mühsal verdanken. Diese Verhaltensnormen zielen, den Akteuren unbewusst, in erster Linie auf "Distinktion", also auf Unterscheidung von der Masse mit ihren "profanen" Interessen. Typisch für Intellektuelle gleich welcher politischen Orientierung ist das, was Bourdieu den "Ekel vor dem Trivialen" nennt, nämlich dem Ekel vor dem, was aus Lebensnot geboren ist und die hehren Visionen moralischer und ästhetischer Autonomie stört. In der Einleitung zu Die feinen Unterschiede nimmt Bourdieu, die Programmatik seiner "Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft" formulierend, Kants Ästhetik gewissermaßen als Urtyp und Leitfaden bürgerlicher Wertorientierungen aufs Korn: Kant zufolge ist schön, "was ohne Interesse gefällt" - das Formale, nicht Inhalte, die sich auf irgendwelche materiellen Interessen beziehen. Ohne es zu bemerken, legt Kant hier ein soziales Kriterium zur Unterscheidung von Wertem und Unwertem an: das Kriterium derjenigen, die jenseits von Lebensnot und den damit verbundenen Interessen stehen und deshalb vermeintlich über "autonome" Urteilskraft verfügen.

Feine Unterschiede und Ideologie der Mitte

Die Logik der Distinktion aber durchzieht die gesamte Gesellschaft. Menschen erkennen ihre soziale Zugehörigkeit nicht bloß auf Grund von einfachen Kriterien wie etwa Einkommen, sondern die heutige Gesellschaft zeichnet sich durch eine Mannigfaltigkeit von Lebensstilen aus. Bourdieu untersucht den alltäglichen Geschmack als ein Kriterium, das soziale Gruppen gleichermaßen konstituiert, wie es selbst sozial konstituiert ist, etwa im Hinblick auf Vorlieben und Abneigungen in den Bereichen Ernährung, Kleidung, Wohnungseinrichtung, Musik und Freizeitbeschäftigung. Soziale Unterschiede schlagen sich in alltagskulturellen Gewohnheiten nieder und repräsentieren sich in diesen. "Kleider machen Leute", sagt ein bürgerlicher Mythos. In Wirklichkeit ist es allerdings so: Ein Fabrikarbeiter kann den Anzug seines Chefs anziehen - er wird trotzdem als Arbeiter erkannt an der Art wie er spricht, wie er sich bewegt und so weiter, weshalb der Arbeiter intuitiv weiß, dass es für ihn keinen Sinn hat, sich zu "verkleiden": Er würde sich damit von seinesgleichen entfremden, ohne von gehobenen Milieus akzeptiert zu werden. Und umgekehrt: Ein sozialistischer Intellektueller mag sich "proletarisch" geben und kann doch nicht verleugnen, dass sein Horizont ein anderer ist als der derjenigen, die nie die Möglichkeit einer Alternative zum fremdbestimmten, abhängigen LohnarbeiterInnendasein erfahren konnten.

Und immer wieder: die Klassenfrage

Der "Habitus" eines jeden von uns ist die Form, in der soziale Prägungen bis in den Körper hinein präsent sind, wobei eine subtile Logik der Unterscheidung wirkt. Klassenunterschiede werden durch diese "feinen Unterschiede" nicht etwa gestört, sondern mannigfach reproduziert. Bourdieu beschreibt die Gesellschaft mit dem Bild des "sozialen Raumes", in dem es nicht nur ein Oben und Unten, sondern zugleich horizontale Distanzen gibt und in dem ein System symbolischer Distinktionen Nähe und Ferne erzeugt. Daraus erklärt sich, warum es so schwierig ist, die ArbeiterInnenklasse im Sinne von Marx, nämlich die heute in Europa etwa 80 Prozent der Bevölkerung umfassende Gesamtheit derjenigen, die durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft das Kapital produzieren, zu einer progressiven reellen Handlungseinheit zu formieren: nicht weil Teile von ihr ein "falsches Bewusstsein" ihrer "objektiven" (ökonomischen) Identität hätten, sondern weil das objektive gesellschaftliche Sein eine Dimension des Symbolischen umfasst, in der sich das Verhältnis der Menschen zu ihren materiellen Existenzbedingungen in den Handlungsdispositionen aller in sehr verschiedenen Weisen materialisiert.

Mit der Genauigkeit seiner Analyse der französischen Gesellschaft der siebziger Jahre nahm Bourdieu natürlich das Risiko des Veraltens seiner empirischen Befunde in Kauf, denn Gesellschaft verändert sich. Ihm ging es darum, in den Details einer konkreten historischen Situation Aufschlüsse über grundlegende Formen der Konstitution sozialer Verhaltensmuster, Normen- und Wertesysteme zu gewinnen. Die konkrete Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse ist heute eine andere, die neue Perspektiven ermöglicht; es kann sowohl von einer Intellektualisierung der Arbeit als auch von einer Proletarisierung der Intellektuellen gesprochen werden. Die Einsichten von Bourdieu bleiben indes unvermindert aktuell für die Analyse der Konstitution von Klassenfraktionen und ihrem Verhältnis zueinander.

Vor allem: Ganz unten in der Gesellschaft stehen nach wie vor diejenigen, die weder über ökonomisches noch über kulturelles Kapital verfügen. Bourdieu hat mit einer Gruppe von MitarbeiterInnen Anfang der neunziger Jahre Interviews mit Angehörigen der Unterschichten durchgeführt, in denen deutlich wird, wie sie gesellschaftliche Widersprüche wahrnehmen. Das Elend der Welt heißt das umfangreiche Buch, in dem Bourdieu es unternahm, die Rede derjenigen, die keine öffentliche Stimme haben, vernehmbar zu machen. Reflexion auf die soziale Bedingtheit der eigenen, intellektuellen Positionen verband sich in Bourdieus Werk mit der Solidarität mit den Subalternen, die über unser theoretisches Wissen nicht verfügen und doch die Antagonismen der kapitalisischen Gesellschaft auf ihre Weise sehr scharf wahrzunehmen im Stande sind.

In den neunziger Jahren mit ihrer unerhörten Restauration eines aller sozialen Verpflichtungen entbundenen Kapitalismus durchbrach Bourdieu seine vormalige politische Zurückhaltung und wurde zum wortgewaltigen Protagonisten des Protests gegen den Neoliberalismus. Als Mitbegründer von ATTAC repräsentierte er freilich eher den reformistischen Flügel der neuen Linksopposition. Seine politischen Forderungen nach Wiedergewinnung der Staatlichkeit gegen den Privatisierungswahn, seine Appelle an gesamtgesellschaftliche Vernunft gegen die betriebswirtschaftliche Logik des Neoliberalismus gingen kaum über die Programmatik hinaus, mit der hier zu Lande Oskar Lafontaine gescheitert ist. Bourdieu blieb seinem alten Misstrauen gegen Utopismus treu; die Frage ist bloß, ob heute nicht die Hoffnung auf Wiederkehr des fordistischen Sozialstaats noch utopischer ist als der Kampf um Abschaffung von Lohnarbeit und Warenproduktion. Überdies hat Bourdieu mitunter auch zweifelhafte Formulierungen gebraucht, wenn er etwa dazu aufrief, Europa und seine sozialstaatliche Zivilisation gegen den amerikanischen Liberalismus und "Kulturimperialismus" zu verteidigen - Formulierungen, die auch nach rechts anschlussfähig sind, ohne dass Bourdieu, der sich immer auch entschieden für die "sans papiers" eingesetzt hat, dies angestrebt hätte.

Misstrauen gegen Utopismus

Die Fragwürdigkeit von Bourdieus im sozialdemokratischen Horizont befangenen politischen Ansichten entwerten indes nicht seine theoretischen Leistungen und seine Verdienste für einen Bewusstseinswandel gegen die neoliberale Idiotie. Mit seinen Forderungen nach der Herausbildung eines neuen "kollektiven Intellektuellen", der nicht bloß aus AkademikerInnen besteht, sondern das Wissen aus allen Bereichen des Widerstands bündelt, hat Bourdieu eine Aufgabe formuliert, die richtungweisend bleibt.

Henning Böke

3. Bodenloser Hass. Irak auf US-Abschusslistenplatz Nummer 1

Autor: Joachim Guilliard · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:18

Die nächste Front sei offensichtlich der Irak, sagte US-Senator McCain Anfang Februar auf der 38. "Sicherheitskonferenz" in München, die Zeit der Abrechnung rücke näher. Die US-Regierung sei entschlossen, Saddam mit Gewalt aus dem Amt zu jagen - im Zweifelsfall auch gegen den Willen der Europäer, assistierte der Sonderberater für Sicherheitsfragen Richard Perle. "Ich denke, es gibt nichts, was Saddam Hussein tun könnte, um uns zu überzeugen, dass vom Irak keine Gefahr mehr ausgeht", sagte Perle der Financial Times Deutschland. Dies könne nur ein Regimewechsel bewirken.

Zwar beeilten sich offizielle US-Stellen zu versichern, es bestünden keine konkreten Angriffspläne, am selben Tag aber berichtete die im Golfstaat Katar erscheinende Zeitung Ar-Raya, die USA hätten mit konkreten Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen den Irak begonnen. Dazu seien Manöver gestartet und Geheimdienstkontakte aufgenommen worden und der US-Gesandte für den Nahen Osten, William Burns, habe bei seiner jüngsten Reise durch die Region um politische Unterstützung dafür geworben. Die ABC-Einheiten der Bundeswehr, die sich ebenfalls zum Manöver nach Kuwait aufgemacht haben, könnten sich also unversehens in einem echten Kriegsgeschehen wiederfinden.

Nach George W. Bushs Bericht zur Lage der Nation stehen die Zeichen nun eindeutig auf Sturm. In seiner von frenetischem Beifall begleiteten Rede hat der US-Präsident seine Zuhörer auf noch mehr, noch umfassendere und auch riskantere Kriege eingestimmt. Die tatsächliche Bedrohungssituation auf den Kopf stellend, kündigte er an, nicht zu warten, bis die Gefahr näher rücke und die "weltweit gefährlichsten Regimes" die USA "mit den weltweit gefährlichsten Massenvernichtungswaffen" bedrohen.

"Wir haben ernst zu nehmende Feinde mit bodenlosem Hass und - bald - den entsprechenden Waffen", fasste die Washington Post am 1. Februar die Botschaft des Präsidenten zusammen. "Ob sie in den 11. September verwickelt sind, ist irrelevant. Wir sind in einem Rennen gegen die Zeit. Wir müssen sie erwischen, bevor sie uns erwischen." Doch keine vergleichbar hochgerüsteten Mächte, wie die dramatischen Worte nahe legen, wurden als lauernde Feinde präsentiert, sondern drei in jeder Hinsicht unterlegene Länder der "Dritten Welt": Nord Korea, Iran und Irak. Gewarnt wurden damit auch alle, die sich nicht uneingeschränkt hinter die USA stellen wollen - nationale Eigenmächtigkeiten können als Feindschaft, eine eigene Armee als Bedrohung definiert werden. Auch Venezuela unter dem unbequemen Hugo Chavez könnte so bald ins Visier geraten.

Neuer Golfkrieg droht

Bush kann im eigenen Land offenbar auf breite Zustimmung für seinen Kriegskurs zählen, der sich potenziell gegen alles richtet, was US-amerikanischen Interessen im Wege steht, und für eine Politik, die sich von den letzten Fesseln befreit, die den USA Völkerrecht, internationale Abkommen und Rücksichtnahmen auf Bündnispartner bisher noch auferlegten.

Dadurch dass sie Opfer der Terroranschläge geworden seien, hätten die USA das Mandat entsprechend zu handeln, erklärte der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz auf der Münchener Konferenz. Mit ihrer Beteiligung durch Bundeswehreinheiten vor Ort unterstützt die deutsche Regierung aktiv diesen Kurs - so fördern die deutschen ABC-Truppen ebenfalls den Eindruck, einer akuten vom Irak ausgehenden Gefahr.

Die allernächsten Kriegshandlungen werden wohl in Ländern wie den Philippinen oder Somalia stattfinden, um zunächst die "niedrig hängenden Früchte zu pflücken", wie die Washington Post meint, doch im Zentrum des US-amerikanischen Interesses steht der Irak. Keine Rolle spielt dabei, dass selbst die CIA Anfang des Monats versicherte, Verbindungen des Iraks mit terroristischen Aktivitäten könnten ausgeschlossen werden (1) und im Februar letzten Jahres zugeben musste, keine Hinweise dafür zu haben, dass der Irak seit Ende 1998 - als der viertägige Krieg der USA und Großbritanniens die UN-Rüstungskontrollen beendete - wieder Programme zum Bau von Massenvernichtungswaffen aufgenommen hätte. (2)

Die unversöhnliche Feindschaft der aktuellen imperialistischen Supermacht gegen das Baath-Regime hat bekanntlich mit der Nationalisierung der Ressourcen des Landes Anfang der 70er Jahre begonnen. Eine

Feindschaft, die nur eine Zeit lang überlagert wurde, durch eine Politik, die im Iran unter Ajatollah Khomeini das größere Übel sah. Durch den "Zweiten Golfkrieg" konnte schließlich der Irak als eigenständiger regionaler - politischer wie wirtschaftlicher - Faktor weitgehend ausgeschaltet und über das Sanktionsregime auch wieder eine gewisse Kontrolle über das irakische Öl erlangt werden.

Doch trotz umfassendem Embargo und einem fortgesetztem Krieg niederer Intensität blieb der Sturz Saddam Husseins aus und die USA müssen statt dessen mit ansehen, wie die Sanktionsfront bröckelt, sich der Irak Schritt für Schritt aus seiner Isolierung befreit und sie selbst in der Region zunehmend politisch an Boden verlieren.

Neben der Sicherung ihrer geostrategischen Interessen in der gesamten Region, geht es der Bush-Regierung - die so eng mit der Ölindustrie verbunden ist, wie keine zuvor (3) - nun auch darum, endlich wieder unmittelbaren Zugriff auf das irakische Öl zu erhalten. Das Hauptgeschäft beim Öl wird schließlich bei der Förderung gemacht und im Boden der Länder dieser Region liegen, nach aktuellen Schätzungen, Ölreserven, die nach heutigen Preisen, Gewinne von mehr als 10.000 Mrd. US-Dollar erwarten lassen. Der Irak hat davon den zweitgrößten Anteil. (4)

Einem Krieg zum Sturz Saddam Husseins stehen allerdings noch größere Hindernisse entgegen. Die Nachbarstaaten, inklusive Saudi-Arabien, Iran, Ägypten und die Türkei, wie die gesamte Arabische Liga hatten sich von Anfang an dagegen ausgesprochen, und auch die europäischen Verbündeten warnen vor einem solchen Schritt, der die gesamte Region in Aufruhr versetzen könnte. Während aus der Türkei, nach intensiven Gesprächen mit den USA, zunehmend auch Äußerungen, kommen, die eine Unterstützung wahrscheinlich machen, blieben Saudi-Arabien und die anderen arabischen Staaten bei ihrer Ablehnung.

Bundeswehr im Kriegsgeschehen

Es spricht dennoch einiges dafür, dass die USA unter Führung der Falken dabei sind, sich auf das riskante Abenteuer auch ohne volle Unterstützung der früheren Alliierten einzulassen. Zum einen haben Wolfowitz, Kissinger und Co. stets deutlich gemacht, dass sie von "Rücksichtnahmen auf saudi-arabische und ägyptische Potentaten" genauso wenig halten, wie von UN-Resolutionen. Ihnen drängt, wie Henry Kissinger gegenüber der Welt am Sonntag ausführte, die Zeit - "Phase II muss beginnen, solange die Erinnerung an die Attacke auf die USA noch lebendig ist". Ein Hindernis durch die ablehnende Haltung Deutschlands und der anderen EU-Staaten, sieht Kissinger dabei nicht.

Zum anderen spricht auch die Einreihung des Iran in Bushs "Achse des Bösen" dafür, die eine grundlegende Änderung in der US-Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten bedeutet. Nachdem es zunächst so ausgesehen hatte, als ob die USA Iran in ihre Koalition einbinden wollten, halten sie nun den bisher verfeindeten Nachbarn ihre gemeinsame Bedrohung überdeutlich vor Augen.

Bisher war Washington dagegen stets bemüht gewesen, die beiden Staaten gegen einander auszubalancieren und auch nicht zuzulassen, dass durch eine zu weit gehende Schwächung des Iraks, der Iran zur regionalen Vormacht werden könnte. Wolfowitz & Co. bauen aber darauf, dieser Gefahr durch die rasche Ersetzung des irakischen Regimes durch ein pro-amerikanisches nach einem erfolgreichen Krieg zu begegnen und den Iran mit einer zweiten Demonstration US-amerikanischer Macht in unmittelbarer Nachbarschaft zur Kooperation zwingen zu können. (5)

Konkrete militärische Maßnahmen der USA deuten daraufhin, dass die Vorbereitungen für einen Krieg gegen den Irak schon im Gange sind. So wurde bereits Anfang Dezember das Hauptquartier der 3. Armee aus den USA nach Kuwait verlegt und mit ihm auch das Kommando Mitte der US-Armee US Army Forces Central Command USARCENT. (6) Dieses Kommando - seit Oktober auch für Bodenoperationen in Afghanistan zuständig - hatte 1991 die Bodenoperationen gegen den Irak geleitet. Die Zahl der Kriegsschiffe und Flugzeugträger am persischen Golf war schon zuvor wesentlich erhöht worden, die Zahl der F-15 und F-16-Kampfflugzeuge wurde nahezu verdoppelt.

Gemäß Newsweek vom 7. Januar sehen erste Planungen vor, je 50.000 Soldaten nördlich und südlich des Iraks aufzustellen, um den Irak aus beiden Richtungen anzugreifen. Militärplaner zweifeln allerdings, ob diese Kräfte ausreichen würden, um Bagdad einzunehmen. Sie gehen davon aus, dass der Irak, indem er auch die Erkenntnisse des aktuellen Kriegs gegen Afghanistan auswertete, sich auf einen US-Angriff gut vorbereitet hat

- u.a. durch Aufteilung seiner früher umfangreichen Divisionen in kleine bewegliche Einheiten, die von der überlegenen US-Luftwaffe schwerer zu bekämpfen wären.

Der aktuelle Oberkommandierende von USARCENT, General Paul Mikolashek, gab noch wenige Tage vor dem 11. September an, dass sie für einen Sturz des Regimes und die Besetzung des Landes Kräfte mindesten in der Größenordnung der Streitmacht im Desert Storm 1991 benötigen würden, wo etwa 169.000 US-Kampftruppen aufgeboten worden waren. Ranghohe Militärs seien allerdings sehr skeptisch, so Newsweek, ob Bush bereit sei, einen so gewaltigen Feldzug in die Wege zu leiten und ebenso skeptisch auch Hoffnungen gegenüber einer möglichen Unterstützung durch eine inner-irakische Opposition, die ein Angriff auch mit geringerem Aufgebot möglich machen würde.

Es ist unklar, in welchem Ausmaß schon zusätzliche Truppeneinheiten in die Region verlegt wurden. Auf die Internetnachrichtenagentur ka.com gingen Meldungen in einigen Zeitungen zurück, die von neun Divisionen berichteten, die gerade unterwegs seien. Nun ist die in Israel ansässige Agentur zwar von zweifelhafter Seriosität und immer wieder im Verdacht, Sprachrohr israelischer Geheimdienste zu sein, einige Aspekte klingen aber durchaus plausibel. So berichtet debka, dass die US-Militärplaner nur auf die volle Unterstützung dreier Länder der Region fest bauen, die auch eigene Truppen zur Verfügung stellen würden - die Türkei, Jordanien und Israel.

Ein Hinweis darauf, dass die USA tatsächlich auf die bisher für unabdingbar erachtete Unterstützung Saudi Arabiens - zu dem das Verhältnis mittlerweile recht gespannt ist - verzichten und lieber auf eine aktive Beteiligung Israels, ihres verlässlichsten und militärisch stärksten Verbündeten setzen könnten, kann in der Aufgabe jeglicher ernsthafter Vermittlungsbemühungen im israelisch-palästinensischen Konflikt und der Unterstützung Scharons Eskalation militärischer Gewalt gesehen werden.

Die Verlegung Hunderter US-Soldaten nach Israel für gemeinsame gegen den Irak gerichtete Manöver, könnte zudem auch der Anfang der von debka angekündigten Zusammenfassung größerer US-Truppenkontingente in Israel sein. Es steht somit zu befürchten, dass auch diesmal die PalästinenserInnen neben den IrakerInnen zu den Opfern eines erneuten Golfkriegs zählen werden.

Brüchige Allianzen im mittleren Osten

Unterdessen hat der Irak sein Angebot vom letzten Frühjahr erneuert, Waffenkontrolleure - ausgenommen britische und US-amerikanische - wieder ins Land zu lassen, sobald es einen klaren Fahrplan zur Beendigung der mörderischen Sanktionen gibt, denen seit 1991 bis zu 1,5 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Obwohl eine vernünftige Verhandlungsbasis, haben die USA - wie stets - jegliche Kompromisse abgelehnt. Alles andere ist aber für Irak schwierig. Irak wird keine Kontrolleure aus den Staaten der Kriegsgegner akzeptieren, zumal diese zuvor jahrelang auch Zielkoordinaten für nachfolgende Angriffe übermittelt hatten.

Noch sind die Kriegsplanungen nicht abgeschlossen. Vizepräsident Cheney bereist im März die gesamte Region und wird dabei versuchen, möglichst viele Staaten doch noch zu einer Kooperation zu bewegen. Die meisten Beobachter in den USA rechnen aber mit einem Angriff noch in diesem Jahr.

Joachim Guilliard

Joachim Guilliard ist Mitherausgeber des Buches: Der Irak - Ein belagertes Land, PapyRossa Verlag, Köln 2001.

Anmerkungen:

1) Terror Acts by Baghdad Have Waned, U.S. Aides Say, New York Times 6.2.2002.

2) Unclassified Report to Congress on the Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions, 1 January Through 30 June 2000, www.odci.gov/cia/publications/bian/bian_feb_2001.htm#4

3) Triebfeder des Krieges, DIE WOCHE 19. Oktober 2001.

4) Dieter Lohauf: Ein unerledigtes Geschäft - Die USA und das Öl der Verweigerer Iran und Irak, Marxistische Blätter 5-01.

5) Iraq, Terrorism and Geopolitics, www.stratfor.com/asia/commentary/0112042020a.htm

6) US moves command base to Kuwait, DAWN, 10.12.2001.

Die meisten angegebenen Quellen können unter www.embargos.de nachgesehen werden.

4. Langer Krieg - neues Kriegsziel

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:14

Während ihrer über 300-jährigen Präsenz in den Philippinen (1571-1898) konnten die Spanier den Widerstand der vorwiegend muslimischen Bevölkerung (Moros) und Sultanate im Süden des Landes nicht brechen. Das gelang erst den Amerikanern, die als neue Kolonialherren blutige "Befriedungsfeldzüge" mit "wohlwollender Assimilierung" (so der damalige US-Präsident William McKinley) verknüpften. Anfang Februar 1899 entfesselten die USA den Amerikanisch-Philippinischen Krieg und setzten damit der von den Filipinos am 12. Juni 1898 proklamierten ersten unabhängigen Republik in Asien ein jähes Ende.

Zwar hatte US-Präsident Theodore Roosevelt diesen Krieg im Sommer 1902 offiziell für beendet erklärt. Doch auf Mindanao und im Sulu-Archipel dauerte das blutige Gemetzel bis 1913 - sporadisch sogar bis 1916 - an.

Amerikanischen Kongressberichten zufolge waren insgesamt 127.000 US-Soldaten im Fronteinsatz, den 4.234 nicht überlebten. Die um 1900 annähernd 6,5 Millionen Einwohner zählende Bevölkerung der Philippinen war während dieses bis dahin größten Kolonialmassakers in der Geschichte buchstäblich dezimiert worden: Insgesamt kamen knapp eine Million Menschen ums Leben - in erster Linie Zivilisten. Die damalige Kriegführung nahm vorweg, was später in Malaya, Korea und Indochina technisch ausgeklügelter praktiziert wurde - Hamletting (strategische Wehrdörfer), Freifeuerzonen, Such-und-Zerstör-Aktionen, Nahrungsmittelblockaden und planmäßiges Massakrieren von Frauen und Kindern. "Insurgenten und der Subversion" sollte ein Riegel vorgeschoben werden.

Niemand hatte die Moros gefragt, ob sie 1946 Teil der unabhängig gewordenen philippinischen Republik werden wollten. Zum einen sollte das hofierte internationale Agrobusiness dem Süden "Entwicklung" bescheren. Andererseits wurde eine ehrgeizige exportorientierte Entwicklungsstrategie von massiver interner Kolonisierung flankiert.

Gewaltsame Landnahmen mit weit reichenden demographischen Veränderungen, die Formation von Bürgerwehren und bewaffneten religiösen Sekten verwandelten Mindanao und die Sulu-See seitdem in die höchstmilitarisierte und ärmste Region des Archipels. Zeitweilig waren dort 80 Prozent sämtlicher Kampfeinheiten der Streitkräfte (AFP) stationiert - zum Schutz vor neu formiertem bewaffneten Widerstand in Gestalt der "Moro Nationalen Befreiungsfront" (MNLF).

Seitdem die MNLF bereits Mitte der siebziger Jahre ihren Kampf für einen unabhängigen Staat preisgab, hielt die neugegründete "Moro Islamische Befreiungsfront" (MILF) an diesem Ziel fest, während andere sich enttäuscht zurückzogen. Erklärtes Ziel der jetzt angelaufenen US-amerikanisch-philippinischen Militäroperation, die unter dem Namen Kalayaan-Aguila 2002 (Freiheitsengel 2002) firmiert und bis zu zwölf Monaten laufen soll, ist die Vernichtung der Abu Sayyaf (wörtlich: Vater des Scharfrichters).

Die ASG, ursprünglich als Al Harakatul al Islamiya (Islamische Bewegung) auf Basilan aus Protest gegen die MNLF entstanden und Mitte der neunziger Jahre von philippinischen Geheimdienstagenten teilweise infiltriert, hat sich seitdem auf Kidnapping und Lösegelderpressung "spezialisiert". Mitglieder der ASG, von denen einige in Libyen ausgebildet wurden und über Kampferfahrungen in Afghanistan während der sowjetischen Okkupation in den achtziger Jahren verfügen, agieren heute auch auf Jolo. Dort genießen sie zum Teil beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung und verfügen über vielfältige Rückzugsmöglichkeiten in dichtem Dschungelterrain und per Schnellboote auf zahlreiche Nachbarinseln.

Während AFP-Sprecher Brigadegeneral Edilberto Adan am 22. Januar einräumte, der Abu Sayyaf ohne US-Rückendeckung nicht Herr werden zu können, drohte tags darauf Abu Sulayman, ein Sprecher der ASG, den USA mit langwierigem Krieg. Den werde, so Sulayman, notfalls die nächste Generation weiterführen.

Rainer Werning

5. Kriegsgrüße aus Afghanistan. US-Truppen intervenieren im Süden der Philippinen

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Afghanistan; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:13

Wer geglaubt hatte, nach Afghanistan nähmen die US-Streitkräfte "Schurkenregime" wie den Irak und Somalia ins Visier, musste plötzlich umdenken. Seit Mitte Januar eröffneten die USA in den Philippinen die "zweite Front im Kampf gegen den internationalen Terrorismus". Zum Entzücken des Militärs, doch zum Leidwesen der Zivilbevölkerung. Auf Mindanao und in der Sulu-See, Südostasiens ältester Konfliktregion, herrscht der Ausnahmezustand.

Teofisto Guingona ist sauer. Der philippinische Vizepräsident und Außenminister, als Ex-Senator ein eloquenter Kritiker der US-Militärpräsenz im Lande, fühlt sich schnöde übergangen. Ohne konsultiert worden zu sein, wurden bis zum 30. Januar 660 US-amerikanische GIs - darunter 160 sogenannte Elitesoldaten der Green Berets und Navy Seals - auf den Inseln stationiert. Gemeinsam mit ihren philippinischen Kameraden ziehen sie in den Krieg. Dessen vorrangiges Ziel ist es, die Abu-Sayyaf-Gruppe auszumerzen. Ihr werden Verbindungen zu Usama bin Laden und dessen al-Qaida-Netz nachgesagt. In der Sicht amerikanischer Militärstrategen gilt die Abu-Sayyaf-Gruppe als eine von zahlreichen über ganz Südostasien verstreuten Terrororganisationen.

Kein Grund zur Panik, es handele sich lediglich um ein routinemäßiges US-amerikanisch-philippinisches Balikatan (Schulter-an-Schulter)-Manöver, wiegelt Angelo Reyes ab. Der General ist im Kabinett von Präsidentin Gloria Arroyo ein einflussreicher Hardliner. Während der nur kurzen Amtszeit von Joseph Estrada (Juni 1998-Januar 2001) war Reyes Generalstabschef und einer der Architekten des "totalen Krieges" gegen den Moro-Widerstand im Süden. Heute ist der General Verteidigungsminister und faktisch mächtiger als seine Präsidentin, die verfassungsgemäß gleichzeitig auch Oberbefehlshaberin der philippinischen Streitkräfte ist.

Angesichts der US-Truppenpräsenz sieht sich Präsidentin Arroyo mit großen Problemen und schwindender Popularität konfrontiert. Nicht nur die außerparlamentarischen Linken, auch kritische Stimmen im Kongress sehen in ihr ein "Maskottchen des Militärs" und eine "Marionette des Yankee-Imperialismus". Ihr erstes Jahr als Regierungschefin ging mit landesweiten Protestaktionen zu Ende, bei denen ihr Rücktritt und der sofortige Stopp der US-amerikanischen Einmischung im Süden des Landes gefordert wurde.

Marionette des Yankee-Imperialismus

Im Sommer 2004 stehen die nächsten regulären Präsidentschaftswahlen ins Haus. Die will die überaus fromme Präsidentin mit Glanz und Gloria gewinnen. Um diese politische Perspektive ging es bei Frau Arroyos erstem Staatsbesuch in den USA im November vergangenen Jahres. Unterstützung wurde ihr vom Kollegen Bush und Militärs in Aussicht gestellt, wenn sich das beiderseitige Verhältnis wieder normalisiere und enger gestalte. Darin waren sich beide rasch einig. Neben zugesicherter Wirtschafts- und Finanzhilfe wurde Manila eine militärische Soforthilfe, unter anderem in Form von AC-130-Kampfhubschraubern und 30.000 M-16-Gewehren, gewährt. Gesamtwert: knapp 100 Millionen US-Dollar.

Nach den Anschlägen vom 11. September hat sich das bilaterale Verhältnis zwischen den Philippinen, der einstigen und einzigen US-Kolonie in Asien (1898-1946), und den USA wieder enger denn je gestaltet. "Bedingungslose Solidarität" zahlt sich aus - politisch, wirtschaftlich und militärisch.

Wenngleich die Jahrzehnte lang auf den Inseln unterhaltenen US-Militärstützpunkte "Subic Naval Base" und "Clark Air Field" nach dem Ende des West-Ost-Konflikts an militärstrategischer Bedeutung eingebüßt hatten, hat man es in Washington als "unfreundlichen Akt" empfunden, dass nach einem entsprechenden Votum im philippinischen Senat im Herbst 1992 das Sternenbanner eingeholt wurde und die letzten GIs aus dem Land hinauskomplimentiert worden waren. Zwar konnte - eine bemerkenswerte Kehrtwende - durch das ebenfalls vom philippinischen Senat später mehrheitlich abgesegnete und am 1. Juni 1999 in Kraft getretene "Visiting Forces Agreement" (VFA) wieder ein Modus vivendi gefunden werden, der US-Truppen zu Manöverzwecken nunmehr explizit in 22 Hafenstädten willkommen hieß. Doch das VFA sieht einen unmittelbaren Kampfeinsatz

US-amerikanischer Truppen auf philippinischem Boden nur im Falle einer äußeren Bedrohung beziehungsweise militärischen Invasion eines anderen Staates vor.

Haudegen in der Tradition Pershings

Nun beteuert Manila, die US-Truppen würden nicht in Kampfhandlungen verstrickt. Sie dienten lediglich als Berater und Ausbilder, um mit Hilfe modernen militärischen Geräts die philippinischen Streitkräfte zu befähigen, Kampfhubschrauber mit Nachtsichtgeräten in dichtem Dschungelgebiet einzusetzen und damit die Counter-Insurgency insgesamt effektiver zu gestalten. Dafür hätten Berater genügt und solche befinden sich bereits seit Oktober im "SouthCom", dem in Zamboanga City beheimateten Südkommando der philippinischen Streitkräfte und Schaltzentrale der langjährigen Kriegführung gegen die Moros. Der Oberkommandierende des US-Pazifikkommandos, Admiral Dennis C. Blair, war im November eigens nach Zamboanga gejettet, um die künftige Kooperation beider militärischen Verbände zu besprechen. Bei dieser Angelegenheit soll schließlich das jetzt heftig und kontrovers diskutierte, der Öffentlichkeit vorenthaltene "Mutual Logistics Support Agreement" (MLSA) zu Stande gekommen sein.

Das MLSA, mitunter auch als zehnjähriges "Arrangement" bezeichnet, sieht eine umfassende Kooperation US-amerikanischer und philippinischer Truppen in den Philippinen auf sämtlichen Ebenen vor. Eine vage Formulierung, die noch für hitzige Debatten sorgen wird. Fakt ist bereits, dass unter dem Befehl von US-Brigadegeneral Donald Wurster und dem Banner des antiterroristischen Kampfes die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern intensiviert und der einstige US-Luftwaffenstützpunkt "Clark Air Field" von amerikanischen Streitkräften ebenso genutzt wird wie die Flughäfen auf Mactan (Cebu) und Zamboanga City. Auf Basilan sind neben Zamboanga GIs bereits im Einsatz.

Gerade in Zamboanga und Basilan haben amerikanische Militärs vor hundert Jahren grausam gewütet. Ausgerechnet nach einem Architekten der US-amerikanischen Pazifizierungskampagne in den Südphilippinen und "Schlächter der Moros" ist mitten in Zamboanga City ein Platz benannt. John "Black Jack" Pershing (1860-1948), Amerikas höchstdekorierter Soldat aller Zeiten, der sich als einziger General of the Armies of the United States nennen durfte, war zwischen 1899 und 1913 mehrfach und in unterschiedlichen Funktionen in den Südphilippinen stationiert - zuletzt als Militärgouverneur der Moro-Provinz und Befehlshaber über Mindanao. Was in den Annalen der US-amerikanischen Militärgeschichte harmlos mit "subduing the combative Moro tribesmen" oder mit "cleaning up the Moro insurrection" beschrieben wurde, waren systematische Massaker unter der Zivilbevölkerung.

Solche kriminelle Perfidie wie in Afghanistan, wo US-Bomber gelben Splitterbomben gelbe Nahrungsmittelpakete aus der Luft folgen ließen, wird sich in den Philippinen nicht wiederholen. Alles deutet auf einen mit US-Unterstützung geführten "low-intensity conflict" hin. Der wird freilich dann zu größeren kriegerischen Auseinandersetzungen eskalieren, wenn die bewaffneten Verbände der für Unabhängigkeit kämpfenden "Moro Islamischen Befreiungsfront" (MILF) und der von der Kommunistischen Partei geführten Guerilla der "Neuen Volksarmee" (NPA) angegriffen werden. Nicht nur besteht zwischen beiden Organisationen seit Ende 1999 eine enge Kooperation. Beide haben seit Manilas verheerendem "totalen Krieg" in Zentralmindanao im Sommer 2000 beträchtlich an Zulauf und Einfluss gewonnen. Das weiß auch Angelo Reyes. Und dennoch hat der General bereits die NPA als nächstes Ziel gemeinsamer philippinisch-amerikanischer "Manöver" ausgemacht.

Rainer Werning

6. Kaiser auf dem Amselfeld. Ex-Kanzlerberater Michael "Arschloch" Steiner neuer Kosovo-Chef

Geschasster Kanzlerberater Michael "Arschloch" Steiner Kosovo-Chef

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:08

Die Kolonialinstitutionen auf dem Balkan dienen Karriere orientierten Newcomern oft als Sprungbrett zu höheren Weihen im Vaterland. Andererseits können sie auch als Abschiebegleis für abgehalfterte Polit-Funktionäre fungieren. Eine dritte Funktion erfüllen die Jobs bei SFOR, KFOR, UN, OSCE und dem Stabilitätspakt als Bewährungsstation für gefallene Sünder. Das ist der Fall bei Michael Steiner, bis vor kurzem Kanzlerberater, jetzt Chef der UN-Übergangsverwaltung im Kosovo (UNMIK).

Der Sündenfall des 52-jährigen Steiner ereignete sich am vergangenen 2. November auf dem Flugplatz in Moskau. Beim nächtlichen Zwischenstopp des Bundeswehrjets machte die Betankung Schwierigkeiten. Stunde um Stunde verging und Michael Steiner saß in Russland fest. Da platzte ihm der Kragen. Mehrmals betitelte er den mit der Kerosinabfüllung betrauten Oberfeldwebel Mario Piplica als "Arschloch". Außerdem forderte er, dass ihm, wenn er schon in Moskau hängen bleiben musste, Kaviar serviert würde. Bundeswehrsoldaten sind hart im Nehmen. Aber das ging zu weit. Oberfeldwebel Piplica beschwerte sich über Steiners cholerische Anfälle, die Geschichte geriet an die Boulevardpresse und wurde zur Affäre. Der Kanzlerberater musste den Hut nehmen.

Verkörperung des selbstbewussten Deutschlands

Anders als bei der Bundesanstalt für Arbeit klappt die Arbeitsvermittlung innerhalb des diplomatischen Jet Sets wie am Schnürchen. Ab einer bestimmten Stufe auf der Karriereleiter kann man nur nach oben fallen. Nach telefonischer Intervention aus dem Kanzleramt und dem Außenministerium ernannte UN-Generalsekretär Kofi Annan Steiner, über den die Financial Times Deutschland schreibt, er verkörpere "wie kein anderer Diplomat jenes Deutschland, das nach der Wiedervereinigung seine traditionelle Zurückhaltung in außenpolitischen Fragen aufgegeben hat", zum Chef über die 14.000 Mitarbeiter der UNMIK im Kosovo. De facto ist er damit seit dem 1. Februar das Oberhaupt eines "UN-Staates". Denn die Kosovo-BewohnerInnen durften kürzlich zwar ein Parlament wählen, die letztendliche Verfügungsgewalt über die Geschicke der südserbischen Provinz liegt aber beim UN-Protektor. Er hat Vetorecht bei der Verabschiedung von Gesetzen, kann das Parlament auflösen und darf sogar gewählte PolitikerInnen wieder absetzen, wenn sie der "internationalen Gemeinschaft" nicht ins Konzept passen. Steiners Kollege Wolfgang Petrisch in Bosnien-Herzegovina hat darin reichlich Übung.

Dort hat auch Steiner seine erste Erfahrungen auf dem Balkan gesammelt. Nach dem Abschluss des Dayton-Abkommens 1995 bekleidete er in Sarajevo zwei Jahre das Amt des Stellvertretenden Hohen Gesandten der internationalen Gemeinschaft. Mit einer Mischung aus Hemdsärmligkeit und Einfühlungsvermögen verdiente er sich damals den Kosenamen "König von Bosnien", berichtet die Stuttgarter Zeitung. Jetzt ist Steiner also "Kaiser auf dem Amselfeld" und man darf gespannt sein, wie er mit den unbequemen UntertanInnen und der aussichtslosen politischen und sozialen Situation in seinem kleinen Reich fertig werden wird. Nach den gescheiterten Amtszeiten seiner beiden Vorgänger, des französischen Kosova-Schwärmers Bernard Kouchner und des spröden Dänen Hans Haekkerup, sind die Erwartungen von allen Seiten hoch gesteckt.

Jedenfalls für sich selbst wird Steiner jede Menge herausholen können, wenn er sich schlau anstellt. Das ist die Erfahrung eines anderen führenden deutschen Balkankolonialisten. Zum 1. Januar trat der Koordinator des 1999 auf Außenminister Josef Fischers Initiative aus der Traufe gehobene Balkan-Stabilitätspaktes, Bodo Hombach, seinen Job an den Österreicher Erhard Busek ab.

Wie Steiner war auch Hombach zum Zeitpunkt seiner Versetzung nach Südost in Berlin untragbar geworden. Dem damaligen Kanzleramtsminister, und vormaligen SPD-Wahlkampf-Koordinator, waren Korruption und zwielichtige Geschäfte nachgesagt worden. Vielleicht deshalb verfiel die Berliner Zentrale auf die Idee, Hombach könnte als Balkankoordinator hervorragend qualifiziert sein, auch wenn er bis dahin über keinerlei

Vorkenntnisse über die Region verfügte. Und Hombach hat bewiesen, dass er fähig ist. Er wechselt nun als Geschäftsführer in die WAZ-Verlagsgruppe, mit knapp zwei Milliarden Euro Umsatz Deutschlands viert größtes Medienunternehmen. Dort wird er fortan zuständig sein für die Expansion auf dem Balkan. Nachdem die WAZ-Gruppe Ende der 80er Jahre mit der Kronen- und Kurier-Gesellschaft ein Verlagshaus in Österreich gegründet hatte, expandierte das Unternehmen nach 1989 zuerst nach Ungarn, wo es mittlerweile die Presselandschaft dominiert, dann nach Bulgarien und Rumänien. Jetzt sind Serbien, Kroatien und Slowenien an der Reihe, in das "K&K" Medien-Imperium, so heißt die WAZ-Tochter, eingemeindet zu werden.

Boris Kanzleiter

7. Troubles im Protektorat. Nachrichten aus Südost - Krisenhaftes Kosovo

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:07

Kosovo ist in heller Aufregung. Ende Januar hat die UN-Polizei drei frühere UCK-Angehörige festgenommen, weil sie verdächtigt werden, an politischen Morden beteiligt gewesen zu sein. Seitdem reißen die wütenden Proteste nicht ab. Tausende DemonstrantInnen beteiligten sich in den vergangenen Tagen an Kundgebungen gegen die Festnahmen. Immer wieder flogen Steine. Diese Proteste zeigen zweierlei: Der aggressive Nationalismus ist ungebrochen und er könnte sich gegen die "internationale Gemeinschaft" richten.

Die Inhaftierten, Letif Gashi, Naim Kadriu und Nazif Mehmeti, zählen zum innersten Kern der Organisationsstrukturen bewaffneter albanischen Nationalisten im Kosovo. Vor dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien, der im Juni 1999 zum Rückzug der serbisch-jugoslawischen Truppen aus der Provinz führte, waren sie Mitglieder einer Spezialeinheit der UCK. Seitdem die Sezessionistentruppe im Herbst 1999 unter Aufsicht der NATO und der Vereinten Nationen in das Kosovo Schutz Korps (KPC) überführt wurde, bekleidete das Trio darin führende Positionen. Auch in der von Hasim Thaci angeführten UCK-Nachfolgepartei PDK waren sie aktiv. Außerdem zählten die Verhafteten zu einer Geheimdienststruktur, die Thaci 1999 mit seinen engsten Gefährten gründete.

Die von der UN-Übergangsverwaltung in Kosovo (UNMIK) geleitete internationale Polizei verdächtigt die UCK-Kader an Terroranschlägen beteiligt gewesen zu sein. Die Opfer sind allesamt Albaner, die nicht nach der Pfeife der bewaffneten Separatisten tanzen wollten. Die Liquidation von "Verrätern" war in den Jahren vor der NATO-Intervention ein übliches Verfahren der albanischen "Freiheitskämpfer", um die Reihen fest geschlossen zu halten. Allein 1996/97 sollen nach Presseberichten mehr als 30 albanische UCK-Kritiker, die lieber mit den jugoslawischen Institutionen zusammenarbeiten wollten statt für ein ethnisch gesäubertes Kosovo zu kämpfen, dem Terror zum Opfer gefallen sein. (1)

Die UCK-Methoden haben sich auch nach dem Rückzug der serbisch-jugoslawischen Truppen nicht verändert. Ein Bericht des Londoner Institute for War and Peace Reporting (IWPR) von Ende Januar listet die prominentesten Opfer auf. Kurz nach den Kommunalwahlen vom Oktober 2000, bei denen Ibrahim Rugovas LDK die UCK Nachfolgepartei PDK klar geschlagen hat, wurde Rugovas Wahlkampfkoordinator Xhemail Mustafa vor seinem Haus erschossen. Ihm folgten Ismet Rraci, Besim Dajaku und zuletzt, am 18. Januar, Smajl Hajdaraj, allesamt enge Mitarbeiter Rugovas. Die UNMIK-Polizei hat keine Zweifel, dass die Morde aus den Reihen der ehemaligen UCK in Auftrag gegeben wurden. (2)

"Kultur der Straflosigkeit"

Der UNMIK Polizeifunktionär Christopher Albiston kündigte mit der Verhaftung der drei Verdächtigten nun eine groß angelegte Kampagne gegen die Kriminalität im UN-Protektorat an. "Alle Vorbereitungen für die Inhaftierung der größten Kriminellen im Kosovo dieses Jahr sind getroffen", sagte Albiston der Presse. Doch wie weit das Durchgreifen tatsächlich gehen kann, muss sich erst erweisen. Das Problem ist nämlich, dass sich die Patrone des Verbrechens auch als Nationalhelden engagieren und auf den aggressiven Nationalismus weiter Teile der albanischen Bevölkerung zählen können, wie die Massenproteste zeigen. Die Verquickung von Krimininalität, politischer Macht und Nationalismus schafft eine Melange gegen die schwer anzugehen ist.

Schwierig würde es insbesondere, wenn es darum gehen sollte, nicht nur die Morde an albanischen UCK-Kritikern zu ermitteln, sondern wenn gegen Kriegsverbrecher vorgegangen würde, die die massenhafte Vertreibung der Angehörigen aller nicht-albanischen Minderheiten aus dem Kosovo seit 1999 zu verantworten haben. Hier liegt der eigentliche Kosovo-Skandal, der von westlichen Medien geflissentlich ignoriert wird und deshalb im Bewusstsein der Öffentlichkeit schlicht nicht existiert. Unter den Augen von 38.000 Soldaten der internationalen Kosovo Truppe KFOR, darunter 4.700 Angehörige der Bundeswehr, wurden seit Juni 1999 fast 300.000 Menschen, hauptsächlich SerbInnen und Roma, von albanischen Nationalisten aus dem albanischen Südteil Kosovos vertrieben. (3) Die "ethnischen Säuberungen" waren begleitet von Brandschatzungen, Misshandlungen und Morden. Eine Rückkehr der Flüchtlinge ist unmöglich, weil die Gefährdung anhält, wie

selbst ein Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSCE vom Oktober 2001 festhält. (4)

Bislang hat die "internationale Gemeinschaft" den Vertreibungen nicht nur zugeschaut, sondern Hilfe geleistet, indem sie sie weitgehend sanktionslos geschehen ließen. Die Schweizer Flüchtlingshilfe schreibt nach einer umfangreichen Recherchereise in den Kosovo: "Von einem funktionierenden Justiz- und Polizeisystem kann keine Rede sein. Darunter haben nicht nur die Minderheiten zu leiden, aber sie trifft es auf Grund ihrer Verletzlichkeit in besonderem Maße. Angriffe bleiben in aller Regel unaufgeklärt und unbestraft. Weil die Menschen eingeschüchtert sind, finden sich nach Gewalttaten kaum Zeugen. Den verschiedenen Gesprächspartnern von internationalen Organisationen war kein einziges Beispiel bekannt, bei denen die Urheber von Morden an Minderheitsangehörigen gefunden und abgeurteilt wurden. Es herrscht eine ‚Kultur der Straflosigkeit`, des rechtsfreien Raums." (5)

Während Kriminalität und extremistischer Nationalismus das gesellschaftliche Klima im Kosovo prägen, ist das politische Leben gelähmt. Seit am 17. November vergangenen Jahres die ersten Wahlen zu einem Kosovo-Parlament statt gefunden haben, können sich die drei albanischen Parteien, Rugovas LDK (47 Sitze), Thacis PDK (26 Sitze) und die ebenfalls aus der UCK hervorgegangene AAK von Ramush Haradinaj (8 Sitze) nicht auf die Wahl einer Koalitionsregierung und eines Präsidenten einigen. Der Dauerstreit ist mittlerweile so verfahren, dass über Neuwahlen nachgedacht wird, die aber wohl kein anderes Ergebnis bringen würden. "Wir stecken (neben dem Matsch auf unseren Straßen) in einem tiefen politischen Sumpf", kommentiert der einflussreiche Verleger der Tageszeitung Koha Ditore, Veton Surroi, das Geschehen. Die Abgeordneten scheinen lediglich an Ränkespielen um Macht und Einfluss interessiert zu sein, denn politisch gibt es wenig Unterschiede zwischen den albanischen Parteien. Alle fordern die vollständige staatliche Unabhängigkeit Kosovos und keiner äußert sich zu den wirklich drängenden Problemen der Provinz, in der nach einem jüngsten Bericht der Weltbank 70 Prozent der Bevölkerung arbeitslos ist, 50 Prozent über keine medizinische Versorgung verfügen und 20 Prozent ausschließlich auf humanitäre Hilfe aus dem Ausland angewiesen sind.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) taz, 7.2.2002

2) Balkan Crisis Report, No. 313, 31.1.2002

www.iwpr.net/index.pl?archive/bcr2/bcr2_20020130_1_eng.txt

3) Vgl. Berger, Stefan: Bundesrepublik Jugoslawien. Situation der Minderheiten und intern Vertriebenen, (Schweizer Flüchtlingshilfe), Bern 26.11.2001. Die Zahlen basieren auf Angaben internationaler Organisationen wie UNHCR und OSCE.

4) vgl. OSCE Bericht zur Beurteilung der Situation ethnischer Minderheiten im Kosovo, Oktober 2001

www.osce.org/kosovo/documents/reports/minorities/min_rep_08_eng.pdf

5) Rainer Mattern/ Stefan Berger: Kosova. Update zur Situation der ethnischen Minderheiten, (Schweizer Flüchtlingshilfe), Bern September 2001.

8. "Das ist halt so in Bayern." Sicherer Polizeikessel für die "Sicherheitskonferenz" in München

Autor: Judith Welkmann · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:12

Während im Bayrischen Hof die Bellizisten (und wenigen Bellizistinnen) um ihr strategisches Mitspracherecht im "Krieg gegen den Terror" streiten durften, wurden draußen die KriegsgegnerInnen zur Vorbeugung von Gewaltausschreitungen gekesselt, verprügelt und festgenommen. Die Parole, die der stellvertretende US-Verteidigungsminister für den Krieg gegen den Terror ausgegeben hatte - dass ein guter Angriff die beste Verteidigung ist - leuchtete auch der Polizeiführung für den Umgang mit öffentlicher Opposition ein. Jeglicher Protest gegen den Krieg war im Vorfeld mit dem Hinweis auf mögliche Gewaltszenarien verboten worden. Verkehrte Welt, oder, wie einige Münchner DemonstrantInnen resigniert sagten: "Das ist halt so in Bayern ..."

Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) hätte sich den Vorwurf, gegenüber potenziellen "Gewalttätern" zu nachsichtig zu sein auch kaum leisten können: München steckt mitten in der heißen Wahlkampfphase.

Bayerns Innenminister Beckstein verkündete im Vorfeld: "Ich fordere alle wirklich friedlichen Globalisierungsgegner auf, die Spielregeln der Demokratie zu beachten und sich an das Demonstrationsverbot zu halten. Die Bayerische Polizei wird gegen etwaige Störungsversuche unverbesserlicher Gewalttäter konsequent und auf niedriger Einschreitschwelle vorgehen." Solche Äußerungen geben einen Vorgeschmack auf das, was staatliche Umdefinition für bürgerliche "Freiheiten" im Kriegszustand bedeuten kann.

So wurde bereits im Vorfeld der Sicherheitstagung deutlich gemacht, dass man auch in einer rot-grün regierten Landeshauptstadt die bayrische Linie kennt und zu handhaben weiß: Alle Einrichtungen und Organisationen, die am öffentlichen Geldhahn hängen, wurden gezwungen, ihre Angebote an Räumen und Infrastruktur für die Protestveranstaltungen zurückzuziehen. Der Infoladen Mosquito wurde am Tag vor der Kongresseröffnung durchsucht, sämtliche Computer und Faxgeräte beschlagnahmt. Und das für die Demovorbereitung eingerichtete Spendenkonto des "Bündnis gegen Rassismus" wurde von der Münchner Stadtsparkasse mit dem lapidaren Hinweis auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine Woche vor der Tagung gekündigt. Außerdem wurde - wieder einmal - das Schengener Abkommen über die Reisefreiheit kurzfristig außer Kraft gesetzt und Hunderte von Menschen aus Österreich, Italien und der Schweiz an der Einreise gehindert.

Als ob das alles noch nicht reichen würde, wurden zwei Sprecher und Mitinitiatoren des Bündnisses festgenommen. Ihrer Infrastruktur beraubt, gerieten die Proteste zu einer fast absurden Jetzt-erst-recht-Trotzdemonstration der NATO-GegnerInnen, die sich allerdings recht orientierungslos an der Übermacht der bayrischen Unterstützungskommandos, die ihrerseits von Sondereinsatzkommandos aus anderen Bundesländern unterstützt wurden, abarbeitete.

Die repressive Stimmung und die konsequente Einschüchterungsstrategie hatte zur Folge, dass offensivere Protestformen, etwa eine akustische Störung der "Sicherheitskonferenz", nicht stattfanden. Nach der öffentlichen Pressekonferenz auf dem Marienplatz am Freitag, wo eigentlich die verbotene Kundgebung hätte stattfinden sollen, war die Atmosphäre fast surreal, von einer Mischung aus Ängstlichkeit und gedrückter Erwartung bestimmt: Als eine Gruppe von DemonstrantInnen schließlich Parolen gegen die NATO anstimmte, richteten sich nicht nur alle Fernsehkameras auf sie, sondern auch die Augen der Schaulustigen und MitdemonstrantInnen, die das unmittelbare Eingreifen der ebenfalls zahlreich erschienenen USK-Einheiten erwarteten.

Schließlich wurde der Marienplatz nach der obligatorischen dreimaligen Aufforderung durch die Polizei geräumt. Bereits dabei kam es zu etlichen Festnahmen; eine polizeiliche Einschüchterungsstrategie, mit der die Einsatzleitung der Forderung OB Udes nachkam, den kleinsten Protest bereits "im Keim" zu ersticken.

Am Samstag formierten sich immerhin drei Mal Demonstrationzüge, die aber nur wenige hundert Meter zurücklegen konnten, bis sie erneut eingekesselt wurden. Bis zum Abend hatte die Polizei 792 DemonstrantInnen in Gewahrsam und 57 festgenommen, also ein Siebtel der etwa 6.000 anwesenden NATO-GegnerInnen. Zu guter Letzt wurde am Samstagabend das DGB-Haus von der Polizei abgeriegelt; die

etwa 250 anwesenden TeilnehmerInnen einer Diskussionsveranstaltung am Verlassen des Gebäudes gehindert.

Trotzdem resümierte auf der abschließenden Pressekonferenz das "Münchner Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz": "Etwa Zehntausend Menschen, die trotz des über München verhängten Ausnahmezustandes in die Bayernmetropole gereist sind, haben sich ihr Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit zurückerobert. Jegliche Versuche, unserem legitimem Recht auf Protest und Widerstand den kollektiven Maulkorb zu verpassen, sind ins Leere gelaufen."

Auf der anderen Seite freute sich Bayerns Innenminister Beckstein: "Die bayrische Linie hat sich hervorragend bewährt." So waren alle zufrieden. Wie hätte es auch anders sein können: Hätte es Ausschreitungen gegeben, so wäre dies eine Bestätigung für die Notwendigkeit des Vollverbotes gewesen. Das Ausbleiben von militanten Aktionen hingegen bestätigt nachträglich den Erfolg der Repressionsstrategie.

Schwerer dürfte es den Münchner Grünen gefallen sein, dem Demowochenende etwas Positives abzugewinnen. Als mitregierenden Koalitionspartner lässt sich eine gewisse Peinlichkeit kaum verbergen, wenn man das polizeiliche Vorgehen und das totale Demonstrationsverbot öffentlich verurteilt.

Im Vorfeld der Sicherheitstagung erzeugte die Behauptung, dass mit der Anreise von 2500-3000 gewaltbereiten Autonomen zu rechnen sei, in München ein sicherheitsfanatisches und paranoides Klima. Gestützt wurde diese These im wesentlichen auf angebliche Informationen des Verfassungsschutzes. Zumindest in Bayern ist die Glaubwürdigkeit dieser Institution also wohl noch nicht angekratzt. Die Presse griff die Panikmache sofort auf und kolportierte sie mit Schlagzeilen wie: "Nur Demoverbot verhindert Chaos" (tz) oder "Angst um Papa - Die Mutter eines Münchner Polizisten berichtet"(ebenfalls tz) und "Chaos in München?" (Münchener Wochenanzeiger). Zumindest im bayrischen Landtag wird das totale Demoverbot wohl noch ein Nachspiel haben: Die Grünen wollen eine parlamentarische Anfrage an die CSU-Regierung bezüglich der Verbotsbegründung und der Massenfestnahmen formulieren.

Judith Welkmann

9. Smash the NATO. Sicherheitspolitische Tagung offenbart Krise der NATO

Autor: Tom Binger · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:16

Die diesjährige "Konferenz für Sicherheitspolitik" in München - vom 1. bis zum 3. Februar - stand ganz im Zeichen des globalen Krieges gegen den Terror. Eine Reihe hochkarätiger Sicherheitspolitiker, Militärstrategen und Rüstungsindustrieller debattierten über die nächsten Schritte in dieser weltweiten Konfrontation. Die Bedeutung der traditionsreichen früheren Wehrkundetagung - sozusagen das "Davos" der Sicherheitsstrategen - litt dabei unter dem gleichzeitig in New York stattfindenen World Economic Forum (WEF).

Eine Reihe fest eingeplanter prominenter Teilnehmer - darunter u.a. Bundeskanzler Gerhard Schröder und der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld - sagten ihre Teilnahme an der Münchener Konferenz zu Gunsten des WEF wieder ab. Während in New York die weltweite Solidarität mit den AmerikanerInnen symbolträchtig zelebriert wurde, war in München, bis auf wenige Ausnahmen, eher die zweite Garde der sicherheitspolitischen Prominenz anwesend. Trotzdem - oder vielleicht auch gerade deswegen - wurde auf der Tagung durchaus Klartext gesprochen. Sie war geprägt durch die wachsende Kluft zwischen EuropäerInnen und den USA innerhalb der NATO.

"Seit der Feststellung des Bündnisfalles hat die NATO nicht mehr stattgefunden." Mit diesen undiplomatischen Worten beklagt Karl Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, den drohenden Bedeutungsverlust der NATO. Das westliche Militärbündnis steckt spätestens seit dem 11. September in einer fundamentalen Krise. Der zum ersten Mal in der Geschichte der NATO ausgerufene Bündnisfall blieb militärisch weitgehend folgenlos. Die USA führen ihren Krieg in eigener Regie und nutzen die NATO lediglich als politisches Instrument. In der militärischen Entscheidungsfindung bleibt sie zum Verdruss der EuropäerInnen außen vor. Für Friedbert Pflüger, Sicherheitsexperte der CDU, muss die NATO mehr sein "als ein Hausmeister in den Krisenregionen Europas" und ein "Alteisensammler in Mazedonien". Er forderte in München, "die NATO muss von Grund auf neu definiert werden". Die auf dem Washingtoner Jubiläumsgipfel 1999 verkündete neue NATO-Strategie, die das Aktionsfeld des Bündnisses auf die gesamte Welt ausdehnt, scheint also bereits wieder in Frage gestellt. Auch wenn der NATO-Generalsekretär George Robertson trotzig verkündet: "Die NATO ist nicht der einzige Träger der Kampagne gegen den Terror - aber ein essenzieller", ist beim kommenden NATO-Gipfel in Prag ein grundlegender Konflikt vorprogrammiert. Schließlich sehen nicht nur zahlreiche KommentatorInnen in der NATO bereits ein Auslaufmodell der Nachkriegsgeschichte.

Heftigen Streit gab es in München auch über die nächsten Ziele im "Krieg gegen den Terror". Nach dem schnellen Erfolg in Afghanistan befinden sich die USA offenbar in Siegerlaune. "Wir sind im Krieg und die beste Verteidigung ist ein guter Angriff", lautet die unverhüllte Kriegsdrohung des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Paul Wolfowitz. George Bush hatte bereits eine Woche vor der Münchener Konferenz den Irak, Iran und Nordkorea als die "Achse des Bösen" gebrandmarkt und damit die möglichen nächsten Ziele der USA im "Krieg gegen Terror" vorgegeben. Vor allem der Irak und der "Terrorist in Bagdad" wurden von den amerikanischen VertreterInnen in München eindeutig als die nächste Front nach Afghanistan benannt. "Diktatoren, die Terroristen schützen und Massenvernichtungswaffen bauen, wissen jetzt, dass dieses Verhalten ein casus belli ist - ein Kriegsgrund. Nirgendwo gilt dies mehr als im Irak von Sadam Hussein," so der US-Senator John McCain. Diese amerikanischen Alleingänge bei der zukünftigen Kriegsplanung stießen bei den EuropäerInnen z.T. auf heftige Kritik. Laut einer Meldung des Bayrischen Rundfunks, drohte Rudolf Scharping bei weiter ausbleibenden Konsultationen sogar offen mit der Aufkündigung der europäischen Solidarität. Das mit diplomatischem Druck, finanziellen Versprechungen und indirekten Kriegsdrohungen eilig zusammengeschmiedete weltweite "Bündnis gegen den Terror" zeigt bereits deutliche Auflösungserscheinungen.

Die USA wiederum werfen den EuropäerInnen ihre zu geringen Rüstungsausgaben vor. Die europäischen NATO-Truppen seien für den High-Tech-Krieg des 21. Jahrhunderts unbrauchbar. Der ehemalige US-Verteidigungsminister William Cohen beschreibt die politischen Konsequenzen: "Je größer die Lücken sind, umso weniger sehen die USA die Notwendigkeit, die europäischen Partner um Hilfe zu bitten".

NATO-Generalsekretär George Robertson forderte ebenfalls von den europäischen Ländern ihre technologischen Lücken zu schließen. Auch wenn Edmund Stoiber in München sofort eine drastische Erhöhung der europäischen Sicherheitsetats forderte, dürfte sich diese Kluft nicht so schnell überbrücken lassen.

In den nächsten Jahren planen die USA einen gewaltigen Aufrüstungsschub, der sich allenfalls mit der Ära Reagan und dem damaligen rüstungskeynesianischen Programm zur Todrüstung der Sowjetunion vergleichen lässt. Offenbar wollen die USA mit einem gigantischen Rüstungsprogramm samt entsprechender Neuverschuldung ihre angeschlagene Wirtschaft aus der Rezession herauskatapultieren. Bereits der vergangene US-Militärhaushalt betrug schon 329 Mrd. Dollar. Dies ist mehr als die Rüstungsausgaben der neun nächstgrößten Militärmächte zusammen. Und George Bush hat für das laufende Haushaltsjahr eine weitere Erhöhung um 48 Mrd. Dollar beantragt, mehr als doppelt so viel wie der deutsche Militäretat insgesamt. In den nächsten fünf Jahren planen die USA eine weitere Steigerung auf insgesamt 451 Mrd. Dollar. Die europäischen NATO-Staaten investieren demgegenüber zusammen jährlich 140 Mrd. Dollar in ihr Militär.

Deutlicher lässt sich die militärische und ökonomische Dominanz der USA wohl kaum aufzeigen. Sie sind die einzige Macht mit einer wirklichen weltweiten Kriegsfähigkeit. Auf die militärische Unterstützung ihrer europäischen NATO-PartnerInnen ist sie dabei nur sehr begrenzt angewiesen und deshalb wird sich die US-Regierung in grundlegenden Fragen der "nationalen Sicherheit" auch weiterhin von den EuropäerInnen nicht reinreden lassen. Entgegen modischen Empire-Theorien, die ein transnationales Herrschaftsnetzwerk und eine multipolare Weltinnenpolitik behaupten, ist die neue Nach-Kalte-Kriegs-Weltordnung mehr als jemals zuvor durch die nationalstaatliche Machtpolitik der einzig verbliebenen Weltmacht geprägt. Wie in dieser unipolaren Struktur die weitere Rolle der NATO ausfällt, bleibt abzuwarten. Vielleicht erfüllt sich die Parole "Smash the NATO" ja in ganz anderer Weise als es den GegnerInnen der Münchener Sicherheitskonferenz vorschwebte.

Tom Binger

10. Schilys große Hoffnung. Bundestagswahlkampf entscheidet über Wohl und Wehe des rot-grünen Einwanderungsgesetzes

Autor: Juliane Schmidt · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:19

Vor der Entscheidung der so genannten K-Frage innerhalb der CDU/CSU schienen die Differenzen zwischen Union und Bundesregierung bezüglich des rot-grünen Gesetzesentwurfs gering zu sein. Mit der Kür des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zum Kanzlerkandidaten wird es jedoch spannend. Denn bei allem bekundeten Interesse für den flauen Arbeitsmarkt dürfte Einwanderung eines der zentralen Wahlkampfthema werden. Jedenfalls findet der rot-grüne Gesetzesentwurf bei der Union keine Zustimmung mehr. Stoiber selbst erklärte, er halte nur einen Unions-Entwurf für akzeptabel.

Ende Januar lud Bundesinnenminister Otto Schily zu einem ersten fraktionsübergreifenden Spitzengespräch - ohne die PDS. Dort präsentierte der Fraktionsvize der Union, Wolfgang Bosbach, die Änderungsforderungen der CDU in einem 16-Punkte-Katalog. Bosbach zeigte sich in keinem einzigen Punkt verhandlungsbereit. Auch das Folgegespräch am 29. Januar brachte keinerlei Annäherung. Trotz der kompromissfreudigen Stimmung: schließlich sind SPD und Grüne an einer Einigung mit der Union interessiert, weil sie im Bundesrat, wo das Gesetz verabschiedet wird, auf die Zustimmung einiger CDU-(mit)regierter Länder angewiesen sind. Doch die Geduld der Grünen hat Grenzen, das zumindest signalisiert deren rechtspolitischer Sprecher, Volker Beck: "Wer uns die Richtung des Gesetzentwurfs aufdrücken will, wird unsere Stimmen verlieren."

Interessanter, weil wichtiger sind deshalb die Gespräche zwischen Schily, Brandenburgs Landesinnenminister Jörg Schönbohm und Bremens Innensenator Kuno Böse. Letztere sind gegenwärtig Schilys große Hoffnung: In beiden Ländern regiert eine Koalition aus SPD und CDU. Sollten die dortigen Unionsfraktionen dem Gesetzentwurf zustimmen, wird das die entscheidende Mehrheit zur Verabschiedung im Bundestag bringen, ganz gleich, wie sich die Bundes-Union positioniert. Dummerweise droht nun die PDS mit den Stimmen der rot-roten Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gegen den rot-grünen Entwurf zu stimmen. Damit hätte der Entwurf selbst mit den Stimmen Brandenburgs und Bremens keine Chance.

Während die Grünen eine Einbeziehung der PDS in die Gespräche begrüßen, fürchtet die SPD weitere Schwierigkeiten: Schon kam es zu informellen Gespräch zwischen PDS- und SPD-PolitikerInnen. "Die wollen uns moralisch unter Druck setzten", so das Resümee der innenpolitischen Sprecherin der PDS, Ulla Jelpke. "Schily hat bereits gesagt, dass er auf die Forderungen der PDS nicht eingehen kann, um die Stimmen der CDU nicht zu verlieren. Alles sieht danach aus, dass das Gesetz scheitern wird." Tatsächlich dürften Forderungen der PDS wie die Heraufsetzung des Nachzugsalters auf 18 Jahre oder die Lockerung der Residenzpflicht von den Vorstellungen der SPD weiter entfernt sein, als die Forderungen der CDU. Inhaltlich sei der Blockadeversuch der PDS damit hoffnungslos, so Jelpke. Ohnehin sei nicht klar, ob das Gesetz an der PDS scheitern wird oder nicht, da das Abstimmungsverhalten einiger PDS-PolitikerInnen nicht vorhersehbar sei.

Vor der Unberechenbarkeit der eigenen Leute fürchtet sich aber auch die Union: nichts könnte blamabler sein, als (ähnlich wie bei der Abstimmung über die Steuerreform) im Bundesrat wegen Gegenstimmen aus den eigenen Reihen ein Veto der Bundes-CDU scheitern sehen zu müssen. Wahrscheinlich ist ein solcher Alleingang zumindest Brandenburgs nicht, seitdem Schönbohm zum innenpolitischer Berater Stoibers avancierte. Um die Spannung zu steigern, hat Schönbohm der SPD trotzdem vier Punkte vorgelegt, an dessen Erfüllung er seine Zustimmung knüpft.

Aller Voraussicht nach wird das Gesetz also scheitern und die CDU im Wahlkampf die "race card" ausspielen. Fraglich ist, ob sie sich damit einen Gefallen tut. Die 16 Forderungen der Union erscheinen alles andere als wahlkampftauglich. Kein Punkt lässt sich dort finden, bei dem Rot-Grün nicht kompromissbereit wäre, z.B. das Nachzugsalter von Kindern von 14 auf zehn Jahre herabzusetzen oder die Kosten für Integrationsmaßnahmen umzuverteilen. Selbst die Forderung, die Zuwanderungsbegrenzung als Ziel des Gesetzes festzuschreiben (womit die Behörden in allen Zweifelsfällen im Sinne der Begrenzung der Zuwanderung entscheiden müssten), könnte in einem Kompromiss auf die Formel der "Steuerung und Begrenzung" von Zuwanderung gebracht

werden. Und da sich die Anerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgungsgründe aus der Genfer Flüchtlingskonvention ableiten lassen, ist auch damit kein Blumentopf zu gewinnen.

Die schon bestehende Rigidität des rot-grünen Gesetzesentwurfs und die moderne rot-grüne Migrationspolitik lassen der CDU kaum eine Möglichkeit, ein eigenes Profil zu entwickeln. Da bliebe allenfalls eine Rückbesinnung auf völkische Argumentationsmuster. Aber auch das ist unwahrscheinlich - dokumentiert doch Becksteins Unterscheidung in Ausländer, die uns nützen, und die, die uns ausnützen, die Ankunft der CDU/CSU im modernisierten rassistischen Diskurs. Das Thema "nützliche Ausländer" hat aber leider schon Rot-Grün besetzt. Und kann dabei mit der volle Unterstützung der Gewerkschaften und der Wirtschaftsverbände rechnen, die hinter dem rot-grünen Zuwanderungsgesetzentwurf stehen.

Will die CDU den Wahlkampf gewinnen, muss sie auf die Wechselwähler setzen, jene Menschen, die sich alle vier Jahre neu zwischen SPD und CDU entscheiden, die gesellschaftliche Mitte also. Ob diese Leute eine Partei wählen, die in dieser Frage außer der Angst vor indischen Computerexperten kein Profil hat, ist fraglich. Schon der CDU-Oppositionsführer in NRW, Jürgen Rüttgers, ist mit seiner "Kinder statt Inder"-Kampagne, mit der er den Landes-Wahlkampf zu gewinnen versuchte, gnadenlos gescheitert. Der sich langsam abzeichnende allgemeine Konsens darüber, dass Deutschland doch ein Einwanderungsland sei, zeigt: Ein Wahlkampf, der sich einfach "gegen Einwanderung" richtet, ist keine Garantie für einen Sieg.

Juliane Schmidt

11. NPD und VS - ein fester Bund fürs Leben

Autor: mb. · Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:41

Die Wirklichkeit ist erstaunlicherweise oft genau so, wie man sie sich in den wildesten Träumen vorstellt. So wie jetzt, wo offenbar wird, wie viele Staatsdiener in den Reihen der NPD agieren. Woche um Woche werden neue V-Leute bekannt, die der Verfassungsschutz dort platziert hat. Nun droht der Versuch zu scheitern, mittels eines medienwirksamen Verbotsverfahrens gegen die NPD den vor zwei Jahren ausgerufenen "Aufstand der Anständigen" zum Abschluss zu bringen. Alles weist darauf hin, dass auch hier der Verfassungsschutz seine Finger im Spiel hat.

Rund 100 V-Männer soll in der NPD aktiv sein, etwa 30 von ihnen sind in Führungspositionen. Diese Agentendichte zeigt, welchen Einfluss staatliche Stellen auf die Politik der NPD genommen haben. Deutlich geworden ist in den letzten Wochen auch, dass der Verfassungsschutz nicht zimperlich ist bei der Auswahl seiner informellen Mitarbeiter. Offenkundig verstößt er dabei gegen eigene Richtlinien. V-Leute wie Frenz und Holtmann, die Jahrzehnte auf der Gehaltsliste der Verfassungsschutzämter standen, haben die NPD mit gegründet und aufgebaut und dort jahrelang an führender Stelle gearbeitet. Dass sie keinen Einfluss auf die Politik der NPD genommen haben sollen, ist jedenfalls absolut unglaubwürdig. Die Tatsache, dass der Agentenlohn zur Finanzierung der politischen Arbeit der NPD eingesetzt wird, ist selten so offen zu Tage getreten. Genau dies war bereits am Anfang der VS-Affäre klar, die damals noch als V-Mann-Panne verniedlicht wurde. Im Frühjahr vergangenen Jahres rühmte sich der aufgeflogene VS-Spitzel Tino Brandt, der maßgeblich am Aufbau des "Thüringer Heimatschutzes" und der thüringischen NPD beteiligt war, er habe die vom Verfassungsschutz erhaltene fünfstellige Summe für den Aufbau dieser Strukturen verwendet.

Die PDS nahm diesen Fall schon im Juni 2001 zum Anlass für eine Kleine Anfrage. Sie wollte wissen, welche Auswirkung dieses Eingeständnis auf das NPD-Verbotsverfahren habe. Die lapidare Antwort der Bundesregierung: "Zu Einzelvorgängen in den Ländern nimmt die Bundesregierung grundsätzlich keine Stellung." Am 11. Juni durchsuchten Polizeibeamte allerdings Horst Mahlers Büro in der NPD-Zentrale, seine Kanzlei und sein Wohnhaus und beschlagnahmten zahlreiche Unterlagen. Wenige Tage danach reichte Mahler als anwaltlicher Vertreter der NPD im Verbotsverfahren einen Schriftsatz in Karlsruhe ein, in dem er auf die Unterwanderung der NPD verwies und die Namen von vier V-Leuten nannte. Was folgte, war ein reges Treiben hinter den Kulissen. In zahlreichen Treffen, an denen hochrangige Vertreter des Innenministeriums, der Länder und der Verfassungschutzämter teilnahmen, wurde die Brisanz der Agententätigkeit in der NPD abgeklärt. Ergebnis: Vertuschen, so weit es geht.

Nun laufen, wenn Schily vor dem Innenausschuss des Bundestages spricht, die Lügendetektoren heiß (um ein Bild von Wiglaf Droste aufzugreifen, das er im Zusammenhang mit einem anderen Kabinettsdemagogen einmal benutzte). Die Art und Weise wie das NPD-Verbotsverfahren von Anfang an betrieben wurde, legt die Frage nahe, was damit vertuscht werden sollte. Zum einen natürlich die jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung gegen neofaschistische Umtriebe und deren permanente Verharmlosung. Doch geht es vielleicht noch um mehr? Warum stützte man sich von Beginn an auf Geheimdienstmaterial? Um die verfassungswidrigen Aktivitäten der NPD nachzuweisen, ist ein Rückgriff auf solche Quellen eigentlich nicht nötig.

Misstrauisch macht zudem, dass das Verbotsverfahren langsam aber sicher zum Geheimverfahren mutiert. Mit der Begründung des Agentenschutzes wird das Parlament systematisch aus dem Verfahren herausgehalten, umgangen und belogen. Mit dem gleichen Argument versucht Schily auch, das Verfassungsgericht für ein Verfahren zu gewinnen, in dem hinter verschlossenen Türen der VS-Einfluss erklärt werden soll. Lassen wir an dieser Stelle ausführlich die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, zu Wort kommen:

"Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern scheinen das NPD-Verbotsverfahren systematisch sabotieren zu wollen. Erst liefern die Ämter den Prozessbevollmächtigten und den Verfassungsorganen Material für die Klageschriften, in denen jahre- und jahrzehntelang geführte V-Leute des Verfassungsschutzes als namentliche Quellen genannt werden, ohne dass ihre V-Leute-Rolle für irgendwen außerhalb der VS-Ämter kenntlich ist. Wenn Täuschung von Verfassungsorganen eine Straftat wäre, dann wären schon deshalb eine

ganze Reihe von amtierenden und früheren VS-Leitern fällig. Dann wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe getäuscht, indem ihm bis zum Eröffnungsbeschluss nicht mitgeteilt wird, dass in den Klageschriften mehrere vom VS bezahlte Zeugen genannt werden, Zeugen also, deren Aussagen von extrem zweifelhafter Qualität sind.

Dann erhalten alle Parteien des Bundestags einen Schriftsatz aller Prozessbevollmächtigten für Karlsruhe, in dem angeblich zu VS-Spitzeln in den Klageschriften umfassend Stellung genommen wird, gleichzeitig aber zum Schluss ominös erklärt wird, V-Leute hätten grundsätzlich Anspruch auf Schutz und Geheimhaltung. In der Anlage zu diesem Schriftsatz: Versicherungen aller VS-Ämter von Bund und Ländern, dass unter den für Karlsruhe benannten 14 Zeugen keine weiteren V-Leute seien.

Und dann? Kurze Zeit später erfährt die Presse noch vor den Fraktionen des Bundestags, vor dem Innenausschuss und vor dem Prozessbevollmächtigten des Bundestags, dass - offenbar an all diesen Verfassungsorganen vorbei - die VS-Ämter von Bund und Ländern einen neuen Schriftsatz nach Karlsruhe geschickt haben, mit vier weiteren V-Leuten und der Anfrage an Karlsruhe, wie diese V-Leute nun bitte geheim in das Verfahren eingeführt werden könnten!

Wie viele Halbwahrheiten, Täuschungen, Lügen durch Weglassen und andere Tollheiten der VS-Ämter von Bund und Länder kommen jetzt noch? Wollen die VS-Ämter das Verfahren jetzt offen sabotieren? Wann kommt der nächste Schuss aus dem Hinterhalt, gegen das Verbotsverfahren, zu Gunsten der NPD? Das Innenministerium muss sich vorwerfen lassen, dass es das Verfahren immer unseriöser und angreifbarer laufen lässt."

mb.

12. Betonköpfe sind gefordert. Die Metalltarifrunde 2002 hat begonnen

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:35

Die Tarifrunde ist eingeläutet, die formellen Rituale sind gestartet. Die Auseinandersetzungen um die Verteilung des erarbeiteten Reichtums kann beginnen. Dabei sind in diesem Jahr einige Sonderkomponenten zu beachten. Die Konjunktur in der Bundesrepublik ist an einem (vorläufigen?) Tiefpunkt angelangt; einige Lokomotiven für den Exportweltmeister BRD, wie die USA, befinden sich gar in einer Rezession. Die offiziell gemeldete Erwerbslosigkeit liegt wieder weit über vier Millionen. Zudem funktioniert das Bündnis für Arbeit nicht mehr in dem Maße wie noch vor zwei Jahren. Und über allem droht die Bundestagswahl im September. Eine schwierige Gemengelage für die Gewerkschaften, zumal die Stimmung - zumindest in den großen Betrieben der Metallindustrie - geladen ist. Dort lautet das Zauberwort: Mehr Geld!

Der Kanzler kann sich noch so oft, wie zuletzt im sachsen-anhaltinischen Ammendorf bei Bombardier/DMA, als Arbeitsplatzretter feiern lassen - seine Arbeitsmarktbilanz, an der er sich und seine Regierung messen lassen wollte, fällt alles andere als positiv aus. Einen maßgeblichen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen sollte das Bündnis für Arbeit leisten. Bei der letzten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie vor zwei Jahren trat die IG Metall in Vorleistung, vereinbarte eine zweijährige Tariflaufzeit und gab sich mit einem Anstieg der Löhne und Gehälter zufrieden, der sich in der Nähe des Produktivitätszuwachses bewegte und im vergangenen Jahr nicht einmal den Preisanstieg ausglich. Die Gegenleistung des Unternehmerlagers sollte in der Schaffung neuer Arbeitsplätze und dem Abbau von Überstunden bestehen.

Bündnis für Arbeit: Geben statt Nehmen

In einer Anzeige in der Bild-Zeitung (13. August 2001) feierten sich die Arbeitgeber "101.000 neue Stellen in der Metall- und Elektroindustrie - das gab es seit über zehn Jahren nicht mehr". Wohl wahr, im September waren es gar 128.000 mehr als im Januar 2.000. Es gibt allerdings einige Haken, worauf die IG Metall in einer Studie zur Tarifrunde 2002 verweist: "Erstens liegt die Metallbeschäftigung immer noch um 1,4 Millionen unter dem Höchststand von 1991 und eine halbe Million unter dem Stand des Krisenjahres 1993. Heute liegt die Beschäftigung in etwa auf dem Stand von Dezember 1995. Zweitens: In den letzten beiden Jahren erlebte die Metallindustrie einen Nachfrageboom, wie ihn selbst die deutsche Einheit nicht bescherte. Die Nachfrage - in diesem Fall die Auslandsnachfrage - ist der Auslöser für den Stellenaufbau. Mit den außenwirtschaftlichen Nachfrageausfällen droht auch die Beschäftigung wieder zu sinken." (1)

Für 2002 geht die IG Metall von einem Rückgang der Beschäftigung in der Metallbranche um 0,5 Prozent aus. Eine Einschätzung, die fast schon optimistisch wirkt angesichts zukünftiger Investitionspläne der Unternehmen. Bei jüngsten Umfragen gaben 41 Prozent der befragten Manager an, 2002 ihre Belegschaft reduzieren zu wollen, nur 15 Prozent wollen Neueinstellungen vornehmen. 36 Prozent der Unternehmen wollen ihre Investitionen verringern, nur 17 Prozent streben eine Erhöhung der Investitionen an.

Die Schwäche der Weltwirtschaft hat für die bundesdeutsche Industrie erhebliche Auswirkungen, denn der Export wurde in den letzten Jahren verstärkt zum Konjunkturmotor. Während zwischen 1993 und 2000 die Exporte um 69,9 Prozent zulegten, stieg der private Konsum im gleichen Zeitraum lediglich um 11,5 Prozent, der staatliche Konsum gar nur um 10,6 Prozent - eine eindeutige Schwäche der binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten. Dass dem so ist, liegt natürlich auch an den Tarifabschlüssen der letzten Jahre. In der Metallindustrie stiegen die Löhne und Gehälter zwischen 1993 und 2000 um 19,7 Prozent, die Produktivität im gleichen Zeitraum um 52,2 Prozent.

Bei den Gewinnen fand unterdessen eine regelrechte Explosion statt. Die Gewinne stiegen von 0,5 Milliarden Euro im Krisenjahr 1993 auf 27 Milliarden Euro in 2000. Zu verteilen gäbe es also mehr als genug. Hier zeigt sich das Dilemma der Bündnis-für-Arbeit-Gewerkschafter in seltener Deutlichkeit: viel gegeben, nichts bekommen. Es scheint so, als ob das Arbeitgeberlager die Leidensfähigkeit der Gewerkschaftsoberen überschätzt hat. Zu konkreten Absprachen, wie vor zwei Jahren, waren DGB-, IG Metall-, ver.di- und BCE-VertreterInnen beim jüngsten Bündnis-für-Arbeit-Gespräch am 25. Januar nicht bereit. Ob sich die Konsensrunde in diesem Jahr noch einmal treffen wird, ist mehr als unsicher, selbst wenn Gerhard Schröder

dies gerne so hätte. Daraus ein Ende des Korporatismus abzuleiten wäre allerdings verfehlt. Bestenfalls könnte es zu einer "Konfliktpartnerschaft" gegenüber der rot-grünen Bundesregierung kommen, wie es der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau (2.2.) ausdrückte.

Schwächelnde Binnennachfrage

Auch innerhalb des Gewerkschaftsapparates ist die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung nicht zu unterschätzen. Nun droht mit Stoibers Kanzlerkandidatur und einem möglichen Wahlsieg von Schwarz-Gelb neues Ungemach. Das wollte sich auch das Arbeitgeberlager im Vorfeld der Bündnis-für-Arbeit-Gespräche zu nutze machen. Sie zogen die Karte Schröder, dem Streiks im Wahljahr alles andere als gelegen kämen, um die Gewerkschaften an die Kandare zu nehmen. Ob die Karte wirklich sticht, wird sich erst in den nächsten Wochen zeigen. Denn vorführen lassen wollen sich die Gewerkschaften natürlich auch nicht. Deswegen wiesen sie das dem Bündnis-Gespräch vorliegende Papier der Arbeitgeber einhellig zurück, das im wesentlichen altbekannte Forderungen wie niedrige Lohnabschlüsse in diesem Jahr, die Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse und weitere Steuerentlastungen für die Unternehmen enthielt.

Im Gegensatz zu seinem sonstigen Auftreten gab der scheidende DGB-Vorsitzende Schulte gegenüber der Leipziger Volkszeitung seine Zurückhaltung auf: "Es geht um gerechte Teilhabe am Gewinn. Entscheidend ist, dass wir die, die bei uns sind, nicht noch einmal mit einer schlappen Tarifrunde enttäuschen können. Was haben die Arbeitgeber nicht alles bekommen, nachdem sie so geklagt haben: Zurückhaltung in der Tarifpolitik, die Leiharbeit wurde enttabuisiert, bei der Arbeitszeit sind wir so flexibel, dass jeder einzelne Betrieb eine auf ihn abgestimmte Lösung wählen kann. Aber was machen die Arbeitgeber? Sie haken die eine Forderung ab, um gleich die nächste zu präsentieren. Ich habe die Schnauze voll."

Dennoch ist es gut vorstellbar, dass nach der Tarifrunde in der Metall- und Chemiebranche ein neuer Versuch mit dem Bündnis für Arbeit gestartet wird. Schröder hat allemal Interesse daran.

Der Verlauf der Tarifrunde dürfte nicht unwesentlich für den weiteren Fortgang des Bündnisses für Arbeit sein. Das Arbeitgeberlager fährt zur Zeit, zumindest nach außen hin, einen harten Kurs - ein bekanntes Ritual im Vorfeld von Tarifrunden. Die Forderungen der Gewerkschaften liegen nunmehr alle auf dem Tisch. Die IG Metall geht in den Bezirken durchgängig mit einer Forderung von 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt ins Rennen. Zusätzlich will sie einen "unumkehrbaren Einstieg" bei der Angleichung der Einkommen von ArbeiterInnen und Angestellten erreichen. In der Chemiebranche, in der der Tarifvertrag ebenfalls am 28.2. ausläuft, stellt die IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie) eine Forderung von 5,5 Prozent auf. Gleichzeitig hat sie Bereitschaft signalisiert, das 13. Gehalt an den Unternehmenserfolg zu koppeln. Dieser Vorschlag wurde von den Chemiearbeitgebern natürlich ebenso begeistert aufgenommen wie der Seitenhieb des IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt auf die Forderungen der IG Metall: "Wir möchten mit unseren Abschlussgrößen im Verhältnis zu unserer Forderung ernst genommen werden." (Handelsblatt, 30.1.) In der Chemiebranche sollen die Tarifverhandlungen am 4. März in Hessen aufgenommen werden, um sie dann ab April zu zentralisieren.

In Bayern fanden am 7.2. erste Tarifgespräche statt. Sie wurden ergebnislos auf den 4. März vertagt. An diesem Tag wollen die Arbeitgebervertreter Stellung zu den IG Metall Forderungen beziehen. Der Tarifvertrag in der Metallbranche läuft noch bis zum 28.2., vier Wochen später, am 28.3, endet die Friedenspflicht.

Nach dem momentanen Stand der Dinge deutet einiges auf Streiks hin. Denn die bisher von Unternehmerseite in den Raum gestellten Erhöhungen sind geeignet, Streiks förmlich zu provozieren. Nun gehört diese Vorgehensweise sicherlich zum (Verhandlungs-)Ritual. Den Spielraum für Lohnerhöhungen zwischen einem und 1,5 Prozent anzusiedeln, wie es der bayrische Arbeitgebervertreter Greiffenberger tut, wird die Stimmung in den Betrieben sicherlich anheizen.

Auch der profunden wirtschaftswissenschaftlichen Ratgeber gibt es mehr als genug. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) empfiehlt eine Orientierung an den mittelfristigen Inflations- und Produktivitätsraten. Die setzt es bei der Inflation bei 1,5 Prozent und beim Produktivitätsfortschritt bei einem Prozent an. Also, so die neoliberale Denkschule, liegt der beschäftigungsneutrale Lohnabschluss bei 2,5 Prozent. Jedoch, "wenn wir die Beschäftigung sichern wollen, müssen wir aber noch einen halben Prozentpunkt unter dieser Marke bleiben", so der Leiter der Konjunkturabteilung des IfW. (Handelsblatt, 1.2.)

Sachverständige mahnen zur Bescheidenheit

In das gleiche Horn stößt der Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA), Thomas Straubhaar. Er hält maximal zwei Prozent Lohnerhöhung für vertretbar. "Alles unter zwei Prozent bringt neue Arbeitsplätze oder kann zumindest verhindern, dass Stellen gestrichen werden. Alles über zwei Prozent wird neue Arbeitslosigkeit schaffen." (Hamburger Abendblatt, 29.1.) So einfach funktioniert die neoliberale (Gedanken-)Welt.

Straubhaar liegt damit sogar noch über den Vorstellungen von Gesamtmetall-Chef Kannegiesser, der wegen der aktuellen Konjunkturkrise einen "Personalüberhang" von 140.000 in den Betrieben der Metallbranche sieht und deshalb die Lohnerhöhung am erwarteten Produktivitätszuwachs orientieren will. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) empfiehlt eine Ausschöpfung des verteilungsneutralen Spielraums, um die Binnennachfrage anzukurbeln, und siedelt diesen bei drei Prozent an, während Wirtschaftsminister Müller die Abschlüsse des Jahres 2000 als "Modell für die kommende Tarifrunde" anpreist. Solche Abschlüsse werden vom DIW in wissenschaftlich umschreibender Art und Weise als "exzessiv moderat" bezeichnet.

Das Mitglied des Sachverständigenrates Bert Rürup sieht dagegen den verteilungsneutralen Spielraum bei rund 3,5 Prozent. "Er setzt sich zusammen aus der Produktivitätssteigerung und der durchschnittlichen Inflationsrate. Beides schätze ich bei 1,8 Prozent im Jahr. Das heißt, bei 3,5 bis 3,6 Prozent wären die Lohnabschlüsse völlig verteilungsneutral."

Um diesen lediglich verteilungsneutralen Spielraum zu erreichen, wird die IG Metall aller Voraussicht nach nicht ohne Streik auskommen. Wie stark Arbeitskampfmaßnahmen angewandt werden, entscheidet sich nicht zuletzt in den nächsten Wochen in den Betrieben selbst. Die Stimmung in den Betrieben soll, so die allgemeine Einschätzung, in Richtung höherer Abschlüsse gehen. Ob diese Stimmung auch zum Tragen kommt, hängt, neben dem Agieren der Arbeitgeber, auch von der möglichen Rücksichtnahme der Gewerkschaftsstrategen gegenüber ihrem "historischen Partner" SPD ab. Ein neu-mittiger Schröder ist ihnen allemal lieber als ein rechter Stoiber. Der Abschluss in der Metall- und Chemiebranche wird natürlich auch Auswirkungen auf die anderen Branchen haben. Im ersten Halbjahr laufen die Tarifverträge im Bauhauptgewerbe, im Einzel- und Großhandel, in der Druckindustrie, bei den Banken und bei den Versicherungen aus. Allesamt Branchen (vielleicht mit Ausnahme der Druckbranche), in denen eher von niedrigeren Abschlüssen als in der Metallbranche ausgegangen werden muss.

Diese Tarifrunde entscheidet auch darüber, ob es die "Betonköpfe in den Gewerkschaften" (Handelsblatt) schaffen, eine Trendwende bei der Verteilung durchzusetzen.

Georg Wißmeier

Anmerkung:

1) Bericht der IG Metall zur Tarifrunde 2002 - Sozialökonomische Rahmenbedingungen in der Metallverarbeitenden Industrie (Kurzfassung), S. 14

13. Biometrische Totalerfassung. Erfassung und Auswertung geht weit über die Ziele der "Terrorismusbekämpfung" hinaus

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:31

Die biometrische Vermessung ist keine einzelne, besonders "gefährliche" Technik. Sie ist eine politische Technologie des Sehens, Benennens und Erkennens. Sie zielt auf umfassende Kontrolle von Individuum und Gesellschaft und lässt die viel beschworene "Terrorismusprävention" weit hinter sich. Die Beziehungen zwischen Individuum und Population, zwischen Sichtbarem und Sagbarem, zwischen sozialer und wissenschaftlich-technologisch begründeter Ausgrenzung verändern sich.

Innenminister Otto Schily (SPD) hat sein so genanntes "Sicherheitspaket II" noch im letzten Jahr durch Bundestag und Bundesrat gebracht. Ein enormes Tempo, das nur zeitnah zu den Ereignissen des 11. September möglich war, aber dennoch vieles beinhaltet, was ohnehin schon in den Schubladen der Inneren Sicherheits-Hüter kursierte. Denn das Drei-Milliarden-Programm verschärft die Asyl- und Abschiebebedingungen erneut, erweitert die Kompetenzen von Bundeskriminalamt und Geheimdiensten, macht nahezu grenzenlose Datenerfassungen von ZuwanderInnen, AsylbewerberInnen und Visumspflichtigen möglich. Und das rot-grüne Paket weitet die staatlichen Kontrollambitionen in Regionen aus, die bislang undenkbar schienen: die biometrische Vermessung aller! Die gesamte Bevölkerung wird zum Datenkörper, der vielfältig gestaltet, geplant und kontrolliert werden kann. Eine Zielperspektive, die der Genetik ebenso zu eigen ist. Das biometrische Vermessen der DNA ist eine politische Technologie, die auf Körperregionen im Mikrobereich gerichtet ist. Die anvisierten Finger- und Gesichtsregistrierung sind auf die äußere Erscheinung des Individuums gerichtet. Beides zielt darauf, den Einzelnen wie die Bevölkerung zum Objekt statistisch hergestellter und gesellschaftspolitisch gewünschter Normalisierungen zu machen.

Auch ohne die Ereignisse des 11. September gibt es ein wachsendes Angebot biometrischer Visualisierungsmethoden. Gesicht und Hände können in geometrische Muster transferiert werden. Iris oder Netzhaut lassen sich in Datensätze umschreiben. Auch Stimme, Lippenbewegungen, die Dynamik des Tastaturanschlags, Gangart oder Handschrift können zum Raster werden, um Personen zu orten. Im Zeitalter des Genoms gilt auch die DNA als interessantes biometrisches Merkmal. Außerhalb der propagierten Staatsschutzzonen wird im zivilen Bereich überwacht - von Arbeitsplatzsicherungen, Zugangskontrollen, Sozial- und Gesundheitsbehörden. Die gesetzlich ermöglichte Totalerfassung aller in Form der biometrischen Merkmale in Ausweisen war schon vorher geplant. Die Bundesdruckerei, die Ausweise und Pässe erstellt, hatte bereits vor Jahren durchblicken lassen, die Biometrie in ihre Produkte zu integrieren, um der zunehmenden Mobilität der BürgerInnen gerecht zu werden. Zudem werde die automatische Erkennung immer kostengünstiger.

In Pässen und Personalausweisen werden zukünftig neben Lichtbild und Unterschrift auch biometrische Merkmale von Fingern, Händen oder Gesicht gespeichert. Welche Merkmale das sein werden, wird erst in einem Ausführungsgesetz wohl im Herbst diesen Jahres bestimmt. Ob die Daten "nur" im Ausweis, oder zentral gespeichert werden, hängt von den politischen Zielen ab. Die dezentrale Erfassung ermöglicht nur festzustellen, ob jemand mit einem gefälschten Pass unterwegs ist. Eine zentrale Registratur macht weit mehr möglichen: Würde die Gesichtsgeometrie der Menschen zentral gespeichert, könnte jede/r unauffällig beobachtet und digital festgehalten werden, der sich auf Plätzen oder in Räumen aufhält, die per Videokamera kontrolliert werden. So entstehen Muster von Bewegungen, Kaufverhalten und Teilnahme an Demonstration. Diese sind sowohl Individuen zuzuordnen, als auch den, durch die Beobachtung erst neu konstituierten Gruppen. Ob Gesichtsgeometrie oder zentrale Fingerabdruckdatei: Ein Generalverdacht nach dem Motto "Jede/r ist verdächtig" wird installiert und die Unschuldsvermutung außer Kraft gesetzt.

Die neuen Gesetze und Verordnungen, treffen das Publikum der Ereignisse vom 11. September unterschiedliche Weise.

Es sind die "Fremden", die AsylbewerberInnen und Flüchtlinge, die als besondere Versuchsobjekte ins Fahndungsnetz geraten. Im Asylverfahrensgesetz wollen Schily und KollegInnen künftig

Sprachaufzeichnungen erlauben, die zur Bestimmung der Herkunft von AsylbewerberInnen eingesetzt werden sollen. Fingerabdrücke von Flüchtlingen sollen nach der Asylentscheidung künftig zehn Jahre lang gespeichert werden und vom BKA automatisch mit dem polizeilichen Tatortspurenbestand abgeglichen werden dürfen. AsylbewerberInnen sind also per se "tatverdächtig".

AsylbewerberInnen komplett erfasst

Das rot-grüne "Sicherheitspaket II" führt auch einen automatisch lesbaren Ausländerausweis (Vordruck über Aufenthaltsgenehmigung) ein, der "biometrische Merkmale von Fingern oder Händen oder Gesicht" enthalten soll. Einzelheiten darf das Bundesinnenministerium per Rechtsverordnung, also ohne Beteiligung des Bundestages, eigenständig festlegen.

Dass Überwachungsmaßnahmen, die später einmal alle betreffen werden, zunächst an Menschen ohne deutschen Pass erprobt werden, ist nicht neu. In einer AFIS genannten automatischen Fingerabdruck-Datei, die offiziell Verbrechen aufklären helfen soll, hat das BKA seit 1992 rund 2,9 Millionen Fingerabdrücke gespeichert. In dieser Datei sind sämtliche AsylbewerberInnen komplett erfasst.

Die Gruppe der straffällig gewordenen, deren Fingerabdrücke gespeichert werden dürfen, wächst kontinuierlich, weil die Konditionen der Erfassung erweitert werden. Der gleichen Ausweitungslogik von Dateien wie AFIS folgt die mit rund 150.000 Datensätzen gefüllte BKA-Datei, in der molekulargenetische "Fingerabdrücke" von Menschen erfasst sind, die wegen "erheblicher" Straftaten verurteilt worden sind oder denen man "Wiederholungsgefahr" unterstellt. Nach noch mehr Genprofilen haben diverse PolitikerInnen immer wieder gerufen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, sprach sogar von einem "Skandal", weil - wegen angeblich mangelnder Meldebereitschaft einiger Bundesländer - in der BKA-Gen-Datenbank nicht bereits 800.000 Menschen registriert seien.

Das Geschäft mit der Sicherheit

Die Rasterfahndungen im Oktober letzten Jahres demonstrieren, was rassistisch motivierte Überwachung heißen kann. Alle möglichen Behörden, Ausbildungs- und Arbeitsstätten wurden verpflichtet, Daten über Personen aus 15 Staaten des arabischen Raums zu liefern. Merkmale der zu überprüfenden Personengruppe (sollten) die Eigenschaften "vermutlich islamische Religionszugehörigkeit" und "vermutlich legaler Aufenthaltsstatus in Deutschland umfassen." In der ersten Phase lieferten beispielsweise die Berliner Unis Daten über 900 Personen. Die 54 nordrhein-westfälischen Hochschulen übermittelten der Polizei Informationen von 250.000 Personen, was etwa der Hälfte aller Studierenden des Landes entspricht. Daraus wurden 10.000 sogenannte Recherchefälle ausgewählt. Bei Melde- und Ausländerbehörden, Energie-Verkehrs- und Entsorgungs-Unternehmen oder Kommunikationsdienstleistern, Reinigungsfirmen oder Sicherheitsdiensten, Flughafengesellschaften etc. gespeicherten Daten, wurden für polizeiliche Zwecke - für die sie ganz und gar nicht erhoben wurden - verwandt. (1)

Die biometrischen Totalerfassung dient, wie ihre Vorläufer, nicht allein dem offiziell deklarierten Ziel der Terrorbekämpfung. Tatsächlich sind biometrische Identifikationsverfahren längst in ganz anderen gesellschaftlichen Kontrollgebieten auf dem Vormarsch. 200 Unternehmen warten hier mit marktreifen Verfahren auf. 1999 wurde ein Umsatz von 100 Millionen US-Dollar erwirtschaftet, 60% davon in den USA, vor allem für Zutrittssicherung, Grenzkontrollen und im Bereich der sogenannten sozialen Wohlfahrt. Hinter den selbst gemachten Marktprognosen der Anbieter, die sich allein für den US-Markt auf 1-2,5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2010 steigern sollen, stehen ausufernde Anwendungsperspektiven. Die Iris- und Retina-Erkennung wird im militärischen Bereich eingesetzt. Zutrittskontrollsysteme über Fingerabdruck oder Gesichtserkennung gibt es in atomaren Anlagen oder hoch gesicherten Rechenzentren. An Flughäfen und Grenzübertritten (wie zwischen Kanada und USA) ist die Handgeometrie bereits im Einsatz. Auch Arbeitszeitkontrolle mit Hilfe biometrischer Methoden wird attraktiv.

Arbeitszeitkontrolle per Hand-Screening

In manchen US-Staaten werden bereits biometrische Merkmale von SozialhilfeempfängerInnen erhoben, um einen "Missbrauch" von Sozialleistungen zu vereiteln. In New York müssen nicht allein Kapitalverbrecher, sondern auch Schwarzfahrer oder Menschen, die kleine Delikte begehen oder öffentlich Alkohol trinken, ihre Fingerabdrücke abliefern. So werden nicht nur Individuen erfasst, sondern ganze Gruppen: vornehmlich die

Armen, ImmigrantInnen, Prostituierten, Abhängigen. Bürgermeister Rudolph Giuliani, berühmt geworden in Folge der Ereignisse des 11. September, hatte seine Sicherheitsansprüche schon vorher gesteigert. Ende der 90er Jahre forderte er, Fingerabdrücke direkt nach der Geburt zu registrieren. Seine Offensive hatte den schönen Titel "Lebensqualität".

Hauptanwendungsgebiet liegt derzeit im Bereich Zutrittskontrollen (38,4%), öffentlicher Ordnung (19,2%), gefolgt vom Gesundheitswesen (9,6%), Immigration (5,3%) und Sozialbereich (3,9%). Enormes Ausweitungspotenzial verspricht man sich von der Smart-Card-Technologie, die sich immer mehr durchzusetzen beginnt und auch ohne zentrale Datenbank Identitätsfeststellungen liefern könne. (2)

Die Videoüberwachung öffentlicher Räume mit Gesichtserkennungssystem ist eine Realität, um relativ ungezielt "Täter" oder "Verdächtige" aufzuspüren. Das funktioniert zwar nicht und produziert vor allem viele Fehler. Aber zur Identifizierung von Verdächtigen bedarf es einer Datenbank, um die Gesichter abgleichen zu können. Wer wird dort registriert? Einem Artikel von Florian Rötzer zu folge "jeder der nach Meinung der US-Polizei wichtige Informationen liefern könne". (3)

Wohin die Reise hier zu Lande führen kann, demonstriert die Hamburger Firma Dermalog schon im Ausland. Das Unternehmen ist Weltmarktführer für Ausweise mit lesbarem Fingerabdruck. 90 Prozent ihrer Aufträge kommen aus Süd- und Mittelamerika, dem asiatischen Raum und der Golfregion. Für das fernöstliche Brunei hat Dermalog eine so genannte Allzweck-Identitätskarte konzipiert. Mit ihr kann man sich gegenüber der Polizei und den Grenzschutzbehörden ausweisen. Sie ist gleichzeitig Führerschein, Rentenversicherungskarte und Ausweis für die Steuerbehörde. Neben Fingerabdruckdaten befinden sich auf der Universalkarte noch ein Foto des Inhabers sowie sämtliche persönliche Angaben. Verknüpft ist das System mit einem Zentralrechner, der im Innenministerium des rund 335.000 EinwohnerInnen zählenden Sultanats steht.

Dermalog ist ein Software-Anbieter mit Tradition. In den 80er Jahren hatte der Firmengründer und Humanbiologe Günther Mull ein Software-System für medizinisch Diagnostik erfunden und sich patentieren lassen. Aus Finger- und Handabdrücken wurden bei Kindern oder Erwachsenen Risiken für die erblich bedingte Chromosomveränderungen wie Trisomie 21 oder andere Behinderungen errechnet. Seit Ende der 80er Jahre zahlen die Krankenkassen nur noch die Fruchtwasseruntersuchung. Dermalog reagierte flexibel und passte seine Technologie für andere Anwendungen an: Identifizierung für zivilrechtliche und kriminaltechnische Zwecke sind nur die Hauptgeschäftsfelder.

Datenschutz-Experten wie der Informatikprofessor Klaus Brunnstein von der Universität Hamburg warnen vor den Folgen der Gesamterfassung biometrischer Daten, auch im Blick auf medizinische Auswertungen. Die eingescannte Iris lässt zum Beispiel Rückschlüsse auf Hepatitis-B-Erkrankungen, Diabetes, Bluthochdruck oder Alkoholismus zu. Das Gesicht, seine Färbung könne Hinweise auf Krankheiten in sich tragen. "Es gilt als sicher", sagt Brunnstein, "dass aus biometrischen Daten auf Erbkrankheiten oder aktuelle Krankheiten geschlossen werden kann." So gibt es statistische Korrelationen von Fingerabdruckmustern und Leukämie oder Brustkrebs. Das braucht nicht als gesichert angesehen werden. Aber statistische Korrelationen haben ja den Vorteil, dass sie nicht mit Gewissheiten, sondern mit Wahrscheinlichkeiten rechnen. Sie müssen in keinem Einzelfall zutreffen, wohl aber im Bevölkerungskörper gesundheitspolitisch rationale Handlungsoptionen liefern. Damit würden sie, ähnlich wie Gentests, auch für Krankenkassen oder Versicherungen interessant.

Die Erfahrung zeigt: Daten, die einmal gespeichert sind, können schnell auch für andere Zwecke genutzt werden. Eindrucksvolles Beispiel sind die Rasterfahndungen, die nach dem 11. September in den Studentenwerken deutscher Universitäten vorgenommen wurden - noch ohne biometrische Unterstützung freilich.

Die Begehrlichkeiten sind da. Die erfassten Körpermerkmale lassen sich beliebig kombinieren. Daraus können, mit den Mitteln der Wahrscheinlichkeitsrechnung, viele Krankheitsrisiken konstruiert werden - auch solche, die es noch gar nicht gibt. Die Gesundheitsökonomen gehen bei ihrer Arbeit ohnehin von einem Bevölkerungskörper aus, in den man mittels statistischer Auswertungen Sterberaten, Krankheitswahrscheinlichkeiten und Kostenentwicklungen hinein lesen kann.

Die Molekularbiologie arbeitet mit der Allzweckwaffe Biometrie, um aus den vielen Blutbanken immer neue Hinweise auf genetische Risiken zu errechnen. Was im Zusammenhang einer spezifischen Diagnose an persönlichen Daten und Körpersubstanzen abgegeben wurde, wird gern auch für viele weitere

Diagnosezwecke verwandt. Bestes Beispiel ist die Meldung, dass Bonner Forscher um den Humangenetiker Peter Propping nun das "Gen für manische Depression" lokalisiert hätten. Gemeinsam mit der Klinik für Psychiatrie und dem Institut für Biometrie sowie anderen Nervenkliniken wurden insgesamt 75 Familien mit 445 Personen untersucht. 275 von ihnen sollen manisch-depressiv seien. Der Jubel um das neue Wissen wird im schon bekannten Bild des "Körpers als Text" präsentiert. (4)

Die sozialen und gesundheitspolitischen Kontrollwirkungen sind im Nebel der Rede von der "Innerer Sicherheit" verblasst. Doch selbst die beschworenen Planungsoptionen für Sozial- und Gesundheitsbürokratie oder die Ermittlungsbehörden werden bei dem anvisierten Totalerfassungsprogramm nicht herausspringen. Denn die technischen Systeme funktionieren nur unzuverlässig. Nicht nur der heimische Computer, sondern auch der Großrechner stürzt mitunter ab - oft ohne erkennbaren Grund. Die biometrische Erkennung beruht auf Wahrscheinlichkeitsaussagen. Es gibt keine hundertprozentige Übereinstimmung zwischen dem eingescannten Muster und dem zentral oder lokal gespeicherten. Die Bandbreite solcher Toleranzen ist, zumindest bei den privatwirtschaftlichen Angeboten, nicht zu überprüfen. Die Verschlüsselungstechniken sind nur von begrenzter Dauer, und Manipulationen am Zentralspeicher oder Chip sind prinzipiell möglich. An der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine gibt es keine Sicherheiten.

Sicherheitsversprechen für wen?

Entscheidend ist wieder: Es werden nicht nur viele Einzelne vermessen und registriert. Die Erfassung aller schafft gleichzeitig auch einen kollektiven Datenkörper, der zu Auswertungen über Krankheiten und Gesundheitsnormalität benutzt werden kann. Dabei sind Fehler programmiert: Zum Zeitpunkt einer gesundheitsökonomischen oder - politischen Planung kann die wirkliche gesundheitliche oder soziale Lage der vielen Erfassten sich längst verändert haben. Mit den Folgen der Gestaltung am virtuellen Datenkörper, etwa Risikokonstellationen, Präventionsangeboten und Gesundheitsprogrammen, werden die Einzelnen konfrontiert werden. Und gefahrvoll konkret wird es auch dann, wenn aus dem errechneten Kollektiv-Körper der Einzelne hervortritt und zur Gefährdung - einer "Inneren Sicherheit" oder einer "öffentlichen Gesundheit" - stilisiert wird.

Erika Feyerabend

Bioskop e.V.

Quellen:

1) Heiner Buch, Datenschutz, Sicherheitsgesetze und Rasterfahndungen, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 70/3/2001, S. 28-34

2) Wiss. Institut für Kommunikationsdienste GmbH, Dr. Franz Bülling, Annette Hillebrand, Vergleichende Untersuchung biometrischer Identifikationssysteme (BIOIS), Bad Honnef, März 2000

3) Telepolis, Gesichtserkennungssystem machte nur Fehler, 6.01.02

4) PM Uni Bonn 16.01.02

14. Qu'est-ce que c'est: Biopolitik?

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:40

Der Name dieser Rubrik ist neu in ak, die Auseinandersetzung mit den entsprechenden Themen ist es nicht: Biopolitik. Was ist das für ein Wort? Jedenfalls eins, das auch nicht wirklich neu, gleichwohl zur Zeit en vogue ist, trotzdem oder auch grad deswegen seinen Reiz hat. Genauer gesagt hat es zwei Reize, und um beide ging und geht es in ak - ab jetzt unter der Rubrik "Biopolitik".

Biopolitik: Das ist einmal, erster Reiz, was die vorliegende Ausgabe an dieser Stelle thematisiert: embryonale Stammzellen, rechtsstaatliche Selektion "unwerten" Lebens, staatliche Erfassung biometrischer Daten. Aber Biopolitik ist noch mehr. Gibt man das Schlagwort Biopolitik zum Beispiel bei der Suchmaschine Google ein, bekommt man folgendes zu lesen: "Revolutionen in den Biowissenschaften und die juristischen Folgen." Oder: "Die Schlacht am Rubikon. Ethik gegen Ethik". Oder: "Menschliche Klone, Gentests, Sterbehilfe".

Doch auch damit ist das Feld Biopolitik längst nicht abgesteckt. Weitere Stichworte wären noch - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - hinzuzufügen: Transplantationsmedizin, Reproduktionstechnologie, Bevölkerungspolitik, AIDS-Politik, Epidemiologie, Gesundheitspolitik, Gesundheitsdefinitionen, medizinische Versorgung, Leihmutterschaft, Schönheitschirurgie, Körperideale, Wissenschaftskritik, was darf der Mensch, was soll der Staat, was kann die Technik... Ein Themenfeld also, das alles beherbergt, was zwischen Medizin, Naturwissenschaften, Umwelt, neuen Technologien, Körper, Ethik und Recht kreuzt und fleucht.

Biopolitik umfasst damit Probleme und Debatten, die innerhalb der Linken traditionell, was Aufmerksamkeit, Mobilisierung und Programmatik betrifft, eher vernachlässigt wurden; wohl, weil hier klare Grenzen zwischen gut und böse bei näherem Hinsehen oft verschwimmen und auch, weil die verhandelten Fragestellungen bisweilen bedrohlich nah die eigene Verletzlichkeit, Unvollkommenheit und Sterblichkeit thematisieren. Das ist schon längst bedauerlich. Nicht in erster Linie, weil es (noch) keine originär linke Biopolitiken gibt - die kann es so kategorisch und eindeutig vermutlich nicht geben. Eher, weil umgekehrt sicher ist, dass ohne eine systematische Politisierung dieser Bereiche jeglicher Gesellschaftsentwurf, der sich von herrschenden Normierungen absetzen will, irgendwie hohl bleiben wird.

Zugleich gibt es, zweiter Reiz, eine Renaissance von Biopolitik als analytische Perspektive innerhalb der Linken, so dass die Rede von der Vernachlässigung von Biopolitik zum Teil durch die Geschichte auch schon wieder eingeholt worden ist.

Seit Foucault ist Biopolitik eine grundlegende Form moderner Macht: die "Macht, leben zu machen". Die Optimierung der "Volksgesundheit", die Stärkung des "Volkskörpers" sind ihre Ziele; die statistische Erfassung, die Vermessung und die Regulierung der Bevölkerung samt aller ihrer Lebensäußerungen ihr Instrument, unweigerlich mit ihr verbunden ist der Rassismus, der "fremde" Elemente als biologische Gefahr für den "Volkskörper" konstruiert; ihre Struktur ist schließlich die Normalisierungsgesellschaft. Es ist eine Macht, die nicht an erster Stelle dadurch wirkt, dass sie ausschließt, verbietet verwirft. Im Gegenteil: Im Rahmen von Normalisierung verliert schließlich die souveräne Macht des Rechtsstaates und auch das Recht selbst an Bedeutung. Foucaults Anliegen ist es deutlich zu machen, dass Effekte von Macht nicht nur sind, dass wir bestimmte Dinge nicht tun und in bestimmten Verhältnissen keine handelnden Subjekte sind, sondern vor allem, dass wir bestimmte Dinge tun und dass wir in bestimmter Weise handelnde Subjekte sind. Weil er Macht als Ermöglichung denkt, ist sein Machtkonzept auch offen für Konzeptionen von Widerständigkeit - und eben das macht seine Aktualität aus. Gleichwohl meint Biopolitk heute mehr und anderes als vor einem Vierteljahrhundert bei Foucault, wobei das Spiel mit dem Foucaultschen Konzept auch in aktuellen Fassungen stets, sichtbar oder unsichtbar, präsent bleibt.

Im Anschluss und zugleich in einer Absetzbewegung von Foucault untersucht der italienische Rechtsphilosoph Giorgio Agamben Biopolitik und stellt am Beispiel der frühen Eugenik der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts fest, dass es sich hier um eine für die Moderne grundlegende Struktur von Politik handelt, die sich in der Entscheidung über "wertes" und "unwertes" Leben materialisiert. Leben ist aus seiner Perspektive, wie bei Foucault, das Feld und der Bezugsrahmen moderner Macht, aber dieser Zusammenhang ist zugleich unauflöslich an die Existenz des souveränen Nationalstaats gebunden und spielt sich damit auch nicht außerhalb, sondern innerhalb moderner Rechtsstaatlichkeit und Rechtsprechung ab.

Die Postoperaisten wiederum verstehen Biopolitik auch als eine Art Motor für Emanzipation; die ehemals (Foucaultsche) Biomacht ist in ihrer Interpretation etwas, was durchaus auch die "Regulierten" besitzen und gegenüber den/dem Regulierenden einsetzen können. Festgehalten wird gleichwohl an dem disparaten Machtbegriff Michel Foucaults: Macht sei multipel und diffus, ohne Zentrum organisiert. Sie produziere ihrerseits multiple Subjektivitäten und realisiere sich in institutionellen, ökonomischen und sozialen Praktiken, wie Maurizio Lazzarato, Mitherausgeber einer französischen Zeitschrift mit dem bezeichnenden Namen multidude erklärt.(1) Und diese multidude, die nicht bloß Objekt, sondern auch Subjekt der Biomacht ist, war für Lazzarato unter anderem auf den Straßen Seattles präsent. So ist es nicht verwunderlich, dass auch die Tute Bianche sich dieses Konzept zu eigen machen; auch sie sehen Biopolitik als Chiffre für neue Möglichkeiten, Widerständigkeit - auf der Straße, unter Einsatz "undisziplinierter" Körper - zu praktizieren: Biopolitik sei die Form von Politik, die neue Möglichkeiten kollektiven Handelns ermögliche. (2)

Klar ist: Die Entwürfe davon, was Biopolitik ist und sein könnte, sind so vielfältig und fragmentiert wie die multitude, die Subjektivitäten und das Leben selbst. Unabhängig davon, inwieweit man/frau den jeweiligen Optimismus der Konzepte und die Konzepte selber teilt: Worauf es ankommt, ist, dass sie Biopolitik nicht als Teilbereichspolitik verstehen, sondern als ein Prinzip von Politik überhaupt. Demnach müsste es darum gehen, typisch biopolitische Themenbereiche immer wieder in ein grundlegende Reflexion über Politik zurückzuführen, einfacher gesagt: sie konsequent zu politisieren.

Zurück auf Los: Biopolitik ist Politik des Lebens. Sie umfasst bestimmte Themenbereiche ebenso wie eine spezifische Form der politischen Analyse aller Lebensbereiche. Was unter einer Rubrik Biopolitik in einer linken Zeitschrift angeboten werden kann, liegt auf dem Schnittpunkt beider Denklinien: das heißt, es geht darum, Probleme, die uns im herrschenden Diskurs in erster Linie als Fragen von Ethik, als "große Fragen der Menschheit" (Was ist der Tod? Was das Leben? Was der Mensch, der Embryo, die Stammzelle, das Sperma, das Saatgut, das Gen, die Verantwortung, Autonomie, Selbstbestimmung, Sinn?) präsentiert werden zu re-politisieren, aus unterschiedlichen und uneinheitlichen Perspektiven sichtbar zu machen, warum und wie diese Fragen auf die vielfältige Organisationsweisen von Macht zurückzuführen sind.

Stefanie Gräfe

Anmerkungen:

1) jungle world 27/2000, S.28

2) Arranca! 2/2001, S.13

15. Die Norm, das Recht und Lionel. Das eigene Leben als Zumutung

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:36

Lionel ist eigentlich ein gewöhnlicher sechsjähriger französischer Junge. Gewöhnlich, denn er hat, wie zigtausende andere Menschen auch, das sogenannte Down-Syndrom. Eigentlich gewöhnlich, weil Lionel, das heißt stellvertretend für ihn sein Rechtsvertreter, vor Gericht gezogen ist. Lionel hat auf Schadensersatz geklagt aufgrund der Tatsache seiner Geburt. Und Frankreichs höchstes Gericht, der Cour de Cassation, hat ihm Recht gegeben: Schadensersatz im vollen Umfang, ungefähr einhunderttausend Dollar. Lionel ist das zweite französische Kind, das auf Schadensersatz klagte, weil es zur Welt gekommen ist. Ein Jahr zuvor hatte der Oberste Gerichtshof in Frankreich bereits Nicolas Perruche, der wegen einer nicht diagnostizierten Rötelerkrankung der Mutter geistig behindert geboren wurde, Schadensersatz für sein unerwünschtes Leben zugestanden. Bei beiden, Lionel und Nicolas, ist damit rechtskräftig festgestellt worden, dass ihr Leben für sie selbst eine Zumutung ist. Das ist ungewöhnlich - jedenfalls noch.

Verklagt hat Lionel die Ärzte, die während der Schwangerschaft seiner Mutter den chromosomalen "Defekt" des Fötus nicht erkannten. Die Folge: Lionel wurde geboren. Wäre die vorgeburtliche Diagnostik korrekt durchgeführt worden und zu dem entsprechend "abweichenden" Ergebnis gekommen, wäre die Schwangerschaft abgebrochen worden, erklärte die Mutter. Jetzt ist, folgt man der Logik des Gerichtshof-Urteiles, nicht nur die Mutter, sondern vor allem Lionel selbst mit der Tatsache einer nicht gewollten Existenz bestraft. "Wrongful life" heißt dieser Vorgang im Fachjargon - und er ist die logische Konsequenz einer mittlerweile recht alltäglichen Rechtspraxis, der sog. "wrongful birth"-Rechtsprechung. Im Klartext stellt das hohe Gericht folgendes fest: erstens, dass der Staat zwischen erwünschten und unerwünschten Existenzen selektiert; zweitens, dass es ein Recht darauf gibt, nicht geboren zu werden; drittens, dass das Leben mit einem Down-Syndrom nicht nur für die Umwelt, sondern auch für das "Selbst" ein Schaden ist. Kurz gesagt verschafft der richterliche Spruch einer simplen Formel Realitätsmächtigkeit: lieber tot als behindert.

Die französischen Urteile sind in dieser Form europaweit bislang einzigartig; in den USA gibt es in einzelnen Bundesstaaten seit Anfang der 80er Jahre erfolgreiche wrongful-life-Klagen auf Schadensersatz. In Deutschland werden seit 1984 nur Ansprüche aus wrongful birth- nicht aber aus wrongful-life-Klagen anerkannt. Als wrongful birth werden Fälle bezeichnet, in denen ein Kind behindert zur Welt gekommen ist, weil ÄrztInnen während der Schwangerschaft falsche Auskünfte gegeben oder falsche Untersuchungen durchgeführt haben, so dass eine Abtreibung "fälschlicherweise" nicht erfolgte. Nur die Eltern können im Kontext der wrongful-birth-Rechtsprechung sowohl finanziellen Schaden als auch seelische Belastung geltend machen.

Lionels Geschichte schlug in Frankreich Wellen. So hoch, dass die Nationalversammlung sich gezwungen sah, ein Gesetz zu verabschieden, dass vergleichbare Urteile künftig verhindern soll. Niemand, so heißt es in der Erklärung der Nationalversammlung, kann auf Entschädigung klagen, nur weil er oder sie geboren wurde. Diese Aussage ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil sie überhaupt getroffen werden musste.

Die eilig durch die Nationalversammlung gebrachte Gesetzesvorlage ist auch eine Reaktion auf die Empörung, die der Fall Lionel unter der französischen ÄrztInnenschaft auslöste: Eine Woche lang gingen GynäkologInnen, die Pränataldiagnostik durchführen, in Streik, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie potenziell mit einer unübersehbaren Zahl an Schadensersatzansprüchen konfrontiert werden würden, wenn Nicolas und Lionels Klagen zur Regel würden - denn eine hundertprozentig sichere Pränataldiagnostik gibt es natürlich nicht. Umgekehrt heißt das auch: ÄrztInnen werden gezwungen sein, selbst bei dem allerkleinsten Verdacht auf einen "abweichenden Befund" zum Schwangerschaftsabbruch zu raten, um möglichen Schadensersatzforderungen zu entgehen.

Allerdings wird dieses Problem durch ein Verbot von wrongful-life-Urteilen nicht wirklich gelöst. Denn der Schadensersatzanspruch der Eltern bleibt, auch nach dem neuen französischen Gesetz, bestehen. In Deutschland berät die Enquete-Kommission "Ethik und Recht in der Medizin" zur Zeit über eine Empfehlung für eine konsequentere gesetzliche Regelung an den Bundestag. Schadensersatzansprüche, die damit in

Zusammenhang stehen, dass ein Kind geboren wurde, sollen demnach gesetzlich ausgeschlossen werden - das würde auch die wrongful-birth-Rechtssprechung erheblich erschweren. Wieviel Aussichten auf Erfolg diese Initiative hat, ist fraglich, denn bereits 1984 hatte der Bundesgerichtshof festgestellt, dass die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch bei positivem pränataldiagnostischem Befund "in hohem Maß von elterlicher Verantwortung" geprägt sei: Eltern tragen demnach nicht mehr bloß die Verantwortung dafür, wie ihr Kind aufwächst, sondern vor allem auch dafür, dass es nur bei Erfüllung bestimmter Qualitätskriterien überhaupt zur Welt kommt. Konsequenterweise wird in der rechtswissenschaftlichen Literatur diskutiert, ob sich "genetisch belastete" Eltern nicht rechtswidrig verhalten ,wenn sie sich fortpflanzen. (1) Aus dem pränataldiagnostischen Angebot könnte, denkt man diese Logik weiter, bald eine staatsbürgerliche Pflicht zur präventiven Kontrolle werden.

"Ich möchte darum bitten ..."

Die Differenz zwischen wrongful birth und wrongful life ist nur gradueller, nicht aber prinzipieller Art. Selbst wenn eine wrongful-life-Rechtssprechung von allen Gesetzgebern ausgeschlossen werden würde, bliebe die prinzipielle Konstruktion von Normalität bestehen, die Behinderung als nicht lebenswert konstruiert. Oliver Tolmein argumentiert in diesem Zusammenhang, mit bitterem Unterton, sogar umgekehrt: Gestehe man dem Kind selbst einen Schadensersatzanspruch zu, räume man ihm immerhin einen Status als handelndes Subjekt ein und erhalte die Überlegung wach, dass es vor allem darauf ankomme müsste, ob das Leben dem Menschen, der es lebt, selbst unerträglich sein könnte. (2)

Doch wird dem Kind hier tatsächlich der Status des handelnden Subjektes eingeräumt? Jein: Denn die Tatsache, dass ein behindertes Kind als ein Wesen verstanden wird, das nicht frei über sein Leben bestimmen kann, sondern auf Betreuung durch andere angewiesen bleibt, begründet ja letztlich, warum ein solches Leben als Schaden betrachtet wird. Zugleich wird aber durch die Konstruktion als Rechtssubjekt, das einen staatlich legitimierten Anspruch geltend machen kann, wiederum die Figur des autonomen Subjektes aufgerufen: die Handlung des Kindes, gegen die Tatsache seiner Existenz zu klagen, muss als Resultat einer autonomen, vernünftigen Entscheidung verstanden werden, wenn ihr rechtliche Relevanz zuerkannt wird. Das heißt: Das nicht-entscheidungsfähige Subjekt entscheidet, dass sein Leben nicht lebenswert ist. Du verfügst über keine Autonomie, aber nutze sie - in meinem Sinne, so spricht gewissermaßen der Rechtsstaat zum nicht-normgerechten Subjekt.

Dieser logische Widerspruch liegt in der paradoxen Struktur des liberalen Subjektes selbst begründet, das, z.B. in Zeiten des Neoliberalismus, vollständig frei und autonom sein soll, gleichzeitig aber immer weitergehend den Regeln des Marktes unterworfen ist. Dass diese Struktur hier so besonders deutlich zu Tage tritt, liegt in der besonderen Relevanz, die "Gesundheit" im Rahmen von Normalisierung spielt: das autonome, selbstbestimmte Subjekt, das optimaleR MarktteilnehmerIn ist, ist zugleich ein "gesundes" Subjekt, das das eigene Selbst permanenten Qualitätskontrollen unterzieht und ohne Unterlass präventiv am Körper tätig wird - und damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt: Es optimiert die eigene Lebensqualität und es fällt der Gesellschaft nicht zur Last.

"... nicht geboren worden zu sein."

Schnell werden im Kontext moderner Eugenikpraktiken wie Pränataldiagnostik, therapeutisches Klonen, Präimplantationsdiagnostik etc. Analogien zum NS gezogen, schnell wird auf ungebrochene Kontinuitäten verwiesen. Diese gibt es zweifelsohne. Es ist aber andererseits auch wichtig, sich die besondere Verfasstheit "neoliberaler" Eugenik vor Augen zu führen, um ihre besondere Logik zu begreifen. Diese Logik ist im Vergleich zur "alten" Eugenik weniger biologisiert und mehr individualisiert: Nicht mehr der Staat trägt die Verantwortung für das biologische Überleben der "Art" und muss folglich "degenerierende Elemente" ausmerzen, die die Konstitution des "Volkskörpers" schwächen. Nein, heute wird die Entscheidung darüber, ob ein Leben "wert" oder "unwert" ist, dem Individuum vom Staat übertragen. Das ideale Subjekt ist gesund, marktfähig und selbstverantwortlich. Es begreift es als seine persönliche Aufgabe, Gesundheitsrisiken präventiv zu minimieren. Es ist Teil des pursuit of happiness neoliberaler Subjekte, am eigenen Körper zu arbeiten und damit nebenbei für die Gesundheit des Staates zu sorgen.

War es zunächst der Staat, der die Zuständigkeit für die Selektion "unwerten Lebens" inne hatte, so kommt es im Rahmen der Entwicklung von präventiven gendiagnostischen Verfahren während der

Schwangerschaftsvorsorge zu einer Verlagerung von Verantwortung und Macht auf die zukünftige Mutter bzw. die Eltern. Die wrongful-life-Konstruktion ist nun die konsequente Fortführung dieser Entwicklung, indem sie das unwerte Subjekt selbst ins Zentrum der Entscheidungsverantwortung setzt, und ihm dafür, und obwohl dies fundamental der Konstruktion als nicht-sinnhaft-handelndes Subjekt widerspricht, sogar begrenzte Macht einräumt, nämlich die, Schadensersatzforderungen zu stellen und durchzusetzen. Erst aus dieser Logik heraus wird verständlich, warum Eltern und Rechtsprechung davon ausgehen, dass es, bei optimaler Erfüllung aller Präventionsgebote, so etwas wie ein "Recht auf ein nicht-behindertes Kind" gibt. Die Subjekte haben eben einen Anspruch darauf, für ihre intensive Glücks-Arbeit angemessen entlohnt zu werden.

Historischer Hintergrund für dieses Phänomen ist eine grundlegende Norm-Verschiebung. Nicht mehr das "Leben", das im NS als "Überleben der Rasse" verstanden wurde, sondern "Lebensqualität", also normiertes Leben, ist nunmehr die Leitkategorie. Ende letzten Jahres verwehrte der Bundesgerichtshof in einem Fall den klagenden Eltern den Schadensersatzanspruch an den Arzt, obwohl die Mutter ein unerwünschtes behindertes Kind zur Welt gebracht hatte. Der Grund: Es handelte sich um eine Zwillingsschwangerschaft, und bei dem Abbruch wäre auch das nicht-behinderte Kind gefährdet gewesen.(3) Das heißt im Klartext: höchster Wert ist der Schutz des "gesunden Lebens"; dafür wird notfalls auch die Existenz behinderten Lebens in Kauf genommen; das moralische Existenzrecht des behinderten Zwillings entspringt aber nicht ihm selbst, sondern wird aus der qualitativ höherwertigen Existenz des Geschwister-Zwillings abgeleitet.

Sich wider die eugenische Logik der Rechtsprechung auf die Entscheidungsfähigkeit der selektierten Subjekte zu berufen, macht wenig Sinn, weil man damit just diese Logik bestätigt, der zufolge das Kriterium Entscheidungsfähigkeit das Subjekt mit Lebensrecht vom Subjekt ohne Lebensrecht unterscheidet. Wrongful life als eugenisches Selektionsinstrument ist zu skandalisieren, ohne auf problematische Subjekt- oder Lebensbegriffe zurückzugreifen, und ohne wrongful-birth-Entscheidungen als "kleineres Übel" zu verharmlosen.

Für Lionel und Nicolas bleibt zu hoffen, dass in ihrem Leben - jeder Diskurstheorie zum Trotz - die Kluft zwischen der öffentlichen Konstruktion als lebensunwertes Subjekt und dem konkreten Leben unendlich groß bleibt.

Stefanie Gräfe

Anmerkungen:

1) Theresia Degener: Gegen den Zugriff der Bioethik auf das Leben. Vortragsmanuskript, http://www.behinderung.org/bioetvortr.htm

2) Oliver Tolmein, F.A.Z., 21.02.2002, s.auch: www.bioethik-recht.de

3) Oliver Tomein, jungle world 3/2002

16. Moderne Mythen um Stammzellen

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:25

Der deutsche Bundestag hat nach jahrelangen Debatten und Sitzungen von Ethikkommissionen einen Mehrheitsbeschluss zur Forschung an embryonalen Stammzellen gefasst. Dass die Kompromisslinie - Forschung ja, aber keine Produktion embryonaler Stammzellen im eigenen Lande - durchgesetzt wurde, verwunderte am Ende niemanden mehr. Mit welchen Mythen, scheinbaren Sachzwängen und sogenannten ethischen Grundfragen diese durch und durch politische Entscheidung umgarnt wurde, beschreibt Erika Feyerabend.

Das Finale ist fast vollbracht. Nach knapp eineinhalbjährigem Ringen um das forschungspolitische Vorgehen im Stammzell-Sektor haben sich die deutschen ParlamentarierInnen entschieden - nach eigenem Gewissen und per Mehrheitsbeschluss: Stammzellen, die in der Befruchtungsindustrie nicht mehr für die "Lebensproduktion" verwendbar sind, dürfen unter Auflagen importiert werden. Der Antrag von Margot Renesse (SPD), Andrea Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) und anderen machte das Rennen. Auf der Strecke geblieben sind jene, die den Embryo bedingungslos schützen wollten. Auch die forschungsfreundliche Fraktion um Ulrike Flach (FDP), verstärkt durch Peter Hinze (CDU) und zwei Abgeordnete der PDS, konnte sich nicht durchsetzen. Lockere Importbedingungen und die Herstellung solcher Zellsubstanzen im eigenen Lande, das war nicht mehrheitsfähig.

Importware Stammzelle

Durchgesetzt hat sich die Kompromisslinie zwischen Lebensschutz und internationaler Konkurrenzfähigkeit. Nun beginnt die Arbeit an einem "Importgesetz", das voraussichtlich im Sommer unter Dach und Fach sein soll. Für den Import in Frage kommen nur jene embryonalen Zelllinien, die bis zu einem im Gesetz festzulegenden Termin im Ausland gewonnen wurden. Und hier beginnt nun wieder das politische Gerangel. Bundeskanzler Schröder wünscht eine "forschungsfreundliche" Interpretation. Die ImportgegnerInnen möchten den Stichtag möglichst früh, das heißt an die Bundestagsentscheidung koppeln. Relativ leidenschaftslos scheinen die Debatten um eine geforderte Kontrollbehörde zu sein. Im Gespräch ist das Robert-Koch-Institut oder eine nationale Kommission beim Bundesforschungsministerium. Verfahren, um die Bedingungen der Produktion im Ausland zu prüfen, und Kriterien, um "hochrangige Forschungsziele" - einer, der Auflagen des Parlamentsbeschlusses - zu beurteilen, sollen von der neuen Kommission entwickelt werden. Man geht zum Behördenalltag über, nachdem die Rede von Moral und Werten wie Menschenwürde oder Forschungsfreiheit monatelang die Schlagzeilen und politischen Debatten dominierten.

Dabei sind gleich zwei Mythen entstanden - von globaler Wirkung. Die Stammzelle ist zu einem Faktum geworden, hinter dem sich die immer gleiche Verkündigungspose verschanzt: Gesundheit und langes Leben für alle! Und noch etwas steckt im molekularen Stoff und wird zu einer exzessiv gerechtfertigten und unhinterfragbaren Aussage: die Universalformel, die Ursubstanz, der Stein der Weisen der Biomedizin wird gefunden werden. Das Labording "Stammzelle" - als Begriff wie als ständig reproduziertes Bild - hat nur noch diese Bedeutung. Geschichte und soziale Bedingungen, die es hervorbrachte, sind verschwunden. Das eigentliche Prinzip des Mythos, nämlich Geschichte in "Natur" zu verwandeln (und damit der politischen Gestaltung zu entziehen) ist gelungen. Allein die "Verkündigung" ist noch nicht eingelöst. Noch müssen Wissenschaftler als ständige Sucher und immer unbefriedigte Finder unter möglichst günstigen Bedingungen der biomedizinischen Weltformel hinterherjagen. Und hier kommt der zweite Mythos ins Spiel. In großen Lettern und in klein gedruckten Feuilletons ist seit Monaten verbreitet worden, dass in Sachen Import die Politik, orientiert an Ethik und Moral, aber dennoch rational, gestaltend in den Prozess der Wissensproduktion eingreift. Am "Stammzellkompromiss" wird die Wirksamkeit des Regierens präsentiert und glaubhaft gemacht. Gewissen und nicht Interessen, Naturtatsachen und nicht naturwissenschaftliche Dominanzen regieren. Eine Sternstunde des Parlamentes.

Ein Blick hinter den Spiralnebel der Mythen befördert anderes zu Tage. Seit Jahren wird die Forschung an Stammzellen geborener Menschen (den sogenannten adulten Stammzellen) aus Nabelschnurblut sowie Mäuseembryonen und Affen gefördert. Das Forschungsministerium hat seit 1998 25 Millionen EUR bereitgestellt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) leitet zusätzlich seit 1996 42 Millionen EUR in den jungen Forschungszweig. So wurde es immer drängender, auch humane embryonale Zellen zu nutzen -

um Effektivität und (Gewebe-)Produktionsversprechen an den verschiedenen Zellsorten vergleichen zu können. Im genannten Förderungszeitraum veröffentlichen US-amerikanische Forscher ihre "bahnberechenden" Ergebnisse. Sie isolierten Stammzellen aus menschlichen IVF-Embryonen und aus abgetriebenen Föten. Die Aktienkurse der auftraggebenden Firma schnellten kurzfristig in die Höhe. Die Medienpräsenz der embryonalen Stammzelle ist seither enorm. Forschungspraxis, Fördermittel, Aktienmärkte und Medienaufmerksamkeit, all das erzeugt politischen Entscheidungswillen. Oliver Brüstle hat in diesem Spiel seine besondere Rolle gefunden. Gemeinsam mit der DFG, die seine Versuche mit embryonalen Stammzellen willig finanzieren will, potenzierte er den Zeitdruck. Unterstützt vom nordrhein-westfälischen Regierungschef Wolfgang Clement, der an seiner PR-Reise ins Stammzell-Zentrum Haifa partizipierte, demonstrierte der Neuro-Wissenschaftler strategisches Geschick. Das Zentrum für Neuropathologie in Bonn errang Weltruhm. Ein neuer Mythos ist kreiert. Die von den Bonner Wissenschaftlern provozierte Importerlaubnis, legitimiert durch das Parlament, heißt in Insider-Kreisen "Lex Brüstle".

Ob Kirchenvertreter, Feuilletonisten, Ministerpräsidenten oder Parlamentsabgeordnete, Objekt der Begierde und der moralischen Sorge ist fast ausschließlich der Embryo - mit einer Prise "Ethik der Ökonomie" (Gerhard Schröder) und Teilhabe an der "Basisinnovation des 21. Jahrhunderts" (Peter Hintze, CDU). Die argumentative Bastion gegen Import und Herstellung embryonaler Zelllinien ist im Kern der Lebensschutz. Von Andrea Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) bis Hubert Hüppe (CDU) wird das "Töten von Embryonen" kritisiert. Kardinal Meisner ist mit in der Koalition, weil keine "embryonalen Menschen" umgebracht werden dürfen. Die Import-GegnerInnen verbinden den Tötungsvorwurf in der Stammzellproduktion mit der Abtreibung, die ebenfalls als Tötungsakt zur Sprache kommt. Die Argumente changieren zwischen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen über die "Einzigartigkeit" des Genoms bis zum juristisch gefassten Embryo als Subjekt eines absoluten Rechtes auf "Leben" und "Würde". Etwas gemäßigtere Stimmen dieser Meinungsfraktion verweisen auf den §218. Allein im Konfliktfall der ungewollt Schwangeren werden Abwägungen zwischen zwei Grundrechtsträgern - Frau und Embryo - zugelassen.

Frauen: Ort der Reproduktion ...

Hier kommt die Frau wieder ins Spiel - als selbstbestimmtes Subjekt, das zwar beraten und erzogen, aber nicht gezwungen werden kann, eine ungewollte Schwangerschaft auszutragen. Die Abtreibungsfrage wird dennoch als Embryonenfrage behandelt. Abtreibung ohne behördlich akzeptierte Gründe gibt es deshalb nicht. Im Zweifel für das "Leben", außer es wurden genetische oder gesundheitliche Mängel erkannt. Dann dürfen Frauen der selektiven Logik pränataler Diagnostik folgen, selbstbestimmt und bis zur Geburt einen bezahlten Abbruch fordern. Die Zeiten aber, wo politisch für freie - auch selektionsfreie - Abtreibungsregeln gestritten wurde, sind vorbei. Die Zeiten, wo die Definition von Leben und Lebensbeginn zurückgewiesen und Schwangerschaft als ein biografischer, allein der Frau eigener, körperlicher Zustand begriffen wurde, gehören der Vergangenheit an.

Wie die umkämpften Zellen ins Labor gekommen sind, auch das war kaum Gegenstand der kritischen Debatte. Eine geregelte Befruchtung, die Frauen einmal mehr zum Ort einer biomedizinisch kontrollierten und staatlich gewollten Reproduktion machen, scheint angesichts der neuen Stammzell-Produktionen in positivem Licht. Belastende Hormonbehandlungen, operative Eingriffe, männlicher Unfruchtbarkeit und sichergestellte Vaterschaft über den Körper der Frau zu "therapieren" - darüber wird geschwiegen. Und die Frauen, die wollen das ja so.

Die Fraktion der Forschungsfanatiker hat hier leichtes Spiel. Sie kann sich auf Abtreibungsparagrafen, Selbstbestimmung und die fest verankerten Normalitäten im Befruchtungssektor beziehen, wenn sie die hochrangigen Forschungsziele und Heilungschancen beschwört. Peter Hinze (CDU) zeigt sich wissenschaftskritisch. Er weiß, dass "der Mensch" nicht nur ein "biologisches", sondern auch ein "soziales Wesen" ist. Pia Maier (PDS) will das Selbstbestimmungsrecht der Frau bei Abtreibungen, Hormonbehandlungen und Entscheidungen über den Verbleib der Eizellen gleichermaßen gesichert sehen. Und tatsächlich ändert sich ja das individuelle Wollen von Frauen mit der biomedizinischen Angebotspaletten. Die selektive Logik der Befruchtungsangebote muss nicht zwangsläufig gegen den Willen von Frauen durchgesetzt werden, vielmehr gestaltet sie diesen.

.... und aktive Mitgestalterinnen

Die scheinbar polarisierte Debatte, die sich jedoch gleichermaßen unhinterfragt an der zur Naturtatsache gemachten "Stammzelle" orientiert, hat die körperpolitischen und ökonomischen Dimensionen der Stammzell-Forschung völlig ausgeblendet. Die Monopolisten im Stammzellsektor können mit der Parlamentsentscheidung zufrieden sein. Die Zentren in Schweden, USA oder Israel werden auch nach Deutschland exportieren. Eigentums- und zirkulationsfähig wie Kapital, sind Körpersubstanzen Teil der Wissens- und Warenproduktion geworden. Im Falle der embryonalen Stammzellen liefern Frauen diese Substanz, und das verändert ihre Leiblichkeit. Ökonomie und Wissenschaft sind Wachstumsbranchen. Längst hat sich die Forschungslandschaft verändert. Stammzellen ufern in die unterschiedlichsten Bereiche aus. Die Produktion von Körperersatzstoffen zu Transplantationszwecken ist nicht die einzige Zielperspektive. In der Krebsforschung, in der "Gentherapie" genannten Manipulation am Menschen, in der Medikamentenherstellung, bei der Prüfung von Schadstoffen oder der genetischen Diagnostik findet das neue Objekt Einsatzmöglichkeiten. Die bereits existierenden Zelllinien werden den steigenden Bedarf nicht befriedigen. Da die Befruchtungsindustrie seit langem Eier und Embryonen als eine von der Frau getrennte Verfügungsmasse behandelt, werden nun zu erarbeitende gesetzliche Verfahren für die Stammzelleinfuhr den Umgang mit einer neuen Importware regeln und Verfügbarkeiten normalisieren. Neues Wissen und neue Heilungsmythen werden folgen. Der prinzipielle Einschnitt ist längst getan. Und dieser Einschnitt betrifft auch die produktive Arbeit an Körpersubstanzen geborener Menschen oder an aus der Nabelschnur gewonnenen Substanzen. Geradezu dynamisiert hat sich dieser Forschungszweig, der im Nebel vom alles entscheidenden "moralischen Status des Embryos" völlig unproblematisch wurde. Doch auch diese Laborpraktiken und ständig zitierten Redeweisen verwandeln Körper in ökonomisierbare Stoffe. Auch in diesem Sektor werden Körperbestandteile dem Diktat der nützlichen (weil produktiven) Verwendbarkeit unterworfen. Und sollten die Manipulationen der Zellen geborener Menschen tatsächlich gelingen, dann entstehen neue Entscheidungsprovokationen. Wenn sich deren molekularenProzesse so verändern lassen, dass sie wie in "embryonalen Stammzellen" ablaufen, dann sind nicht nur die ewig wiederholten, moralisch aufgeladenen Unterscheidungen zwischen adulten und embryonalen Substanzen obsolet, sondern auch Instrumente der genetischen Manipulation und des Klonens entstanden.

Die Fixierung auf die mythisch aufgeladene Import-Entscheidung lässt auch in den Hintergrund geraten, dass der geregelte Aufbau von Forschungsstrukturen und -förderungen ungehindert voranschreitet. Nordrhein-Westfalen will nach Gusto der Forschungsministerin Behler ein Kompetenznetzwerk für adulte und embryonale Stammzellforschung kreieren. Ab April sollen die unterschiedlichen Projekte koordiniert, der wissenschaftliche Austausch gefördert und die "zeitnahe" Information der Öffentlichkeit gewährleistet werden.

Ökonomie von Körpersubstanzen

Die Fixierung auf den mythisch aufgeladenen "Embryo" hat gleichzeitig bewirkt, dass die wertkonservativen Stimmen an Boden gewonnen haben. Sie inszenierten einen wahren Abtreibungsfeldzug. So wurde einmal mehr bestätigt, dass Frauen mit Leib und Leben der "guten Reproduktion" zu dienen haben. So haben am Ende die unterschiedlichen politischen Absichten verstärkt werden können, ohne als Politik in Erscheinung zu treten. "Der Zweck der Mythen ist, die Welt unbeweglich zu machen. Die Mythen müssen eine universale Ökonomie suggerieren und mimen; eine Ökonomie, die ein für allemal die Hierarchie des Besitzes festgelegt hat", schrieb Roland Barthes in den 50er-Jahren des 20. Jahrhundert. Die universale Ökonomie des 21. Jahrhunderts legt die Hierarchie des Besitzes in einem neuen Feld fest. Sie betrifft den menschlichen Körper.

Erika Feyerabend

BioSkop e.V.

17. Die Wehrmacht im Vernichtungskrieg. Zur Neukonzeption der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht"

Autor: Alexander Neumann · Rubrik: Militarismus; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:04

Im November 1999 hatte Jan Philipp Reemtsma die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" zur Überarbeitung schließen lassen. Ab Dezember 2001 präsentiert sie sich nun in neuer Aufmachung und mit leicht abgewandeltem Titel: "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944". (1) Der Andrang in Berlin übertraf die Erwartungen der AusstellungsmacherInnen bei weitem. (2) In sechs Wochen kamen ungefähr 47.500 BesucherInnen, in der letzten Woche waren Wartezeiten von über zwei Stunden keine Seltenheit, obwohl die Öffnungszeit am letzten Wochenende bis Mitternacht ausgedehnt wurde. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, dass weiter ein starkes Interesse an der Auseinandersetzung um die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg besteht.

Das Verdienst der ersten, im "Gedenkjahr" 1995 präsentierten Ausstellung bestand darin, die Debatte um den Mythos von der "sauberen" Wehrmacht aus der Fachwissenschaft in die Öffentlichkeit getragen zu haben. Nach der Schließung im November 1999 wurden Befürchtungen laut, die vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitete Neukonzeption würde die klaren Aussagen über Verbrechen der Wehrmacht zu Gunsten einer allgemeinen Betrachtung menschlicher Brutalität in Kriegszeiten verwässern. Dadurch wären Dimension und Einmaligkeit der nationalsozialistischen Verbrechen relativiert und "historisiert" worden.

"Befehlsnotstand" und kollektive "Gedächtnislücke"

Doch diese Befürchtungen bestätigten sich zum Glück nicht. Das neue Konzept bekräftigt vielmehr die These, dass die Organisation Wehrmacht beim Vernichtungskrieg im Osten eine maßgebliche Rolle spielte, die militärische Führung mörderische Befehle unterstützte und Angehörige der Wehrmacht Verbrechen begingen. Dabei wird auch deutlich erkennbar auf die sachliche Kritik an der Ausstellung eingegangen. So beschäftigt sich der erste Teil der Ausstellung mit der Frage der rechtlichen Grundlagen, die während des Zweiten Weltkrieges gegolten haben, wie etwa die Haager Landkriegsordnung von 1907 oder das Genfer Abkommen zum Schutze der Kriegsgefangenen von 1929. Thematisiert werden auch die damals existierenden Grenzen der Gehorsamspflicht bei verbrecherischen Befehlen, was diejenigen, die auf den angeblichen "Befehlsnotstand" hinweisen, gerne außer Acht lassen.

Mit dem Hinweis auf die rechtlichen Regelungen wird dem Publikum vor Augen geführt, dass der Ostfeldzug kein gewöhnlicher Krieg war - bereits in der Planung wurden alle geltenden Regeln des Kriegsvölkerrechts bewusst ignoriert und außer Kraft gesetzt. Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) teilte die nationalsozialistische Vorstellung vom "Rassen- und Vernichtungskrieg" gegen den "jüdischen Bolschewismus" durch die Unterzeichnung verbrecherischer Befehle (z.B. der "Kommissarbefehl" oder der "Gerichtsbarkeiterlass"). Zudem ließ das OKW es zu, dass die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD im Rücken der Front die jüdische Bevölkerung ermordeten.

Nach dieser Einführung folgen insgesamt sechs Aspekte des Vernichtungskrieges: Völkermord, Repressalien/Geiselerschießungen, Sowjetische Kriegsgefangene, Ernährungskrieg, Partisanenkrieg und Deportation/Zwangsarbeit. Zunächst wird das arbeitsteilige Vorgehen von Wehrmacht, SS und SD beim Völkermord an einzelnen Fallbeispielen (u.a. Charkow, Simferopol, Babi Yar) gezeigt. Dieser Bereich erinnert am stärksten an die alte Ausstellung; es finden sich einige der gleichen Beispiele, wie z.B. die Verbrechen in Tarnopol. Der Vorwurf des zu ungenauen Umgangs mit dem Fotomaterial wird hier gleichzeitig dazu benutzt, den Wert von Fotos als historische Quelle zu hinterfragen, denn die Fotos aus Tarnopol zeigen auch Opfer des sowjetischen Geheimdienstes NKWD und der Pogrome der einheimischen Bevölkerung. Es wird detailliert gezeigt, wie schwer es ist, die Identität der Opfer und der Täter durch Fotos zu belegen. Hier zeigt sich, dass das Eingehen auf die teilweise berechtigte Kritik am Umgang der alten Ausstellung mit dem Quellenmaterial konstruktiv war und zur Qualitätssteigerung der neuen Ausstellung beigetragen hat.

Während der Teil der Ausstellung, der sich mit den Geiselerschießungen und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung in Serbien und Griechenland beschäftigt, schon aus der früheren Konzeption bekannt war, so eröffnet der darauf folgende Abschnitt eine neue Dimension der Verbrechen: Am Beispiel der sowjetischen Kriegsgefangenen wird die Besonderheit des Vernichtungskrieges im Osten besonders deutlich. Von den ca. 5,5 Mio. Kriegsgefangenen wurden ungefähr 3 Mio. durch Hunger, Todesmärsche und Erschießungen ermordet. Gezeigt wird auch, dass die Kriegsgefangenenlager im Reichsgebiet für die deutsche Bevölkerung zu beliebten Ausflugszielen an Sonn- und Feiertagen wurden. Auf Fotos posieren die gut gekleideten und wohlgenährten Deutschen vor den Lagerzäunen, hinter denen die abgemagerten Sowjetsoldaten unter katastrophalsten Bedingungen leben mussten. Weite Teile der deutschen Bevölkerung wussten also über die unmenschliche Behandlung in den Lagern Bescheid - auch wenn sich nach dem Krieg niemand daran erinnern wollte.

"Ernährungskrieg" ist Massenmord

Von dieser kollektiven "Gedächtnislücke" profitierten auch die Mediziner, die sowjetische Kriegsgefangene zu tödlichen medizinischen Versuchen heranzogen, wie etwa die in Hamburg-Wandsbek durchgeführten Hungerversuche, die ebenfalls in der Ausstellung ausführlich dokumentiert werden. Der für die Versuche verantwortliche Stabsarzt Berning wurde nie zur Rechenschaft gezogen und starb hoch geehrt in der Hansestadt.

Ein enorm wichtiger ökonomischer Aspekt im Vernichtungskrieg ist in die Ausstellung neu aufgenommen worden: der "Ernährungskrieg". Damit ist die Politik der deutschen Besatzungsmacht gemeint, alle vorhandenen Ressourcen in dem überfallenen Land zu requirieren, ohne jede Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Die Wehrmacht trug von Beginn des Ostfeldzuges an diese kriegswirtschaftlichen Ziele mit, wobei der Hungertod von Millionen von Menschen bewusst in Kauf genommen wurde.

Erstmals behandelt die Ausstellung auch das Thema Deportation von ZwangsarbeiterInnen. Am Beispiel der 3. Panzer-Armee unter Generaloberst Reinhardt wird anschaulich gezeigt, dass nur die Armee das Personal und die Logistik besaß, um Abertausende von Arbeitskräften für den eigenen Bedarf und für den Einsatz im Heimatgebiet zu rekrutieren. Auch bei diesem Thema weisen Schautafeln auf die problematische Quellenlage hin, da viele Akten vernichtet wurden oder verloren gegangen sind.

Mit diesen sechs Dimensionen des Vernichtungskrieges erweitert das Hamburger Institut für Sozialforschung im Vergleich zur ersten Ausstellung den Blickwinkel erheblich. Alle diese Dimensionen lassen sich aus dem besonderen Charakter des Ostfeldzuges erklären, dessen ideologische Prämissen auch von der Wehrmachtführung geteilt wurde. Dass aber nicht nur die Wehrmachtführung, sondern auch viele einfache Soldaten mit der NS-Ideologie übereinstimmten, zeigen die Auszüge aus Feldpostbriefen; diese eröffnen den vorletzten Teil der Ausstellung, der sich mit individuellen Handlungen und Handlungsspielräumen von Soldaten beschäftigt. Befehle wurden nämlich nicht immer gleich interpretiert, je nach Überzeugung und Möglichkeiten entschieden sich Einzelne für unterschiedliche Handlungsoptionen. So werden dem Publikum zunächst akustisch verschiedene Beispiele präsentiert, in denen sich Soldaten nicht konform verhalten haben - wie etwa der Judenretter Anton Schmid in Wilna.

Besonders lehrreich ist die Geschichte der drei Kompaniechefs des 691. Infanterieregiments, denen im Oktober 1941 der Befehl gegeben wurde, wegen "Partisanengefahr" die im jeweiligen Einsatzgebiet befindliche jüdische Bevölkerung zu liquidieren. Der Führer der 1. Kompanie führt den Mordbefehl nicht aus, weil er keine Verbindung zwischen Partisanenbekämpfung und der Ermordung von Alten, Frauen und Kindern erkennen kann. Ihm passiert trotz der Nichtbefolgung des Befehls nichts! Der Führer der 2. Kompanie führt den Befehl ohne Zögern aus, während der dritte Kompaniechef bei seinem Bataillonskommandeur nachfragt, ob tatsächlich etwa 1.000 Personen zu erschießen seien. Als er die Bestätigung erhält, führt er den Befehl trotz Bedenken aus Furcht vor Konsequenzen aus.

Damit stellt dieser Teil der Ausstellung auch die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen, ein immer noch umstrittenes Thema, das gerade in der Frage der Deserteure für politischen Zündstoff sorgt. In der Ausstellung werden zwei Deserteure vorgestellt, die die Kriegsverhältnisse nicht mehr ertrugen und sich deswegen der Truppe entzogen. Leider fallen aber die aus politischen oder religiösen Gründen desertierenden Soldaten gänzlich unter den Tisch, obwohl sie ebenfalls eine große Gruppe unter den Deserteuren stellten.

Der letzte Teil der Ausstellung behandelt die Auseinandersetzung um die Rolle der Wehrmacht im Nachkriegsdeutschland. Es wird gezeigt, wie aus angeblicher militärischer Notwendigkeit ehemalige Wehrmachtssoldaten beim Aufbau der Armee herangezogen wurden und damit der Grundstein für den Mythos der "sauberen" Wehrmacht gelegt wurde. Gerade die traditionalistischen Kreise innerhalb der Bundeswehr, die auf die Wehrmacht positiv Bezug nehmen und deren Verbrechen pauschal leugnen, erschweren bis heute die sachliche Debatte um die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Die Ausstellung endet mit einer spannenden Dokumentation der Auseinandersetzungen über die alte Ausstellung. Das Publikum kann die Vorwürfe und Argumente an den einzelnen Standorten nachverfolgen und vor diesem Hintergrund noch einmal die neue Ausstellung beurteilen, die sowohl qualitativ als auch quantitativ die alte Ausstellung deutlich schlägt. Zusätzlich zu den Schautafeln gibt es in den einzelnen Abschnitten noch kleine Kabinen, in denen weitere Materialien über das jeweilige Thema zur Ansicht bereit liegen. Außerdem werden zusätzlich grundlegende Informationen zu den teilweise komplizierten Strukturen der Wehrmacht geliefert.

Die neue Ausstellung ist besser als die alte

Als Reaktion auf die massiven Vorwürfe wurde auf das noch in der ersten Ausstellung dominierende Eiserne Kreuz mit den Fotos von Hinrichtungen und Erschießungen verzichtet, um die Emotionalität aus der Auseinandersetzung herauszunehmen. Dieser Grundgedanke des neuen Konzeptes ist für eine fruchtbare Diskussion auch unabdingbar. Statt auf Gefühle setzt die Ausstellung nun auf vertiefte Darstellung der Beteiligung der Wehrmacht an Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Davon zeugt auch die Fülle der Materialien, die eigentlich kaum an einem Stück zu bewältigen sind. Dennoch richtet sich die neue Ausstellung entgegen der Befürchtungen nicht an ein reines Fachpublikum, sondern will auch ganz bewusst Laien an ein schwieriges Thema heranführen.

Alle KritikerInnen, die nach der Schließung 1999 noch gejubelt hatten, müssen nun erkennen, dass der Komplex der Verbrechen der Wehrmacht (3) in der neuen Ausstellung entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen noch umfangreicher und gründlicher dokumentiert ist. Das so gezeichnete Bild wird dadurch noch dunkler und zerstört damit wohl endgültig die Legende von der "sauberen Wehrmacht". (4)

Alexander Neumann

Anmerkungen:

1) Empfehlenswert ist auch der 750 Seiten starke und mit 30 Euro recht preisgünstige Ausstellungskatalog, der bei der Hamburger Edition erschienen ist (www.hamburger-edition.de) und viele Originaldokumente und Bilder enthält.

2) Die Ausstellung geht von Berlin zunächst nach Bielefeld (ab Februar) und Wien. Weitere Städte folgen.

3) Der allgemein gebräuchliche Titel "Wehrmachtausstellung" ist falsch, denn die Ausstellung behandelt nicht die Wehrmacht als Organisation mit all ihren Facetten, sondern nur vor dem Hintergrund der Verbrechen im Zweiten Weltkrieges.

4) Die Darstellung dieser Legendenbildung kommt in der Ausstellung allerdings etwas zu kurz. Einen recht guten Überblick über die Zeit seit 1945 bietet: Bald, D./Klotz, J./Wette, W., Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege, Berlin 2001.

18. Berliner RZ-Verfahren: Verkommen und verlogen von Anfang an

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:34

Fast ein Jahr dauert nun schon vor dem Kammergericht Berlin der Prozess in Sachen

Revolutionäre Zellen (RZ). Mittlerweile sind über fünfzig Verhandlungstage zusammengekommen. Das Interesse in der Linken - angesichts der spektakulären Durchsuchung des Mehringhofs, zumindest zu Beginn in Berlin groß - hat sich merklich verflüchtigt. Dabei hat das RZ-Verfahren alles, was man von dem angekündigten "letzten großen Terroristen-Prozess" erwarten konnte: dubiose Ermittlungsmethoden, Unterschlagung von Beweismaterial, ein Gericht, das sich willfährig den Vorgaben der Bundesanwaltschaft andient, und ein gekauftes Hauptbeweismittel: Tarek Mousli, ein Kronzeuge der lügt, dass sich die Balken biegen.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) will endlich einen Schlussstrich ziehen. Jahrzehntelang waren die RZ für die Ermittlungsbehörden ein "schwarzes Loch", Erfolge gegen die RZ Mangelware. Doch dann tauchte Tarek Mousli im Visier der Ermittler auf. Was folgte, waren systematisches Unterdrucksetzen, Drohungen und Erpressungen. Am Ende hatte man ihn so weit. Hemmungslos redete Mousli über alles, was er aus seiner Zeit in der Westberliner autonomen Szene und - wie seit dem 18. Januar feststeht - aus der Berliner RZ weiß - und dichtete noch vielmehr hinzu.

Seine Anschuldigungen, zumeist Erzählungen vom Hörensagen, lösten die Inhaftierung von sechs Menschen in Berlin, Frankfurt am Main und Kanada aus. Fünf von ihnen sitzen zur Zeit vor dem Kammergericht auf der Anklagebank. Verhandelt wird gegen Axel Haug, einen Hausmeister des Mehringhofs, Harald Glöde, Mitarbeiter der "Forschungsgesellschaft Flucht und Migration", Matthias Borgmann, bis zu seiner Verhaftung Leiter des Akademischen Auslandsamtes der Technischen Universität Berlin, Sabine Eckle, Frankfurter Galeristin, und ihren Ehemann, Rudolf Schindler. Sie sollen wegen Mitgliedschaft in den "Revolutionären Zellen" (RZ) und verschiedener Anschläge im Berlin der achtziger und frühen neunziger Jahre verurteilt werden, zu denen der Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) mit 5.000,- Mark Schaden vom Februar 1987 und ein misslungener Anschlag auf die Berliner Siegessäule vom Januar 1991 gehören. Gegen Lothar E., der im Mai 2000 festgenommen und kurze Zeit später auf Kaution wieder auf freien Fuß kam, läuft zur Zeit ein Auslieferungsverfahren in Kanada.

In der sich hinschleppenden Beweisaufnahme, in der das "zentrale" und gleichzeitig einzige Beweismittel, der Kronzeuge, über Monate nicht vernommen wurde, kamen dabei erstaunliche Dinge zu Tage, die ein bezeichnendes Licht auf die Ermittlungsmethoden von Bundeskriminalamt (BKA) und BAW werfen. Bislang konnten unzählige Ungereimtheiten in der Kronzeugenvita und -aussage nachgewiesen werden. Das Gericht jedoch zeigt sich davon unbeeindruckt.

Ungeklärt ist bis heute vieles, etwa dies: Tarek Mousli wurde intensiv vor seiner zweiten Verhaftung im November 1999 überwacht. Seine Telefone wurden abgehört und alle seine Bewegungen observiert. Dies galt auch für die Zeit vor seiner ersten Inhaftierung im Mai 1999. Nur eine Lücke gab es - kurz nach seiner Haftentlassung im Juli 1999. Kurze Zeit später wird Sprengstoff, den er angeblich 1995 in einem Seegraben im Norden von Berlin versenkt haben will, gefunden. Zuvor war zwei Mal vergeblich nach dem Sprengstoff gesucht worden - nun wurde er in Anwesenheit von Mousli gefunden, hundert Meter entgegen der Fließrichtung, wo er den Sprengstoff entsorgt haben will. Ungeklärt auch die Aussage seiner ehemaligen Lebensgefährtin, Karmen T., die glaubhaft versichert, der Kronzeuge hätte erst durch sie den Seegraben nach 1995 kennen gelernt.

Wer deckt den Kronzeugen?

Auf die Spur der Kronzeugen sei man angeblich wegen eines Diebstahls gekommen, bei dem aus seinem Keller Sprengstoff geklaut worden war. Obwohl das Landeskriminalamt Berlin das BKA sofort von dem Sprengstofffund informierte, passierte drei Jahre lang nichts. Erst im November 1997 habe man beim BKA den Zusammenhang zwischen diesem Sprengstoff und den RZ hergestellt. Unklar ist, was in diesen drei Jahren

passierte. Denn nachweisbar haben mehrere BKA-Dienststellen 1995 und 1996 diese Sofortmeldung in den Händen gehalten, doch es geschah nichts.

Dass der Karatelehrer Mousli in arger finanzieller Bedrängnis seine Fitness-Studios betrieb und horrende Schulden hatte, wussten BAW und BKA für ihre Sache zu nutzen. Systematisch setzen sie Mousli unter Druck, und sorgten z.B. dafür, dass seine Anstellung beim Deutschen- und Berliner Karateverband gekündigt wurden. Über Mouslis Leben nach seinem Rückzug aus der autonomen Szene Anfang der 90er Jahre ist wenig bekannt. Bekannt ist, dass der im Libanon geborene Mousli 1997 eingebürgert wurde. Anfang der 90er Jahre war ihm das noch versagt worden, wegen seiner linksradikalen Vergangenheit und seiner Kontakte zu politischen Gefangenen. Warum Ende der 90er Jahre die Behörden seinen Einbürgerungsantrag positiv beschieden, ist bis heute nicht geklärt.

Ein Deal in einem beschissenem Spiel

Das Gericht hat an einer Aufklärung dieser Fragen bislang kein Interesse gezeigt. Vollmundig erklärte es zwar zu Beginn der Hauptverhandlung, es wolle die Hintergründe klären, wie die Kronzeugenaussage von Mousli zu Stande gekommen sei. Ernsthaft hat es dieses Ansinnen aber nie umgesetzt. Vielmehr gefiel es sich darin, dem Kronzeugen immer dann beizuspringen, wenn er sich zu sehr in Widersprüche verstrickte oder mangelndes Erinnerungsvermögen vorschob. Ebenso eigen hat der Senat bislang hingenommen, dass die Sitzungsvertreter der Generalbundesanwalt sich als eigentliche Herren des Verfahren aufspielen. Da wird Beweismaterial zurückgehalten, manipuliert und mit dreisten Ausreden gerechtfertigt, wobei die BAW immer damit rechnen kann, dass das Gericht den Dingen im nachhinein seinen Segen gibt.

Ein Angeklagter hat daraus nun für sich Konsequenzen gezogen: Ende Januar brach Rudolf Schindler sein Schweigen. Die Angaben Schindlers stehen in zentralen Punkten im Widerspruch zur Aussage Mouslis. Dennoch hält die Bundesanwaltschaft (BAW) ebenso wie das Gericht die Einlassung Schindlers für glaubwürdig. Angesicht der massiven Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Kronzeugen und der zu Tage getretenen Fragwürdigkeit an der Ermittlungstätigkeit des Bundeskriminalamtes (BKA), ist man anscheinend froh, dass zumindest ein Angeklagter einen Teil der Vorwürfe bestätigt. Der Senat hatte im Vorfeld signalisiert, dass er die Einlassung mit der Garantie eines möglichen Höchststrafmaßes von drei Jahren und neun Monaten, das zur Bewährung ausgesetzt werde, und der sofortigen Entlassung aus der U-Haft würdigen würde. Sabine Eckle, die sich den Ausführungen ihres Mannes anschloss, wurde ebenfalls aus der U-Haft entlassen.

Einlassungen sind immer eine zweischneidige Angelegenheit - auch in diesem Fall. Werden die Angaben Schindlers eher als Teilgeständnis wahrgenommen, die die Annahme verfestigen, an Mouslis Geschichten sei doch etwas dran? Oder bieten sie der Verteidigung eine Grundlage, von der aus ein neuer Anlauf gestartet werden kann, die Lügen Mouslis auch für das Gericht unwiderruflich nachzuweisen? Die Voraussetzungen dafür haben sich nach der Einlassung Schindlers dabei wohl eher verbessert, als verschlechtert. Gleichwohl sollte man nicht zu viel erhoffen. Das Gericht und die BAW wollen das Verfahren unbedingt mit einer Verurteilung abschließen. Dieser absolute Verurteilungswille zeigt sich u.a. in der Art und Weise, wie sich das Gericht in der Haftfrage verhält. Schindler und Eckle wurden erst nach ihrer Einlassungen haftverschont, bei Matthias Borgmann kam es erst nach einem Unglücksfalls in der Familie zu einer Haftentlassung. Dass die Inhaftierung der Angeklagten reine Willkür ist, hätte das Gericht nicht besser zeigen können.

mb., Berlin

19. Kanada weiß zu unterscheiden. Rechtsanwalt Martin Rubbert zum Auslieferungsverfahren gegen Lothar E.

Autor: Interview: Volker Eick · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:17

Herr Rubbert, Sie vertreten seit Dezember 1999 Lothar E., der im Zusammenhang mit dem Berliner RZ-Verfahren mit einem Auslieferungsbegehren der deutschen Strafverfolgungsbehörden konfrontiert ist. Wie ist der aktuelle Stand?

Martin Rubbert: Zur Zeit läuft die Berufung meines Mandanten gegen die Auslieferungsentscheidung des erstinstanzlichen Gerichts. Gleichzeitig wird das Auslieferungsersuchen im kanadischen Justizministerium geprüft. Sollte dieses das Auslieferungsersuchen akzeptieren, könnte darüber auch vor dem Berufungsgericht verhandelt werden. Ein Verhandlungstermin in der Berufungsinstanz soll daher erst nach einer Entscheidung des Justizministeriums anberaumt werden.

Mit einem Termin ist wohl nicht vor Juni 2002 zu rechnen. Das Gericht ist damit dem Antrag des kanadischen Verteidigers gefolgt, der prozessökonomische Gründe geltend gemacht hat, um zu vermeiden, dass sonst eventuell die Sache meines Mandanten vor dem gleichen Gericht hätte zweimal verhandelt werden müssen.

Glauben Sie, dass der 11. September Einfluss auf die Situation Ihres Mandanten hat?

Ich denke, dass die kanadische Justiz sehr wohl zu unterscheiden weiß zwischen der Qualität der Ereignisse vom 11.9. und der Qualität der meinem Mandanten gemachten Vorwürfe. Wenige Wochen nach dem 11.9. wurde seine Haftverschonung erneut bestätigt, so dass sich auch hier die richtigerweise vorgenommene Differenzierung zeigt.

Ein etwaiges Verfahren gegen Ihren Mandanten kann ja nicht mehr mit dem derzeit in Berlin laufenden verbunden werden. Er wird möglicherweise allein angeklagt. Halten Sie es für möglich, dass wir mit zwei parallelen Verfahren in der selben Sache konfrontiert werden könnten?

Das kann ich mir kaum vorstellen. Ich gehe davon aus, dass mein Mandant, gegen den ja noch nicht einmal Anklage erhoben worden ist, den Ausgang des aktuell laufenden Verfahrens abwarten müsste.

Müsste dann nicht bereits aus diesem Grund eine Abschiebung in die Bundesrepublik als "unbillige Härte" gelten? Denn Ihr Mandant hätte ja mit sofortiger Inhaftierung zu rechnen, müsste also warten, bis das Berliner Verfahren abgeschlossen ist. In Kanada hingegen kann er sich unter Meldeauflagen relativ frei bewegen.

Die Frage der Verhältnismäßigkeit einer Inhaftierung meines Mandanten würde sich dann sicher stellen. Ebenso die Frage, ob das Verfahren mit der gebotenen Beschleunigung durchgeführt wird. Diese Gesichtspunkte spielen aber nach meiner Kenntnis im kanadischen Auslieferungsrecht keine Rolle.

Sollten Sie auch in der zweiten Instanz unterliegen: Wird dann die kanadische Justizministerin, Anne McLellan, abschließend entscheiden?

Das letzte Wort in diesem Verfahren dürfte das kanadische Verfassungsgericht haben. Zumindest wird das im Fall eines Unterliegens in der zweiten Instanz eine ernsthafte Option sein. Das kanadische Auslieferungsrecht hat sich in den letzten Jahren stark verändert; verfassungsrechtliche Aspekte wurden daher von dem kanadischen Kollegen bereits von Anfang an im Auslieferungsverfahren problematisiert. Eine endgültige Klärung könnte beim Verfassungsgericht erreicht werden. Insofern ist es kaum möglich, über die Verfahrensdauer zu spekulieren.

Interview: Volker Eick

20. Ein Vorgehen mit Methode. Interview mit Rechtsanwältin Edith Lunnebach

Autor: Interview: m.b., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:21

Frau Lunnebach, Sie vertreten im Berliner RZ-Prozess Matthias Borgmann. An welchem Punkt sind wir in diesem Verfahren angelangt?

Edith Lunnebach: Inhaltlich ist das Verfahren sicher an einem interessanten Punkt angelangt, da es darum geht, die Angaben des Kronzeugen anhand von Nachfragen der Verteidigung bzw. der Präsentation von eigenen Beweismitteln zu überprüfen. Allerdings hätte man bei zügiger Prozessführung schon wenige Wochen nach Prozessbeginn im März 2001 an diesem Punkt sein können.

Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Tatsache der Aktenmanipulation und das Zurückhalten von Beweismitteln seitens der Bundesanwaltschaft (BAW) und die Reaktionen des Gerichts darauf?

Es hat in gewisser Weise Methode, dass es in diesem Prozess immer wieder zu Verzögerungen kommt. Statt von Anfang an vollständige Informationen über das Zustandekommen der Kronzeugenaussage zu liefern, haben schon die Ermittlungsbehörden immer wieder nur Häppchen serviert, die auch jetzt noch erst auf Grund von Anträgen der Verteidigung langsam vervollständigt werden. Das zieht sich bis in das gerichtliche Verfahren hinein, wobei zuletzt drei Monate lang die Befragung des Kronzeugen ausgesetzt wurde, weil die Verteidigung umfangreiches weiteres Aktenmaterial durchzuarbeiten hatte. Diese immer wieder auftretenden Verzögerungen haben Methode, weil seitens der Ermittlungsbehörden, und, so wie es im Moment aussieht, auch seitens des Gerichts der Kronzeuge mit seinen Aussagen behandelt wird wie eine historische Tatsache.

Es besteht wenig Bereitschaft, tatsächlich diesen Aussagen von Anfang an kritisch zu begegnen und insbesondere die Interessensgeleitetheit ihres Zustandekommens als grundsätzliches Manko ihrer Glaubwürdigkeit anzusehen. In aller Regel ist der Kronzeuge, wie auch hier, ja zuvor schon von einem Gericht auf Grund seiner Aussagen verurteilt worden, was die Bereitschaft zur Kritik minimiert. Dieses strukturelle Problem eines alleine auf Grund von Kronzeugenaussagen geführten Prozesses ist generell zu erkennen.

In politischen Verfahren wie hier steht dem Interesse einer tatsächlichen Aufklärung der unbedingte Wille der Ermittlungsbehörden, lange vergangene politische Zusammenhänge aufzudecken und hierbei weniger Wert auf täterbezogene Aufklärung zu legen, zusätzlich entgegen.

Das Gericht hat bislang keine Anstalten gemacht, den Widersprüchen, die während der Beweisaufnahme thematisiert wurden, nachzugehen. Steht das Urteil also schon fest?

Das Berliner Kammergericht hat bei der bisherigen Befragung erkennen lassen, dass es bereit ist, über einen Großteil der Widersprüche in den Aussagen des Kronzeugen hinwegzusehen und den Kern der Aussagen des Kronzeugen, auf den die Anklagevorwürfe gestützt werden, zu glauben. Dies muss misstrauisch stimmen, da die Angaben des Kronzeugen zum einen vielfältig verändert und modifiziert wurden und es zum anderen Aussagen vom Hörensagen sind, für die jegliche objektiven Belege fehlen. Dies zeigt sich auch in der Behandlung der geständigen Einlassung des Mitangeklagten Schindler durch das Gericht.

Welche Bedeutung hat die Einlassung von Rudolf Schindler für Ihren Mandaten und den weiteren Verlauf des Prozesses?

Das Gericht ist bereit, dem Mitangeklagten Schindler das zu glauben, was die Anklagevorwürfe gegen ihn stützt und damit ein Teilgeständnis darstellt, nicht aber das zu glauben, was den Aussagen des Kronzeugen zentral widerspricht.

Dies macht insbesondere die Verteidigung des Angeklagten Borgmann misstrauisch, da gerade die Aussage, die der Kronzeuge nachgeschoben hat, um seine Belastung gegenüber Matthias Borgmann glaubwürdig zu machen, nämlich die Begegnung mit ihm als angeblichem RZ-Mitglied während eines Waldspaziergangs, nach Angaben des Mitangeklagten falsch ist. Es wird gerade in den nächsten Wochen darum gehen, durch entsprechende Nachfragen der Verteidigung und eigene Anträge die Unglaubwürdigkeit des

Aussagekonstrukts auch für das Gericht unwiderlegbar zu machen. Dies muss die zentrale Aufgabe für den weiteren Prozessverlauf sein, da ansonsten eine Verurteilung der Angeklagten zementiert erscheint.

Rudolf Schindler und Sabine Eckle wurde nach der Einlassung aus der U-Haft entlassen. Ihr Mandant ist mittlerweile ebenfalls gegen eine horrende Kaution wegen eines Unglücksfalls in der Familie haftverschont. Sind das nicht untrügliche Beweise dafür, dass es eigentlich bei allen Angeklagten keine stichhaltigen Gründe für die U-Haft gab bzw. gibt?

In der Haftfrage ist das Verhalten von Gericht und Bundesanwaltschaft besonders kritikwürdig. Dass eine Haftentlassung, wie bei den Mitangeklagten Herrn Schindler und Frau Eckle geschehen, erst dann in Betracht kommt, wenn geständige Einlassungen gegeben werden, spricht gegen die Souveränität des Gerichts. Geständige Einlassungen dürfen nicht durch Haft erzwungen werden. Zwei Jahre Untersuchungshaft sind bei den Tatvorwürfen, die so weit zurückliegen, und bei den Kritikpunkten an der Beweisführung zu viel.

Interview: mb., Berlin

21. Lügen haben kurze Beine. Rudolf Schindler entwirft eine Gegengeschichte zum Kronzeugen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:20

Seit dem 18. Januar existiert neben der Version des Kronzeugen Tarek Mousli eine zweite über die "Revolutionären Zellen" (RZ) der 80er-Jahre in Berlin, nachdem sich Rudolf Schindler für eine Einlassung entschieden hat. Er sei zu der Überzeugung gekommen, "dass ich nur so aufzeigen kann, wo und in welchem Umfang die Aussagen von Tarek Mousli falsch sind". (1) In seiner Erklärung äußerte sich Schindler ausschließlich zu seiner Person und "mit ihrem Einverständnis" zu seiner Frau Sabine Eckle. Und er stellte klar, dass diese Beschränkung "in keinem Fall eine direkte oder indirekte Bestätigung der Behauptungen von Tarek Mousli über andere Personen" bedeute.

In seiner Einlassung bekannte sich Schindler als RZ-Militanter und räumte seine Beteiligung an den Knieschussattentaten auf Harald Hollenberg und Günter Korbmacher sowie am Sprengstoffanschlag auf die "Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber" (ZSA) ein. Dabei distanzierte er sich nicht von den politischen Motiven der Aktionen, sondern schilderte jeweils den politischen Hintergrund der Tat. An vielen Punkten bietet seine Einlassung eine plausible Erklärung für die vielen Widersprüche, die in der Aussage Mouslis zu Tage getreten sind. Das Kronzeugen-Konstrukt droht nun in sich zusammenzufallen.

So erklärte Schindler zum Anschlag 1986 auf den damaligen Chef der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg, er habe ihn in Schach gehalten, während seine Begleiterin auf die Beine von Hollenberg schoss. Diese Frau sei nicht Sabine Eckle gewesen, so Schindler. Laut Mouslis Version vom "Hörensagen" soll das Ehepaar die Aktion ausgeführt haben, wobei Schindler der Schütze gewesen sei. Hollenberg selbst hatte allerdings immer angegeben, eine Frau habe auf ihn geschossen. Ebenso war es in Veröffentlichungen der RZ dargestellt worden. Zudem passte die Täterbeschreibung diverser Zeugen nicht auf die schmächtige Sabine Eckle. Insofern überrascht es nicht, dass im Zuge der damaligen Ermittlungen bei einer Fotoidentifizierung eine andere Person als Täterin ausgemacht wurde. Die Anklagevertreter hatten trotz dieser längst bekannten Widersprüche allerdings kein Problem, Sabine Eckle wegen dieser Aktion anzuklagen.

Hollenberg: Tarek Mousli war begeistert

Entschieden widersprach Schindler der Darstellung Mouslis zu seiner Rolle in den RZ: "Ich war kein Gründungsmitglied der RZ und habe dies Tarek Mousli gegenüber niemals behauptet." Gleichzeitig betonte er: "Ich weiß bis heute nicht, wer die RZ gründete, denn die RZ war keine Schwatzbude, sondern, wie Bundesanwalt Griesbaum hier in der Hauptverhandlung richtig feststellte, ‚eine hochklandestine Vereinigung mit einem ausgefeilten Sicherheitskonzept`, in der über biografische Daten, Tatbeteiligung und Tatausführung striktes Stillschweigen gewahrt wurde. Deshalb wussten RZ-Mitglieder selbst nach längerer Zugehörigkeit nichts voneinander, was über ihre unmittelbare Zusammenarbeit hinausging."

Was Schindler über die RZ-Struktur berichtete, deckt sich dann ebenso wenig mit den Behauptungen des Kronzeugen wie seine Darstellung der Rolle Mouslis in den RZ: "Die Angaben Tarek Mouslis zur Zusammensetzung der Gruppen und dem Modus ihrer Zusammenarbeit sind komplett falsch. Während die Absicht hinter den meisten seiner Lügen entschlüsselbar bleibt, ist mir ein Rätsel, warum er Leute als Mitglieder angibt, die keine waren, und andere dafür rauslässt." Mousli sei - entgegen seiner eigenen Version - beim Sprengstoffanschlag auf die ZSA im Februar 1987 der Haupttäter gewesen: "Die ZSA war von Anfang an Tarek Mouslis Projekt." Vehement widersprach er zudem der Selbstdarstellung Mouslis als angeblich unscheinbarem Mitläufer: "Tarek Mousli war alles andere als ‚schwach` oder ‚weich`, weder in seinen politischen Ansichten noch in seiner Praxis." Kenner der Westberliner autonomen Szene können dies bestätigen. Zwar hat Mousli dies in der Hauptverhandlung bestritten, aber noch Anfang der 90er-Jahre hat der kampfsporterprobte Kronzeuge an vorderster Front bei militanten Aktionen gegen Faschisten mitgewirkt.

An einem zentralen Punkt bestätigte Schindler die Angaben Mouslis. Er bekannte sich dazu, dem Asylrichter am Bundesverwaltungsgericht, Günter Korbmacher, in den Unterschenkel geschossen zu haben. Allerdings korrigierte er die Version des Kronzeugen auch hier an einem entscheidenden Punkt. Mousli will während des Anschlags in Kreuzberg den Polizeifunk abgehört haben. Laut Schindler habe er jedoch das Motorrad

gesteuert, mit dem der Anschlag durchgeführt worden war. "Tarek Mousli war ... alles andere als ein Bedenkenträger. Das ist seine heutige opportunistische Verkleidung gegenüber den Strafverfolgungsbehörden. Im Gegenteil. Er war Feuer und Flamme für diese Aktion." Bereits während der Hauptverhandlung waren Zweifel an Mouslis Aussage aufgekommen. So beharrte der Kronzeuge darauf, das Tatfahrzeug in den Wochen vor dem Anschlag mehrere Male Probe gefahren zu haben. Dabei habe er die Motorradmontur getragen, die beim Anschlag benutzt worden sei und die später im Fluchtfahrzeug gefunden worden war. Zeugen wollen allerdings das Motorrad, das in NRW gestohlen wurde, zwei Tage vor dem Anschlag am Grenzübergang Dreilinden gesehen haben. Warum hält Mousli unter diesen Umständen weiterhin an seiner Aussage fest? Wohl doch nur deshalb, um eine Erklärung parat zu haben, falls doch irgendwann die Ergebnisse der kriminaltechnischen Untersuchung der Motorradkleidung in das Verfahren eingeführt werden.

Doch das ist nicht die einzige Ungereimtheit, die bei der Aussage des Kronzeugen zum Korbmacher-Attentat auftauchte. In der Regel sind die Aussagen des Kronzeugen, wenn sie auf Hörensagen beruhen, schwammig und wenig präzise. Im Gegensatz dazu hat er den Anschlag auf Korbmacher sehr detailliert beschrieben - nur an einem Punkt ließ ihn sein Gedächtnis im Stich: partout wollte ihm nicht einfallen, wer das Motorrad gefahren hat. Dafür konnte seine ehemalige Lebensgefährtin Karmen T. den Tathergang gegenüber den Ermittlungsbehörden sehr genau beschreiben. Ihre Angaben erschienen Ende 1999 dem Bundeskriminalamt (BKA) und der Bundesanwaltschaft (BAW) so glaubwürdig, dass ihr die Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm des BKA angeboten und der Haftbefehl gegen Mousli auf "Rädelsführerschaft" ausgeweitet wurde. Ihr Wissen über die Tat stammt von Mousli selbst, der ihr von dem Anschlag erzählt hat und sich ihr gegenüber als Schütze ausgegeben hatte. Ob sich Karmen T. an diesem Punkt irrt oder ob Mousli sich wichtig machen wollte, kann nicht geklärt werden und ist zudem auch irrelevant.

Deutlich an diesem Beispiel wird jedoch, dass die Aussagen Mouslis dem typischen System von Kronzeugenaussagen folgen: Es werden gering belastende Verwicklungen in die Tat gestanden, um so die eigene Beteiligung klein zu reden. Aussagen von Kronzeugen sind eben, was ihre Glaubwürdigkeit anbelangt, in Relation zu setzen zu den Vergünstigungen, die sie von staatlicher Seite erhalten. Wo die Beschuldigung anderer um des eigenen persönlichen Vorteils willen gefordert wird, sind falsche Bezichtigungen geradezu vorprogrammiert. Oder wie es Rolf Gössner ausdrückt: "Der Warencharakter solcher Aussagen liegt in der Natur der Kronzeugenschaft". (vgl. ak 433)

mb., Berlin

Anmerkung:

1) Die Erklärung ist dokumentiert unter www.freilassung.de. Alle kursiv gesetzten Zitate sind der Einlassung entnommen.

22. Auf Sand gebaut. Matthias Borgmann über Gottesurteile und diverse Kuriosa im RZ-Verfahren

Autor: Matthias Borgmann · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:15

Als Angeklagter etwas über das eigene laufende Verfahren zu schreiben, ist keine einfache Sache. Es ist fast so, als ob ein Schiffbrüchiger, der von den Wellen hin und her geworfen wird, eine Analyse des Meeres abgeben soll. Kurz gesagt: Es mangelt an Boden unter den Füssen und an Überblick.

Nach 54 Prozesstagen (die ersten kümmerlichen Versuche mal großzügig nicht mitgerechnet) ist der Weg durch die Katakomben des Moabiter Gerichtsgebäudes und die schmale Treppe hinauf zum Saal 500 fast schon Routine. Wobei ich mich noch sehr genau an das verkrampfte Gefühl im Magen erinnere, als ich diesen Weg das erste Mal gehen musste: Zum ersten Mal war ich mit einer vollbesetzten Pressebank konfrontiert, den neugierigen Blicken auch eines Teils der ZuschauerInnen ausgesetzt, kaum fähig, vertraute Gesichter zu identifizieren und ein aufmunterndes Lächeln zu deuten. Inzwischen ist diese Befangenheit verflogen, freue ich mich auf ein Zuwinken.

Ähnlich zurückhaltend verlief der erste Sichtkontakt mit dem Gericht. Funktionsträger von feindseligen Beschlüssen bekamen Alter, Aussehen, Gesicht. Die Gerichtsvorsitzende hatte entschieden, dass uns die Käfighaltung erspart bleiben würde - sicherlich als Beitrag gedacht, dem Verhandlungsablauf keine weitere und zusätzliche Schärfe zu geben. Leider ließ sie sich nur minimal dazu bewegen, die schikanösen ZuschauerInnenkontrollen sein zu lassen. Da herrscht ungebrochen das Procedere der Terroristenprozesse der 70er-Jahre, dem sich im Tonfall auch die Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft erwartungsgemäß anpassen.

Gerichtsmotto: Abnicken und Durchwinken

So viel zu den Äußerlichkeiten. In der eigentlichen Verhandlungsführung, einer nachvollziehbaren, systematischen Gestaltung der Beweisaufnahme - da war für mich keinerlei Souveränität des Gerichts mehr erkennbar. Eine erbärmliche Fragetechnik, deren Repertoire sich erschöpfte in "Erzählen Sie mal" und "Wie ging es dann weiter", ist die Basis einer Hauptverhandlung, die offensichtlich als Abnick- und Durchwinkveranstaltung der Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden konzipiert ist. Als Beleg mag der Hinweis der Vorsitzenden in der Hauptverhandlung am 24. August 2001 genügen. Frau Hennig greift zu Gunsten von Mousli in die insistierenden Nachfragen der Verteidiger nach dem Fahrer des Attentatsmotorrades ein: "Das hat er doch in der Vernehmung schon gesagt. Der Zeuge kann sich nicht daran erinnern." Was mich zu der Frage bringt, wenn Mousli ein so fürsorgliches Gericht auf seiner Seite weiß, wozu braucht er dann noch einen Zeugenbeistand?

Flankiert wird die Vorsitzende dabei von einem Berichterstatter, der seine halbwegs vorhandenen Aktenkenntnisse dazu nutzt, sich die für die Anklage und damit dann für das spätere Urteil passenden Punkte aus den Vernehmungen von den Zeugen per Vorhalt bestätigen zu lassen. So kann man dann aus Zeugen, die sich kaum noch erinnern, überhaupt am Tatort gewesen zu sein, doch noch Brauchbares herauslocken.

Dieses an sich wohldurchdachte und dankbare Schema würde auch wunderbar funktionieren, gäbe es da nicht das BKA und speziell das Ermittlerduo Schulzke/Trede. Die beiden Herren, so muss man annehmen, waren die Architekten der Ermittlungsakten. Und als solche haben sie, so sieht es heute aus, auf Sand gebaut. Oder um es mit einem Zitat aus einem Krimi von Mankell zu illustrieren: "Aber das Gespräch ... hatte ihn in seiner Auffassung bestärkt, dass die Ermittlung schlampig durchgeführt worden war. So schlampig, dass sie den Eindruck erwecken konnten, manipuliert worden zu sein. Aber was sollte dadurch verborgen werden?" (Hunde von Riga, S. 175)

Diese Schlampigkeit zieht sich als roter Faden durch die gesamten Akten und nährt den Manipulationsverdacht. Es ist gepfuscht worden im Großen wie im Kleinen. Einige der zentralen Punkte sind hinlänglich öffentlich erörtert: Sie ranken sich um das Mysterium von Sprengstoff im Seegraben. Sein wunderbares Auftauchen. Seiner trotz angeblich jahrelangem Wasserausgesetztsein stofflichen Zusammensetzung. Oder die Mär vom nicht beachteten Fax im Bundeskriminalamt. Die allerdings durch die

Vorfälle um die VS-Spitzel und die Behandlung von Anfragen im Bundesinnenministerium eine aktuelle Wahrscheinlichkeit zurückgewonnen hat. Aber es fehlt immer noch eine Erklärung, welchen Computer das BKA im Einsatz hat, der mit einem schlichten Suchkriterium ausgestattet (Gelamon 40 + RZ) dann jahrelang verschüttete Vorgänge hervorzaubert. Und da niemand diese Daten eingegeben haben will, muss er verstaubte Ordner gewälzt und Schreibtischschubladen durchstöbert haben. Und die dem BKA "entfallenen" Hunderte von Kassetten mit überwachten Mousli-und-Co-Telefonaten. Die nicht auffindbaren Observationsberichte. Die diesbezüglichen Überwachungslücken (telefonisch und persönlich) ausgerechnet zum Zeitpunkt seiner Haftentlassung. Das alles und noch viel mehr stinkt zum Himmel. Und geht weit über das hinaus, was man im Sinne einer schlichten Präparierung eines gekauften Zeugen hinzunehmen bereit ist.

Dementsprechend auch jämmerlich der Auftritt der beiden Matadore. Schulzke, inzwischen vorzeitig pensioniert, mimt den Trottel. Trede, auch nicht gerade als Beförderung zum Personenschützer nach Bogotá abkommandiert, gibt den Schweiger: Jeder Satz mit Erinnerungsvorbehalt und auch erst nach minutenlangen Bedenken. Und dennoch werden beide bei glatten Lügen ertappt, muss sich Trede wohl auch auf ein Meineidverfahren einstellen. Was also muss im Hintergrund dieser Ermittlungen vorhanden sein, dass ein Beamter mit seiner Aussage lieber einen Meineid riskiert, als die Wahrheit zu sagen?

Lösung: Gottesurteil?

So steht das Gericht vor einer in seiner Substanz zusammengebrochenen Anklage. Irgendetwas, was man gemeinhin als Beweisführung bezeichnen könnte, scheint nicht mehr möglich. Und so verlegt es sich auf einen Glaubenskrieg. Das Glaubensbekenntnis zu Mousli (was viel kostet, muss auch viel wert sein) soll hinreichend sein, diesen Schauprozess mit einer Verurteilung abzuschließen. Und da sich ein anständiger Schauprozess nur mit geständigen Angeklagten gut ansieht, wird erpresst und gefeilscht, Knast oder Geständnis. Zu allem Unglück passen die geständigen Aussagen von Rudolf Schindler und Sabine Eckle nicht zur Variante von Mousli. Sie lesen sich vielmehr wie das genaue Gegenteil und somit können schlecht alle drei die Wahrheit gesagt haben. Das Gericht neigt dazu, an seinem ursprünglichen Credo festzuhalten. Ich rege in dieser Situation an, einem bewährten Brauch aus Inquisitionsprozessen aufzugreifen: ein Gottesurteil. Ich schlage vor, Mousli in einen Sack zu nähen und im Seegraben genau dort zu versenken, wo er anno 1995 den Sprengstoff weggeschmissen haben will (der dann hundert Meter entgegen der Fließrichtung "gefunden" wurde). Wenn ihn ein gütiges Schicksal an die Oberfläche treibt, will ich mich widerstandslos in Tegel einsargen lassen. Aber nur dann.

Die fachlich und sachlich kompetentere Darstellung dieses Prozesses lege ich vertrauensvoll in die Hände meiner Verteidigerin (vgl. nebenstehendes Interview). Und will lieber noch ein paar Worte zum Geplänkel im Vorfeld sagen. Stichwort: Stellungnahme einiger Autonomer in der interim von Anfang des vergangenen Jahres. Tenor: Der Prozess ist politisch und juristisch schon verloren, bevor er überhaupt begonnen hat. Ich weiß gar nicht, ob die Trennung in politisch und juristisch überhaupt p.c. ist. Aber sie ist ganz praktisch, weil sie auch mich vor dem Problem schützt, auf der einen Seite einen Rechtsstaat zum Gegenstand meines Widerwillens zu machen und auf der anderen über die offensichtlichen Mängel rechtsstaatlichen Handelns und die Nichteinhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze zu lamentieren.

Kritik, die so nichts nutzt

Wenn behauptet wird, ein Prozess sei politisch verloren, müsste dazu eine Vorstellung existieren, worin und wie ein Gewinn ausgesehen hätte. Die Frage wäre leicht zu beantworten, wenn es die RZ noch gäbe. Dann hätte vielleicht durch den Bekennermut Einzelner die Organisation profitieren können. So eine Art bescheidenes Märtyrertum wäre dann zumindest möglich gewesen (ob sinnvoll und persönlich wünschenswert, muss an dieser Stelle nicht diskutiert werden). Nun ist aber allgemein bekannt, dass sich die RZ schon vor annährend zehn Jahren aufgelöst haben. Und wenn man den damals veröffentlichten Erklärungen glauben darf, dann hatten sie offensichtlich ihre massivsten Kritiker in den eigenen Reihen organisiert. Warum und weshalb sie außer der einen oder anderen widersprüchlichen Auflösungserklärung nur eine Fülle von Erklärungen zu einer ebensolchen Fülle von Anschlägen hinterlassen haben, die einem eventuell zu eigenem Denken und Tun anhalten könnten, bleibt ihr Geheimnis. Vielleicht wollten sie den ihnen angedichteten Mythos nicht nachträglich zerstören.

Politischer Gewinn ließe sich ebenfalls aus der Fragestellung erzielen, warum und gegen wen dieses Verfahren jetzt losgetreten wird? Ist es so eine Art Begleichung offener Rechnungen? Fürchtet die Bundesanwaltschaft sich wirklich so sehr vor dem revolutionären Berlin, dass sie ein abschreckendes Exempel statuieren will? Soll ein Gedankengut, für das die RZ einmal gestanden haben (Flüchtlingspolitik, Gentechnik) tatsächlich erst durch einen Prozess wiederbelebt und dann umso erbarmungsloser bekämpft werden? Ist es einfach nur ein saublöder Zufall? Ich denke, ich habe sehr klar gemacht, dass ich an diesem Punkt keine schlaue Frage weiß und erst recht keine Antwort. Für mich wäre es wirklich hilfreich gewesen, der erhobene Vorwurf wäre präzisiert worden wäre.

Lügner und Verräter in Personalunion

Juristisch war dieses Verfahren mit Sicherheit im Vorfeld nicht verloren. Eine solche Behauptung ist zumindest dann unsinnig, wenn damit nicht gemeint sein sollte, dass es eine massive Vorverurteilung gibt. Die gehört zu politischen Prozessen wie das Amen in der Kirche (und nicht nur zu denen). Ich nehme an, hinter diesem Vorwurf verbirgt sich der Streit um die Offenlegung der Ermittlungsakten. Ich kann diesen Wunsch verstehen, aber auch nur so weit, wie ich menschliche Neugier verstehe. Jedenfalls kann ich mich nicht erinnern, dass eine solche Forderung in RAF-Verfahren jemals erhoben, geschweige denn praktiziert wurde. Szeneklatsch und -tratsch zu befriedigen, scheint mir kein vorrangiges Ziel. Es gab meiner Meinung nach im bisherigen Verfahrensverlauf auch einige taktische juristische Fehler, aber die entziehen sich einer öffentlichen Erörterung. Jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt. Ein juristischer Sieg im Vorverfahren hätte in seiner Einstellung bestanden. Diese war nicht zu erreichen. Das juristische Interesse der Gegenseite am Durchexerzieren eines gelungenen Kronzeugeneinsatzes ist dazu zu hoch. Denn ob Tarek Mousli tatsächlich der letzte einschlägige Zeuge ist, beweist sich in diesem Verfahren. Wenn dies als einziges Beweismittel erfolgreich ist, wird es Schule machen. Erst dann ist dieses Verfahren juristisch verloren. Und darum macht auch eine gewisse Halsstarrigkeit im Ablegen von Geständnisses einen Sinn, nicht wegen des Quatsch' vom schweigsamen Revolutionär. Juristisch geht es darum, den geschmeidigen Professionellen als Beweismittel zu verhindern.

Zum Schluss möchte ich noch einen kleinen Exkurs zum Verratsthema beisteuern. Die Szene hat ja, begierig aufgegriffen von der Bundesanwaltschaft, die Frage diskutiert, ob der Begriff "Verrat" etwas mit dem Wahrheitsgehalt der Beschuldigungen zu tun hat. Ob Denunziant oder schlicht Lügner nicht passendere Begriffe für Mousli wären? Für mich gibt es das klassische Beispiel für Verrat in der Bibel. Es ist Judas, der Verräter. Aber wofür hat er seine 30 Silberlinge bekommen? Wenn meine Bibelfestigkeit reicht, war es für die gerichtliche Falschaussage, Jesus habe sich als König der Juden ausgegeben (ein klassischer Fall von Hochverrat nach römischem Recht). Und demnach war Judas Verräter und Lügner in Personalunion - wie Tarek Mousli auch.

Um auf mein Eingangsbild zurückzukommen: Der Schiffbrüchige klammert sich an eine Planke. Darauf kann man den Schiffsnamen "Hope" entziffern. Auch wenn kein Land in Sicht ist, zeichnet sich am Horizont Rauch ab. Und er summt ein paar Liedzeilen von Tom Waits:

"When there's nothing left to keep you here, when

you're falling behind in this big blue world

You got to hold on.

Take my hand, I'm standing right there.

And just HOLD ON."

Matthias Borgmann ist einer der fünf Angeklagten im Berliner RZ-Prozess. Alle Überschriften sind von der ak-Redaktion.

23. Parallelwelten. Erkenntnisse im Lichte des Schmücker-Verfahrens

Autor: Albrecht Maurer · Rubrik: Geheimdienste; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:37

Nach 591 Verhandlungstagen in 16 Jahren, vier Verfahrensdurchgängen und Kosten von mindestens fünf Millionen Euro ging im Januar 1991 der längste und skandalträchtigste Prozess der deutschen Justizgeschichte zu Ende. Das Schmücker-Verfahren war ein Prozess der Superlative und gehört zu den dunkelsten Kapiteln des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), ja des Verfassungschutzes (VS) überhaupt. Er ist der Prototyp eines geheimdienstlich angelegten Verfahrens.

Im Juni 1974 wird Ulrich Schmücker in Berlin erschossen. Kurz zuvor war der Student als VS-Spitzel enttarnt worden, der als Lockvogel in der linken Szene, speziell gegen die damalige "Bewegung 2. Juni" eingesetzt ist. Zur Hinrichtung Schmückers bekennt sich ein "Kommando Schwarzer Juni" der "Bewegung 2. Juni". Sechs Verdächtige werden festgenommen. Einer, der Kronzeuge Jürgen Bodeux, legt ein Geständnis ab. Der erste Prozess endet mit "Lebenslang" für die Hauptangeklagte Ilse Schwipper. Danach folgen Revision, Prozess, Revision ... Seit 1975 wurde vor vier verschiedenen Strafkammern des Berliner Landgerichts und in unzähligen Verfahren durch sämtliche verwaltungsgerichtliche Instanzen in dieser Sache gerungen. Sechzehn Jahre später wird das eigentliche Verfahren eingestellt. Der Mord ist nicht aufzuklären. Nebenverfahren um Spitzelpensionen bzw. deren Rückzahlung und andere Verfahren laufen noch jahrelang weiter.

Auch nach Abzug der Westberliner Besonderheiten - wie etwa der speziellen Rolle des LfV, und der Alliierten, die bis 1990 zum Teil hoheitliche Rechte innehatten, oder dem damaligen speziellen Berliner Filz aus Polizei, Diensten, Justiz und Politik - ist das Schmücker-Verfahren eine Paradebeispiel für einen politischen Prozess und die Rolle, die Justiz, Ermittlungsbehörden und Geheimdienste dabei spielen. Neben anderen Berliner Ereignissen in diesem Bereich war es der Schmücker-Prozess, der die heutige Landwirtschaftsministerin Renate Künast veranlasste, folgenden Lehrsatz zu verkünden: "Die besten Beweise, dass Verfassungsschutz und Demokratie nicht zusammengehören, liefert immer noch der Verfassungsschutz" (taz, 14.9.98)

Vor allem der Kanthersche Umbau der Strafprozessordnung und Polizeigesetze Mitte der 90er-Jahre, die Sicherheitspakete, die im Zuge des 11. September durchgepeitscht wurden, und das NPD-Verbotsverfahren zeigen allerdings, dass der Zeitgeist von dieser Weisheit nichts übrig gelassen hat. Dabei müsste aus heutiger Sicht der Künastsche Unvereinbarkeitsbeschluss nicht kassiert, sondern ausgeweitet werden; ausgeweitet auf die geheimen Bereiche der Polizei, auf die Bereiche, in denen die Verdachtsgewinnung und -verdichtung weit ins Vorfeld konkreter Straftaten verschoben worden ist (Stichwort § 129a), auf die Legalisierung von Kronzeugen.

Ein Rückblick auf das Schmücker-Verfahren zeigt nämlich vor allem: Vieles, was damals noch skandalisierbar war, ist heute "veralltäglicht" und "normalisiert", in Gesetze gefasst, bei Polizei und Diensten konzeptionell und strukturell abgesichert. Damals gelang es noch durch härteste Verteidigungsarbeit, die bis an die materielle und berufliche Existenz einzelner VerteidigerInnen ging (1), diese Vorgänge öffentlichkeitswirksam zu thematisieren. (Bedeutet das, anders herum gefragt, dass heutzutage alles streng rechtsstaatlich zugeht? Schon ein flüchtiger Blick auf das NPD-Verbotsverfahren und den Berliner RZ-Prozess verweisen diese optimistische Frage ruck, zuck ins Reich der Spekulation.)

Im Schmücker-Verfahren drehte sich alles um den Kronzeugen Bodeux und die Spitzel des Landes- bzw. Bundes-VS. Sie waren es, die in Zusammenarbeit mit ihren "V-Mann-Führern" alles Notwendige für das Verfahren lieferten: die Verdächtigen, den Tatablauf, die Zusammenhänge und Interpretationen. Am Dirigentenpult stand das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin. Im Schmücker-Verfahren war es noch ein besonderer Skandal, dass der VS mit seinen Spitzeln und ihren Führern den Informationsfluss im Verfahren dirigierte, Akten verschwinden ließ und fälschte. Heute ist das Teil eines Prozesses, den Rolf Gössner Mitte der 80er-Jahre als Schritt zur "sicherheitspolitischen Wiedervereinigung" und Ausdehnung des Geheimbereichs von Polizei und Geheimdiensten beschrieben hat. Im Verlauf dieses Prozesses wurde in Polizeigesetzen, der Strafprozessordnung und einer ganzen Reihe anderer Gesetze der achtziger und neunziger Jahre die Trennung von Polizei und Geheimdiensten der Lächerlichkeit preisgegeben. Seitdem

bilden die Polizeien ihre klandestinen Abteilungen, Sondereinsatzkommandos (SEK) und Ad-hoc-Einsatzgruppen mit eigenen V-Leuten, die auf fallbezogene Spurendokumentationssysteme und vernetzte, bundesweite Datensysteme zurückgreifen können. Die Rolle des LfV übernehmen heute polizeiliche Sonderkommissionen auf Grundlage ausufernder Datenerfassung im Vorfeld von Straftaten und mit polizeilichen V-Leuten.

Das Schmücker-Verfahren ist der Prototyp für geheimdienstlich angelegte Verfahren, bei denen den Gerichten jeweils nur das präsentiert werden soll, was den Hintermännern genehm ist: Erst fünf Jahre nach Prozessbeginn kam im Schmücker-Verfahren ans Tageslicht, dass bereits in den ersten Wochen der Ermittlungen in der dafür eingerichteten Sonderkommission ständig der VS in Gestalt des "V-Mann-Führers" Grünhagen am Tisch saß und dort nicht nur mit Informationen steuernd eingriff, sondern grundsätzlich mit Informationen geheimdienstlich, d.h. hochgradig selektiv verfuhr. Erst zehn Jahre später wurde bekannt, dass der VS über eben diesen Anti-Terrorismus-Experten Grünhagen unmittelbar nach der Tat die Tatwaffe aus dem Verkehr gezogen und versteckt hielt. Erst in diesem Zusammenhang wurde Ende der achtziger Jahre dann auch bekannt, dass der V-Mann Schmücker praktisch unter Observation stand, als er erschossen wurde. Zu diesem Zeitpunkt kam auch an die Öffentlichkeit, dass Anwälte abgehört und Spitzel in Rechtsanwaltspraxen platziert wurden.

In der Einstellungsbegründung nach 16 Jahren stellte die Richterin fest, dass die Angeklagten zu reinen Objekten staatlicher Gewalt geworden seien. Bereits 1987 hatte Rechtsanwalt Rainer Elfferding darauf hingewiesen, dass sich diese Art der Desinformation und Ermittlungstätigkeit schon angedeutet habe durch das, "was in den ersten Monaten der Ermittlungstätigkeit alles nicht ermittelt worden ist, was nicht aktenkundig gemacht worden ist und was ‚verschwunden` ist ..." (Cilip 28) Diese "nicht", das versteht sich von selbst, betraf alles, was nicht in die Richtung der damals präsentierten Verdächtigten wies.

Der VS behielt von Anfang an das Heft in der Hand. Er war verantwortlich für den Einsatz des späteren Opfers Schmücker als VS-Spitzel und Lockvogel, er leitete maßgeblich die ersten Ermittlungen an, er koordinierte den umfassenden Einsatz des Superkronzeugen Bodeux, er hielt die Tatwaffe im eigenen Aktenschrank zehn Jahre lang versteckt. Mindestens vier Spitzel des Landesamtes oder des Bundesamtes waren an maßgeblicher Stelle und zu entscheidenden Zeiten im Einsatz. Deren Wirken haben die Hintermänner immer zu verschweigen versucht ... Staatsanwaltschaft und Polizei spielten immer mit.

Diese Art, Ermittlungsrichtung und Verfahren mit Informationen und dem Verschweigen von Informationen zu steuern, schlug sich im Schmücker-Verfahren organisatorisch in einem "inneren" und einem "äußeren" Kreis der Sonderkommission nieder - eine Trennung, die - diese Vermutung legt Elfferding nahe - nötig war, weil nicht alle polizeilichen Mitglieder die geheimdienstliche Ausrichtung mitgetragen hätten. (ebda.)

Praktisch folgte aus dieser heimlichen Verfahrensführung durch den VS für die Verteidigung der Zwang, auf den verschiedensten Ebenen - der Ermittlungen, der Aktenführung, der Zeugenvernehmungen usw. - gegen den Primat des Geheimdienstes eine seriöse Ermittlungsarbeit einzufordern, juristisch einzuklagen, und das hieß meistens auch politisch durchzusetzen. Nach der endgültigen Einstellung des Schmücker-Prozesses nach 16 Jahren fasst Elfferding bezugnehmend auf die Ausführungen des Gerichts diese geheimdienstliche Prozessführung so zusammen: "Dieser Strafprozess ist von Beginn an, also bereits im Ermittlungsverfahren 1974, insbesondere von dem Berliner Landesamt für Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und der Abteilung Staatsschutz der Berliner Polizei gesteuert worden. Wie es das Gericht jetzt formuliert hat, haben praktisch zwei Prozesse parallel stattgefunden. Der eine offiziell und scheinbar nach den Regeln der Strafprozessordnung, und im Hintergrund einer, von dem keiner was wissen sollte." (ak 327)

Parallelprozesse dieser Art haben einen Anfang: geheimdienstliche Ermittlungsmethoden mit Spitzel- und Lageberichten statt Spurensuche, Einsatz von Kronzeugen statt konkrete Beweisführung, Verdachtsverdichtung im Vorfeld statt gerichtliche Wahrheitsfindung. Im derzeit laufenden Berliner RZ-Verfahren, dessen Anklage auf einem einzigen Kronzeugen basiert, äußerte Harald Glöde jüngst den Verdacht, dass die ans Tageslicht gekommene Aktenzurückhaltung und -fälschung durch das BKA v.a. zwei Ziele habe: Zum einen das Ausmaß des Drucks auf den Kronzeugen im Zuge der Ermittlungen zu verschleiern und zum anderen die Ermittlungsergebnisse unter Verschluss zu halten, die das BKA gegen den heutigen Kronzeugen gewonnen habe. (vgl. Früchte des Wahns 4)

Es liegt in der Natur dieser Schattenprozesse, dass solche Thesen nur gegen die Vorgaben von BKA und BAW entwickelt werden können. Hinweise auf solchen Druck und derartige Ermittlungsergebnisse müssen ja gefunden und bestätigt werden. Am Anfang des Schmücker-Verfahrens standen ein Kronzeuge und Aktenmanipulation oder -reduktion, Verschweigen polizeilicher Aktivitäten wie Vernehmungen, Gespräche, Protokolle, Aufbereiten der Informationen für den äußeren Kreis der Ermittler und die Gerichte. Dieses Vorgehen muss seitdem als eindeutiges Indiz für einen geheimdienstlich ausgerichteten Prozess gelten. Diese Praktiken sind auch im RZ-Verfahren zu finden. Alles deutet darauf hin, dass die Anklage nur durch anhaltende Manipulationen aufrechtzuerhalten ist.

Albrecht Maurer

Anmerkung:

1) So wurde z.B. der erste Verteidiger des Kronzeugen Bodeux, Reinhard, von seinem Mandanten auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung beschuldigt und als großer Fisch präsentiert, der in der bundesweiten Fahndungsaktion "Aktion Winterreise" Ende 1974 ins Netz gegangen sei.

"Man kann einen Menschen auch mit anderen Mitteln fertig machen als mit Konzentrationslagern, z.B. damit, dass man ihn hinter dem Stacheldraht des Verdachts verschwinden lässt."

Dr. Carlo Schmid (SPD) am 8.7.1954 im Deutschen Bundestag

24. Österreichischer Heimatschutz. Temelin -Volksbegehren lässt die Herzen der "Sudetendeutschen" höher schlagen.

Autor: Heribert Schiedel/Thomas Schmi · Rubrik: Revanchismus; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:24

Seit jeher braucht es zum nationalen Schulterschluss innere und äußere Feinde, in deren Angesicht Mob und Eliten zusammenrücken. Besondere Wirksamkeit entfalten dabei jene Feindbilder, die eine starke historische Tradition aufweisen. In Österreich waren und sind das einerseits die Juden und Jüdinnen, andererseits die vormaligen Helotenvölker der Monarchie. Insbesondere die TschechInnen, deren Beitrag zum Untergang der bis heute als "Vielvölkerstaat" verklärten Despotie nie vergessen wurde, eignen sich als Abladefläche nationalistischer Ressentiments. Aktualisiert wurde das Bild vom tschechischen Erzfeind nach der Aufnahme der rechtsradikalen FPÖ in die Regierung. Wagte es die Tschechische Republik doch, sich den "Sanktionen" der EU-Staaten gegen die FPÖ/VP-Koalition anzuschließen. Den jüngsten Schulterschluss gegen die "Feinde Österreichs" (Jörg Haider) sollten die verhassten NachbarInnen im Norden dann auch umgehend zu spüren bekommen, nämlich in Form der Drohung, deren Aufnahme in die EU zu verhindern.

Zunächst preschte die FPÖ vor: Als Grund für das Veto dienten ihr zunächst die Benes-Dekrete (1), deren anhaltende Gültigkeit mit "europäischen Menschenrechtsstandards" nicht vereinbar wäre. Tatsächlich stehen diese Verordnungen, mit welchen die Enteignung und Aussiedlung der fünften Kolonne des Pangermanismus und später des Nationalsozialismus geregelt wurde, einer Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Durchsetzung materieller und wohl bald auch territorialer Ansprüche der "Volksdeutschen" im Wege. Die FPÖ sah sich seit jeher als Anwalt der "Vertriebenen", mit denen sie den Primat des Völkischen teilt. Zudem konnten mit dem Verweis auf den "Vertreibungs-Holocaust" der tatsächliche Holocaust relativiert und die Entschädigungsforderungen der NS-Opfer abgewehrt werden.

Da sich aber der konservative Koalitionspartner vorerst dem freiheitlichen Ansinnen versperrte, den EU-Beitritt Tschechiens an die Aufhebung der Benes-Dekrete zu knüpfen, musste ein anderes Thema gesucht werden. Im grenznahen Atomkraftwerk Temelin wurde dann rasch ein vordergründig unverdächtiger und massenwirksamer Vorwand gefunden. Nun wurde der nationale Schulterschluss Wirklichkeit: Sämtliche Parteien, Medien - allen voran das Zentralorgan des österreichischen Ressentiments, die Neue Kronen Zeitung - und gesellschaftlich relevanten Gruppen (außer der Industrie) sammelten sich unter dem rot-weiß-roten Banner vermeintlicher und tatsächlicher AtomkraftgegnerInnen.

Temelin heißt Benes-Dekrete

Im mit ökologischen Argumenten medial aufbereiteten antitschechischen Klima begannen im Sommer 2000 die Grenzblockaden der zur Oberösterreichischen Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr zusammengeschlossenen BürgerInneninitiativen. Mit überparteilich ist jedoch nicht etwa gemeint, dass sich diese Plattform gegen oder unabhängig von Parteien organisieren will, sondern, dass sie eine alle Parteien umfassende - eben über den Parteien stehende - Plattform zu sein beabsichtigt. Das ganze grenznahe Volk sollte sich gemeinsam gegen die atomare Bedrohung von jenseits der Grenzen wehren. Unterstützung aller Art nimmt die Überparteiliche Plattform deshalb auch von allen Parteien an, komme sie von den Grünen, der ÖVP, der SPÖ oder eben der FPÖ.

Da sich in Österreich seit der Ablehnung des AKW-Zwentendorf in einer Volksabstimmung (1978) alle Parteien gegen Atomkraftwerke wenden, ist es auch und gerade im Falle Temelin kein Problem, eine Einheitsfront herzustellen, die eben von ganz links bis ganz rechts reicht. Die Gemeinschaft der Umweltbewegten hat auch jenseits der nationalen Aufwallung Tradition. Die bereits erwähnte Volksabstimmung über das einzige österreichische AKW wurde von einer Allianz aus völkischen HeimatschützerInnen, lebensschützerischen KatholikInnen, TrotzkistInnen, MaoistInnen, FPÖ und ÖVP gewonnen. Einzig die regierende SPÖ setzte damals auf das falsche Pferd.

Die österreichische Umweltbewegung war zwar nie durchgehend rechts, Berührungsängste mit rechten HeimatschützerInnen kannten aber nur wenige. So ist es auch kein Wunder, dass es sich Jörg Haider nicht

nehmen ließ, den blockierenden Temelin-GegnerInnen seine Solidarität durch einen medial begleiteten Besuch zu versichern. Der Freiheitliche Pressedienst meldete am 10. Oktober 2000: "Mit vereinten Kräften und im wahrsten Sinne an der Front ‚Wullowitz` zeigten sich gestern Abend bis in die späten Nachtstunden die Freiheitlichen Oberösterreichs im Kampf gegen die für Montag geplante Inbetriebnahme des AKW Temelin." Die dermaßen Beglückten wehrten sich weder gegen den Besuch Haiders noch gegen andere FPÖ-PolitikerInnen und FPÖ-Transparente vor Ort. Umgekehrt kann sich die FPÖ rühmen, bereits 1997 den EU-Beitritt Tschechiens auch von der Inbetriebnahme Temelins abhängig gemacht zu haben.

Die Kritik einiger linksradikaler Anti-Atom- und Ökogruppen an der Politik der Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr richtete sich aber nicht nur gegen den Besuch Haiders und die unkritische Annahme jeder Unterstützung, komme sie auch aus noch so rechtem Eck. Die Aktionsform der Grenzblockade an sich ist es, die PolitikerInnen wie Haider geradezu einlädt, sich daran zu beteiligen. Wenn sich Protest gegen eine Technologie, deren Folgen im Ernstfall keine Staatsgrenzen kennen, ausgerechnet in der Blockade nationalstaatlicher Grenzen äußert, zeigt dies nicht nur die Stupidität dieser Art von Protest, sondern insbesondere den positiven Bezug zu einem auf die Nation und ihre Grenzen fixierten Heimatbegriff, der sich auch in den auf den Blockaden verwendeten Transparenten äußerte. Immer wieder ging es hier um den Schutz "unserer Dörfer", "unserer Kinder", "unserer Heimat". Dass sich die blockierenden Bauern wechselseitig als "Kameraden" bezeichneten, rundet dieses Bild ab. Anstatt sich gegen eine zerstörerische Technologie an sich zu wenden, soll der eigene Heimatboden vor einer aus dem Ausland kommenden Gefahr geschützt werden. Kaum wer kommt auf die Idee, die Menschen hinter der Grenze zu fragen, was sie von Aktionsformen halten, die erstmals seit der Öffnung des eisernen Vorhangs 1989 zur Schließung der Grenzen zwischen Österreich und Tschechien führten.

Auch Oliver Korschil, Umweltreferent im Grünen Parlamentsclub, erklärte sich in einem mail an die Ökologische Linke Wien mit den Blockaden solidarisch: "Erst durch das persönliche Engagement tausender österreichischer BürgerInnen, die in einer Art ‚Notwehraktion` wochenlang die Grenzübergänge zu Tschechien blockierten, ist die Bundesregierung praktisch ‚fünf vor zwölf` aufgewacht." Welche Umkehrung der Verhältnisse: Die zunächst obrigkeitsstaatlich geduldeten, ja sogar geförderten Blockaden werden zum Akt zivilgesellschaftlichen Aufbegehrens gegen die Obrigkeit umgelogen. Dass etwa der oberösterreichische Landesschulrat im Herbst 2000 einen Tag schulfrei gab und die Kinder in Bussen zu den Blockaden karren ließ, wird da geflissentlich übersehen.

Weiter kritisierte Korschil die Bundesregierung nicht etwa für eine nationalistische Einschüchterungspolitik gegenüber Tschechien, sondern dafür, dass sie den Trumpf des EU-Vetos aus der Hand gegeben hätte. Korschil: "Schüssel hat für ein schwaches Verhandlungsergebnis auch einen guten Verhandlungstrumpf aus der Hand gegeben und die Aufhebung der Blockade des Energiekapitels in den Erweiterungsverhandlungen mit Tschechien zugesagt."

Trotz dieser inhaltlichen Übereinstimmungen von Teilen der Grünen und Ökologiebewegung mit der FPÖ-Forderung nach einem Veto gegen den EU-Beitritt Tschechiens blieb die FPÖ schließlich allein, als sie im Herbst 2001 ankündigte, wegen Temelin ein "überparteiliches" Volksbegehren für ein Veto gegen den EU-Beitritt Tschechiens zu starten. SPÖ, Grüne und vor allem aber der Koalitionspartner ÖVP lehnten das Volksbegehren strikt ab. Lediglich die Neue Kronen Zeitung, die sich bereits 1997 von einem Gericht "systematische Ausländerhetze" attestieren lassen musste, mobilisierte wochenlang mit Schlagzeilen auf der Titelseite für das Begehren der FPÖ. Bekannte Persönlichkeiten wie Niki Lauda, Dagmar Koller oder der Musikantenmoderator Karl Moik warben seit Mitte Dezember in der Krone für eine Unterschrift.

Sämtliche bedeutenden Umweltschutzorganisationen Österreichs hatten sich, trotz des Drucks der Neuen Kronen Zeitung und kontroverser interner Debatten, öffentlich gegen das Volksbegehren ausgesprochen. "Die FPÖ missbraucht mit ihrem Temelin-Volksbegehren das einzige Mittel der direkten Demokratie, das den Bürgerinnen und Bürgern in Österreich zur Verfügung steht, für ihre parteipolitischen Zwecke", erklärte etwa Alexander Egit, der Kampagnenleiter von Greenpeace in Wien. Die größte österreichische Umweltschutzorganisation, Global 2000, distanzierte sich ebenso vom Volksbegehren wie der WWF.

RevanchistInnen wittern ihre Chance

Nicht ganz so ablehnend äußerte sich die Plattform gegen Atomgefahren, welche "keine Empfehlung zur Abstimmungsentscheidung (...) für die Bevölkerung" abgeben wollte. Die ÖsterreicherInnen seien mündig genug, um "selbst zu entscheiden, was sie wollen und für richtig halten". In ihrer Erklärung kritisiert die Plattform ausschließlich die mangelnde Entschlossenheit der Freiheitlichen in der Antiatompolitik, nicht aber den antitschechischen Charakter des Volksbegehrens. "Die österreichische Bevölkerung sieht das Veto-Volksbegehren scheinbar als eine der letzten Chancen eines demokratischen deutlichen Bürgervotums gegen Temelin. (...) Die Bürgerstimmen für dieses Volksbegehren und gegen Temelin können daher nicht als Stimme für die FPÖ demontiert werden", hieß es in der Erklärung. Der Geschäftsführer der Plattform, Josef Pühringer, hat entgegen seiner ursprünglichen Weigerung das Volksbegehren dann doch unterschrieben. Dass er das vor der Linse eines Krone-Fotografen tat, versteht sich da fast schon von selbst.

Gegen das Referendum mobilisierten hingegen radikale Linke. Die Ökologische Linke, die Rosa Antifa Wien, die Grünalternative Jugend, Mayday 2000, der Kulturverein Sägefisch und Infoläden aus Wien, Innsbruck und Wels machten in landesweit verbreiteten Plakaten und Flugblättern deutlich, dass bei diesem Volksbegehren "nicht über Temelin entschieden wird, sondern die FPÖ damit von ihrer mehr als fragwürdigen Bilanz als Regierungspartei" ablenken möchte. Das "Kind hat in Wirklichkeit einen ganz anderen Namen. Es heißt nicht Temelin, sondern Benes-Dekrete", heißt es in dem Aufruf weiter.

Nachdem das Volksbegehren im Januar 2002 beinahe eine Million Unterschriften erreicht und die FPÖ/VP-Koalition an den Rand der Auflösung getrieben hatte, tritt der Revanchismus wieder ganz offen zu Tage. Während die FPÖ aus Rücksicht auf den Koalitionspartner vorsichtig vom eigenen Volksbegehren und dem dort geforderten Veto abrückte, stellte sie nun wiederum die Benes-Dekrete als ein Hindernis für den EU-Beitritt Tschechiens in den Vordergrund. Diesmal reagierte auch die ÖVP weitaus positiver. Die konservative Außenministerin Benita Ferrero-Waldner verknüpfte nun selbst die Aufnahme Tschechiens in die EU mit der vorherzugehenden Abschaffung der Dekrete. Da packte auch die hauptamtlichen Revanchisten der Bekennermut: Anfang Februar preschte die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit einer Sammelklage gegen die Tschechische Republik vor, um Entschädigung für "geraubtes Vermögen" zu erhalten und erklärte zugleich, eine Unterstützung von Seiten der Bundesregierung für ihr Anliegen zu erwarten. Und die Neue Kronen Zeitung, die sich übrigens mehrheitlich im Besitz des deutschen WAZ-Konzern befindet, ist wieder an vorderster Front mit dabei. Schon beim Start der Serie "Verdrängter Völkermord" (an den "Sudetendeutschen") am 3. Februar wartete das Blatt dabei mit einer Lüge auf: Das Massaker von Lidice wird dort "30 tschechische(n) Gendarmen der Prager Ordnungspolizei" in die Schuhe geschoben.

Thomas Schmidinger

Heribert Schiedel

Anmerkung

1) Eduard Benes trat nach dem Münchener Abkommen (30.9.1938), in dem Nazi-Deutschland den "Anschluß" des "Sudentenlandes" durchsetzte, als tschechoslowakischer Präsident zurück. Kurz darauf ging er nach England, wo er ab 1940 die Exilregierung anführte. In dieser entstand rasch Einigkeit darüber, dass die für die Zerschlagung der Republik maßgeblich verantwortlichen "Sudetendeutschen" nach Kriegsende enteignet und ausgewiesen werden müssen. Nach der Befreiung wurde er wieder Staatspräsident, was er bis zur KP-Machtübernahme 1948 blieb. In den 1945 erlassenen Benes-Dekreten wurde u.a. die Enteignung und Aussiedlung "staatlich unverlässlicher Personen" (Deutsche, Ungarn) geregelt.

25. Nationale Wohlfahrt? Die Neue Rechte regiert in Dänemark

Autor: Peter Birke · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:06

Mitte Januar veröffentlichte die Minderheitsregierung in Kopenhagen den Entwurf für ein neues Ausländerrecht. Der repressive Charakter des Gesetzesentwurfes löste Begeisterung bei der rassistischen "Dänischen Volkspartei" (DFP) aus. Die Partei erklärte sich sofort bereit, der Regierung die notwendige parlamentarische Mehrheit zu verschaffen. Am 5. Februar einigte sich die rechtsliberal-konservative Koalition mit der DFP auf den Staatshaushalt für 2002. Damit hat sich die DFP endgültig als "stubenreine" Partnerin der Regierungspolitik etabliert.

Kümmern Sie sich gefälligst um die Politik Ihrer eigenen Regierungen!"- mit diesen Worten fertigte der konservative "Integrations(!)minister" Bertel Haarder kürzlich die Kritik der internationalen Presse an seiner Ausländerpolitik ab. Die Ziele seiner Regierung beschrieb er bei derselben Gelegenheit als "Begrenzung der Zuwanderung" und "Anregung, sich zu integrieren und einer Arbeit nachzugehen". Tatsächlich kommt einem diese zynische Beschreibung bekannt vor. Was nicht weiter verwunderlich ist, denn als Vorbilder des aktuellen Gesetzesentwurfes seiner Regierung nannte Haarder ausdrücklich bundesdeutsche Erfahrungen und Gesetzesvorhaben.

Aber auch wenn die dänische Politik mit der anderer europäischer Regierungen grundsätzlich korrespondiert, geht das Ausmaß der vorgesehenen Verschärfungen doch über das hinaus, was bisher in der BRD und selbst in Österreich und Italien durchgesetzt werden konnte.

Was die DFP zum Jubeln veranlasste, ist unter anderem die Verschärfung der Repression gegen Flüchtlinge an den dänischen Grenzen und die Beschleunigung der Ausweisung. Die bisher vierzehntägige Frist zwischen Beschluss und Vollzug von Abschiebungen soll vollends abgeschafft werden. Auf EU-Ebene will sich die dänische Regierung für eine Erweiterung der Liste der "sicheren Drittstaaten" einsetzen. Im Zuge der Jagd auf regierungskritische Organisationen, die in den letzten Monaten in Dänemark stattgefunden hat, soll die "Dänische Flüchtlingshilfe" aus den Ausschüssen, die über die Asylanträge entscheiden, verbannt werden. Noch drastischer als in der Bundesrepublik sollen Familienzusammenführungen eingeschränkt werden. EhepartnerInnensollen erst dann in Dänemark zusammen leben dürfen, wenn beide über 24 Jahre alt sind. Auch über 60-Jährige sollen nicht mehr kommen dürfen. Grundsätzlich soll über den Nachzug nur dann positiv entschieden werden, wenn die/der Einwanderer/In über genügend Geld und "genügend innere Verbindung" zu Dänemark verfügt. Was diese "innere Verbindung" im Einzelnen ausmacht, ist nicht klar definiert. Es ist zu befürchten, dass die Entscheidung darüber den mehr oder weniger nationalen Gefühlen der zuständigen SachbearbeiterInnen überlassen werden wird. Schließlich soll der Status der "de-facto-Flucht" abgeschafft werden, der vor allem die Duldung von Opfern nichtstaatlicher Verfolgung beinhaltete. Hiervon werden u.a. Frauen stark betroffen sein. Gleichzeitig soll Flüchtlingen grundsätzlich untersagt werden, in Dänemark zu heiraten. In den letzten Jahren hat die Neue Rechte eine permanente Kampagne gegen "Zwangseheschließungen" geführt. Abgesehen davon, dass diese Kampagne den Eindruck kolportiert, als sei Europa das Paradies der Frauenemanzipation, ist es grotesk, dass eine rassistische Gesetzgebung, die Frauen in besonderer Weise diskriminiert, auf diese Weise begründet wird.

Green Cards und Billiglohn für MigrantInnen

Hat ein Flüchtling es trotz alledem geschafft, nach Dänemark zu gelangen, so soll er umgehend in die Finger der staatlichen Bürokratie geraten. Die vorgesehenen Maßnahmen werden Verhaltensregulierung genannt. Sie beinhalten eine krasse rechtliche und soziale Benachteiligung von Einwanderern/EinwanderInnen: Bleiben darf am Ende nur, wer sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten kann, keine Schulden hat und nicht gegen dänische Gesetze verstößt. Unklar ist gegenwärtig noch, ob sich letztere Regelung neben anderen Bagatellen auch auf Verkehrsdelikte wie Falschparken o.ä. beziehen soll. Der drittklassige Rechtsstatus von Flüchtlingen soll nicht, wie bisher, für drei Jahre oder, wie in Europa üblich, für fünf, sondern für die biblische Zahl von sieben Jahren gelten. In dieser Zeit werden die Flüchtlinge als grundsätzlich Verdächtige betrachtet. Illegale sollen außerdem jeden Anspruch auf eine neue Prüfung ihres Asylverfahrens verlieren und bei Verhaftung sofort ausgewiesen werden. Im Gegensatz zur vollmundigen Erklärung, diese Maßnahmen würden der

Integration dienen, ist sicher, dass die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen sich auf Grundlage der rechten Politik weiter verschärfen wird.

Geschenke ans Volk

Das schreckliche Wort Verhaltensregulierung beschreibt den Kern der neuen dänischen Ausländerpolitik. Keinesfalls geht es hier ausschließlich um Repression. Die Flüchtlinge sollen sich durchaus integrieren, was in erster Linie bedeutet, dass sie nach der Pfeife ihrer "ArbeitgeberInnen" tanzen sollen. Die Ausländerpolitik der rot-grünen Bundesregierung gilt rechten dänischen PolitikerInnen insbesondere wegen ihrer wirksamen Förderung legaler und illegaler Billiglohnarbeit als Vorbild. Allerdings stellt die Schärfe der vorgesehenen Maßnahmen die bundesdeutschen Regelungen in den Schatten. Das zentrale Element der "Verhaltensregulierung" besteht auch in Dänemark darin, den Flüchtlingen das Recht auf Sozialhilfe vorzuenthalten. Nach dem Modell des "Asylbewerberleistungsgesetzes" soll ein Sondergesetz geschaffen werden, dass einen im Vergleich zur Sozialhilfe um bis zu 50% niedrigeren Anspruch vorsieht. Die Kürzung der Leistungen wird, so haben Flüchtlingsgruppen ausgerechnet, dazu führen, dass Einkommen von MigrantInnen weit unter der Grenze eines niedrig gerechneten Existenzminimums geraten. Besonders betroffen werden Familien mit Kindern sein. "Verhaltensregulierung" wird für diese Menschen schlicht und einfach bedeuten, nicht mehr genügend Geld zu haben, um sich ernähren zu können. Das Budget für Lebensmittel schrumpft auf umgerechnet ungefähr 12 DM pro Person und Tag. Die Flüchtlinge werden bei den Kommunen um Almosen bitten müssen, um überhaupt überleben zu können. Dies wird zu einer weiteren Stigmatisierung führen.

Auch das Problem der Erwerbslosigkeit wird durch das neue Gesetz nicht gelöst, sondern verschärft werden. Im europäischen Vergleich ist der dänische Arbeitsmarkt heute stark hierarchisiert. Die Hälfte der Einwanderer/Einwanderinnen der ersten Generation sind erwerbslos, während die offizielle Erwerbslosenquote derzeit bei ca. 6% liegt. Aber die neue Armut kann die MigrantInnen nur auf den Arbeitsmarkt treiben, wenn ein breiter Sektor illegaler und/oder schlecht entlohnter Beschäftigung entsteht. Selbst wenn dies, was unwahrscheinlich ist, von den dänischen Gewerkschaften stillschweigend akzeptiert würde, wäre es nur ein weiterer Schritt bei der Ausgrenzung der MigrantInnen. Eine Lösung kann nur in der Überwindung der Konkurrenz in- und ausländischer ArbeiterInnen gesehen werden, wobei gleichzeitig der Unwille vieler Betriebe angegriffen werden müsste, Menschen einzustellen, die nicht Jensen oder Hansen heißen. Ein Unwille, der so lange existiert, bis Jensen oder Hansen höhere Löhne fordern: Um diesem Problem gerecht zu werden, soll auch in Dänemark Schröders berühmte "Green Card" eingeführt werden. Die so angeheuerten Einwanderer/Einwanderinnen sollen in Sektoren beschäftigt werden, in denen die Verhandlungsposition der Beschäftigten aus Sicht der UnternehmerInnen auf Grund der fehlenden Konkurrenz zu günstig geworden ist. Hier zeigt sich der nur auf den ersten Blick merkwürdige Umstand, dass die rassistische Ausländerpolitik in bestimmter Hinsicht mehr Zuwanderung bedeuten könnte. Die von Arbeitgeberverbänden artikulierten Verwertungsinteressen und eine ethnisch definierte Hierarchisierung von Arbeitsmärkten widersprechen sich ganz und gar nicht. Im Gegenteil ist es gerade die Befestigung dieser Hierarchisierung, zu der die Vergabe von "Green Cards" ebenso beiträgt wie die Schaffung eines Billiglohnsektors. Beides bestätigt ein rassistisches Denkmuster, das Menschen nach ihrer Nützlichkeit für den kapitalistischen Verwertungsprozess klassifiziert.

Heiraten für Flüchtlinge verboten

Der Rechtsblock beschloss in den unter Rekordzeit abgelaufenen Haushaltsverhandlungen unter anderem, im Haushaltsansatz erheblich mehr Geld für Krankenhäuser und Altenpflege bereitzustellen. Dieser Beschluss geht auf die durchaus berechtigte Kritik in der Bevölkerung an unwürdiger Behandlung von Alten und dem Behandlungschaos in den Krankenhäusern ein. Auch mit der Verlängerung des Kindergeldes bei Anspruch auf den vollen Satz des Arbeitslosengeldes spekuliert die Rechtsregierung auf die Gunst des Publikums. Zudem wurden im letzten Moment die geplanten massiven Kürzungen im Bildungsbereich zurückgenommen. Die Regierung lässt der DFP das Vergnügen, in der Öffentlichkeit aufzutreten und zu erklären, sie habe all diese Segnungen für das "dänische Volk" erobert. Unter anderem prahlt die rassistische Partei damit, dass das Geld für die Alten und Kranken im "Ausländer-" und Entwicklungshilfebereich gespart würde. In ihrer Selbstbeweihräucherung sieht sich die DFP schon als "neue Sozialdemokratie".

Währenddessen ist die alte Sozialdemokratie ratlos. Schon gibt es in der Partei prominente Stimmen, die eine Zusammenarbeit mit der DFP befürworten. Die Kritik an dem Projekt der DFP kommt dabei zu kurz. Dabei ist offensichtlich, dass das vereinbarte Haushaltsgesetz in Wirklichkeit eine krude Mischung aus

sozialdemagogischen und neoliberalen Ansätzen ist. Die Erhöhung der Zuschüsse zu Krankenhäusern ist ausdrücklich einmalig, im nächsten Haushalt ist sie nicht vorgesehen. Der angesichts der kritischen Lage des Gesundheitswesens ziemlich beschränkte Geldsegen soll von einer Welle von Privatisierungen begleitet werden. Wie bereits jetzt zu beobachten ist, wird dies zu einer Verschlechterung und sozialen Aufteilung von Gesundheits- und Pflegeleistungen führen. Gleichzeitig sind massive Streichungen in der Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Und nicht zuletzt werden im Haushaltsansatz nicht nur die Mittel für Umweltpolitik im Allgemeinen, sondern auch die für Arbeitsschutz und Unfallverhütung im Besonderen drastisch gekürzt. Wie das mit der Verbesserung der Gesundheitsversorgung zusammenpasst, die die Regierung propagiert, bleibt ein Geheimnis. Ob das Märchen vom "nationalen Wohlfahrtsstaat" allgemein geglaubt wird, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es zu einem Bündnis von Gewerkschaften und Sozialinitiativen kommen wird, das effektiv in der Lage ist, gegen diese Entwicklungen vorzugehen.

Der Widerstand gegen die Regierungspolitik ist bisher klein, aber bunt. Der Protest von Umweltgruppen und Entwicklungshilfeorganisationen, von Studierenden und SchülerInnen ist besonders in Kopenhagen gegenwärtig. Die Mehrzahl der Aktionen setzt auf die Zivilgesellschaft, so z.B. eine Kampagne, die dazu auffordert, zu einem bestimmten Zeitpunkt symbolisch alle Türen zu öffnen. Manche Aktionsvorschläge wirken allerdings auch etwas hilflos, wie z.B. der der Gruppe "Defend Human Rights", die an die britische Regierung, die ja schließlich vor 1945 auch zur Befreiung Dänemarks von den Nationalsozialisten beigetragen hat, appelliert hat, "the well-known Carlsberg beer, danish bacon and kurpark butter" zu boykottieren. Ob Tony Blair diesen Wunsch erhören wird?

Peter Birke

26. Berlusconis Regime festigt sich. Opposition gibt es auch: auf der Straße

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:32

Der italienische Regierungschef feuert seinen Außenminister und übernimmt selbst dessen Amt. Das gab es seit 1932 nicht mehr, als Benito Mussolini, der "Duce" des Faschismus, Dino Grandi entließ - mit der Begründung, dieser sei "zu sehr in Genf und den Völkerbund verliebt". 70 Jahre später liegen die Dinge in einem Punkt ähnlich: Der von Silvio Berlusconi zum Rücktritt gedrängte Renato Ruggiero gilt den EU-Partnern als verlässlich und konziliant. Die parlamentarische Opposition protestiert gegen Berlusconis "anti-europäisch" motivierte Tat und ist insgeheim doch froh, dass die nächsten Wahlen erst in vier Jahren anstehen. Denn die Mehrheit für die regierende Koalition aus Forza Italia, Lega Nord, Alleanza Nazionale und rechten Christdemokraten ist stabil - trotz Genua, Afghanistan-Krieg und offener Versuche des Rechtsblocks, ein dauerhaftes autoritäres Regime zu etablieren.

Mit der Trennung von Ruggiero hat Berlusconi sich offen auf die Seite der Hardliner Umberto Bossi (Reformminister, Lega Nord) und Giulio Tremonti (Schatzminister, Forza Italia) geschlagen und das durch aggressive Töne noch unterstrichen. Seine Parlamentsrede am 14. Januar erinnerte die linke Tageszeitung Il Manifesto an die Tiraden Mussolinis. Sie gipfelte in einer Warnung an den Rest der Welt: "Niemand soll glauben, uns unter Aufsicht stellen zu können oder, schlimmer noch, uns wie Subjekte mit begrenzter Souveränität zu behandeln." Das wahrhaft "mussolinianische Finale" (Il Manifesto) seiner Rede riss die Abgeordneten der Rechten zu Beifallsstürmen hin: "Wir lassen uns nicht einschüchtern, aus keinem, keinem Grund!"

Berlusconis rhetorische Anleihe bei Mussolini ist eine Kampfansage, weniger an die EU-Partner als vielmehr an die Kritiker im eigenen Lande. Linke und Gewerkschaften sollen das Maul halten, weil ihre Forderungen den "nationalen Interessen" schaden. Natürlich ist es der Regierungschef selbst, der diese Interessen definiert: Was mir nützt, nützt auch Italien - auf diese groteske Formel läuft Berlusconis Regierungstätigkeit letztlich hinaus. Erstaunlicherweise wird das von vielen immer noch geglaubt. Das liegt auch an der Opposition, die zwar immer wieder heftig die von Berlusconi, Bossi und Fini ausgehende Gefahr für die Demokratie beklagt, aber über kein mobilisierendes und potenziell mehrheitsfähiges Alternativkonzept verfügt.

Die Linksdemokraten (DS) als die größte Oppositionspartei sehen sich nicht nur von der Regierung in die Defensive gedrängt. Druck kommt auch von dem ehemaligen Premier Giuliano Amato, der seine zur Splitterpartei geschrumpften Sozialisten mit den Linksdemokraten fusionieren will. Politische Grundlage der Fusion wären die neoliberalen Glaubenssätze der Herren Blair und Schröder. Die DS-Strategen sind zwar nicht abgeneigt, sie müssen aber Rücksicht nehmen auf eine linke Strömung in der Partei, die sich den sozialen Bewegungen öffnen und auch den Kontakt zu den Kommunisten nicht völlig abbrechen will - immer in der Absicht, Parteienbündnisse zu schaffen und für diese die nötigen Wählerstimmen zu sammeln. Das ist nach den Enttäuschungen über die Mitte-Links-Koalition Ulivo, die immerhin von 1996 bis 2001 regiert hat, ein mühsames Geschäft. Ein wahres Desaster wurde die erste nationale Kundgebung des Oppositionsbündnisses am 2. Februar in Rom. Unter der Parole "Das Gesetz ist für alle gleich" - gedacht als Protest gegen Berlusconis Machenschaften - versammelten sich gerade mal 4.000 Menschen, die allerdings durch den nicht ganz programmgemäßen Auftritt des bekannten Regisseurs Nanni Moretti entschädigt wurden. Moretti ging nämlich nicht nur Berlusconi scharf an, sondern kritisierte auch die anwesende Ulivo-Prominenz: "Mit solchen Leuten kann man nicht gewinnen."

So ist es denn fast ausschließlich die außerparlamentarische Opposition, die sich der Regierung wirksam entgegenstellt. Selbst die von Berlusconi jahrelang als getarnte Kommunisten ("toghe rosse" - rote Roben) verleumdeten Richter und Staatsanwälte schlagen nun zurück und attackieren offen den Versuch der Regierung, die dritte Gewalt an die kurze Leine zu nehmen. Berlusconis "Justizreformen" sind eine Kette von Zumutungen: Internationale Amtshilfe in Strafverfahren (u.a. wegen Korruption) wird extrem erschwert; seine verspätete Zustimmung zum "europäischen Haftbefehl" hat Berlusconi an eine Verfassungsänderung gekoppelt; in deren Zuge steht auch die völlige Immunität für Mandatsträger auf dem Programm (ein entsprechender "Geheimplan", den La Repubblica enthüllt hatte, wurde allerdings umgehend dementiert).

Gleichzeitig versuchen Berlusconis Anwälte alles, um die noch gegen ihn laufenden Prozesse, u.a. wegen Richterbestechung, durch Tricks und Verzögerungen zu Fall zu bringen.

Auch gegen ein drastisch verschärftes Einwanderungsrecht (den "Gesetzentwurf Fini/Bossi") wächst der Widerstand. Am 19. Januar demonstrierten 200.000 Menschen in Rom, vor allem MigrantInnen. Derweil macht Innenminister Claudio Scajola (Forza Italia) noch einmal deutlich, dass er sein Programm der "inneren Sicherheit" ganz am Feindbild des "kriminellen Ausländers" ausrichtet: Die drei Schwerpunkte dieses Programms sind der Kampf gegen illegale Einwanderung, Straßenprostitution und Drogenhandel.

Vor allem ist es die gute alte Arbeiterbewegung, die massenhaft Menschen gegen die Verschlechterung der sozialen Standards mobilisiert. Schon im November streikten drei Viertel der Metallarbeiter einen Tag lang für einen neuen Tarifvertrag. An einer Demonstration in Rom, zu der die Metaller-Gewerkschaft FIOM aufgerufen hatte, beteiligten sich 250.000 Menschen, um gegen die extrem unsoziale Politik der Berlusconi-Regierung zu protestieren. Deren Plan, den Artikel 18 des "Arbeitersstatuts" von 1970 zu ändern, zielt darauf ab, den Kündigungsschutz erheblich einzuschränken.

Derweil fordert der Unternehmerverband Confindustria, unter seinem neuen Vorsitzenden Antonio D'Amato ganz zum Berlusconi-Fanclub mutiert, weitere "Tabubrüche" zu Lasten der Arbeitenden. Dazu gehört auch die weitgehende Privatisierung der Rentenversicherung. Während Banken und Versicherungen sich hiervon noch mehr Profite erhoffen, halten sich immer mehr vor allem junge Menschen mit befristeten und schlecht bezahlten Jobs über Wasser. Ein gutes Zeichen, dass sie nun zusammen mit den vergleichsweise "privilegierten" Facharbeitern der FIOM auf die Straße gehen. Neben Demos spielt auch die traditionelle Kampfform der Arbeiterbewegung wieder eine besondere Rolle: der Streik. Die Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL hatten zunächst für Ende Januar/Anfang Februar zu einer Reihe regionaler Generalstreiks aufgerufen; im Verkehrswesen, in den Schulen und im öffentlichen Dienst soll für vier bis acht Stunden sogar landesweit die Arbeit niedergelegt werden. Auf dem Kongress der linken CGIL machten die Gastredner von CISL und UIL allerdings einen Rückzieher: Ein Generalstreik gegen Gesetzesvorhaben der Regierung sei ein politischer Streik und ziele auf den Sturz dieser Regierung; das aber komme den Gewerkschaften nicht zu.

In der Tat geht es in den gewerkschaftlichen Kämpfen keineswegs vorrangig um berufsständische Interessen. Das haben auch die im Italia Social Forum zusammengeschlossenen lokalen Sozialzentren erkannt; ihre prominentesten Sprecher wie Vittorio Agnoletto oder Luca Casarini beteiligen sich demonstrativ an gewerkschaftlichen Aktionen. So könnte als Reaktion auf den verschärften Klassenkampf von oben eine breite Bewegung zusammenwachsen.

Der Aufschwung der außerparlamentarischen Bewegung nach dem Terrorgipfel von Genua hat sich zwar nicht ungebrochen fortgesetzt. Allerdings hat der 11. September auf die "Anti-Globalisierunsgbewegung" in Italien vergleichsweise wenig demoralisierend gewirkt. Sie hat nach Beginn des Afghanistan-Krieges wesentlich zur Organisierung der beiden europaweit größten Friedensdemonstrationen beigetragen, an denen sich im Herbst jeweils 250.000 Menschen beteiligten. Die Uneinigkeit in der Frage von Krieg und Frieden ist es allerdings auch, die einer Formierung der gesamten Linksopposition gegen Berlusconi am meisten entgegensteht. Das hat Vittorio Agnoletto, der ehemalige Sprecher des Genoa Social Forum, in seinem Offenen Brief an den DS-Kongress im November 2001 noch einmal klargestellt: "Die Opposition gegen den Krieg, gegen diese Globalisierung und gegen den G8 sind die Elemente des tiefen Bruchs und der entschiedenen Gegenposition zur Mehrheit des Ulivo und der DS: Diese strategische, politische, aber auch ethische Differenz machen jeden Taktizismus unmöglich."

Js.

27. Finis Marsch auf Rom führt über Brüssel

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:33

Gianfranco Finis langer Marsch geht weiter. Seine Ernennung zum Vertreter der italienischen Regierung im EU-Konvent, der die zukünftige Verfassung der Gemeinschaft erarbeiten soll, bringt dem Präsidenten von Alleanza Nazionale (AN) neues Prestige - auch wenn er sich eigentlich zu Höherem berufen fühlt. Außenminister wolle er werden, hatte er schon 1995 öffentlich bekannt.

Dass er sich - nach dem erzwungen Rücktritt Renato Ruggieros - über die verpasste Chance lange grämt, ist aber unwahrscheinlich. Denn Fini weiß auch, dass er für eine endgültige Anerkennung als "konservativer Demokrat" noch weitere Vorleistungen bringen muss. Einiges hat er schon auf sich genommen, das für viele seiner Kumpanen an Selbstverleugnung grenzt: eine Schiffsreise nach Ägypten, während der er ein Blumengebinde ins Meer warf, um den von Palästinensern erschossenen amerikanischen Juden Leon Klinghoffer zu ehren; einen Besuch in den Fosse Ardeatine, wo 1944 deutsche Truppen unter Mithilfe italienischer Faschisten 335 Zivilisten ermordeten; schließlich eine Reise nach Auschwitz, angeblich als Ausdruck einer tief empfundenen "moralischen Verpflichtung", aber vorsorglich von Fernsehkameras festgehalten, um seinen angeblichen Bruch mit der Vergangenheit zu dokumentieren. Diverse Auslandsreisen, u.a. in die USA und nach China, sollten darüber hinaus zeigen: Der "Postfaschist" Fini wird von den Mächtigen dieser Welt als Partner anerkannt. Fehlt nur noch Israel, dessen Regierungen sich bislang aber standhaft geweigert haben, ihn ins Land zu lassen.

Finis letzte Distanzierung von sich selbst muss auch in diesem größeren Zusammenhang gesehen werden, nicht nur als Preis für das Mandat im EU-Konvent: Mussolini sei "der größte Staatsmann des Jahrhunderts", hatte er noch 1994 getönt. "Heute würde ich das nicht mehr sagen", erklärte er jetzt am Rande einer Konferenz von Kleinunternehmern - allerdings erst auf mehrfache Nachfrage eines Fernsehreporters, der ihm seine Ausflüchte nicht durchgehen ließ. Einen anderen Satz von 1994 - "Berlusconi muss sich sehr anstrengen, um an Mussolini heranzureichen" - dementierte er als "nie gesagt".

Immerhin reichte sein Rückzieher aus, um im eigenen Lager für Empörung zu sorgen. Alessandra Mussolini, Enkelin des "Duce", zeigte sich "angewidert" von Finis ideologischem Schwächeanfall; und Mirko Tremaglia, neofaschistischer Minister für Auslandsitaliener, provozierte postwendend mit dem Vorschlag, Klassenfahrten nach El Alamein zu organisieren (die dort 1942 von deutschen und italienischen Truppen verlorene Schlacht gilt, neben Stalingrad, als Wendepunkt im Zweiten Weltkrieg).

In ihrer Wut übersehen die Ultrarechten allerdings, dass Fini sich keineswegs vom Faschismus losgesagt hat. Der Linksdemokrat Pietro Folena hat Fini denn auch aufgefordert, nach der Vorrede zum Wesentlichen zu kommen und zu erklären, dass Mussolini "ein Diktator und ein Krimineller war". Genau das wird Fini aber nicht tun. Er wird sich schön zurückhalten, nationalistische Brandreden Berlusconi überlassen und darauf vertrauen, dass die Zeit für ihn arbeitet.

Dabei könnte sich der vermeintliche Trostpreis - EU-Konvent statt Außenministerium - noch als Chance erweisen. Die linke Tageszeitung Il Manifesto entwickelt folgendes Szenario: "Fini wird in Brüssel ein weiteres reinigendes Bad nehmen, wie 1995 in Fiuggi. (Dort benannte sich die neofaschistische Partei, der Movimento Sociale Italiano, um in Alleanza Nazionale; Anm. Js.) Ein Bad in Brüssel ist so viel wert wie 100 Bäder in Fiuggi, denn danach könnte Fini in den Salon der klassischen Rechten aufgenommen werden, wie ein Gaullist oder bayrischer CSU-Mann, ganz ohne das Etikett faschistisch. Und von dort könnte er völlig entlastet nach Italien zurückkehren, um nach Berlusconi die Zügel zu übernehmen."

Js.

28. "Wir warten noch immer ...". Aufarbeitung von Diktaturverbrechen in Argentinien. Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:10

Am 22. Juni 1976 - keine drei Monate, nachdem die argentinische Armee Präsidentin Isabel Peron abgesetzt hatte - drang ein Militärkommando gewaltsam in das Haus der Lehrerin María Cristina Cournour de Grandi ein. Zusammen mit ihrem Lebenspartner wurde María Cristina, die damals im 4. Monat schwanger war, entführt und ist seither verschwunden. Zurück blieb Yamila, die zweijährige Tochter der beiden. Yamila ist heute 27 Jahre alt. Gemeinsam mit den Madres y Abuelas de la Plaza del Mayo, den Müttern und Großmüttern der Plaza del Mayo, sucht sie nach ihren Eltern und ihrer mittlerweile ebenfalls erwachsenen Schwester.

Yamilas Onkel, Víctor Heredia, ist nicht nur Bruder, Schwager und Onkel von Verschwundenen, sondern auch einer der bekanntesten Poeten Argentiniens. Mit "Todavía cantamos" - "Wir singen noch immer" schuf er die landesweite Hymne derer, die noch immer warten, noch hoffen und bis heute dafür einstehen, dass die Schicksale ihrer mehr als 30.000 verschwundenen Angehörigen aufgeklärt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

Und so waren es auch mehr als 30.000 Menschen, die am 24. März 2001, zum 25. Jahrestag des Militärputsches, im Eisenbahn-West-Stadion von Buenos Aires die Ränge füllten, um der in Haft "Verschwundenen" zu gedenken, Aufklärung und Gerechtigkeit zu fordern und gemeinsam ihr "Todavía cantamos" anzustimmen. Eingeladen hatten die Madres, die seit nunmehr ebenfalls fast einem Vierteljahrhundert demonstrativ ihre Runden auf der Plaza de Mayo vor dem rosafarbenen Regierungsgebäude in Buenos Aires drehen und - die Bilder ihrer Angehörigen über den Köpfen haltend - unablässig die immer gleiche Frage stellen: "Dónde están? - Wo sind sie?"

Schlusspunkt statt Aufarbeitung

Große Hoffnungen auf Aufklärung waren 1983 zunächst mit der Rückkehr Argentiniens zu einer zivilen Regierung verbunden. Am symbolträchtigen 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, trat Wahlsieger Raúl Alfonsín sein Amt als erster wieder frei gewählter Präsident des Landes an. Noch in der ersten Woche seiner Amtszeit verkündete er die Absicht, Menschenrechtsverletzungen der Diktatur zu ahnden.

Unter dem Titel "Nie wieder" legte die von der neuen Regierung einberufene Ermittlungskommission CONADEP im Folgejahr eine erste Bilanz vor, die die Systematik der Menschenrechtsverbrechen betonte und mehr als 1.000 Verantwortliche namentlich benannte. Dieser Bericht führte 1985 zur Verurteilung zweier von drei ehemaligen Militärdiktatoren. Sechs weiteren ranghohen Offizieren wurde der Prozess gemacht.

Doch ein Jahr später, als die Gerichte begonnen hatten, gegen mehr als 400 weitere Verantwortliche vorzugehen, setzten Militärrevolten den Ermittlungen ein Ende. Unter dem Druck der Kasernen verabschiedete das Parlament das Schlusspunktgesetz und das Gesetz über den Befehlsnotstand. Laufende Prozesse wurden eingefroren, bereits Verurteilten 1990 von Präsident Menem wieder begnadigt. Die Proteste von Menschenrechtsorganisationen verhallten ungehört und wie im Nachbarland Chile breiteten Politik, Justiz und Öffentlichkeit einen Mantel betretenen Schweigens über die erste Hälfte der neunziger Jahre.

Und ebenfalls wie im Nachbarland Chile, war es ein spanischer Staatsanwalt, der mit einer Strafanzeige wegen Völkermordes gegen Mitglieder des argentinischen Militärregimes 1996 eine neue Runde im Kampf gegen die Straflosigkeit einläutete. Auch in Argentinien setzten daraufhin zunächst neue Ermittlungen ein. Ein Anlauf des Linksbündnisses FREPASO, das Amnestiegesetz parlamentarisch zu Fall zu bringen, scheiterte jedoch.

Angesichts der Aussichtslosigkeit die Täter im eigenen Land vor Gericht zu stellen, wandten sich die argentinischen Menschenrechtsorganisationen an die internationale Öffentlichkeit. Strafprozesse in Italien und Frankreich folgten. Und auch in Deutschland gründete sich 1998 die Koalition gegen die Straflosigkeit, die in

Fällen von Verbrechen gegen deutsche StaatsbürgerInnen in Argentinien Material gegen zahlreiche Verantwortliche für Anklagen vor hiesigen Gerichten zusammentrug.

Mit der Verhaftung des chilenischen Diktators Pinochet in London erhielten auch die Aktivitäten in Argentinien eine neue Dynamik. MenschenrechtsanwältInnen wurden darauf aufmerksam, dass das Amnestiegesetz sich nicht auf den Tatbestand der Kindesentführung erstreckte. Mit den entführten und ermordeten Oppositionellen hatte die Militärdiktatur auch 300 Kinder "verschwinden" lassen. In den geheimen Folterzentren waren spezielle Entbindungsabteilungen eingerichtet, die sogar Kaiserschnitte ermöglichten. Und wie im Fall von der schwangeren María Cristina Cournour de Grandi wurden die Mütter bis zur Geburt des Kindes am Leben gelassen und erst anschließend von ihren Kindern getrennt und ermordet. In den Folterzentren führten Gynäkologen Listen mit "adoptionswilligen" Bewerbern aus dem Militärapparat, an welche die Kinder unter dem Siegel der Verschwiegenheit weitergeben wurden.

Seit 25 Jahren fordern die Mütter der Plaza del Mayo daher nicht nur die Aufklärung des Schicksals ihrer "verschwundenen" Kinder. Als Großmütter der Plaza del Mayo suchen sie in detektivischer Kleinarbeit ebenfalls nach ihren verschleppten Enkelkindern.

Während Yamila Grandi noch immer vergeblich den Verbleib ihrer nie gekannten Schwester ausforscht, konnten andere Schicksale inzwischen aufgeklärt werden. Über 80 Jugendliche und junge Erwachsene erfuhren auf diese Art in den vergangenen Jahren von ihrer eigentlichen Identität. Sie sind es, die heute ihre "Adoptiveltern" wegen Verschleppung vor Gericht anklagen. Gemeinsam mit anderen Nachkommen von Opfern der Diktatur haben sich einige von ihnen zur Gruppe H.I.J.O.S - "Nachkommen für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Verschweigen" zusammengeschlossen.

Im Fall der als Kind Entführten Claudia Victoria Poblete, die ihre "Adoptiveltern" wegen Verschleppung verklagte, erging Anfang März 2001 ein Aufsehen erregendes Urteil. Der Bundesrichter Gabriel Cavallo verurteilte zwei Offiziere nicht nur wegen der Entführung. Er erklärte darüber hinaus das gesamte Amnestiegesetz für verfassungswidrig und in diesem konkreten Fall erstinstanzlich für ungültig. Es könne nicht angehen, so argumentierte Cavallo, die beiden Täter zwar wegen der Entführung Claudia Victoria Pobletes, nicht jedoch wegen der Ermordung ihrer Eltern zu verurteilen. Das Schlusspunktgesetz, so Cavallo weiter, verstoße gegen Völkerrecht und internationale Abkommen, die in argentinisches Recht übernommen seien. Im November wurde das Urteil durch den Bundesgerichtshof bestätigt und die Amnestiegesetze in Einzelfällen außer Kraft gesetzt. Damit ist in Argentinien der Weg für die juristische Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen zunächst wieder offen.

Umweg über internationale Gerichte

Seit 1998 befindet sich auch der 1990 amnestierte Ex-Diktator Videla erneut unter Hausarrest. Diesmal wegen Kindesentführung. Zahlreiche weitere Militärs befinden sich wegen desselben Tatbestandes in Haft. Nach der Aussetzung des Amnestiegesetzes wurde schließlich auch gegen Videla in anderer Sache Haftbefehl erlassen. Der Putschistengeneral sei "Mitglied einer schwerwiegenden illegalen Vereinigung gewesen, die Menschen gewaltsam verschwinden ließ," begründete Bundesrichter Rodolfo Canicoba Corral den Haftbefehl. "Es ist nachgewiesen, dass zwischen den Militärmachthabern Südamerikas eine inoffizielle Vereinbarung bestand, länderübergreifend Menschen zu entführen und andere Verbrechen zu begehen."

Damit wurde erstmals die Existenz der Operation Cóndor juristisch anerkannt. An dieser organisierten grenzüberschreitenden Verfolgung von RegimegegnerInnen, die vom chilenischen Diktator Pinochet initiiert worden sein soll, waren auch die Regime in Uruguay, Paraguay, Bolivien und Brasilien beteiligt. Die 500-seitige Anklageschrift wurde in Kooperation mit den uruguayischen und bolivianischen Behörden erstellt. Sie basiert auf FBI-Akten und dem sogenannten "Todesarchiv", das auf einer Polizeistation in Paraguay gefunden wurde. Das Gericht beantragte darüber hinaus die Auslieferung des paraguayischen Ex-Diktators Alfredo Strössner, der im brasilianischen Exil lebt, sowie des früheren chilenischen Geheimdienstchefs Manual Contreras und zuletzt auch des bolivianischen Ex-Diktators Hugo Bánzer. Gerüchten zufolge soll in nächster Zeit die Auslieferung von Augusto Pinochets beantragt werden. Auch Ex-US-Außenminister Henry Kissinger ist in diesem Zusammenhang bereits ins Visier der argentinischen Justiz geraten.

Im Sommer vergangenen Jahres stellte sich auch der als "blonder Todesengel" bekannte Alfredo Astiz der Justiz, nachdem eine Richterin Haftbefehl wegen Kindesentführung gegen den ehemaligen Fregattenkapitän

der argentinischen Marine und seinen damaligen Kollegen Jorge Vildoza erlassen hatte. Gegen beide liegen Haftbefehle aus Italien, Frankreich und Spanien vor. Interpol fahndet bereits seit zwölf Jahren nach Asiz, der als einer der brutalsten Folterer und Mörder Argentiniens gilt. Präsident Fernando de la Rua lehnte die Auslieferung an Frankreich und Italien jedoch ab. Bereits 1997 hatte der spanische Richter Baltasar Garzon vergeblich ein Auslieferungsgesuch gestellt.

Im Oktober 2001 ordnete Bundesrichter Cavallo auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichtes Nürnberg Auslieferungshaft für den ehemaligen Befehlshaber des 1. Heerescorps, Carlos Suarez Mason, an. Ihm wird die Ermordung der Deutschen Elisabeth Käsemann vorgeworfen. Auch im Fall Suarez Mason lehnte de la Rua die Auslieferung ab.

Amnestiegesetze wackeln

Um die argentinische Regierung zu zwingen, dem Auslieferungsgesuch doch noch zuzustimmen, hat die deutsche Bundesregierung am 10. Dezember vergangenen Jahres - dem internationalen Tag der Menschenrechte - Klage gegen die Amnestiedekrete vor einem argentinischen Gericht eingereicht. In ihrer Klage bezeichnet die Bundesregierung die Amnestie als völkerrechtswidrig und unvereinbar mit der argentinischen Verfassung. Im Januar beantragte die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth darüber hinaus Haftbefehl auch für zwei Untergebene von Suarez Mason.

Unterdessen verfügte die mexikanische Regierung im Frühjahr 2001 die Auslieferung eines der hauptverantwortlichen Folterer Argentiniens an Spanien. Mit falschem Pass und falschem Vornamen war Ricardo Miguel Cavallo als Geschäftsmann in Mexico untergetaucht. Dort wurde er im August 2000 in Haft genommen, da der spanische Richter Baltasar Garzon einen internationalen Haftbefehl gegen ihn erwirkt hatte. Zur selben Zeit wurde auch der Folterer Jorge Olivera aufgrund eines französischen Haftbefehls in Italien festgesetzt. Abhängig vom Ausgang der Berufungsverhandlung im Fall Cavallo und abhängig von den Entscheidungen der italienischen Justiz im Fall Olivera könnte erstmals gelingen, was im Fall Pinochet scheiterte: Im Ausland verhaftete Menschenrechtsverbrecher würden real in einem Drittland für ihre Vergehen zur Rechenschaft gezogen.

Derartig weit reichende Schritte im Kampf gegen die Straflosigkeit nehmen die argentinischen Militärs jedoch nicht ohne Widerstände hin. Seit einiger Zeit schlagen sie mit den ihnen wohlvertrauten Mitteln zurück. Nach Berichten der Koordination gegen die politische und institutionelle Repression (CORREPI) wurden alleine zwischen dem Ende der Militärdiktatur und 1998 insgesamt 470 Morde von argentinischen Sicherheitskräften begangen. AktivistInnen der Menschenrechtsgruppen werden eingeschüchtert, bedroht und überfallen.

Nicht zuletzt als Folge der neoliberalen Politik, die in Argentinien durch die Herrschaft der Militärs am Ende der 70er Jahre durchgesetzt wurde, befindet sich das Land heute in einer tiefgehenden ökonomischen Krise. Zum Jahreswechsel eruptierte die Unzufriedenheit in soziale Aufstände, welche eine Reihe von Regierungswechseln erzwangen. Welche Auswirkungen die politische Instabilität auf die Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen haben wird, lässt sich derzeit kaum absehen. Einerseits hat die argentinische Zivilgesellschaft eine neue offensive Rolle übernommen, die sich auch auf Forderungen nach einem endgültigen Ende der Straflosigkeit ausdehnen könnte. Andererseits gilt als sicher, dass die Regierung Duhalde die angestrebte Stabilität eher auf einen Schulterschluss mit den Militärs zu gründen gedenkt.

Knut Rauchfuss

Dieser Artikel ist der zweite Teil einer Serie über den Kampf gegen Straflosigkeit in Lateinamerika. In der letzten Ausgabe behandelte unser Autor den Fall Chile, in der nächsten ak folgt Peru.

29. Der Schleier vor den Augen. Feministische Analysen und die Konstruktion des Fremden im Diskurs um den 11.9.

Autor: Anette Dietrich und Andrea Nac · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:30

In der Auseinandersetzung um die Anschläge auf das WTC am 11. September haben sich die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Linken als unvereinbar gezeigt und stehen sich in ihren Analysen als gefestigte Pole gegenüber. Dabei wurden unterschiedlichste Weltbilder der AntiimperialistInnen/AntiamerikanistInnen, Antideutschen, WertkritikerInnen, FriedensaktivistInnen ausgepackt und unter dem jeweiligen "Hauptwiderspruch" gegeneinander gestellt: der Kriegsdiskurs wird insofern polarisiert und vor allem stereotypisiert geführt. Bei Forderungen z.B. nach einem Verbot islamistischer Vereine, einem Ruf nach Verschärfung der inneren Sicherheit zum Schutz vor den fremden "Schläfern" oder der unkritischen Verteidigung westlicher moderner Werte gerät man schnell ins Fahrwasser rassistischer Argumentationsmuster vom Kampf der zivilisierten Welt gegen die Barbarei.

Auf feministischer Seite gab es bislang nur wenige sichtbare Versuche, sich an der Debatte um den 11.9. zu beteiligen. Der Einsatz für Fraueninteressen und -rechte muss mit einer Vereinnahmung von "offizieller" Seite rechnen: Wurden im Jugoslawienkrieg Massenvergewaltigungen als moralische Rechtfertigung für einen Kriegseinsatz benutzt, werden in Afghanistan die von radikalen Islamisten unterdrückten Frauen entdeckt, um den Krieg gegen die Taliban zu legitimieren und ihn als einen Kampf für Menschenrechte und Demokratie darzustellen. Bundeskanzler Schröder bringt diese Legitimationsstrategie auf den Punkt: "Wer die Fernsehbilder von den feiernden Menschen in Kabul nach dem Abzug der Taliban gesehen hat - ich denke hier vor allen Dingen an die Bilder der Frauen, die sich endlich wieder frei auf den Straßen begegnen dürfen -, dem sollte es nicht schwer fallen, das Ergebnis der Militärschläge im Sinne der Menschen dort zu bewerten." Lange war die Situation der Frauen unter dem Talibanregime und vorher der Nordallianz bekannt, doch schien damals kein Handlungsbedarf zu bestehen. Dass auch heute noch fast alle Frauen Burkas tragen scheint niemandem aufzufallen: die Medienbilder haben ihre Funktion längst erfüllt. Gesellschaftliche Traditionen vor den Taliban und auch nach ihnen (neu war lediglich der Zwang für Frauen, die Burka zu tragen) spielen keine Rolle. Wenige Bilder, meist von genau einer Frau mit hochgeklappter Burka mitten unter anderen Burka-tragenden Frauen, zeigten uns, was wir sehen wollten: Bilder von entschleierten Frauen, um ihre "Befreiung" durch die Militärschläge zu beweisen. Bilder von Frauen bestimmen den "Grad der Zivilisation" eines Landes, wobei Zivilisation mit "dem Westen" gleichgesetzt ist. Hat die "unverschleierte Würde des Westens" (Spiegel Nr.52/01) nun endlich auch den fernen Osten erreicht oder werden Frauen die abgeworfenen Miniröcke (statt Bomben, Vorschlag von M. Houellebecq) bloß unter ihren Burkas tragen können?

Bislang hat sich ein eher bürgerliches Spektrum an Frauen in der Öffentlichkeit zu den Anschlägen, vor allem aber zum Krieg verhalten. Diesen Gruppen ging es vor allem darum, gegen den Krieg zu demonstrieren und sich für die Rechte der Frauen in Afghanistan einzusetzen. Mit Argumenten wie "Die Geschichte Afghanistans zeigt: Reine Männerherrschaft deformiert eine Gesellschaft; Fundamentalismus lässt sich nur besiegen, wenn die Frauen gestärkt werden" wird ein überholt geglaubter Feminismus reaktiviert. "Alles Ambivalente und Abweichende geriet zur Bedrohung einer wackeligen, unreifen Männlichkeit, die sich nur über Kampf und Krieg zu stabilisieren wusste. Männer, denen andere Männer Verstand und Gefühle verschleiert haben, die um Leben, Lust und Glück betrogen wurden, können zu Killern werden, Opfer und Täter zugleich." (Ute Scheub, taz 29.11.01) Einen weiteren "geschlechtsspezifischen" Beitrag lieferte Klaus Theweleit, der die Doppeltürme des WTC als Doppelphallus, als "doppelte(n) Schwanz, der sich als mächtiges Symbol erhebt" und den Anschlag als "Tritt in die Eier" (taz 19.9.01) bezeichnet. Die These des "Tritts zwischen die Beine", des innerpatriarchalen Kampfes, des "Mackertums im Sandkasten" wird jedoch auch im radikal-linken Spektrum vertreten. (Claudia Bernhard; alaska 10/2001) Dabei hat sich aus der Geschichte der Frauenbewegung und -forschung gezeigt, dass die Kategorie Geschlecht als alleiniger sozialer Platzanweiser zu kurz greift, weil andere Unterdrückungsmechanismen ausgeblendet und dadurch reproduziert werden.

Die universalistische Sicht (verkörpert z.B. im feministischen "Wir Frauen" der 70er Jahre) wurde als wiederholter kolonialisierender und hierarchisierender Akt kritisiert, der mit scheinbar objektiven Kriterien westliche Kulturhegemonie schafft, indem gleichzeitig das Nicht-Gleiche, das angeblich Differente gegenüber dem eigenen Selbst produziert und ausgeschlossen wird. Die Produktion von Fremdheit dient als Herrschaftssicherung, und das als Andere gesetzte ist Teil der hierarchisierenden Oppositionspaare (wie Natur/Kultur, Barbarei/Zivilisation), die das gesamte abendländische Denken durchziehen. Eine Zweiteilung in eindeutige Dichotomien verursacht künstliche Trennungen und verschleiert Uneindeutigkeit. Der Umgang mit Differenz lässt sich so als gesellschaftsimmanenter struktureller Unterdrückungs- und Ausschlussmechanismus analysieren. Die Ausgrenzung des Anderen dient dabei vor allem der Konstruktion und Absicherung des Selbst. Genau dieser Mechanismus, der sich mit dem Einzug der Moderne etablierte und ausdifferenzierte, ist zentraler Gegenstand z.B. poststrukturalistischer oder dekonstruktivistischer Gesellschaftskritik geworden. Dies scheint ein Teil der Linken seit dem 11.9. zu verdrängen, wenn sie unkritisch das Glücksversprechen der Moderne anpreisen.

In einer feministischen Analyse muss es daher noch immer darum gehen, rassistische und heterosexistische Grundtendenzen aufzuarbeiten und ein paternalistisches "Sprechen für" unterdrückte Frauen - vor dem Hintergrund immer wieder formulierter Rassismusvorwürfe und der daraus resultierenden Repräsentationskritik - zu hinterfragen. Die Position weißer, deutscher Feministinnen als moderne, emanzipierte, westliche Frau hat sich durch die Abgrenzung von der "fremden" Frau, die noch nicht so emanzipiert" ist, (z.B. im Bild der "unterdrückten Türkin", der sozialarbeiterisch geholfen werden musste) definiert und gestärkt. Als scheinbar faktisch Differentes gesetzt wird das "Fremde" als Projektionsfläche bzw. Spiegelbild des Selbst geschaffen und festgeschrieben. Das herrschende Selbst erlangt so die Definition und Kontrolle über das Andere. Im bundesdeutschen Kontext, der durch die Nichtwahrnehmung der BRD als Einwanderungsland gekennzeichnet ist, wurde "die fremde Frau" durch die deutsche Frauenbewegung als defizitäres Wesen gegenüber dem eigenen Selbst konstruiert. Symbolisch steht hierfür bis heute das Kopftuch.

Diese scheinbar alten "Kopftuch-Debatten" erlangen neue Wichtigkeit, da in den Medien einige rassistisch konnotierte Bilder und Argumente - unter dem Vorzeichen weiblicher Emanzipation oder Rettung des zivilisierten Abendlandes - wieder auftauchen. Ohne die unterschiedlichen Formen der Verschleierung gleichzusetzen, (dies käme einer Verharmlosung von Burka oder Taliban gleich), geht es uns an dieser Stelle um die Symbolik von Verschleierung, um die Bilder, die im aktuellen Diskurs funktionalisiert werden. Es geht um eine differenzierte Positionierung jenseits eines Pendelns zwischen paternalistischer Viktimisierung bzw. rassistisch konnotierten Bildern der "Orientalin" und kulturrelativistischen Positionen, die letztendlich handlungsunfähig machen.

Kategorie Geschlecht greift zu kurz

Das Kopftuch ist ein Symbol, das für gegensätzliche Positionen benutzt wird, und das in der Auseinandersetzung um den Krieg in Afghanistan, insbesondere in der Medienpräsenz der verschleierten Frau bzw. der entschleierten und damit "befreiten" Frau wieder aktuell geworden ist. Doch welche Bilder werden bei uns selbst aktiviert, wenn der Ganzkörperschleier gelüftet wird: das Geheime und Verbotene kommt zum Vorschein, und - welch Überraschung - eine wunderschöne ganz und gar nicht barbarisch aussehende "Orientalin" steckt darunter. Hier wird die Verschränkung von rassistischen und sexistischen Konstruktionen deutlich. Das "Andere" wird nicht nur zum angstbesetzten Verworfenen, das das eigene Selbst bedroht, sondern auch zum exotisierten und erotisierten Begehrensobjekt. Das zum "Fremden" und "Unzivilisierten" homogenisierte Andere bleibt nicht im fernen Afghanistan, sondern bedroht uns potenziell im eigenen Land. So ist es möglich, dass der nach multikulti-Manier wohlintegrierte ausländische Student oder Computerinder, im nächstem Moment zur größten Gefahr für die innere Sicherheit in Form eines potenziellen "Schläfers" werden kann.

In Deutschland wird der Schleier bzw. das Kopftuch meist nur als "das Symbol" weiblicher Unterdrückung gesehen (vgl. auch die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Emma). Ohne die aufgeladenen Bedeutungszuschreibungen wären die Aversionen, die das Tragen des Kopftuchs bisweilen auslöst, kaum zu erklären. In den hiesigen Medien werden Bilder des "gefährlich Fremden" - z.B. in Form einer Frau mit Kopftuch - innerhalb der Diskurse um innere Sicherheit und Einwanderung genutzt, um sog. Sicherheitspakete, massive Einschränkungen in AusländerInnen- und Bürgerrechten durchzusetzen.

Aus antirassistischer bzw. postkolonialer Perspektive wird das Kopftuch als Möglichkeit des Widerstands gegen den Assimilationszwang in die deutsche weiße Leitkultur interpretiert und damit als widerständige Emanzipationsmöglichkeit, als "Schleier vor der exotisierten Konsumierbarkeit der Anderen". Die schleiertragenden Migrantinnen entziehen sich der Sichtbarkeit und exotisierenden, erotischen Konnotation des westlichen männlichen Blicks und repräsentieren das gefährliche nicht integrierbare Fremde. Die Migrantinnen besetzen das Symbol der Fremdheit für sich positiv und fordern selbstbewusst eine Integration, indem sie z.B. eine Anstellung im Staatsdienst einfordern. Und insofern - das zeigen die aggressiven Reaktionen - lösen sie eine "Krise der hegemonialen Repräsentation aus, wie sie gerade über die Massenmedien vermittelt wird." (Mark Terkessidis 1999, Globale Kultur in Deutschland, in: A. Hepp (Hg.), KulturMedienMacht)

"Fremde Frau" muss befreit werden

Das Kopftuch einzig als Gegenbild und Provokation der deutschen Norm anzusehen, greift jedoch zu kurz. So ist der Schleier bzw. das Kopftuch nicht nur ein religiöses, sondern auch ein politisches Symbol für eine bestimmte Form des Islams, in dem trotz eines Entzugs des weiblichen Körpers gegen dessen Sexualisierung in der westlichen Kultur eine extreme Ungleichheit der Geschlechter vorherrscht. Nur der weibliche Körper wird verhüllt und damit wieder markiert.

Im "westlichen" Diskurs um den 11.9. wird die Symbolik des Kopftuch nur einseitig aufgegriffen. Frauen und Mädchen mit Kopftuch werden in der BRD verstärkt diskriminiert. Kopftuch = Islam = Unterdrückung = Gefahr, so lautet die reflexartig einsetzende Assoziationskette. Der Islam gerät zum Feinbild, zur scheinbar äußeren Bedrohung unserer Werte, die es gemeinsam zu verteidigen gilt. Das heißt nicht, dass Debatten, die sich mit dem politischen Islam beschäftigen, per se als rassistisch zu bewerten sind, jedoch können sie schnell zu solchen werden, bedient man sich der herkömmlichen Stereotypen, die Unterschiede und Widersprüche verschwinden lassen und homogene Gruppen konstruieren. "Es ist der Schleier vor unseren Augen, der die Vielfalt von Lebensumständen, Wünschen, Problemen und Freuden ‚islamischer Frauen` verdeckt. Weil wir Tschador und Kopftuch zum Indikator für Selbstbestimmungsrecht, Bewegungsfreiheit in der Öffentlichkeit etc. machen, verkennen wir oft, dass verschleierte Frauen keineswegs die uniforme Masse sind, als die wir sie wahrnehmen. (...)Und jene, die sich bewusst - und zum Teil sogar gegen den Willen und die Gewohnheiten ihrer Familie und ihres sozialen Umfeldes - für die islamische Bekleidung entscheiden, fühlen sich durch solche Klischees entmündigt und unter Druck gesetzt." (I. Pinn 1995, Europhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht) Das angeblich Differente wird immer wieder aufs Neue geschaffen und als scheinbar homogene Gruppe dargestellt: die "Ausländer", die "Türken", die "Moslems". Nur die "Deutschen" erscheinen so als differenziert, individualistisch, tolerant etc., was die eigenen Konstruktionsbedingungen verschleiert. Differenzen existieren nicht im luftleeren Raum, sie bezeichnen strukturelle (Macht-)Verhältnisse.

Eine feministische Analyse muss wieder verstärkt in Bezug zum "Außerhalb" gedacht werden, weg von einer internen Feminismusdebatte hin zu den "externen" Kontexten. Dazu gehört nicht nur eine Analyse weiblicher Unterdrückung, sondern auch, antisemitische, rassistische und hegemoniale Strukturen in diese miteinzubeziehen und die eigene Verwobenheit der eingenommenen Perspektiven innerhalb eines übergeordneten, sozialen/ökonomischen, historischen und diskursiven Raums zu betrachten.

Anette Dietrich

Andrea Nachtigall

30. Matthias Küntzel und der Islamismus. Der "Krieg gegen den Terror" und das Abdanken linker Politik

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:09

Die radikalen Islamisten seien in gewisser Weise die Wiedergänger der Nationalsozialisten - diese These vertreten eine Reihe linker oder ehemals linker Persönlichkeiten im Zusammenhang mit den Attentaten vom 11. September 2001. Daher sollte man sich auch des Protests gegen den Krieg der führenden Mächte der Erde, beispielsweise im Mittleren Osten, besser enthalten. Jedenfalls vorläufig. Auf nicht ganz so platte Art wie in der Zeitschrift Bahamas geht Matthias Küntzel in jüngeren Ausgaben von konkret und Jungle World an das Thema heran. (1) Aber auch er landet bei einem - verklausulierten - Ja zum Krieg gegen den "Terrorismus", der bei ihm "Djihadismus" heißt.

Küntzel sieht "die jetzt" - also zwischen dem 11. September 2001 und dem Beginn der Bombardierungen im Mittleren Osten (2) - "besonders enge Kooperation zwischen Washington und London" nicht in einer traditionellen Sonderbeziehung zwischen zwei Großmächten begründet, die seit längerem als special relationship ihren Namen hat und bereits bei anderen internationalen Waffengängen zu Tage trat. Die Kooperation sei vielmehr Ausdruck bürgerlich-liberaler Ideale, die Küntzel "die britische und US-amerikanische Vorstellung vom Individuum als politischem Subjekt" nennt; diese stehe dem islamistischen "Identitätswahn" und der "Doktrin der Deutschen" diametral entgegen. Damit würde die Einteilung der Welt in "Deutsche" (im Geiste) und "Antideutsche", vulgo Antisemiten und militante Antiantisemiten, einmal mehr hinhauen.

Diese Sätze belegen vor allem eins: Küntzels völlige Unkenntnis der islamistischen Akteure und ihrer Ideologie. So ignoriert er, dass ausgerechnet London sehr lange als "Hauptstadt des europäischen Islamismus" galt. Sämtliche extremistischen Strömungen des internationalen Islamismus hatten dort ganz legal ihren Sitz oder vertrieben von dort ihre Publikationen. Von London aus bekannten sich etwa algerische Islamistengruppen zu den blutigen Massakern in ihrem Land.

Der algerische Islamistenpolitiker Anouar Haddam wiederum gab seine Erklärungen zu den Gräueltaten seiner Gefolgsleute ausgerechnet in Washington ab. Nicht ohne Grund. Die US-Administration setzte im algerischen Konflikt bis zum Jahresende 1995 auf eine Machtübernahme der Islamisten in Algerien - die die CIA bereits für 1994 fälschlich vorausgesagt hatte. Dieser Machtwechsel wurde vor allem deshalb so energisch befürwortet, um Frankreich aus seinem "Hinterhof" im Maghreb zu verdrängen. Internationale Politik hält sich eben wenig an bürgerlich-liberale Ideale. Auf die US-Politik gegenüber Afghanistan während der 80er und 90er Jahre soll hier nicht näher eingegangen werden, um nicht allgemein Bekanntes zu wiederholen.

Doch wenn man Küntzels Analyse des politischen Islamismus folgt, sind solche Zusammenhänge auch gar nicht von Bedeutung. Denn sie besteht vor allem darin, Züge des deutschen Nationalsozialismus in den Islamismus hineinzulesen. Der Mühe, den Islamismus mitsamt seinem gesellschaftlichen Kontext zu analysieren, unterzieht er sich erst gar nicht; er reduziert ihn auf einen einzigen ideologischen Faktor, den Antisemitismus, der die eindrucksvollste Parallele zur deutschen NS-Geschichte zu ziehen erlaubt.

Küntzel zeigt anschaulich, wie diese Art der Analyse funktioniert. Sein konkret-Artikel beginnt mit Ausführungen von Adolf Hitler (3), der "nicht zufällig" die Vernichtung des vorgeblich jüdisch dominierten New York herbeifantasiert habe. Einige Absätze weiter wird dann der "eliminatorische Hass gegen das jüdische New York" als einziges Motiv der Attentäter fraglos vorausgesetzt. Ferner ist die Rede von den Anschlägen des 11. September als "bisher monströseste(r) Offenbarung eines erneut auf Vernichtung zielenden Antisemitismus". Was bezweckt die Verwendung des Wortes "erneut", wenn nicht, einen Wiederholungszwang gegenüber dem historischen Vorbild des NS, letztlich eine Neuauflage von Auschwitz, zu suggerieren?

Andere mögliche Beweggründe der Attentäter, etwa eine extrem verzerrte Feindschaft gegenüber den USA als imperialistische Führungsmacht und ihre Präsenz im Mittleren Osten, werden schlicht nicht erwogen oder auch nur andiskutiert. Dass New York - ausschließlich - wegen seines vorgeblich jüdischen Charakters angegriffen wurde, hat Küntzel ja bereits "bewiesen" - mit Zitaten nicht aus dem ideologischen Umfeld der Täter, sondern von Hitler. Zwar zitiert Küntzel in den Absätzen davor islamistische Stimmen, vor allem Vordenker der ägyptischen "Muslimbrüder" aus den 30er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts - einer Bewegung, die in der

damaligen Phase tatsächlich zahlreiche Versatzstücke des Faschismus und Nationalsozialismus übernommen hatte. Doch das Bild von der Vernichtung New Yorks als Antisemiten-Traum wird in dem Artikel an Ausführungen Adolf Hitlers aufgehängt, der bereits eingangs des Textes zitiert wird. Mit einer solchen "Beweisführung" durch suggestive Analogieschlüsse würde jeder Student der Gesellschaftswissenschaften schon im ersten Semester gnadenlos durchfallen.

Islamismus und koloniale Aggression

Nun haben andere Islamisten schon in den Jahren 1995/96 in Paris mehrere blutige Attentate auf voll besetzte Metro-Züge verübt. Oder im Januar 1995 in Algier einen voll besetzten Bus in eine rollende Bombe verwandelt, um das Hauptkommissariat zu treffen. Diese Attentate hatten dieselbe Qualität wie die von New York: sie nahmen die Vernichtung einer größeren Zahl von Menschen in Kauf und waren nur quantitativ auf deutlich niedrigerer Stufe angesiedelt. Küntzel hätte große Mühe, einen vorgeblich jüdischen Charakter der getroffenen Orte zu behaupten - oder aber nur um den Preis, das antisemitische Gerede von der jüdischen Allgegenwart und Allmacht einen gedanklichen Moment lang für bare Münze zu nehmen.

Im Islamismus gibt es keine "Herrenrasse"

In einer Fußnote zu seinem konkret-Text deutet Küntzel an, welche Schlussfolgerung aus den Attentaten vom 11. September zu ziehen sei. Vorsichtig in der Formulierung, plädiert er dafür, "die kommunistische Politik im Zuge des Zweiten Weltkriegs kritisch zu reflektieren." Denn auch wenn islamistischer Extremismus und NS nicht identisch seien, so stellte sich doch "für die damalige Linke ein vielleicht vergleichbares Problem" - was umgekehrt bedeutet, dass das heutige mit dem damaligen Problem vergleichbar sei. Dessen Lösung - so heißt es in der Fußnote mit Bezug auf den NS, und im Text im Hinblick auf den radikalen Islamismus - bestehe darin, die imperialistischen Führungsmächte nicht deswegen zu kritisieren, weil sie ihre Gegner verfolgen, sondern "weil sie diese nicht zielgenau und konsequent genug verfolg(en)". Anfang Oktober 2001 bedeutete dies - objektiv - zweierlei: Dass erstens ein Krieg im Namen des Kampfs gegen den Islamismus, der sich damals bereits klar abzeichnete, nicht zu kritisieren sei; und zweitens, dass es der US-amerikanischen Politik vielleicht gar nicht darum gehe, den Islamismus konsequent zu bekämpfen. Letzteres mag stimmen: Es trifft zu, dass die US-Außenpolitik den politischen Islamismus nicht konsequent aushebeln, sondern ihn "zähmen" und in ihren eigenen Vorherrschaftsanspruch einbinden will (wie z.B. Saudi-Arabien). Dagegen ist die erstgenannte Aussage - die Aufforderung zum "zielgenauen" und "konsequenten" Kampf gegen den Islamismus - eine politische Katastrophe und bedeutet nicht weniger als das Abdanken linker Politik.

Die von Küntzel vorausgesetzte Behauptung, der Antisemitismus sei nicht nur das zentrale Motiv des Nationalsozialismus, sondern auch des Islamismus ist in dieser schlichten Form unhaltbar. Richtig ist, dass viele Formen des politischen Islamismus auch eine mal mehr, mal weniger ausgeprägte Judenfeindschaft befördern. Diese Differenzierung ist kein Plädoyer für einen politischen Kompromiss mit dem Gesellschaftsprojekt des Islamismus: Ein solcher ist weder möglich noch wünschenswert. Denn ein sich direkt auf das "Wort Gottes" berufender politischer Diskurs kann per se keine Widerrede dulden und ist daher in seinem Wesenskern "totalitär" - in diesem Fall trifft der umstrittene Kampfbegriff zu, zumal der Islamismus sich alle Lebensbereiche unterzuordnen sucht.

Das Hauptmotiv des radikalen Islamismus ist die Vorstellung, die Krise der muslimischen Gesellschaften sei durch eine Rückkehr zu einer vermeintlich verschütteten "kulturellen Identität" zu lösen. Von einer absolut realen Erfahrung dieser Gesellschaften ausgehend, nämlich der - im kollektiven Gedächtnis eingespeicherten - kolonialen Aggression, interpretiert der Islamismus unterschiedliche Phänomene der heutigen Gesellschaftsformationen durch sein ideologisches Raster.

Von der Massenarmut bis zur Emanzipation der Frauen und der Jugend werden die (teilweise durch den Imperialismus und die Ungleichheit der weltwirtschaftlichen Strukturen, teilweise durch den Übergang von traditionellen zu moderneren Sozialbeziehungen zu erklärenden) Verwerfungen und Umwälzungen auf eine ausschließliche Ursache reduziert. Nämlich auf die westliche Aggression, die aber nicht herbeihalluziniert ist, sondern in einer bestimmten Form tatsächlich existiert. Auf diesen realen Kern werden dann die angenommenen Ursachen unterschiedlicher Frustrationen projiziert. Dies ergibt eine höchst brisante Mischung aus antiimperialistischer Kritik, verschwörungstheoretischer Halluzination und reaktionärem Gesellschaftsprojekt.

Ein bedeutender Unterschied zum NS-Antisemitismus ist evident. Dieser zielte darauf ab, die gesellschaftliche Krise der 30er Jahre zu lösen, indem die jüdische Bevölkerung vernichtet wurde. Wer hingegen der "Herrenrasse" angehörte, sollte besser leben. Im islamistischen Gesellschaftsprojekt gibt es keine solche "Herrenrasse". Im Gegenteil, niemand hat so sehr unter einem islamistischen Regime zu leiden wie die muslimische Bevölkerung. Denn wodurch haben die islamistischen Regime - im Iran, in Saudi-Arabien und bis vor kurzem in Afghanistan - denn die internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen? Vor allem durch die zahlreich verhängten körperlichen Züchtigungsstrafen, die insbesondere den Muslimen selbst einbläuen sollen, ihrer vorgeschriebenen "Identität" treu zu bleiben.

Hinzu kommt, vor allem in der Anfangsphase islamistischer Regime, eine oftmals blutige "Säuberung" der Gesellschaft von so genannten inneren Feinden - wie Linken, lästigen Intellektuellen und Feministinnen. Diese Vision vom "Reinigungsbad", das der muslimischen Nation wieder zu ihrer ursprünglichen und später geraubten "Identität" verhelfen soll, weist tatsächlich faschistoide Züge auf. Doch lassen sich hier Parallelen eher zur Verfolgung politischer Opposition bspw. in den Anfangsjahren des NS-Regimes ziehen als zur späteren Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Denn die Repression setzt hier nicht an der "biologischen" Qualität des Individuums an, sondern an seinem (politischen oder gesellschaftlichen) Verhalten - das es entweder aus Furcht vor dem Terror ablegen, oder unter hohem Risiko beibehalten kann.

Auch in einem anderen Aspekt stimmt der nationalsozialistische Antisemitismus mit dem des Islamismus nicht überein. Im Nationalsozialismus gab es keine Möglichkeit für einen Juden, seiner "Natur", seiner "Rasse" zu entrinnen. Ein jüdischer SS-Mann war nicht vorstellbar. Doch selbst die extremsten Fraktionen des radikalen Islamismus, wie Al-Qaida, haben durchaus ehemalige Andersgläubige in ihren Reihen: im Erwachsenenalter zum Islam konvertierte weiße Franzosen oder US-Amerikaner. Die These, die Haltung der radikalen Islamisten gegenüber den BewohnerInnen der USA sei vergleichbar mit dem Verhältnis der Nazis gegenüber den Juden, trifft nicht zu.

Aus den genannten Gründen dient der Islamismus auch imperialistischen Mächten, beispielsweise den USA, in manchen Situationen als willkommenes Instrument der Krisenverwaltung, das für "Stabilität" in den zu kontrollierenden Ländern sorgt. Am Beispiel Saudi-Arabiens machen die USA das seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts vor.

Prinzipielle Voraussetzung dafür ist natürlich, dass der Islamismus eigene politische Ansprüche nach außen hin, auf internationaler Ebene, zurückschraubt und sich auf eine "Moralisierung" der von ihm beherrschten Länder eingrenzen lässt - oder aber eine pro-westliche Außenpolitik betreibt. Die US-Politik unterscheidet daher auch zwischen einem nach außen hin pro-westlichen und daher ungefährlichen Islamismus einerseits und dem "gefährlichen" Islamismus, etwa dem iranischen "Modell" der 80er Jahre, andererseits. Und selbst im iranischen Falle sollte man zwischen Rhetorik - die eher der "Eindämmung" und Gefügigmachung eines nicht grundsätzlich verworfenen Regimes dient - und realer Gegnerschaft unterscheiden.

Selbstverständlich kann sich die auf Repression im Inneren der muslimischen Gesellschaft ausgerichtete tiefste Natur des islamistischen Projekts in der politischen Praxis mit chauvinistischen und verschwörungstheoretischen Elementen mischen. Das tut es im Übrigen nicht allein im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Andere Orte, wo der internationale Islamismus mindestens ebenso viel Gewalt entlädt, sind Bosnien, Kaschmir, der Südsudan und die von Kopten bewohnten Regionen Ägyptens.

Wer die Ursachen des gesellschaftlichen Erfolges des Islamismus - jene Mischung aus berechtigter Gesellschaftskritik und reaktionärem Wahn - nicht richtig analysiert und stattdessen militärische Lösungen fordert, könnte dazu beitragen, die reaktionäre Utopie noch zu bestärken. Der Krieg der US-geführten Allianz gegen den Irak von Anfang 1991 hat, ebenso wie zuvor die sowjetische Invasion in Afghanistan, der islamistischen Schein-Alternative in der gesamten Region zu neuer Legitimität verholfen - als Repräsentantin des Widerstandes gegen eine äußere Unterdrückung.

Anfang der 90er Jahre war Matthias Küntzel noch in der Lage, diesen Zusammenhang zu sehen. 1991, als Teile der radikalen Linken, auch der damaligen KB-Minderheit, wegen der antijüdischen Propaganda des Regimes in Bagdad den Angriff auf den Irak befürworteten, stellte Küntzel einem Wortführer der "antideutschen" Bellizisten die Frage: "Welche Länder der Region willst du eigentlich noch präventiv

bombardieren?" Dies sei schließlich nur konsequent. Heute scheint es an der Zeit, genau diese Frage an Matthias Küntzel zurückzugeben.

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkungen:

1) Die folgenden Zitate stammen überwiegend aus Matthias Küntzels Artikel in konkret 11/2001; in Jungle World vom 23. Januar 2002 nimmt er vorsichtiger Stellung, um die seit vergangenem Herbst in konkret mehrheitlich vertretenen Positionen zu kritisieren.

2) Matthias Küntzel hat den Autor dieses Artikels darauf aufmerksam gemacht, dass sein Artikel - der im November 2001 in konkret erschien - auf Grund des Redaktionsschlusses (4. Oktober) kurz vor Beginn der Bombenflüge (7. Oktober) geschrieben worden sei. Freilich war zu dem Zeitpunkt den meisten Beobachtern klar, dass der Krieg unmittelbar bevorstand.

3) Küntzel hat den Verfasser vehement darauf hingewiesen, er zitiere doch gar nicht Adolf Hitler, sondern allenfalls Alfred Speer. Tatsächlich zitiert er - schon im zweiten Absatz seines konkret-Artikels - Adolf Hitler durch den Mund des NSDAP-Politikers Alfred Speer, welcher Hitlers mündliche Ausführungen in Partei- oder Führungskreisen wiedergibt und zusammenfasst.

31. Ludger Volmer und der Bellipazifismus. Offener Brief an die rote, grüne und naturfarbene Friedensbewegung

Autor: Komitee für Grundrechte und Demokratie · Rubrik: Friedensbewegung; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:03

Ihr vielfarbigen Freundinnen und Freunde,

der heutige Staatsminister im Auswärtigen Amt Ludger Volmer warf in Zeiten des Bellizisten-Pazifisten Streites während des Bosnien-Krieges 1995 seinem Parteifreund Fischer vor, Grundüberzeugungen über Bord zu werfen und mit der Befürwortung militärischen Eingreifens "ein Interventionist" zu sein. (taz 12.8.95) Heute ist aus dem einstigen Kritiker ein Verfechter von Militärinterventionen geworden. Trotzdem möchte er sich weiter als Pazifist verstehen - eben als Bellipazifist. Er schreibt: "Pazifismus heute kann militärische Gewalt als Ultima Ratio, als letztes Mittel, nicht leugnen, kämpft aber für die Prima Ratio, die zivilen Mittel der Krisenprävention." (Frankfurter Rundschau, 7.1.2002). Hat also Helmut Kohl doch recht gehabt hat, als er die Bundeswehr als die größte Friedensbewegung Deutschlands bezeichnete? Konsequenterweise sollte nun aus dem AA der Aufruf folgen: "Friedensbewegte, tretet ein in die Bundeswehr" und ab in den anti-terroristischen Terrorkrieg!

Nachdem Volmer den Religionsgemeinschaften die Leviten gelesen hat: "Doch sie wissen, dass Ethik nicht in eine einzige Handlungsmoral zu übersetzen ist. Das tun nur religiöse Fundamentalisten. Wer keinen Gottesstaat will, lässt der Politik die Freiheit der Entscheidung,..." (ebd.), wendet er sich dem "politischen Pazifismus" zu. Dieser habe auf verschiedene historische Situationen Antworten gegeben, die heute nicht mehr nützten. Nun aber sei eine neue Situation gegeben: "Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen - das ist die neue Gefahr...." Sonderbar und etwas weltfern fügt der Minister hinzu: "Die Parole ‚Kampf dem Atomtod` wird Al Qaeda wenig beeindruckt haben." Volmer verbittet sich auch, die militärische Bekämpfung des "Terrorismus" zu kritisieren: "Doch es ist verblüffend, welche Verdrängungsleistungen manche Pazifisten aufbringen, um das bisherige Weltbild gegen neue Erkenntnisse abzuschotten... Man lehnt sich zurück und kritisiert die Strategie, prangert die an, die beim Kampf gegen den Terror auch Unschuldige treffen. Unversehens werden antiimperialistische Muster neu aufgelegt - Opfer zu Tätern erklärt." An dieser Stelle mag manchem die Frage auftauchen, ob hier nicht Kritiker des Bombardements unter den Verdacht gestellt werden, heimliche Sympathisanten der Terroristen zu sein? Und aus der fernen Zeit des Kalten Krieges hört man das Echo: Geht doch nach drüben!

Nachdem dann der Minister dem politischen Pazifismus die Aufgabe zugeteilt hat, sich für das Primat der Politik und die Unterordnung militärischer Schritte unter politische Strategien einzusetzen, kommt er zu der verblüffend optimistischen Feststellung: "Noch nie waren die Aussichten so groß, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf Methoden zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung verständigt." Und weiter: "In der Weltinnenpolitik treffen sich die Gedanken der etablierten Außenpolitik und eines neuen politischen Pazifismus. Sollen die alten Pazifisten ausgerechnet jetzt aus der Politik aussteigen, nur weil militärische Mittel nicht ganz verzichtbar sind?" (ebd.)

Die Botschaft des grünen Ministers ist eindeutig, Pazifisten sollen die rot-grüne Aufrüstungspolitik im Rahmen der EU und der Nato sowie die deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen mittragen, sollen erkennen, dass die früheren pazifistischen Grundlagen der grünen Partei nicht zerstört, sondern in einer neuen Form, militärisch modernisiert, erhalten geblieben sind. Doch ehe sich jemand für den kurzen Marsch in den Bellipazifismus entscheidet, sollte er zumindest die folgenden Fragen bedenken.

- Ist der Einsatz militärischer (nicht polizeilicher!) Mittel mit dem grundsätzlichen Ziel von Pazifismus vereinbar, die kriegerische Bearbeitung von Konflikten zu Gunsten ziviler Formen der Konfliktbearbeitung zu überwinden? Die Bereitschaft zu militärischen Interventionen erfordert permanente Aufrüstung. Denn nur wer überlegen ist, kann intervenieren.

- Steht nicht hinter dem Gedanken des Bellipazifismus die Vorstellung, es gäbe gutes Militär und gute Staaten, die für eine gerechte Sache humanitär intervenierten? Denkt man weiter, gelangt man zu der Figur des

"Gerechten Krieges", einer Figur, die ideologisch die ungerechten Kriege stets legitimieren sollte. Sind etwa die USA, die Führungsmacht der Anti-terroristischen Allianz eine solche gute und gerechte Macht?

- Sind die "Kollateralschäden" an Unbeteiligten (in Afghanistan übersteigt mittlerweile die Zahl der Bombentoten die der Toten von Manhattan) und die Zerstörung der afghanischen Infrastruktur, die viele weitere Menschen im harten Winter das Leben kosten dürfte, menschenrechtlich vertretbar? Bei wie vielen Kollateral-Toten endet die "humanitäre" oder "antiterroristische" Intervention und wird selbst zum Terror? Werden in Afghanistan nicht vielmehr Bedürfnisse nach Rache und Vergeltung bedient, als eine Weltinnenpolitik angestoßen?

- Die EU rüstet mit aktiver Beteiligung von Rot-Grün für weltweite Militärinterventionen auf. Demgegenüber sind die Aufwendungen für Prävention und zivile Konfliktbearbeitung lächerlich gering. Kofi Annan bringt es auf den Punkt: "Die Welt gibt heute Milliarden für die Vorbereitung von Krieg aus, sollten wir nicht wenigstens ein oder zwei Milliarden für die Vorbereitung des Friedens einsetzen?" Wie glaubwürdig ist angesichts dieses Missverhältnisses das Bekenntnis zur "prima ratio" zivile Konfliktbearbeitung? Zumal von der rot-grünen Bundesregierung bereits zwei Mal innerhalb einer Legislaturperiode zur "ultima ratio" Krieg gegriffen wurde? Waren die Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan tatsächlich Ausnahmefälle oder nicht doch Präzedenzfälle?

- Die neue Situation, die bellipazifistische Antworten erfordere, sei u.a. dadurch gekennzeichnet, dass sich Massenvernichtungsmittel in den Händen von "Terroristen" befänden, wie Volmer unbewiesen behauptet. Nun sind Massenvernichtungsmittel, also Terrorwaffen, haushoch überwiegend in den Händen der Staaten der Anti-Terrorallianz, die nebenbei im wesentlich für die Verbreitung solcher Waffen per Rüstungsexport in der ganzen Welt gesorgt hat. Deutschland ist bei den Rüstungsexporten in der Weltspitzengruppe dabei. In der Allianz befinden sich Staaten, die nachweislich Staatsterrorismus betreiben, der in seinen Folgen weit über die verbrecherischen Anschläge auf World-Trade-Center und Pentagon hinaus geht. Hat das AA dies noch nicht erkannt, oder soll im Rahmen der Formierung des Bellipazifismus etwa der russische Terrorkrieg in Tschetschenien oder die Menschenrecht verachtende und friedensfeindliche Behandlung der Kurden im Südosten und Osten der Türkei als anti-terroristische zivile Strategie weltinnenpolitisch neu interpretiert werden?

- Wie kann man sich Volmers aufdämmernde neue Weltinnenpolitik vorstellen, wenn die USA sich weder an internationales Recht halten und noch nicht einmal mit ihren Verbündeten ihre Politik abstimmen? Wenn sie den ABM-Vertrag, ein wichtiges Element der internationalen Rüstungskontrollpolitik, einseitig kündigen, um das Wettrüsten durch eine neues Raketenabwehrsystem, das alle anderen fürchten, voran zu treiben, einen Weltstrafgerichtshof und Verträge für die Kontrolle von Massenvernichtungsmitteln blockieren usw.? Gleichzeitig werden den Vereinten Nationen Aufräum- und Ausputzerfunktionen nach Militärinterventionen zugewiesen. Den Zivilen Diensten geht es nicht besser. Die NATO, Volmer beschwört die Bündnissolidarität, will sogar ausdrücklich in ihrer "Neuen Strategie" notfalls auch gegen internationales Recht und die Verpflichtungen gegenüber den UN bei wichtigen eigenen Interessen militärisch vorgehen. Versteht Rot-Grün das und die entdemokratisierenden "Sicherheitspakete" unter Weltinnenpolitik? Na, danke!

- Eine letzte kurze Frage: Bellipazifismus Volmer'scher Machart hat sicher etwas mit dem Versuch zu tun, eine scheinbar pazifistische Legitimation für die rot-grüne militärische "Realpolitik" zu finden und so die Anhänger der grünen Partei bei der Fahne zu halten. Doch hat er auch etwas mit der Realität von Menschen überall auf der Welt, deren Menschenrechte zutiefst und in vielfältiger Weise missachtet und verletzt werden, und dem Streben nach Überwindung von Krieg zu tun? Geht es nicht eher darum, Deutschland machtpolitisch neu zu positionieren, nämlich als "normale" militärische Großmacht?

Bitte, verbreitet diesen offenen Brief, diskutiert ihn und wenn Ihr mögt, schreibt uns Eure Sicht.

Freundlich grüßend für das Komitee für Grundrechte und Demokratie

Volker Böge, Theo Christiansen

(Geschäftsführender Vorstand),

Andreas Buro

(Friedenspolitischer Sprecher)

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Tel.: 0221/97269-30; Fax: -31

32. Dabei sein ist alles. attac: Politisch nahe der Fernsehkameras

Autor: Ingo Stützle/ Boris Kanzleiter · Rubrik: Diskussion; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:38

Anfang Februar versammelten sich 60.000 Menschen aus über 150 Ländern zum zweiten "Weltsozialforum" im brasilianischen Porto Alegre, dem Mekka jener Bewegung, die unter dem Sammelbegriff "Globalisierungskritik" im vergangenen Jahr für Furore gesorgt hat. "Eine andere Welt ist möglich" lautete das Motto des Happenings. Die Frage war allerdings, wie diese Welt aussehen soll. Dass es darüber keineswegs Übereinstimmung gibt, zeigte sich überdeutlich. In Porto Alegre wurden nämlich nicht nur Netzwerke geknüpft und in Hunderten Workshops diskutiert, getanzt und gelacht. Es flogen auch die ersten Torten in den eignen Reihen. Ziel war die eigens für das Forum eingerichtete VIP-Lounge, in der sich die gleicheren unter den - nach eigenem Selbstverständnis - prinzipiell gleichen GlobalisierungskritikerInnen versammelten.

Die Kritik der BasisaktivistInnen galt aber nicht nur den Starallüren einzelner RepräsentantInnen der Bewegung. Moniert wurde auch, dass die FinanzmarktkritikerInnen von ATTAC dem WSF ihren Stempel aufdrücken wollten, obwohl dieses schließlich die "sozialen Bewegungen der ganzen Welt" vertreten sollte. Trotz der immer wieder beschworenen Pluralität und Heterogenität der globalisierungskritischen Bewegung sind die Linien zwischen ATTAC und seinen KritikerInnen bereits klar gezogen und die Gräben tief ausgehoben. Dafür ist das WSF nur ein weiteres Beispiel.

Doch was sind neben den Problemen von drohender Institutionalisierung und Integration, die beim WSF deutlich geworden sind, die grundlegenden Fragen in dieser Debatte? Das wird bei den Dikussionsbeiträgen nicht immer klar, denn oft scheinen Kritik und Erwiderung schon so reibungslos zu funktionieren wie eingeübte Spielzüge beim Fußballtraining. Für Ambivalenzen bleibt kein Raum. Und genauso oft muten die Stellungnahmen an wie Spiegelfechterei. Es wird auf selbstgestellte Fragen geantwortet, die gar nicht der tatsächlichen Kritik des jeweiligen Widerparts entsprechen.

Pappkameraden und Spiegelfechtereien

Dafür ist der Text von ATTAC-Mitgründer Werner Rätz in ak 456 in gewisser Weise ein ärgerliches Beispiel. Unter der Überschrift "'Pfui, Reformismus!'?? Warum ATTAC für die radikale Linke notwendig ist" versucht er mit linker Kritik an ATTAC abzurechnen und die Notwendigkeit der Beteiligung radikaler Linker in ATTAC zu begründen. Die Erfolgsgeschichte der Gruppe, so Rätz, wecke "Begehrlichkeiten und Ängste aller Art", deshalb solle man sich erst genauer anschauen, was ATTAC wirklich sei. Nämlich eine kleine, heterogene Gruppe mit einigen konkreten Forderungen, wie der sogenannten Tobin-Steuer zur Besteuerung der Finanzmärkte. Insgesamt sei das Netzwerk "selbstverständlich keine revolutionäre Bewegung", sondern ein dynamischer Prozess. Dann folgt seine Kritik an der Kritik. Statt sich auf die politische Dynamik einzulassen, die mit Göteborg und Genua ATTAC auch in Deutschland Auftrieb gebe, stellten sich die radikalen Linken einfach daneben und riefen "Pfui Reformismus!" So könnten die KritikerInnen "zwar recht haben", das bliebe aber wirkungslos.

1:0 für Rätz könnte man denken, schließlich ist das Sektierertum der radikalen Linken tatsächlich oft ein Ärgernis. Das Problem ist hier aber ein anderes. Denn Rätz baut in seinem Artikel lediglich einen Pappkameraden auf, den er danach publikumswirksam abschießt. Betrachten wir die Debatte um ATTAC genauer, sehen wir, dass der von Rätz entlarvte Vorwurf, ATTAC betreibe "nur Reformismus" in einer derart platten Form lediglich in den für ihre Kuriositäten berüchtigten free postings auf indymedia anzutreffen ist.

In der tatsächlichen Diskussion geht es um anderes. Da wird einerseits die strategische Ausrichtung von ATTAC mit den damit verbundenen Forderungen und Ansatzpunkten kritisiert und andererseits das diesen zu Grunde liegende Verständnis von Ökonomie, Kapitalismus und Herrschaft. Dies allerdings sind für die Linke grundlegende Fragen, die nicht so einfach mit dem Verweis vom Tisch gewischt werden können, wenn die Dynamik einer Bewegung in Gang sei, werde sich das schon alles radikalisieren lassen. Denn vielleicht sind ja die Grundlagen falsch. (1)

Schauen wir uns einen Ausschnitt der Kontroverse einmal konkreter an. Bei den im vergangenen Jahr geführten Auseinandersetzungen zwischen ATTAC und einer KritikerInnenschar aus den Reihen des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) sowie einiger anderen Gruppen war ein zentraler Punkt, ob nicht die stark akzentuierte Konzentration der ATTAC Kritik auf die Rolle der Finanzmärkte im neoliberalen Globalisierungsprozess eine offene Flanke zu antisemitischen Stereotypen aufweise. Die Figur des "jüdischen Spekulanten" und des "vagabundierenden jüdischen raffenden Kapitals" ist schließlich ein stehendes antisemitisches Bild, das das Alltagsbewusstsein in einem nicht gerade zu vernachlässigenden Teil der Bevölkerung prägt. Konsens war bereits nach der ersten Runde "interner" Diskussion, dass es diese Gefahr gibt und dass es notwendig sei, diese bewusst zu reflektieren.

Doch scheint die ATTAC-Kritik an den Finanzmärkten zu populär zu sein, als dass man sie nicht populistisch nutzen möchte. Schließlich geht es um Bewegung. Jedenfalls stempelt ATTAC-Sprecher Thomas Fritz die Kritik als unsolidarisch ab und stilisiert sich als Opfer unberechtigter Kritik (junge Welt 19.10.01). Der Bremer ATTAC Professor Jörg Huffschmid benutzt dagegen weiter Begriffe wie "vagabundierende Kapitalüberschüsse", wie in seinem Text "Gegen die Diktatur der Märkte" nachzulesen ist. Und Werner Rätz geht gleich gar nicht darauf ein, obwohl er den Anspruch formuliert, die Kritik zu kritisieren.

ATTAC - APO der Sozialdemokratie

Bei der Kontroverse geht es nicht um den Vorwurf des Antisemitismus an ATTAC, wie auch Markus Wissen nochmals betont (vgl. ak 457). Es soll auch nicht darum gehen, die linke Bewegung auf Ideologiekritik einzudampfen. Denn Ideologiekritik ist schließlich nur dann gesellschaftlich relevant, wenn sie "Leben" (Gramsci) wird. Es kann nicht um eine "richtige" Kritik gehen, die einseitig-aufklärerisch an die Massen herantragen werden soll. Alles in allem ist der Streit keiner, der mit den Kategorien "Reform" versus "Revolution" ausgetragen wird. Es geht hier vielmehr um die Frage, wie bestimmte politische Forderungen in einem diskursiven Umfeld wirken. Befördern sie eine emanzipatorische Gesellschaftskritik oder sind sie an hegemoniale Beschreibungen anschlussfähig und bewirken so eher das Gegenteil. Und gerade das ist bei einer Kritik an der neoliberalen Globalisierung der Fall, die lediglich die Phänomene der Finanzsphäre in den Mittelpunkt stellt, ohne die Frage nach deren Ursachen im Prozess kapitalistischer Verwertung zu suchen. Gegen das "ungezügelte Finanzkapital" wettern schließlich auch prinzipielle BefürworterInnen des Kapitalismus, wenn sie populistische Reden halten.

Thomas Fritz betont, eine analytisch ausgereifte Kapitalismuskritik sei nicht Aufgabe der Bewegung und Peter Wahl meint "vage Gefühle", "spontane Kritik" und "emotionale Empörung" seien einem "elaborierten Krisen- und Kapitalismusbegriff" vorzuziehen. Dennoch lassen die ATTAC-Funktionäre dann doch keine Gelegenheit aus, ihren ökonomischen Sachverstand unter Beweis zu stellen. Fritz (iz3w 258) versucht glauben zu machen, dass die Positionen von ATTAC und ihren KritikerInnen gar nicht so weit voneinander entfernt seien. Spannungen gebe es nur bei der Interpretation der Empirie, in der Frage nach der Entkopplung von realer und monetärer Akkumulation und der theoretischen Einschätzung des Finanzmarkts.

Aber ist das nicht genug? Denn letztlich handelt es sich dabei um grundlegende Fragen auch jenseits einer Kontroverse über "reformerische" oder "revolutionäre" Mittel, was auch immer das heute heißen mag. Sind Phänomene wie Finanzkrisen und deren ohne Zweifel verheerenden Auswirkungen Folgen oder die Ursache des Problems? Und: Reduziert sich die Kritik auf die Verteilung des Reichtums oder zielt sie bereits auf die Frage, wie produziert wird. Bei beiden Fragen landen wir beim Kern der Debatte. Geht es um eine grundsätzliche Kapitalismuskritik oder lediglich darum, eine sozialverträgliche Regulierung des Kapitalismus zu fordern.

Während Thomas Fritz sich dagegen verwehrt, dass aus dem Fokus auf die Finanzmärkte notwendig eine Beschränkung auf einen Verteilungsdiskurs folge, hört sich das bei Peter Wahl in einem Streitgespräch mit Olaf Henkel (EX-BDI) schon ganz anders an. "Solange sie keine geeigneten Verteilungsmechanismen haben, nützt ihnen das ganze schöne Wachstum nichts", erklärt er. Was geht bei Aussagen dieser Natur noch über die Kapitalismuskritik eines Oskar Lafontaine hinaus? Nichts. Folgerichtig ist der ehemalige Finanzminister auch schon ein ATTAC-Maskottchen, das öffentlichkeitswirksam präsentiert wird.

Nun mag Werner Rätz einwenden, er habe ja auch nicht behauptet ATTAC sei revolutionär. Ihm ginge es lediglich darum, dass die radikale Linke nicht schon wieder die Gelegenheit verpasse, politikfähig zu werden.

Die Frage ist nur, ob die radikale Linke in diesem Umfeld in der Lage dazu ist, oder ob sie sich nicht zum Fußvolk für die Profilierungsgelüste abgehalfteter Politfunktionäre macht, die mit dem Aufschwung der globalisierungskritischen Bewegung einen zweiten Frühling wittern. Warum sollen antikapitalistische Positionen sich in einer Zeit, in der sich die Kritik am Kapitalismus zum ersten Mal seit Jahren wieder öffentlichkeitswirksam vertreten lässt, hinter einer außerparlamentarischen Sozialdemokratie verstecken?

Hier stellt sich die Frage, warum gerade ATTAC zum Sprachrohr der GlobalisierungskritikerInnen wurde. Zwei Faktoren scheinen relevant zu sein. Erstens bilden die internationalen Protestbewegungen seit dem Gipfelsturm von Seattle im Herbst 1999 nun auch in Deutschland den Resonanzboden für eine hörbare diffuse linke Kritik an der neoliberalen Globalisierung. Während aber weite Teile der radikalen Linken in Deutschland nach langen Jahren der fortwährenden Frustration BewegungsabstinzlerInnen geworden sind, konnte ATTAC mit einer professionell aufgezogenen Pressearbeit das Informationsloch füllen, das die Proteste bei den hiesigen Medien hinterließen. Das Netzwerk füllte so ein Vakuum, das die radikale Linke selbst zu verantworten hat. Man könnte also auf ATTAC münzen, was Wigalf Droste über Wolf Biermann sagte: Politisch stehen sie nahe der Fernsehkameras und gleichzeitig die Linksradikalen auffordern, nicht nur telegene Prozessionen von KapuzenträgerInnen zu organisieren, sondern auch zu erklären, was das soll, statt sich medienscheu vor hingehaltenen Mikrofonen zu verstecken.

Integration ist das Ende der Bewegung

Einen zweiten Faktor nennt Markus Wissen in iz3w 258. Er stellt zu Recht fest, dass ATTAC konkrete und eingängige Forderungen formuliert, dafür aber eine Perspektive, die über das Bestehende hinaus weist, aufgibt und damit jegliche Herrschaftskritik ad acta legt. Anstatt unmittelbare Forderungen und eine adäquate Praxis zu entwickeln, werden alternative Regierungsprogramme formuliert und an das moralische Gewissen appelliert. Insofern widerspiegelt der Erfolg von ATTAC dann doch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik, in der eine grundsätzliche Kapitalismuskritik im Gegensatz zu Frankreich und Italien eben noch immer eine Marginalie ist, auch wenn sie wieder Gehör findet.

Muss die radikale Linke also nicht gerade deshalb in ATTAC aktiv werden, könnte man noch einmal mit Rätz fragen. Davor ist zu warnen. Denn das Gerede von einem "globalen Gesellschaftsvertrag" oder der Forderung nach einem "globalen Marshallplan" (ATTAC-Sprecherin Susan George), wie es in Porto Alegre von ATTAC eingefordert wurde, öffnet nicht den politischen Raum für herrschaftskritische soziale Bewegungen, sondern schafft den ideologischen Humus, auf dem die teilweise recht unartikulierte, in ihrer Praxis aber durchaus radikale globalisierungskritische Bewegung in den gesellschaftlichen Mainstream integrierbar wird. Nicht umsonst bemühten sich die in New York beim Weltwirtschaftsforum versammelten ProtagonistInnen der neoliberalen Politik, die Staatschefs, IWF-Funktionäre und UnternehmerInnen, um viel Verständnis für das bunte, sympathische Treiben in Porto Alegre. Gleichzeitig führen sie Krieg. Gelingt die Integration der Bewegung, ist sie wieder tot. Denn schließlich ist es ihr Reiz, dass sie ein System grundsätzlich in Frage stellt, dessen Legitimation offensichtlich angekratzt ist.

Ingo Stützle/ Boris Kanzleiter

Die Autoren engagieren sich in der Gruppe für eine linke Strömung (felS) in Berlin

Anmerkung:

1) Debatte unter anderem in der jungen Welt im Oktober 2001 vor dem ATTAC-Kongress, Sondernummer der iz3w, sowie iz3w 258.

33. Der kurze Frühling des Eurokommunismus. Ein Rückblick, 25 Jahre nach der Konferenz von Madrid

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:01

Dieses Gespenst ging nicht lange um in Europa: das Gespenst des Eurokommunismus. Vor 25 Jahren allerdings war nicht abzusehen, dass ihm nur ein kurzes Dasein beschieden sein würde. Denn sein jahrelang vorbereiteter großer Auftritt im Frühjahr 1977 war ein fast weltweit registriertes Ereignis, vor allem, weil die drei größten kommunistischen Parteien Westeuropas damit die Führungsrolle der KPdSU in Frage stellten und einen eigenständigen Weg zum Sozialismus beanspruchten. Mitten im Kalten Krieg war diese erneute Spaltung der "kommunistischen Weltbewegung" gerade auch für deren erbittertste Gegner eine Sensation.

So blickten Rechte wie Linke gespannt nach Madrid, wo am 3. März, knapp eineinhalb Jahre nach dem Tod des spanischen Diktators Franco, die eurokommunistische Troika vor die Weltpresse trat: der Spanier Santiago Carrillo (PCE), der Franzose Georges Marchais (PCF) und der Italiener Enrico Berlinguer (PCI). Ihre gemeinsame Erklärung war kurz. Angesichts der "wirtschaftlichen, politischen, sozialen und moralischen" Krise in den drei Ländern sei es notwendig, "das breiteste Einverständnis der politischen und gesellschaftlichen Kräfte herbeizuführen, die bereit sind, zu einer Politik des Fortschritts und der Erneuerung beizutragen." Ihr Ziel sei es, "den Sozialismus in Demokratie und Freiheit zu errichten", erklärten die drei Parteien und betonten die Unantastbarkeit der individuellen wie der kollektiven Freiheiten, darunter Presse- und Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, Demonstrationsfreiheit und Streikrecht. Was im Rückblick banal klingt, war damals eine offene Kritik am sowjetischen Einparteiensystem und der Verweigerung grundlegender Freiheitsrechte in den Ländern des "realen Sozialismus".

Der Begriff "Eurokommunismus" kam in der Erklärung nicht vor. Erstmals öffentlich verwendet hatte ihn der jugoslawische Journalist Frane Barbieri in der konservativen Mailänder Tageszeitung Giornale Nuovo. Das war im Juni 1975, und seitdem fand das Wort wachsende Verbreitung in der westeuropäischen Presse. Die Eurokommunisten distanzierten sich halbherzig: Sie hätten den Begriff nicht erfunden, das durch ihn ausgelöste Echo aber sei "ein Beweis für die Erwartungen, die Bedeutung und Inhalt, die dieser Terminus einschließt, umgeben". Ganz treffend war er schon deshalb nicht, weil es verwandte Strömungen auch außerhalb Europas gab, u.a. in einigen kommunistischen Parteien Asiens (Japan, Indien, Israel), Australiens und Amerikas (Mexiko, Venezuela, Brasilien). Der Eurokommunismus war also eher ein Phänomen höher entwickelter kapitalistischer Länder; die westeuropäischen KPn teilten sich in eine eurokommunistische Mehrheit (Schweden, Finnland, Island, Grönland, Großbritannien, Belgien, Schweiz) und eine prosowjetische Minderheit (BRD, Österreich, Portugal, Niederlande); in Griechenland, Norwegen und Dänemark gab es sowohl eurokommunistische als auch realsozialistisch orientierte Parteien.

Bekenntnis zum sozialistischen Pluralismus

Die maßgeblichen Kräfte des Eurokommunismus - PCI, PCF und PCE - verzichteten wohlweislich darauf, innerhalb der "kommunistischen Weltbewegung" die Machtfrage zu stellen - um die KPdSU nicht allzu sehr zu reizen, aber auch um die zahlreichen AnhängerInnen des sowjetischen Modells in den eigenen Reihen nicht vor den Kopf zu stoßen. Sie wollten weder ein Modell schaffen noch einen "Dritten Weg" gehen, versicherte Carrillo - vielmehr müsse es vier, fünf, viele Wege zum Sozialismus geben. Und doch gibt es natürlich eurokommunistische Grundwerte ebenso wie Gemeinsamkeiten der politischen Praxis. Während Carrillo in seinem Buch "Eurokommunismus und Staat" (siehe gesonderten Artikel) eine theoretische Begründung versuchte, wird vor allem am italienischen Beispiel deutlich, was Eurokommunismus in der Praxis bedeutete und welche lange Vorgeschichte die spektakuläre Wende von 1977 hatte.

Seit 1943 stand der PCI vor der Frage, welcher Art die Umgestaltung der italienischen Gesellschaft nach dem Sieg über den Faschismus und die deutsche Besatzungsmacht sein sollte. Noch während die KommunistInnen, als stärkste Kraft der Resistenza, den bewaffneten Kampf führten, vollzog die Parteiführung im März 1944 die "Wende von Salerno": Nicht der Sozialismus stand auf der Tagesordnung, sondern die Einführung einer Demokratie, "die im aktiven Sinn antifaschistisch und antiimperialistisch und deshalb wirklich national, direkt und progressiv ist". Diese Orientierung entsprach auch dem Interesse der Sowjetunion, der es seit 1945 zunächst um die Sicherung ihrer Einflusszonen ging. Italien aber war westliches Interessengebiet

und nahm den von den USA diktierten Entwicklungsweg: Mitgliedschaft in der NATO, kapitalistischer Wiederaufbau mittels Marshall-Plan, Antikommunismus als Staatsdoktrin. Die italienischen Kommunisten, kurzzeitig an einer christdemokratisch geführten Koalition beteiligt, wurden schon 1947 aus der Regierung geworfen. 1948 folgte der historische Sieg der Democrazia Cristiana (DC) über die linke Volksfront; für Sozialisten und Kommunisten begannen lange Jahre der Opposition. Nach Stalins Tod postulierte Palmiro Togliatti, PCI-Sekretär von 1926 bis zu seinem Tod im Jahre 1964, einen "italienischen Weg zum Sozialismus" und formulierte das Prinzip des "Polyzentrismus" in der kommunistischen Weltbewegung. Das richtete sich gegen den Führungsanspruch der KPdSU, war aber noch kein Bruch mit Moskau.

Eine strategische Wende vollzog der PCI dann unter Enrico Berlinguer, der 1972 zum Parteisekretär gewählt wurde. Nach dem Putsch in Chile im September 1973 veröffentlichte Berlinguer eine Artikelserie, überschrieben "Gedanken zu Italien nach den Ereignissen in Chile". Darin benutzte er zum ersten Mal den Begriff "Historischer Kompromiss": der Versuch einer Bündnispolitik mit der regierenden Democrazia Cristiana. Denn "die Gegenüberstellung und der frontale Zusammenstoß der Parteien, die eine Basis im Volk haben und die von breiten Bevölkerungsschichten als ihre Vertretung angesehen werden, würden zu einer Spaltung, zu einer wirklichen Halbierung des Landes führen, was für die Demokratie verhängnisvoll wäre und sogar dem demokratischen Staat die Grundlage des Überlebens entziehen würde." Mit anderen Worten: Die Bildung einer linken Regierung würde die Gefahr eines Putsches und Bürgerkrieges in Italien heraufbeschwören; deshalb sei das Ziel nicht mehr eine "Linksalternative", sondern eine "demokratische Alternative": "eine Verständigung der kommunistisch und sozialistisch orientierten Volkskräfte mit den katholisch eingestellten Kräften des Volkes". Das lief auf eine Koalition mit der DC hinaus, die dann 1978 auch geschlossen wurde, ohne dass der PCI allerdings direkt an der "Regierung der nationalen Solidarität" unter Giulio Andreotti beteiligt wurde. Die durchaus berechtigte Angst vor einem Putsch stand auch hinter der Entscheidung des PCI, Italiens Mitgliedschaft in der NATO nicht anzutasten. Diese Angst wurde nach den Wahlerfolgen des PCI im Juni 1975 (32% bei den Regionalwahlen) und genau ein Jahr später (34,4% bei den nationalen Parlamentswahlen) eher noch größer, als erstmals eine Linksregierung rechnerisch möglich wurde. Stattdessen tolerierte der PCI die Minderheitsregierung der DC (38,7%).

Die seit 1975 intensivierte Bündnispolitik des PCI mit den "Bruderparteien" in Frankreich und Spanien diente auch dazu, international bedeutende Unterstützer für diesen Kurs zu mobilisieren. Der eurokommunistische Dreibund nützte aber auch den beiden kleineren Parteien: Sie sonnten sich im Glanz der italienischen Wahlerfolge und bekamen ihrerseits Rückendeckung für eine ebenfalls weit nach rechts greifende Bündnispolitik.

Am Anfang stand der "historische Kompromiss"

Die bilateralen Erklärungen von PCI und PCE (Juli 1975) sowie von PCI und PCF (September/November 1975) sind politisch ergiebiger als das gemeinsame Kommuniqué vom 2./3. März 1977. Der "Begriff vom demokratischen Vormarsch zum Sozialismus in Frieden und Freiheit" sei "keine taktische Haltung, sondern eine strategische Überzeugung", betonten PCI und PCE. In der italienisch-französischen Erklärung ist zusätzlich noch die "Möglichkeit des demokratischen Wechsels der Mehr- und Minderheiten" enthalten - wohlgemerkt auch für die Phase der sozialistischen Umgestaltung; schwer damit vereinbar ist "die öffentliche Kontrolle über die wichtigsten Produktions- und Austauschmittel, ihre fortschreitende Vergesellschaftung". Nimmt man beide Aussagen wörtlich, dann gibt es bei jedem Regierungswechsel ein fröhliches Hin und Her von "fortschreitender Vergesellschaftung" und kapitalistischer Privatisierung. Einstweilen sahen beide Parteien die Kräfte des Fortschritts auf dem Vormarsch, gerade auch in der "katholischen Welt". - "Diese Tatsache schafft immer größere Möglichkeiten für eine Begegnung zwischen den Kommunisten, der Gesamtheit der Arbeiterbewegung und den Volkskräften christlicher Prägung". Wenn der (problematische) Begriff der progressiven "Volkskräfte" eine Art Bündnispolitik von unten suggeriert, so sah die Praxis anders aus: Der PCI paktierte mit Andreotti, der PCF unterwarf sich Mitterrand, und der PCE machte seinen Frieden mit der Monarchie.

Es war aber nicht dieser offensichtliche "Rechtsopportunismus", der warnende Reaktionen der realsozialistisch orientierten Parteien heraufbeschwor. Als einer der ersten, vermutlich in Absprache mit der KPdSU, geißelte der bulgarische KP-Vorsitzende Todor Shiwkow die "durch und durch antisowjetische Konzeption" des Eurokommunismus, den er als Manöver des Imperialismus zur Spaltung des sozialistischen Lagers hinstellte. Wadim Sagladin (stellvertretender Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU) schrieb den Begriff

(und implizit auch die Konzeption) des Eurokommunismus dem US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski zu, und auch kleinere Lichter wie der DKP-Vorsitzende Herbert Mies verurteilten "Antikommunismus und Antisowjetismus" der eurokommunistischen Abweichler. Demgegenüber trat der berechtigte Vorwurf in den Hintergrund, die eurokommunistischen Kräfte machten einen Prozess der "Sozialdemokratisierung" durch. Denn strategisch war z.B. die "moskautreue" DKP den Euros durchaus nahe, wie ihr Bekenntnis zur "antimonopolistischen Demokratie" und ihre Selbstverpflichtung auf den strikt legalen Weg ebenso zeigten wie ihre allergische Abwehrreaktion gegen radikale Linke, bei gleichzeitigem Werben um Bündnisse mit der sozialdemokratischen "Arbeiterpartei" Helmut Schmidts. Vollständig ausgeklammert wurde in den realsozialistischen Polemiken die Kritik der Eurokommunisten an den undemokratischen Verhältnissen in Osteuropa, ihr Versprechen, Parteienpluralismus, Streikrecht, Presse- und Versammlungsfreiheit etc. auch im Sozialismus zu gewähren.

Die KPdSU und ihr Anhang wittern ein Komplott

Derweil sahen viele Konservative im Eurokommunismus nur ein Täuschungsmanöver im sowjetischen Interesse. Bestenfalls galten ihnen die italienischen, französischen und spanischen Kommunisten als Moskaus nützliche Idioten. Eine Mehrheit für den PCI, warnten bürgerliche Kommunismus-Experten, würde Italien für den "sowjetischen Expansionismus" sturmreif machen. Den Wahrheitsbeweis mussten sie leider nicht antreten. Der eurokommunistische Boom beschränkte sich auf die Jahre 1975 bis 1978. Als internationales Parteienbündnis und politisch relativ einheitliche Strömung überdauerte der Eurokommunismus nur ein paar Jahre. Bald gab es Streit um die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (PCI und PCE waren dafür, der PCF dagegen) und vor allem um die sowjetische Invasion in Afghanistan, die vom PCF gebilligt, vom PCI aber als "offensichtlich imperialistisch" verurteilt wurde.

Während der PCF in den folgenden Jahren innenpolitisch seinen sprichwörtlichen "Zickzackkurs" verfolgte und bei Wahlen langsam, aber stetig Stimmen verlor, war der Niedergang der in sich zerrissenen spanischen KP besonders rasant. Allein der PCI ging den Weg der Sozialdemokratisierung konsequent bis zu Ende. Bis seine größte Nachfolgepartei, der PDS (ab 1998 DS), Regierungspartei wurde, vergingen noch einmal fast 20 Jahre. Das ist selbst bei größtem Wohlwollen alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Grund zur Häme gibt es dennoch auch für radikale Linke nicht. Das eurokommunistische Jubiläum sollte eher Anlass zu einem kritischen Rückblick sein.

Js.

34. Der Staat als Werkzeug des Sozialismus. Santiago Carrillos Buch "Eurokommunismus und Staat"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:27

Santiago Carrillos Buch "Eurokommunismus und Staat" erschien Anfang 1977. Geschrieben hatte er es in der Illegalität, unter Zuhilfenahme der Bibliothek eines Freundes, der ihn vor den spanischen Behörden versteckte. Im Vorwort räumt der Autor zwar "Lücken und Unzulänglichkeiten" des Buches ein, formuliert aber gleichzeitig auch einen hohen Anspruch: Es sei ein Beitrag zur "Verallgemeinerung der Praxis" und, wie der Eurokommunismus insgesamt, ein Versuch, "an den Realitäten unseres Kontinents anzuknüpfen ... und ihnen die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses ... anzupassen."

In seiner Kritik an der Leninschen Staatstheorie greift Carrillo vor allem auf die Arbeiten von Louis Althusser zurück. "Unseres Wissens kann keine herrschende Klasse dauerhaft die Staatsmacht innehaben, ohne gleichzeitig ihre Hegemonie über und in den ideologischen Staatsapparaten auszuüben", hatte Althusser in seinem Buch "Ideologie und ideologische Staatsapparate" geschrieben. Carrillo übernimmt diesen zweifellos richtigen Satz, um Lenins eingeschränktes Staatsverständnis anzugreifen, demzufolge der Staat "ein Organ der Klassenherrschaft" sei. Diese Aussage sei zwar nicht falsch, aber unzureichend, weil sie die staatlichen Zwangsapparate überbewerte und die "letztlich entscheidende Rolle der ideologischen Staatsapparate des Kapitalismus" vernachlässige.

Zwar fehle noch eine Konzeption zur "Demokratisierung des kapitalistischen Staatsapparates"; aber dass dieser "zu einem brauchbaren Werkzeug zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft" werden könne, steht für Carrillo fest. Er sieht sogar jede Menge Anzeichen für eine voranschreitende "Demokratisierung des Staatsapparates", z.B. in Frankreich, wo der Mai 1968 bei den "Ordnungskräften" den "Beginn eines Wandels im Verhalten gegenüber den Problemen der Gesellschaft und ihrer Rolle im Zusammenhang damit" eingeleitet habe. Die Niederlagen des Imperialismus und Kolonialismus in China, Cuba, Vietnam und einigen afrikanischen Ländern hätten dazu geführt, "dass ein Teil der herrschenden Klassen zugänglicher" werde, gewaltsamer Widerstand gegen fortschrittliche Bewegungen sich "auf Kernminderheiten dieser Klassen" beschränke.

"Patriotismus und Opfergeist sind edle Prinzipien"

Günstige Bedingungen für linke Politik sieht Carrillo ausdrücklich auch in Spanien. Seiner Partei stellt er die Aufgabe, für die Demokratisierung des Staatsapparates zu kämpfen, das Militär eingeschlossen. Diesen "Kampf" stellt er sich als edlen Wettstreit der Ideen vor. So müsse "mit politischen und ideologischen Mitteln dafür gekämpft werden, dass sich ein neuer, zivilisierter Begriff der öffentlichen Ordnung durchsetzt"; die Regierenden müssten "sich daran gewöhnen, mit dem Volk zu reden, ihm zuzuhören und notfalls ihre Entscheidungen zu korrigieren! Die Macht darf sich nicht als etwas verstehen, das über der Gesellschaft steht!" Carrillo beschränkt sich aber nicht auf Appelle und eine geschönte Darstellung der Wirklichkeit. Er weist seiner Partei auch den Weg zu einer gnadenlos opportunistischen Militärpolitik. Auch die Reform der Armee ist für ihn eine Frage der besseren Argumente. So will er die Militärs von den negativen Beleiterscheinungen der "blinden Disziplin" überzeugen, rühmt aber gleichzeitig "Patriotismus, Dienst und Opfergeist" als "völlig gültige und edle Prinzipien, die in jedem Armeetyp unentbehrlich sind". Aufgabe der Armee ist - Lenin, hilf! - die "Verteidigung des Vaterlandes". Um das optimal zu leisten, muss die Armee "mit der Nation, mit dem Volk verschmolzen" sein, müssen die Offiziere hervorragend ausgebildete und ausbildende "Techniker" und "Intellektuelle"; selbst Generäle müssen "über die bestmögliche körperliche Kondition verfügen".

Gegen wen Carrillo sein Vaterland verteidigen will, wird im übrigen nicht deutlich. Denn nur in "rückständigen Ländern" sei noch eine militärische Konfrontation zu erwarten, während gleichzeitig "die Politik der Polarisierung zweier Blöcke" in die Krise gerate, die friedliche Koexistenz voranschreite. Heute wissen wir zwar, dass die große militärische Ost-West-Konfrontation, der "Dritte Weltkrieg", ausgeblieben ist. Aber erstens hätte es auch anders kommen können; zweitens hat die imperialistische Politik des "Totrüstens" zum Kollaps des Realsozialismus erheblich beigetragen; und drittens ist heute die Welt keineswegs friedlicher

geworden - wofür nicht die "rückständigsten", sondern die "fortgeschrittensten" Staaten die meiste Verantwortung tragen.

Carrillos allzu schönfärberische Darstellung der internationalen Lage soll - genauso wie sein harmonisches Bild von der Reformfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften - nahe legen, die "Fortschrittskräfte" könnten sich in aller Ruhe auf den reformistischen Marsch durch die Institutionen machen, Bastionen in den ideologischen Staatsapparaten erobern und von da aus den Sozialismus aufzubauen. Das war auch 1977 schon als wirklichkeitsfremd erkennbar. Wer heute nach bleibenden positiven Impulsen des Eurokommunismus sucht, kann auf die Lektüre von Carrillos Bestseller getrost verzichten. Es ist ein Zeitdokument, nicht mehr und nicht weniger.

Js.

Santiago Carrillo: "Eurokommunismus" und Staat. Hamburg/Westberlin (VSA-Verlag) 1977

35. Probleme der "Revisionismuskritik"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:02

Zur Kritik des "Eurokommunismus" erschien im Januar 1979 ein Schulungsheft des Kommunistischen Bundes (KB) mit Nachdrucken von Arbeiterkampf-Artikeln. Ziel der Auseinandersetzung war es, insbesondere "linkssozialdemokratischen" und "undogmatischen" Kräften ihre Sympathien für den "Eurokommunismus" auszutreiben. Die berechtigte Kritik der Euros am repressiven "realen Sozialismus" sei unglaubwürdig: ein "taktisches Manöver, um ‚regierungsfähig` zu werden". Das zeige "die immer hemmungslosere Unterwürfigkeit unter die ‚Staatsräson` derjenigen kapitalistischen Länder, in denen diese Parteien sich als Alternative für die Arbeiterklasse anbieten." Für diesen Befund wurden in der Broschüre und in etlichen weiteren AK-Artikeln aus dieser Zeit reichlich Belege zusammengetragen: die Aussöhnung der spanischen Kommunisten mit der Monarchie, der nationalistisch motivierte Widerstand der französischen KP gegen den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft und insbesondere der repressive Kurs des PCI gegen die radikale Linke und Berlinguers Agitation für eine Politik der "Austerität", die auch von den ArbeiterInnen Opfer zu Gunsten der kapitalistischen Modernisierung verlangte.

All das ist auch aus heutiger Sicht ebenso wenig falsch wie das Gesamturteil, die Herausbildung des Eurokommunismus bedeute einen "deutlichen Rechtsruck" der beteiligten Parteien. Mit gleichem Nachdruck - und ebenfalls zu Recht - wurde auch die Kritik der KPdSU und ihrer Satelliten am Eurokommunismus zurückgewiesen. Diese richte sich allein dagegen, dass "einige ‚KPs` in Westeuropa es wagten, offen Kritik an der Sowjetunion zu üben und eine Unterordnung unter die Politik und außenpolitischen Interessen der KPdSU abzulehnen." Darin zeige sich der "reaktionäre und großmachtchauvinistische Charakter dieses Angriffs". So weit, so gut. Problematisch wurde die KB-Polemik da, wo der Streit um grundlegende theoretische Fragen ging. So hielten es die AK-AutorInnen offensichtlich für selbstentlarvend, dass sich PCI und PCF für "Parteienpluralismus" aussprachen. Auf Argumente dagegen glaubte man verzichten zu können. Der von den Eurokommunisten proklamierte "eigene Weg zum Sozialismus" sei nichts anderes als "die Anerkennung und Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und damit der kapitalistischen Klassengesellschaft, die mit einigen Reformen aufpoliert werden soll." Was ja stimmt - im Unterschied zum KB betonten die Eurokommunisten immerhin, dass der Sozialismus keinen Rückfall hinter die schon in der "bürgerlichen Demokratie" garantierten individuellen und kollektiven Freiheitsrechte bringen dürfe.

Schließlich ließen sich die AK-AutorInnen auch noch zu einer Verteidigung der "Diktatur des Proletariats" hinreißen, die ansonsten in der KB-Publizistik aus gutem Grund überhaupt keine Rolle spielte. Der auf Marx und Engels zurückgehende Begriff enthielt zwar ursprünglich auch das Versprechen direkter Demokratie nach den Prinzipien der Pariser Kommune, er war durch die Deformationen des sowjetischen Sozialismus aber auch weitgehend diskreditiert. "Diktatur des Proletariats" war nicht nur für reaktionäre Bourgeois, sondern auch für die meisten ArbeiterInnen in Westeuropa nichts anderes als Stalinismus. Die Äußerung von George Marchais - "Das Wort ‚Diktatur` hat eine unerträgliche Bedeutung, entgegen unseren Zielen, unseren Thesen" - wurde nun im Arbeiterkampf , versehen mit einem Ausrufezeichen hinter "unerträgliche" und dem Zusatz "Genau!", als Verrat am Sozialismus kenntlich gemacht.

Andere KritikerInnen des Eurokommunismus machten es sich nicht ganz so leicht. Die MitbegründerInnen der Tageszeitung Il Manifesto, Luigi Pintor und Rossana Rossanda, wegen "Linksradikalismus" aus dem PCI ausgeschlossen, kritisierten dessen Rechtsentwicklung, ohne die Brücken abzubrechen. So bezeichnete Pintor Berlinguers "Austeritäts"programm als ein "Klassenbündnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat zum Zwecke einer ‚Modernisierung` des Landes, ein gesellschaftlicher ‚Burgfrieden` der den Wirtschaftsaufschwung ermöglichen soll, d.h. eine Rationalisierung des kapitalistischen Systems und seines Staates." Rossanda war mit diesem Urteil zwar völlig einverstanden, kritisierte aber auch die Linksradikalen, die 1976 als Bündnisliste Democrazia Proletaria zu den Wahlen angetreten waren, aber nur enttäuschende 1,5% erreicht hatten: Zwar würde der PCI immer häufiger den "Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit verwischen", die Neue Linke aber neige "zum entgegengesetzten Fehler". Sie sei - anders als der PCI - nicht fähig, "einer differenzierten Gesellschaft wie der italienischen Rechnung zu tragen".

Die italienische Jugendrevolte im Frühjahr 1977 schließlich war als Reaktion auf die eurokommunistische Wende des PCI zwar "im Prinzip" berechtigt: ein Aufbegehren gegen die "Verstaatlichung" linker Politik, ihre

Unterordnung unter die "nationalen Interessen" und die des PCI, für den "Regierungsfähigkeit" - d.h. Anerkennung durch die Christdemokratie - zum Wert an sich wurde. Nicht zufällig erreichte die Revolte ihren Höhepunkt in der "roten Musterstadt" Bologna. Was im AK als Kulturrevolution nach dem maoistischen Prinzip "Rebellion ist gerechtfertigt" abgefeiert wurde, hatte aber auch tragische Seiten: eine teilweise blindwütige Militanz vorzugsweise gegen die vermeintlichen "Arbeiterverräter" und ein schnelles Ende in Ratlosigkeit, wenn nicht in einer aussichtslosen Hinwendung zum "bewaffneten Kampf". Hierfür trägt der PCI mit seiner Hetze gegen die Linksradikalen eine Mitverantwortung; aber auch letztere, der KB eingeschlossen, verstießen in ihrer Analyse zu oft gegen den fundamentalen Grundsatz, der von Mao hätte sein könne: "Beim Schweineschlachten auf den Hauptfeind achten!"

Js.

36. Sterne sehen Irres Licht. Neue CD aus der Hamburger Schule

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:23

Globalisierungskritik ist Pop, denkt sich die Promoterin von Virgin-Records und preist die neue Scheibe der Sterne folgendermaßen an: "Ein Song zur kontrovers diskutierten Globalisierung findet sich mit ‚Du hast die Welt in deiner Hand` auf ‚Irres Licht` selbstverständlich auch." Was soll uns damit gesagt werden? Jedenfalls veröffentlichen die Sterne im April ihr neues, mittlerweile sechstes Album und gehen damit ab März auf Vorstellungstour.

Leadsänger und Komponist Frank Spilker ist Frank Spilker. Es gibt vermutlich keine Situationen in seinem Leben und damit auch keine Songs, in denen er nicht reflexartig zwischen sich und der Welt eine bohrende Distanz erzeugt. Und damit entblättert er die schöne glänzende Fassadenwelt politisch-gesellschaftlicher Heils- und Glücksversprechungen oder demontiert die Popklischees von Liebe, Verlust und Schmerz zu den einfachen Banalitäten, die am Ende bleiben.

Diese gelangweilte, abgeklärte und manchmal fast apathische Lässigkeit, diese irgendwie unbeteiligt wirkende und doch sehr emotionale Art macht es schwer, das Ganze auf den Punkt zu bringen: "Wenn ich nur vorbei flieg, muss ich da nicht landen, bleib ich in der Luft und lass mich nicht drauf ein" heißt es im Opener "Nur Flug".

Und schon mit den ersten vier Takten wird außerdem klar: Die Sterne klauen wieder, wo und wie es ihnen gefällt. Bei "Nur Flug" treiben die Disco-Soul-Rythmen des uralt Klassiker "Black is Black" von den Los Bravos die Maschine an und immer wieder fühlt man sich an Gloria Gaynor erinnert. Von Queen leihen sie sich den Titel für "Schier Herzattacke" und das bereits eingangs erwähnte "Du hast die Welt in deiner Hand" ist den meisten sicher als amerikanischer Gospel einigermaßen geläufig. Im deutschen kann man bei Conny Froboess andocken, die das Ganze als Schlager mit dem Titel "Du hast dein Schicksal in der Hand" vertonte.

Damit nicht genug, durchzieht den Song der alte Kindergarten-Klassiker "Fuchs du hast die Gans gestohlen", von dem die Sterne die zweite Zeile covern: "Gib sie wieder her" und feststellen: "Ich brauche sie so sehr." Vermutlich nicht eben zufällig kleiden die Sterne den "Song zur kontrovers diskutierten Globalisierung" in ein biblisches, christliches Bild: "Du bist der Anfang und du bist das Ende" heißt es da einigermaßen rat- und hilflos. Doch der eben noch zum göttlichen gemachte Globalisierer wird mit dem diabolischen in eins gesetzt: "Was zum Teufel fängst du damit an?"

"Du hast dein Schicksal in der Hand"

Gegen diese mächtige Phalanx gibt es in der zweiten Strophe keinen Ausweg mehr: "Du hast die Welt in deiner Hand, und ich hab nichts, was ich dagegen tun kann. Ich habe es ausprobiert, das wird nichts mehr. Du hast die Welt, jetzt gib sie her!"

Die aufrecht kämpfende Linke dürfte an dieser Stelle aufschreien, ist aber angesichts der eigenen Schwäche im Grunde zur Leidensfähigkeit und -bereitschaft verdammt. Ganz sicher kann einem die derzeitige Weltlage nach Kosovo-Krieg, 11. September, Anti-Terror-Koalitionen nach innen und außen inkl. Afghanistan-Krieg, deutschen Bundeswehr-Einsätzen in, jetzt wieder, aller Welt nicht nur Angst und Bange sondern auch mutlos machen.

Trotz Seattle, dem Aufschwung der Gegenkräfte in Nizza und Göteborg bis hin zum Erschrecken und Entsetzen von Genua gelangt man zeitweise doch bei der Stimmung der Sterne an: "Ich habe es ausprobiert, das wird nichts mehr." Na klar hat das nichts mit historischen Materialismus zu tun und der Kapitalismus ist weder der Anfang (das wissen wir sicher) noch das Ende der Geschichte (hoffen wir). Die Sterne geben einfach mal ihre Meinung zur gefühlten Welt-Ich-Temperatur bekannt. Das dass nichts mit aufgeben zu tun hat, muss vermutlich dennoch gesagt werden und die Sterne machen das dann auch: "Gib sie her, ich brauche sie so sehr." Da die Sterne scheinbar nicht genau wissen, wer die Welt von denen zu uns bringen soll, appellieren sie an diejenigen, die die Welt in den Händen halten: "Gib sie wieder her. Bring sie doch zurück zu mir".

Das klingt sicher hilflos, ist aber keineswegs hoffnungslos. Denn in dem Kinderlied "Fuchs du hast die Gans gestohlen" wird ja konsequent mit bewaffneten Strafaktionen für den Fall gedroht, dass der Fuchs dieser Aufforderung nicht nachkommt. Für die, die sich nicht mehr erinnern können: "Sonst kommt dich der Jäger holen mit dem Schießgewehr!" Ist dieser nicht gesungene Satz von den Sternen still und leise gedacht?

"Normalerweise spricht Licht nicht"

Das weiß man nicht und vielleicht ist damit dieser scheinbar recht banale Song überinterpretiert und man ist einfach nur auf die Kunst der Sterne-Songs reingefallen, die angebotenen Interpretationsräume voll auszuschöpfen, obwohl die Band was ganz anderes meinte.

Neben Tiefsinnigem enthält die CD mit "Wenn dir St-Pauli auf den Geist fällt" auch einen Einweg-Feuerzeug-Schwenker-Titel für die bevorstehende Tour, der vermutlich am selben Tag geschrieben wurde, als Blumfeld-Kollege Distelmeyer vor lauter "Grauen Wolken" ganz verzweifelt war. Möglicherweise war er gar mit Spilker gemeinsam in St.Pauli unterwegs und die beiden haben dann neben dem Text nur den Rhythmus variiert.

In Sachen Liebe und Kummer bietet sich "Ich will nichts mehr von dir hören an" an, in dem so wunderbare Sätze gesungen werden wie "So bleiben sie denn vorläufig geschlossen, meine Ohren für die Verflossene" oder "Ich freue mich wenn jemand anruft. Ich frag mich nur warum ausgerechnet du?" Und für all diejenigen, die in dem ganzen Wahnsinn drohen unterzugehen, sei noch auf den Titel gebenden Song "Irrlicht" hingewiesen, der in jedem Fall die Bodenhaftung wieder herstellt: "Ein irres Licht schimmert durch die Wände, Gruselig wie ich finde, Gruselig, weil es zu mir spricht." Und dann kommt es: "Normalerweise spricht Licht nicht." Und Sterne singen nicht.

DSe

Rock-Links.de

Die Sterne - Irres Licht, Virgin, erscheint am 22.4.02. Eine EP mit vier Songs soll bereits am 18.3. veröffentlicht werden.

Die Sterne sind im März auf Tour:

14-03-02 Berlin - ColumbiaFritz

15-03-02 Dresden - Star Club

16-03-02 A Wien - Wuk

17-03-02 München - Feierwerk

18-03-02 CH tba

19-03-02 Schorndorf - Manufaktur

20-03-02 Frankfurt - Gallus Theater

21-03-02 Köln - Prime Club

22-03-02 Essen - KKC

23-03-02 Hannover - Faust

24-03-02 Hamburg Markthalle

37. "Wir werden einfach immer mehr." Einschätzungen nach den Polizeischüssen von Göteborg

Autor: Anna Klara Bratt · Rubrik: Schweden · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:29

Die Repression gegen globalisierungskritische Demonstrationen begann bekanntlich nicht mit den Ereignissen in Genua und sie hörte nach Genua auch nicht auf. Schon während des EU-Gipfeltreffens in Göteborg zwischen dem 14. und 16. Juni letzten Jahres ging die schwedische Polizei mit einer bis dahin ungekannten Aggressivität vor. Im Anschluss an die Ereignisse wurden Verfahren gegenüber 2.800 der 30.000 bis 40.000 DemonstrantInnen eröffnet. Von den 109 Festgenommenen wurden bis heute 47 Menschen zu teilweise drastischen Haftstrafen verurteilt. Während die Praxis schwedischer Gerichte für Delikte wie "Landfriedensbruch" bislang meist nur kurze Haftstrafen oder Geldstrafen vorsah, sprach man diesmal Gefängnisstrafen von bis zu vier Jahren aus. Im Herbst gab es zahlreiche weitere Verhaftungen. In über 200 Fällen wird nach Angaben des schwedischen Generalstaatsanwaltes noch ermittelt. Im Januar sind erneut vier Menschen verhaftet worden. Ein Ende der Repression ist nicht abzusehen. Gleichzeitig wurden in den ca. 100 Fällen, in denen Anzeigen wegen polizeilicher Übergriffe vorliegen, noch nicht einmal ein Verfahren eröffnet.

Die anfänglich sehr unkritische Berichterstattung der schwedischen Presse hat sich seit dem Herbst etwas gewandelt. Dies ist auch der Aufdeckung zahlreicher Falschaussagen von PolizistInnen geschuldet. Auch hat die nur allzu offensichtliche Manipulation von Beweismitteln durch die Polizei, u.a. durch kreative Montage und gefälschte Tonspuren von Filmmaterial, nachweislich zu höheren Haftstrafen geführt. Seit Januar prüft das Oberste Gericht in Stockholm zwar die Gründe für die ungewöhnlich hohen Strafen, allerdings ohne dass bisher ergangene Urteile überprüft werden sollen. Eines der erschreckenden Ereignisse von Göteborg waren die Schüsse, die Polizisten auf mehrere Menschen abfeuerten. Der damals 19-jähriger H.W. wurde dabei lebensbedrohlich verletzt. Wir dokumentieren im Folgenden Ausschnitte eines Artikels von Anna Klara Bratt, die H.W. interviewte. Der Artikel erschien in der schwedischen syndikalistischen Zeitschrift Arbetaren.

H.W. ist den Medien gegenüber sehr skeptisch eingestellt. Seine Kritik ist in erster Linie, dass die Medien nicht in der Lage gewesen seien, zu vermitteln, worum es bei der Globalisierungsbewegung (1) eigentlich geht und was im Sommer tausende Menschen auf die Straßen von Göteborg gelockt hat. "Stattdessen geht es in der Debatte nur darum, ob es richtig ist, einen Stein zu werfen und ob die Polizei sich Übergriffen schuldig gemacht hat oder nicht", sagt H.W. "Die Globalisierungsbewegung lanciert kein neues Modell oder eine neue Ideologie, sondern sie will, dass viele Modelle gleichzeitig existieren können, im Gegensatz zur Gleichmacherei durch den Neoliberalismus. Und dies geschieht außerhalb des etablierten Systems. Es geht darum, die Deutungsmacht zurück zu erobern, dass es nicht den Experten überlassen bleibt, zu bestimmen und zu beschließen." (...)

H.W. hat in Göteborg Steine geworfen. Das hat ganz Schweden gesehen und er selbst hat es in einem Fernsehprogramm berichtet, das sich mit der Aufklärung der Ereignisse in Göteborg befasste. Große Teile der schwedischen Linken haben im Sommer die Steinwürfe verurteilt. (...) In den Augen von H.W. beruht dies auf einem Mangel an Analyse. Die Linke habe ihre eigenen Vorstellungen im Stich gelassen, indem sie die Steinwürfe aus dem Zusammenhang gerissen habe. (...) "Unsere Gesellschaft ist eine entstellte Demokratie. Deshalb kommt es zu so massiven Reaktionen auf die frustrierten Krawalle, die dem Gefühl Ausdruck verleihen, dass man nur die Wahl zwischen Parteien hat, die sich nicht nennenswert unterscheiden und keine Möglichkeit sieht, die Gesellschaft wirklich zu beeinflussen." (...)

Viele haben behauptet, dass die Krawalle wohlvorbereitet gewesen sind. Viele Aktivisten, die gegen eine solche Entwicklung aufgetreten sind, haben sich hintergangen gefühlt. Es wurde gesagt, dass die Antifaschistische Aktion eine militärische Planung gemacht habe, was diese jedoch zurückwies. H.W. ist der Meinung, dass das Agieren der Polizei die meiste Gewalt provoziert hat. "Bestimmt gab es auch Gruppen, die bereit waren, sich zu schlagen, aber ich glaube, dass der größere Teil dessen, was geschehen ist, spontan war. Als ich zum Vasaplatz kam, gab es dort keine Gewalt, bevor die Polizei kam." In den Ermittlungsakten gegen H.W. steht, dass Teilnehmer der "nicht genehmigten Demonstration" vorsätzlich und mit kollektiver Gewalt gegen die um den Vasaplatz herum postierten Polizisten vorgegangen seien. Im Urteil bezeugen Polizisten, dass sie Todesangst gehabt haben und dass H.W. besonders aggressiv gewesen sei. (...)

H.W. hat nur unklare Erinnerungsbilder davon, was tatsächlich an diesem schicksalsträchtigen Freitag Abend geschehen ist. Die ganze Welt hat gesehen, dass er einen Stein in Richtung der Polizisten geworfen hat. Er zeigte den Polizisten den Finger. Er dreht sich um und wird in den Magen geschossen. (...) Die Milz wurde ihm herausoperiert und ein Teil der Leber. Er hat nur noch eine Niere. Seine Hauptschlagader wurde von der Kugel kaputt gerissen. (...)

Während er zwischen Leben und Tod schwebte, wurden Demonstrationen zu seiner Unterstützung und aus Protest gegen die schwedische Polizei abgehalten. In mehr als fünfzig Ländern hofften Menschen, dass er überleben können. "Eine Kugel kann großen Schaden anrichten, aber man kann auch sehen, wie sich (die Empörung) verbreitet und es zu positiven Effekten kommt. Man bekommt das Gefühl, dass dies nicht durch Repressionen aufgehalten werden kann. Wir werden einfach immer mehr." H.W. lag ungefähr einen Monat im Krankenhaus. In dieser Zeit hat er sich damit beschäftigt, zu überleben. Erst als er nach hause kam, fing er an, darüber nachzudenken, was passiert war. (...)

Im Nachhinein ist unter den Aktivisten der Globalisierungsbewegung darüber diskutiert worden, ob die Polizei sie hinters Licht geführt habe. Man sei zu blauäugig gewesen und habe die versteckte Agenda der Polizei zu wenig in Frage gestellt. (...) Zum Beispiel wurde darauf hingewiesen, dass das Agieren der Polizei nach dem Muster von anderen internationalen Gipfeltreffen, die stattgefunden haben, vor sich gegangen sei. H.W. meint, dass (auch die schwedische) Polizei die Grenzen testen wollte und dass sie nun die faktische Zustimmung für einen größeren Handlungsspielraum habe. (...) H.W. wurde am 29.10.2001 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. (...) Viele haben sich darüber gewundert, dass er keine Revision eingelegt hat, vor allem, nachdem aufgedeckt worden ist, dass die Polizei die Filme manipuliert hat, die sie als Beweismaterial vorlegte. Aber H.W. wollte die ganze Sache endlich hinter sich bringen.

Anna Klara Bratt

Übersetzung: Peter Birke

Anmerkung:

1) Die hier so genannte Antiglobalisierungsbewegung heißt in Schweden Globalisierungsbewegung.

Mehr Informationen über den aktuellen Stand der Verfahren: www.nadir.org (Gipfelsoli-Infogruppe Berlin). Vollständiger Text: www.arbetaren.se.

38. Kein Platz für Pathos. Interview mit Javier Corcuera, Regisseur des Dokumentarfilms "Der Rücken der Welt"

Autor: Interview: Beat Makila · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:11

Thomas Miller sitzt in einer Todeszelle im US-Bundesstaat Texas. Ein texanischer Richter hat seinen elften und damit möglicherweise letzten Hinrichtungstermin auf Ende Februar festgelegt. Seit 15 Jahren befindet sich Thomas Miller im Todestrakt. 1986 wurde er des Raubes und Mordes in einem Hotel in Dallas angeklagt und zum Tode verurteilt. Von Anfang an verteidigte er seine Unschuld. Doch die rassistische US-Justiz gab dem Schwarzen keine Chance.

Bereits vor drei Jahren hatte der peruanische Regisseur Javier Corcuera während Dreharbeiten die Gelegenheit, Thomas Miller kennen zu lernen. Javier Corcuera hat das Schicksal von Thomas Miller im Rahmen seines Dokumentarfilms "La Espalda del Mundo" (Der Rücken der Welt) aufgegriffen. Die Idee entstand anlässlich des 50. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte. Daraus wurde eine Dokumentation über "das Leben am Rücken der Welt, wo diejenigen leben, die keine Rechte haben, die nichts haben". (Corcuera)

Zu Wort kommt der elfjährige Guinder Rodrígues aus Peru, der in einem Steinbruch arbeitet, um seine Familie mitzuernähren. Gezeigt wird das Schicksal von Mehdi und Leyla Zana, die wegen ihres politischen Engagements als Kurden in türkischen Gefängnissen landeten, und schließlich der zum Tode verurteilte Thomas Miller. Dank einer präzisen Bildarbeit gelingt es Javier Corcuera, Armut, Unterdrückung und Ungerechtigkeit aus ihrer Abstraktheit herauszureißen. Indem Corcueras die Menschen mit ihren Schicksalen ins Zentrum rückt, entwirft er auf einfache Weise ein beeindruckendes Bild vom Zustand der Welt.

Mit Javier Corcueras sprach Beat Makila anlässlich einer Aufführung seines Films in Berlin.

Ausgangspunkt für Ihren Dokumentarfilm war der 50. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte. Herausgekommen ist ein Film, der drei eklatante Verstöße gegen die Menschenrechte - Kinderarbeit, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und die Todesstrafe - thematisiert. Wie kam die Auswahl zu Stande?

Javier Corcuera: Meine Co-Autoren Elias Querejeta, Fernando Leon de Aranoa und ich haben ganz am Anfang zwei Entscheidungen getroffen. Erstens sollte der Film an drei verschiedenen Orten spielen. Zweitens wollten wir Fälle aufgreifen, in denen die Gesetze des Landes, in denen sie sich abspielen, absolut gegen eines dieser Menschenrechte verstoßen.

Darüber hinaus waren wir der festen Überzeugung, dass man unbedingt die Todesstrafe in den USA thematisieren muss. Die USA spielen sich als weltweiter Garant der Menschenrechte auf, deshalb muss man einfach einen Blick auf diesen absoluten Verstoß gegen die Menschenrechte werfen. Anstatt in Peru hätten wir natürlich in vielen anderen Ländern drehen können, in denen es Kinderarbeit gibt. Doch gerade in Peru wurde in den letzten Jahren unter Fujimori die Gesetzgebung, die Kinderarbeit einschränkte, aufgeweicht. Kinder können jetzt ab zwölf Jahren legal beschäftigt werden. Außerdem war es für mich um ein vielfaches einfacher, in Peru zu drehen. Ich bin nun mal Peruaner und kenne die Codes, die Menschen und die gesellschaftlichen Verhältnisse genau.

Was die Türkei bzw. Kurdistan anbelangt, so handelt es sich bei der Geschichte von Leyla und Mehdi Zana um eine Geschichte, die mich sehr berührt und bewegt hat. Außerdem konnte man damit auch die Verbindung zu Europa herstellen, ist doch die Türkei NATO-Mitglied und eng mit Europa verbunden. Ich will nur daran erinnern, dass Spanien und Deutschland zu den Hauptwaffenimporteuren in die Türkei gehören.

Auch wenn der Film nur an drei Schauplätzen spielt, will der Film gleichwohl darstellen, dass der "Rücken der Welt" überall ist - in den armen, wie in den reichen Ländern. Der "Rücken der Welt" gehört nicht exklusiv einem Land. Diese Gemeinsamkeit wird sicherlich auch dadurch symbolisiert, dass es in den drei Geschichten um ethnisch marginalisierte Gruppen geht: In den USA betrifft es die Afro-Amerikaner und Latinos, in der Türkei

die Kurden und in Peru geht es vor allem um die Landbevölkerung mit Ketschua-Hintergrund, die in die Stadt flieht. Diese Gemeinsamkeit zeigt sich m.E. auch in der Rolle der Frauen - und hier in einem positiven Sinne. In allen drei Kapiteln sind es die Frauen, die sich gegen die Verhältnisse wehren.

Soll mit den drei ausgewählten Themen eine Wertigkeit angedeutet werden?

Nein, ganz im Gegenteil. Mit dem Film wollen wir sagen, wenn dir ein einziges dieser Rechte vorenthalten wird, dann ist das so, als ob dir kein einziges Menschenrecht zugestanden wird.

Warum der Titel "Der Rücken der Welt"?

Die drei Menschenrechte sind nur der Ausgangspunkt für die Geschichten, die der Film erzählt. Denn eigentlich geht es darum, ein vollständigeres Bild zu zeigen. In der Episode über das Kind in Peru geht es z.B. nicht nur um Kinderarbeit. Es geht dabei auch um eine Kritik am neoliberalen, kapitalistischen Modell. Ich habe mit diesem Film versucht, ein Bild der Welt zu zeichnen, wie ich sie momentan vorfinde. Das kommt, glaube ich, nicht nur zwischen den Zeilen vor, sondern das liegt dem Film ganz offen zu Grunde.

Allerdings kann der Film nicht mehr als ein subjektiver Blick auf die Welt sein. Ich habe versucht, mit dem, was ich gesehen habe, ehrlich zu sein. Ich habe versucht, ehrlich zu sein und alle Elemente in den Geschichten zu zeigen, damit das Publikum sich seine eigenen Gedanken machen kann. Ich würde aber nicht so weit gehen zu sagen, ich hätte mit dem Film keine Absicht verfolgt. Es gibt auch Momente der politischen Aussage: das ist das Moment der Organisierung und dort, wo die auftretenden Personen nicht nur Opfer sind, sondern zu Akteuren werden. Diese beiden Momente ziehen sich durch alle drei Geschichten. Der Film zeigt nicht die Geschichte von drei bzw. vier Opfern, sondern es sind die Geschichten von Kämpfern, die das System nicht klein gekriegt hat. Guinder, das Kind aus Peru, kämpft weiter um Momente, wo es Kind sein kann. Obwohl er bereits zehn Hinrichtungstermine erlebt hat und er sich in einer absoluten Extremsituation befindet, ist Thomas Miller nicht besiegt worden. Und bei Leyla und Mehdi Zana liegt es auf der Hand, dass sie nicht gebrochen werden konnten.

Es ist schon verrückt, eigentlich habe ich Thomas und die anderen nicht deswegen ausgewählt. Ich wollte einen Film über Opfer von Menschenrechtsverletzungen drehen, am Ende kam dann ein Film über Kämpfer heraus.

Sie haben auf Off-Kommentare verzichtet und lassen alleine die Akteure sprechen. Zusammen mit ihrer sensiblen und schlichten Bildsprache entsteht so eine eindrucksvolle Zustandsbeschreibung der Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Wie ist ihnen das gelungen?

Von Anfang an waren wir der Meinung, dass die im Film auftretenden Personen den Film so weit wie möglich selbst gestalten sollten. Oft wird mir das nicht abgenommen, aber das ist mein voller Ernst. Wenn der Film so ist, wie er ist, dann ist er so, wie er ist, weil sie so sind, wie sie sind. Der Film enthält deshalb so viel Wahrheit, weil es letztendlich die dargestellten Personen sind, die den Film prägen und ihm Wahrhaftigkeit verleihen.

Gehört zu dieser positiven Bilanz, dass durch den Film der Fall von Thomas Miller mehr Aufmerksamkeit erfahren hat?

Zwar muss man zugegeben, dass der Film auf die Massenmedien keinen Einfluss gehabt hat, aber immerhin ist er ein Instrument gewesen, dass der Fall von Thomas Miller aus der Anonymität herausgerissen wurde, dass der Fall ein "wichtiger Fall" geworden ist. Im Januar hat amnesty international ihre Aktion "Briefe gegen das Vergessen" Thomas gewidmet. Der Film hat auch dazu beigetragen, dass Rechtsanwälte den Fall erneut aufgegriffen haben. Im Vorfeld der geplanten Hinrichtung Ende Februar werden wir in die USA gehen, um noch einmal im Rahmen unserer Möglichkeiten Medienaufmerksamkeit herzustellen, um somit den Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen.

Wer den Film als Video zeigen möchte, kann sich wenden an den Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine e.V., Landesgeschäftsstelle NRW, Elberfelder Str. 41, 42853 Remscheid, Tel.: 02191/421531, Fax 421432, Email: CFMA1@t-online.de. Weitere Informationen über den Film unter: www.laespaldadelmundo.com

39. Lasst knacken, Genossinnen und Genossen! Wir brauchen noch 8.548 Euro (ak-Spendenaufruf)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak459/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:42

Jetzt wirds ernst: Das Wasser steigt, die Stimmung sinkt. Sorge macht sich breit. Warum?

Weil es zwar wunderbar ist, dass viele von euch unserem diesjährigen Spendenaufruf schon so beherzt gefolgt sind und ak insgesamt EUR 18.550,19 haben zukommen lassen. Dazu kommen noch die monatlichen Beiträge von denen, die lobenswerterweise Fördermitglieder beim Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. geworden sind. Vielen Dank!!

Allein, es reicht nicht. Damit ist die Zukunft des Projektes ak in der bestehenden Form noch nicht gesichert. 27.098,47 Euro haben wir im November vergangenen Jahres als Spendenziel ausgegeben, und diese Summe ist nicht großzügig, sondern knapp kalkuliert. Das heißt, ak ist darauf angewiesen, dass der fehlende Betrag gespendet wird, um mit der gleichen Anzahl an (bescheiden) bezahlten Kräften wie bislang die Zeitung produzieren zu können. Kommt die fehlende Summe nicht rein, müssen wir bei den Personalkosten noch mehr sparen. Dass sich das auf die Qualität des Blattes nicht unbedingt positiv auswirken wird, ist uns so klar wie euch.

Monatliche linke Analyse und Kritik mit Qualitätsgarantie - das liefert ak nun schon seit mehr als dreißig Jahren. Ohne das gar nicht oder mager bezahlte Engagement vieler Menschen wäre das nicht möglich. Was die alles tun! Schreiben, redigieren, akquirieren, korrigieren, reparieren, supporten, verwalten, sätzen, layouten, Seiten planen, putzen, Kaffee trinken, rauchen, gute oder schlechte Laune verbreiten und noch viel mehr. Wie gesagt, ohne all das gäbe es ak nicht. Und ohne eure Spende eben auch nicht.

Auch für dieses Jahr haben wir uns viel vorgenommen: ein (noch) schöneres Layout, ein phänomenales Magazin, vor allem aber: kontinuierlich fundierte Information und Debatte von links, quer zum herrschenden mainstream. Und selbstredend wollen wir den dreißigsten Geburtstag - im Frühling, den genauen Termin werden wir euch rechtzeitig mitteilen - gebührend mit euch feiern. Dann heißt es: Hoch die Tassen und das Tanzbein! Aber um wie viel fröhlicher, entspannter und ausgelassener können wir alle sein, wenn klar ist, dass auch in diesem Jahr die Finanzierung gesichert ist! Und wenn ihrs grad nicht dicke habt: Kleinvieh macht bekanntlich auch Mist. Große Beträge freuen uns aber auch.

Also. Der beiliegende Überweisungsträger macht es ganz einfach. Nehmt ihn, füllt ihn aus und ab die Post. Damit wir alle miteinander demnächst kräftig anstoßen können. Risiken und Nebenwirkungen eingeschlossen.

Eure ak-Redaktion

40. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak459/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:28

Schweizer Arbeiterkampf

Als ein "exemplarisches Werk über eine Stadt und ihre Fabrik und über die Würde, die Hoffnungen und die Resignation der Arbeiterinnen und Arbeiter" bewirbt der Zürcher Rotpunktverlag Stefan Kellers neues Buch "Die Zeit der Fabriken. Von Arbeitern in einer roten Stadt". Die Verlagswerbung ist kein bisschen übertrieben. Der ak-Rezensent, der eigentlich nur mal blättern wollte, hat das Buch mit wachsender Begeisterung gelesen, obwohl er von der Stadt, um die es geht, noch nie gehört hatte: Arbon in der Ostschweiz, von den "Roten" regiert, beherrscht aber von dem Unternehmer und Erfinder Hippolyt Saurer. Arbon ist weder eine kapitalistische Metropole noch eine Hochburg der internationalen Arbeiterbewegung, und vergleichsweise unspektakulär verläuft der Klassenkampf. Es gibt Proteste und Streiks gegen ein angeblich "wissenschaftlich" fundiertes Akkordsystem, 1918 auch vermeintlich "bolschewistische Umtriebe", gegen die Militär eingesetzt wird. Zweierlei hebt das Buch hinaus über eine beliebige Regionalgeschichte "von unten". Da sind zum einen die weltpolitischen "Verstrickungen": Lastwagen aus der Schweizer Provinz werden auch an die Nazis geliefert, die sie, in der ersten Phase der "Endlösung", zu Gaswagen umrüsten; derweil suchen die Behörden den Ausgleich mit den Schweizer Hitler-Anhängern, um den mächtigen deutschen Nachbarn nicht zu provozieren; darunter hat auch ein sozialdemokratischer Redakteur zu leiden, der die Nazis bekämpft und die teils militanten Proteste der ArbeiterInnen gegen sie unterstützt. Letztere werden in dem Buch keineswegs heroisiert: Die Arbeiterbewegung will nach 1945 "zum Herrenvolk gehören" und wehrt sich gegen italienische "Gastarbeiter". Herausragend ist das Buch zweitens aber auch, weil Stefan Keller es versteht, die Geschichte der roten Stadt Arbon lebendig, teilweise mitreißend zu erzählen. Lernen können davon alle, die sich mit Regionalgeschichte "von unten" befassen. Drittens erweitert Stefan Keller unser Wissen über die schweizerische Geschichte des 20. Jahrhunderts - wie schon in seinem großartigen Buch "Grüningers Fall" (vgl. ak 368): die Geschichte des Polizeihauptmanns Paul Grüninger, der 1938/39 jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich die "pflichtwidrig" die Einreise in die Schweiz ermöglichte.

Stefan Keller: Die Zeit der Fabriken. Von Arbeitern in einer roten Stadt; WoZ im Rotpunktverlag, Zürich 2001, 239 Seiten, 19 Euro

Phase zwei, die dritte

Das Zeitungsprojekt Phase zwei, herausgegeben vom Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur in Göttingen, hat sich bereits zum dritten Mal in gedruckter Form materialisiert. "Eigentlich eine gute Zeit zum Aufhören", meint die Redaktion im Editorial, auf die nicht unerhebliche Menge Arbeit im Redaktionsalltag anspielend. Aber aufhören, das wäre dann doch schade. Zwar scheinen auch in dieser Nummer, wie schon in den Ausgaben zuvor, manche Artikel vor allem um richtungweisende Wortgewalt bemüht, und auch die Inhalte sind strittig. Gleichwohl - beziehungsweise deshalb - findet hier eine Auseinandersetzung mit linken Themen und Debatten statt, die ein bestimmtes Spektrum autonomer Politik repräsentiert und zugleich bemüht ist, dessen Grenzen zu überschreiten. Die dritte Ausgabe steht unter der Überschrift "enduring weltordnung" und befasst sich mit den Folgen des 11. September. Dabei nimmt die Auseinandersetzung um Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antiislamismus in der Linken einen erheblichen Raum ein. Man liest die Anstrengung förmlich heraus, die es die Redaktion gekostet hat, eine Position zu formulieren, die vor allen "Anti"-Vorwürfen schützen soll. Dass das zwangsläufig etwas verkrampft rüberkommt, ist einleuchtend, wie auch die Diagnose eines "Postfaschismus" als Analyseraster aktueller kapitalistischer Gesellschaften nicht spontan überzeugt. Die Konsequenz aus einer solcherart fundamentalen Analyse für die Linke wird in einem anderen Beitrag gezogen: "... darauf hinweisen, dass Kapitalismus und Imperialismus als Ganzes abgeschafft werden müssen." Jawoll. Interessant ist vor allem die Mitschrift einer Rede von Moshe Zuckermann über Strukturprobleme des Israel-Palästina-Konfliktes. Und selbstironisch endet ein anderer lesenswerter Beitrag zum Krieg und zur Linken: "Die Diskussion geht also in eine neue Runde und wer kein Geld für die neuen Zeitschriften hat, dem sei einfach die Lektüre der alten empfohlen." Aber so langweilig ist es nicht: ein Blick in Phase zwei, zum An-, Auf- oder Abregen lohnt durchaus.

Phase zwei, Zeitschrift gegen die Realität. Ausgabe null zwei, Februar 2002, c/o Linxxnet, Bornaische Straße 3d, 04277 Leipzig, 3 Euro

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak459/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:39

Revolutionärin

Laura Whitehorn verbrachte 14 Jahre im Gefängnis für ein Bombenattentat auf das Us-Capitol. nn-tv zeigt zum internationalen Frauentag am 8.3. und zum Tag der politischen Gefangenen am 18.3. den Dokumentartfilm "Raus - Der Werdegang einer Revolutionärin", der das Leben und die Politisierung von Laura Whitehorn thematisiert. Regie führten in dem im Jahr 2000 entstandenen Film Sonja de Vries und Rhonda Colins.

Bonn, 24.2., 16 Uhr, im Kult 41, Hochstadenring 41, an der Victoriabrücke, Eintritt frei.

Türkei-Ausstellung

Am 25.2. eröffnet die Ausstellung "KriegsgegnerInnen in der Türkei" in Hamburg. Die Ausstellung beschäftigt sich mit sich u.a. mit Kriegsdienstverweigerung, Bewegungsarbeit in der Türkei und gewaltfreiem Handeln. Bei der Vernissage wird Ferda Ülker vom Verein der KriegsgegnerInnen Izmir anwesend sein. Im Anschluss findet ein Soli-Essen zu Gunsten der antimilitaristischen Arbeit in der Türkei statt.

Hamburg, 25.02, 19 Uhr, Saal Amanda, Amandastr. 58

Griechenland unter dem Hakenkreuz

Am 10. Juni 1944 ermordete eine SS-Einheit im griechischen Ort Distomo 218 BewohnerInnen und brannte das Dorf nieder. Im Mai 2000 verurteilte das höchste Gericht Griechenlands die Bundesrepublik Deutschland zu einer Entschädigungsleistung von rund 28 Mio. EUR. Wegen der Zahlungsverweigerung der Bundesregierung gab es im vergangenen Jahr Streit um die Beschlagnahmung des Goethe-Instituts in Athen (vgl. ak 455). Der Hamburger Arbeitskreis Distomo zeigt am 26.2.02 den Film "Kaltblütiger Mord - Eine Griechenlandreise mit Folgen". In Berlin ist noch bis zum 1.3. die Ausstellung "Griechenland unter dem Hakenkreuz" täglich von 17-23 Uhr zu sehen. Zur Finissage findet ein Chorkonzert statt, anschließend wird ein Dokumentarfilm zu Distomo gezeigt.

Hamburg, 26.2., 20.30 Uhr, B-Movie, Brigittenstr. 5, Hinterhof; Berlin, 1.3. 19 Uhr, Griechisches Kulturzentrum Steglitz, Mittelstr. 33 (U/S Rathaus Steglitz). Weitere Infos zur Veranstaltungsreihe unter www.geocities.com/hellasunterdemhakenkreuz

Imperialismus im 21. Jahrhundert

In seinem neusten Buch "Imperialismus im 21. Jahrhundert - Sozialismus oder Barbarei" analysiert der Inder Harpal Brar die Aktualität von Lenis Imperialismustheorie. Brar ist Herausgeber der Zeitung Lalkar, dem Organ der Indian Workers Association und war bis 1996 Professor für Internationales Privatrecht an der Universität Westminster in London. In seinem Buch grenzt sich Brar von Wirtschaftswissenschaftlern ab, die mit Begriffen wie "Globalisierung" bzw. "Neoliberalismus" operieren.

Braunschweig, 1.3., 19.30 Uhr, Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87; Berlin, 2.3., 10 Uhr, Blauer Salon, Franz-Mehring Platz; Halle, 7.3., 19 Uhr, Melanchtonianum, Hörsaal B, Universitätsplatz.

Weitere Termine der Lesereise unter www.antiimperialista.net

"vorwärts bis zum ..."

Plakate sind die zumeist flüchtigen Begleiter der vielfältigen Aktivitäten der sozialen Bewegungen. Sie werden heute an die Wände plakatiert und sind morgen schon wieder abgerissen. Damit diese wichtigen Zeitdokumente und Kunstwerke nicht in Vergessenheit geraten, hat die Gruppe HKS ein zweites Plakatbuch "vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen " herausgegeben. Nun touren die Herausgeber durch die Republik, um das Buch vorzustellen, Dias zu zeigen und einen Überblick über die Geschichte politischer Plakate in den letzten dreißig Jahren zu geben.

Hamburg, 5.3., 20 Uhr, Schanzenbuchladen; Göttingen, 13.3., 19.30 Uhr, Theaterkeller; Marburg, 14.3., 20.30 Uhr, KFZ, Frankfurt, 15.3., 20 Uhr, Café Exzess; Mainz, 16.3., Haus Mainusch; Ludwigsburg, 17.3.,

Demokratisches Zentrum; Tübingen, 19.3., 20.30 Uhr, Zátopek im Club Voltaire; Mannheim, 20.3., 20 Uhr, ASV; Innsbruck, 21.3., Infoladen Grauzone; München, 22.3., Buchhandlung Basis

Nazis raus

Im Süd-Osten Berlins dominiert rechter Mainstream. So findet sich in Köpenik die NPD-Bundesgeschäftsstelle und die Hooligangruppe "Gruppe 9", eine Ansammlung von Schläger- und Pöbelnazis, treibt dort ihr Unwesen. Grund genug mit einer Antifa-Party in Treptow, die "National befreite Zone" zurück zu erobern. Die Treptower Antifa Gruppe KWer Antifa Offensive und der Antifaschistischer Aufstand Köpenick laden am 9. März zu einer Infoveranstaltung zu "National befreiten Zonen" ein, danach ist Party.

Berlin, 9. März, 19 Uhr, Feuerwache Schöneweide (S-Bhf. Schöneweide), Grünauer Str. 9, Kontakt: T.A.G., c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin

EU-Gipfel in Barcelona

Zum nächsten EU-Gipfel, der vom 15. bis zum 16.3 in Barcelona stattfindet, wird es wieder einen Gegengipfel geben. Geplant sind unter anderem eine Reclaim the Street-Party am 9.3., im Vorfeld zum Gipfel finden Veranstaltungen zu verschiedenen Bereichen der EU-Politik, wie soziale Ausgrenzung, Privatisierung und Immigration statt. Am 16.3. gibt es von 10-13 Uhr Work-Shops zu den Themen Deregulierung, Financial Questions, Bildung, Hausbesetzungen und Argentinien statt. Ab 18 Uhr sind eine Demo und danach ein großes Musikfest geplant.

Barcelona, 14.-16.3., Ort und genaue Zeit unter www.eu-bcn.chatsubo.org.

Internationales Jugendcamp

Zum Internationalen Jugendworkcamp Bergen-Belsen vom 15.-21.4. laden christliche und gewerkschaftliche Jugendverbände ein. 60 Jugendliche aus sechs Ländern pflegen bauliche Reste, machen Baracken und Lagergrenze des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers und KZ's wieder erkennbar und sprechen mit Verfolgten des Faschismus. Zum Jahrestag der Befreiung gestaltet das Jugendworkcamp mit anderen Gruppen die öffentliche Gedenkfeier am 21.4.02.

Bergen-Belsen, 15.-21.4., Anmeldung bis zum 12.3: DGB-Jugend Niedersachsen-Bremen, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, Tel.: 0511-456252, Kosten: 50 EUR

Kleinanzeige: Projekträume

Ein kleines gemischtes Hausprojekt in Berlin (Prenzlauer Berg, Teutoburger Platz) sucht InteressentInnen für zukünftige Projekträume. Die Räume liegen im VH Souterrain, haben 55 qm und sind voraussichtlich Mai 2003 bezugsfertig. Die Miete beträgt ca. 6 EUR plus Heizkosten (VB). Es gibt die Möglichkeit, durch bauliche Mitarbeit die Miete zu senken. Zudem werden noch Dritte gesucht, die die Projekträume finanziell unterstützen. Anfragen per E-Mail an: fehre-7@web.de

42. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak459/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:43

Die Welt birgt immer wieder Überraschungen. Manchmal sogar positive. Die jüngste war der geniale Sieg des FC St. Pauli gegen die Kicker des FC Bayern München. Was das mit der ak-Redaktion zu tun hat? Erst mal herzlich wenig, außer dass Teile derselben diesem historischen Ereignis beiwohnten. Super Fußballspiel, gute Stimmung und mit Auswirkungen auf die lokale Politik. Der Sieg der Kiezkicker sorgte nämlich für gehobene Stimmung bei einer Demo gegen die unsägliche Verkehrspolitik des neuen Hamburger Senats: Wenn die fußballerischen Underdogs von St. Pauli die hoch dotierten Kicker aus München besiegen, dann sollte es auch möglich sein, dass die Pläne von Verkehrssenator Mettbach (Schillpartei) verhindert werden können. Okay, okay, Pauli wird nichts desto trotz absteigen, der Verkehr auf der Stresemannstraße läuft zur Zeit wieder vierspurig (wenn er denn läuft). Aber eins ist sicher: Die Zeiten werden sich wieder ändern.

Was tut eine Redaktion, wenn sie nicht hoch konzentriert Artikel schreibt, redigiert und layoutet? Richtig, sie geht schon mal einen trinken. Letzte Woche auch, um mit unserem "Chef vom Dienst" auf seinen Geburtstag anzustoßen. Zentrales Thema dieser Runde: die (Fern-)Sehgewohnheiten der Redaktionsmitglieder. Ganz hoch im Kurs stehen die Personality- und Spielshows: Die eine möchte unbedingt ihr schmales Redakteurinnensalär bei Günter Jauchs Ratespiel aufbessern. Harald Schmidt entzweite die homogene Redaktionssmeinung, die Lindenstraße wird nur noch von einer Minderheit gesehen. Ansonsten wird in dieser grauen Jahreszeit gezappt, was das Zeug hält.

Einem ganz anderen Bildschirmflimmern haben sich über Wochen drei Genossen hingegeben. Sie haben alte ak-Dateien neu formatiert, bei den alten ak-Jahrgängen die Printausgaben gegengelesen. Das Ergebnis liegt jetzt vor: Die neue akArchiv.3 CD. Auf ihr sind alle ak-Artikel der Jahre 1991-2001 enthalten. Die CD kann ab sofort bei uns geordert werden (siehe unten). Sicherlich eine gute Fundgrube für die eigene politische Praxis oder einfach zur Erbauung.

Die akArchiv-CD gibt es übrigens kostenlos bei der Bestellung eines neuen ak-Abos. Also ordert Abos (auch Geschenkabos), und ihr bekommt zusätzlich elf Jahre weitere ak auf CD.

Eure ak-Redaktion!

43. Quelldatei bio.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak459/bio.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:bio

Ein bisschen embryonale Stammzellen- Forschung gibt es eigentlich genau so wenig wie ein bisschen schwanger sein. Das sieht eine Mehrheit im Bundestag anders. Die Entscheidung zum Import embryonaler Zelllinien ist ein Paradebeispiel dafür, wie man Profitinteressen der Biotech-Industrie durchsetzt und sich gleichzeitig als ethische Bedenkenträgerin verkauft. Ähnlich bizarr wird Terrorismusbekämpfung genannt, was biometrische Komplettkontrolle ist. Und schließlich ist es der Rechtsstaat selbst, der zwischen "lebenswert" und "nicht lebenswert" be- und verurteilt.

Warum das alles miteinander zu tun hat?

Weil das alles Biopolitik ist. Und was ist Biopolitik?

Dazu mehr auf den Seiten 10-13

44. Quelldatei blick.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak459/blick.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:blick

Schwerpunkt: Der Berliner RZ-Prozess Seite 15-18

Nachruf auf Pierre Bourdieu Seite 3

NPD und VS - ein Bund fürs Leben Seite 8

Tarifrunde 2002: Betonköpfe gefordert Seite 9

Zur neuen Konzeption der Wehrmachts- ausstellung Seite 14

Temelin, die FPÖ und die Sudetendeutschen Seite 19

Die Neue Rechte regiert Dänemark Seite 20

Berlusconis Regime festigt sich Seite 21

Porto Alegre, ATTAC und die Globalisierung Seite 26

Feministische Analysen nach dem 11. September Seite 23

Eurokommunismus - ein Rückblick nach 25 Jahren Seite 27

45. RZ-Prozess: Die Zeiten ändern sich

CD-Datei: daten/aksuche/ak459/rz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:459:rz

Wenn behauptet wird, ein Prozess sei politisch verloren, müsste dazu eine Vorstellung existieren wie ein Sieg ausgesehen hätte. Die Frage wäre leicht zu beantworten, wenn es die RZ noch gäbe", schreibt Matthias Borgmann, einer der Angeklagten, in dieser Ausgabe. Damit bringt er ein Dilemma, das dieses Verfahren von Beginn an begleitete, auf den Punkt. Die Revolutionären Zellen haben sich Anfang der 90er Jahre aufgelöst, weil sie für ihr Konzept der militanten Intervention keine Basis mehr sahen. Die Zeiten ändern sich.

Wenig geändert haben sich die Methoden der politischen Justiz. Von "Stammheim" kann zwar im Gerichtssaal 500 des Kriminalgerichts Moabit nicht die Rede sein - meist herrscht dort ein verbindlicher Ton. Dennoch ist der politische Wille unüberhörbar, die Angeklagten zu verurteilen - um am "Sieg" des Staates über seine "Feinde" keinen Zweifel zu lassen.

Eines ist wie immer: Die Herren des Verfahrens sitzen nicht auf der Richterbank. Willfährig und vorauseilend fügt sich das Gericht beim kleinsten Wink der Bundesanwälte. Den vielfältigen Fragwürdigkeiten, Ungereimtheiten und offenkundigen Lügen des Kronzeugen Tarek Mousli will es nicht nachgehen. Das einzige Beweismittel in diesem Prozess darf nicht demontiert werden, um die Verurteilung der fünf GenossInnen nicht zu gefährden.

Einer von ihnen hat nun für sich die Konsequenz gezogen. Er hat sich gegen U-Haftverschonung und ein garantiertes Strafhöchstmaß zu einer Einlassung entschlossen. Damit ist nun zum ersten Mal im Gericht eine Gegendarstellung zu Mouslis vom BKA präparierten RZ-Zerrbild zu hören gewesen. Problematisch bleibt die Art und Weise, wie die Einlassung zustande kam. Auch wenn es kein politisches Kollektiv der Angeklagten gibt, besteht weiterhin die Notwendigkeit der politischen Solidarität.

Hieran haben die Zeiten nichts geändert.

Seite 15-18